G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Erich Fried
Vietnam: Frieden und Sieg

Ingrid Kurz und Erich Roßmann
Entscheidende Phase im Kampf gegen den neuen McCarthyismus

Manfred Zöllmer
Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung

Georg Fülberth und Jürgen Harrer
Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung

Max von der Grün
Hans-Günther Sohl. Ein Porträt des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Peter M. Kaiser
Monopolprofit und Massenmord im Faschismus
Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland

Frank Deppe
Das „Soziale Modell" des Hanns-Martin Schleyer

5'75

Mai 1975 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Mai 1975

CHRONIK DES MONATS APRIL 1975 481

KOMMENTARE UND BERICHTE

Vietnam: Frieden und Sieg . . . . . *Erich Fried* 484

Vertrauenskrise in der NATO . . . . . *Nikolai Poljanow* 487

HAUPTAUFSÄTZE

Entscheidende Phase im Kampf gegen den neuen McCarthyismus. Ausmaß und Grenzen der Politik der Berufsverbote . . . . . *Ingrid Kurz und Erich Roßmann* 491

Zur Entwicklung der Haushaltskrise in der BRD *Wiebke Krüer-Buchholz und Angelina Sörgel* 501

Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung als Element einer demokratischen Wirtschaftspolitik . . . . . *Manfred Zöllmer* 512

Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung *Georg Fülberth und Jürgen Harrer* 526

Hans-Günther Sohl. Ein Porträt des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie . . . . . *Max von der Grün* 544

Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland . . . . *Peter M. Kaiser* 552

BÜCHER

Das „Soziale Modell" des Hanns-Martin Schleyer. Anmerkungen zur Ideologie der gewaltsamen Partnerschaft . . . . . *Frank Deppe* 577

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 584

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 586

Aus dem Alltag der Marktwirtschaft . . . . . *Gerhard Kade* 589

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Zehn-Punkte-Programm der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam für die neu befreiten Gebiete (veröffentlicht von der Nachrichtenagentur VNA am 11. April 1975) (Wortlaut) 591

Abschlußerklärung des Zweiten Forums der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Brüssel und Lüttich vom 26. bis 29. April 1975 (Wortlaut) 593

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zwanzigster Jahrgang · Heft 5/1975

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN

Mitbegründet von

HILDE BENTELE †
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER †
HANS RHEINFELDER †
ROBERT SCHOLL †
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats April 1975

1. 4. — Naher Osten. Der ägyptische Außenminister Fahmi richtet ein offizielles Ersuchen an die Regierungen der USA und der UdSSR, die nötigen Schritte zur Einberufung der Genfer Nahostkonferenz einzuleiten, auf der die Nahost-Frage in ihrer Gesamtheit unter Einschluß des Palästina-Problems behandelt werden solle. Fahmi erklärt außerdem, Ägypten wünsche die Teilnahme von Ländern wie Frankreich und Großbritannien sowie mindestens eines blockfreien Staates an der Genfer Konferenz. — Am 13. 4. begibt sich der israelische Außenminister Allon nach London und anschließend nach Washington. — Am 17. 4. verlängert der UN-Sicherheitsrat das Mandat der Truppen der Vereinten Nationen (UNEF) auf der Sinai-Halbinsel um weitere drei Monate bis zum 24. Juli 1975. Die Entscheidung fällt mit 13 Stimmen; China und der Irak nehmen (wie schon früher) an der Abstimmung nicht teil. — Am 19. 4. reist der ägyptische Außenminister Fahmi zu mehrtägigen Besprechungen nach Moskau. Später folgen der syrische Außenminister Khaddam (23. 4.) und der PLO-Vorsitzende Arafat (28. 4.). Anläßlich eines Essens für Khaddam erklärt Außenminister Gromyko am 23. 4., die Sowjetunion sei bereit, sich an einer Garantie für die Sicherheit Israels zu beteiligen, wenn Israel die besetzten arabischen Territorien räume und einer Friedenregelung zustimme.

— *Kambodscha. Staatspräsident Lon Nol verläßt das Land. In Phnom Penh wird der Auslandsaufenthalt des Präsidenten als „temporär" bezeichnet. In Neu Delhi erklärt der Außenminister der Exilregierung von Prinz Sihanouk, Sarin Chhak, die Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas kontrolliere bereits 97 Prozent des Landes. Chhak wiederholt die Weigerung seiner Regierung, mit den noch verbliebenen Machthabern in Phnom Penh in Verhandlungen einzutreten. — Am 12. 4. wird bekannt, Frankreich habe die Regierung der Nationalen Einheit als einzig legale Regierung Kambodschas anerkannt. In Phnom Penh wird die amerikanische diplomatische Vertretung unter Botschafter Dean geschlossen und das Personal evakuiert. — Am 17. 4. besetzen Einheiten der Regierung der Nationalen Einheit die Hauptstadt und übernehmen damit die Macht im ganzen Lande. In Peking erklärt Prinz Sihanouk, er könne über den Zeitpunkt seiner Rückkehr nach Phnom Penh keine Angaben machen.*

2. 4. — Südvietnam. Der Senat stellt sich erstmals gegen Präsident Van Thieu und verabschiedet mit 41 Stimmen (ohne Gegenstimme) eine Resolution, in der angesichts der militärischen und politischen Lage im Lande eine „neue Führung" zur Beendigung des Krieges gefordert wird. Thieu wird beschuldigt, eine „ausschließlich nur militärische Lösung" angestrebt zu haben. In Washington erklärt Verteidigungsminister Schlesinger, die südvietnamesischen Truppen seien in den nächsten 30 Tagen „sehr stark auf die Probe gestellt". Es bleibe abzuwarten, ob die Armee nach ihrem katastrophenartigen Rückzug aus zwei Dritteln Südvietnams in der Lage sein werde, nördlich Saigons eine Verteidigungslinie zu errichten. — Am 3. 4. veröffentlicht die Provisorische Revolutionsregierung von Südvietnam ein Zehn-Punkte-Programm zur Normalisierung des Lebens in den „neu befreiten Gebieten", in dem die „Einrichtung von volkssrevolutionären Verwaltungen auf allen Ebenen" angekündigt wird. — Am 6. 4. erklärt Thieu in einer Rundfunkansprache, seine Regierung werde weiterkämpfen und das verlorene Territorium zurückgewinnen. — Am 21. 4. tritt Staatspräsident Thieu zurück und beauftragt den bisherigen Vizepräsidenten Tran Van Huong mit der Nachfolge; Thieu begibt sich später ins Ausland. — Am 23. 4. billigt der amerikanische Senat mit 75 gegen 17 Stimmen eine Gesetzesvorlage, die den Einsatz von Truppen zur Evakuierung von Amerikanern und Südvietnamesen aus Saigon vorsieht; das Repräsentantenhaus stimmt mit 272 gegen 146 Stimmen zu. An der ausgedehnten Evakuierungsaktion beteiligen sich 60 Hubschrauber und Einheiten der Marine, die sich in den südvietnamesischen Hoheitsgewässern aufhalten. — Am 27. 4. löst General Duong Van Minh den interimistischen Präsidenten Tran Van Huong ab. — Am 29. 4. verlassen die letzten Amerikaner, unter ihnen Botschafter Martin, die Hauptstadt. — Am 30. 4. wird Saigon vollständig von den Truppen der Provisorischen Revolutionsregierung besetzt.

6. 4. — Taiwan. Nach dem Tode des Präsidenten General Tschiang Kai-schek (am 5. 4.) wird dessen bisheriger Vertreter, Vizepräsident Yen Tschiang-kan, als Nachfolger vereidigt.

9. 4. — Großbritannien. Zum Abschluß einer dreitägigen Debatte stimmt das Unterhaus über den Regierungsantrag auf Verbleiben Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften ab. Für den Antrag werden 398 Stimmen (137 Labour, 249 Konservative, 12 Liberale), gegen den Antrag 172 Stimmen (145 Labour, 8 Konservative, 13 Schottische Nationalisten, 6 Ulster Unionisten) abgegeben. 59 Abgeordnete bleiben der Abstimmung fern.

— Berlin (West). Der Senat teilt in einer Verlautbarung mit, die drei Westmächte hätten in einer „Berlin Kommandatura Order" (BKO) formell ihre endgültige Zustimmung zur Einrichtung des von den Europäischen Gemeinschaften geplanten Europäischen Zentrums für Berufsausbildung in Westberlin erteilt. Die Regierungen der Sowjetunion und der DDR hatten einen entsprechenden Beschluß des EG-Ministerrates vom 20. Januar 1975 als nicht zulässig nach den Allgemeinen Bestimmungen I, Absatz 4, des Abkommens vom 3. September 1971 (vgl. „Blätter", 10/1971, S. 1091) bezeichnet.

10.-12. 4. — Niederlande. Auf einem außerordentlichen Parteitag der Arbeiterpartei (PvdA) zum Thema „Frieden und Sicherheit" werden (gegen das Votum von Ministerpräsident den Uyl und Verteidigungsminister Vredeling) Bedingungen für die weitere Mitgliedschaft der Niederlande

in der NATO formuliert. In einem entsprechenden Beschluß heißt es, die NATO solle bis spätestens 1978 einen wesentlichen Beitrag zur Ost-West-Entspannung leisten und bei den Wiener Gesprächen über Truppenverminderung auf einen Abbau des Kernwaffenpotentials hinarbeiten. Die Niederlande sollten in den folgenden Jahren in keiner Weise an einer weiteren Aufrüstung teilnehmen und die Verteidigungsausgaben von gegenwärtig 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts auf 3 Prozent bis 1978 vermindern.

11. 4. — Portugal. Der Rat der Bewegung der Streikkräfte (MFA) und die wichtigsten Parteien des Landes einigen sich auf eine „Plattform des Einverständnisses", die Festlegungen für eine künftige Verfassung enthält. Die „Plattform" wird von der Kommunistischen Partei (PCP), der Demokratischen Bewegung (MDP), der Sozialistischen Volksfront (FSP), der Sozialistischen Partei (PSP), der Demokratischen Volkspartei (PPD) und dem Demokratisch-Sozialen Zentrum (CDS) unterzeichnet. Das Dokument sieht sechs künftige Verfassungsorgane vor: Staatspräsident, Revolutionsrat, Versammlung der MFA, Gesetzgebende Versammlung, Regierung und Gerichte. Der Staatspräsident soll gleichzeitig Präsident des Revolutionsrates und Oberbefehlshaber der Streitkräfte sein und (mit Zustimmung des Revolutionsrates und der Parteien) den Ministerpräsidenten ernennen. Die Ressorts Inneres, Verteidigung und Wirtschaftsplanung können nur mit Einverständnis des Revolutionsrates besetzt werden. Ein vom Parlament beschlossenes Gesetz, das vom Revolutionsrat abgelehnt wird, muß in zweiter Lesung mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen werden. — Am 25. 4. finden die Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung statt. Auf die in der Versammlung vertretenen sechs Parteien entfallen folgende Stimmenanteile: PSP 37,4 Prozent (116 Sitze), PPD 26,4 (80), PCP 12,5 (30), CDS 7,7 (16), MDP 4,1 (5), Volksdemokratische Union (UDP) 0,8 (1). Die Wahlbeteiligung beträgt 91,7 Prozent, der Anteil der ungültigen oder leeren Stimmzettel 6,9 Prozent.

13. 4. — Schleswig-Holstein. Bei den Landtagswahlen (Wahlbeteiligung 82,6 Prozent) kann die Christlich-Demokratische Union trotz eines geringen Stimmenverlustes ihre absolute Mehrheit knapp behaupten. Die Freien Demokraten kehren in das Parlament zurück. Es entfallen auf CDU 50,4 (1971: 51,0), SPD 40,1 (41,0), FDP 7,1 (3,8), Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 1,4 (1,4), NPD 0,5 (1,3), DKP 0,4 (0,4) Prozent. Zusammensetzung des Landtages: CDU 37 (1971: 40), SPD 30 (32), FDP 5 (0), SSW 1 (1) Mandate (vgl. Die Ergebnisse der Wahlen vom 25. April 1971 in „Blätter", 1/1972, S. 111).

16. 4. — UdSSR. In Moskau werden die Beschlüsse einer Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU veröffentlicht. Das ZK billigte (nach Anhörung eines Berichts von Parteisekretär Breschnew) den außenpolitischen Kurs der Parteiführung und beschloß, den 25. Parteitag der KPdSU zum 24. Februar 1976 einzuberufen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Alexander Scheljepin scheidet „im Zusammenhang mit seinem Wunsch" aus dem Politbüro der Partei aus.

17. 4. — USA. In einer Rede vor der „American Society of Newspaper Editors" in Washington äußert sich Außenminister Kissinger u. a. zur Vietnam-Politik der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren: „Unser Land hat in Indochina fast 15 Jahre lang versucht, Großes zu verwirklichen. Wir haben ein gewaltiges Prestige eingesetzt; Zehntausende starben, weitaus mehr wurden verwundet, gerieten in Gefangenschaft oder wurden vermißt; unsere Ausgaben übersteigen 150 Mrd. Dollar und das innere Gefüge unserer Nation wurde schwerer Belastung ausgesetzt . . . Wenn eine derartige Anstrengung scheitert, dann ist das ein Ereignis von tiefer Bedeutung — für uns, wie auch für andere."

23.-26. 4. — UdSSR/Frankreich. Eine Delegation der Sozialistischen Partei Frankreichs unter Leitung von Francois Mitterrand hält sich auf Einladung des ZK der KPdSU zu einem politischen Meinungsaustausch in der Sowjetunion auf. Mitterrand wird auch von Parteisekretär Breschnew empfangen. Beide Seiten vereinbaren, ihre gegenseitigen Kontakte in Zukunft zu verstärken.

28. 4. — Zypern. Unter dem Vorsitz von UNO-Generalsekretär Waldheim beginnen in Wien neue Verhandlungen über eine Lösung des Zypern-Problems. Verhandlungspartner sind die Beauftragten des griechischen und des türkischen Bevölkerungsteils, Glafkos Klerides und Rauf Denktasch.

Kommentare und Berichte

Vietnam: Frieden und Sieg

Vietnam frei. Saigon — nun die Stadt Ho Chi Minhs — gerettet. Der Krieg beendet. Die ausländischen konterrevolutionären Interventionsarmeen aus dem Lande. Die Truppen der Provisorischen Revolutionsregierung der südvietnamesischen Republik und ihre nordvietnamesischen Brüder siegreich! Und alle Anstrengungen der imperialistischen Interventionisten aus den USA, Südkorea, Formosa, Australien und Frankreich ganz und gar vergeblich geblieben. Das war die Botschaft zum 1. Mai 1945 aus Vietnam.

Seit im September 1945 Ho Chi Minh die Demokratische Republik Vietnam proklamierte, haben die Reaktionäre der ganzen Welt nicht geruht. Es blieb nicht bei Intrigen und schäbigen Finanzmanövern. Schon im November 1946 beschossen französische Truppen Haiphong, 6000 Menschen kamen ums Leben. So begann Frankreichs Indochinakrieg, in den die USA schon lange vor der Kapitulation der Franzosen eingriffen. Die Militärhilfe Amerikas begann 1950, ihre Kosten betrugen 1953 schon über 1 Mrd. Dollar, die damals noch mehr wert waren als heute.

1954, nach der endgültigen Niederlage der französischen Interventionstruppen, der Kapitulation von Dien Bien Phu, wurde auf der Genfer Konferenz beschlossen, Wahlen bis spätestens 20. Juli 1956 unter internationaler Kontrolle in ganz Vietnam abzuhalten. Aber obwohl damals, im Juli 1954, nur knapp 700 amerikanische Soldaten im Lande standen, obwohl ein amerikanischer Sprecher erklärte, daß „die USA keine Gewalt anwenden werden, um das Abkommen zu stören", wurde noch im gleichen Monat der vom CIA und Kardinal Spellman empfohlene Ngo Dinh Diem von dem Marionetten-Herrscher Bao Dai zum Premierminister Südvietnams ernannt, und im September von den USA die SEATO gegründet, der sich, unter Bruch des Genfer Abkommens, auch Laos, Kambodscha und Südvietnam anschlossen. Eisenhower, der Diem von Anfang an unterstützte, wußte genau, daß diese Unterstützung nicht nur den Buchstaben und Sinn der Genfer Abmachungen brach, sondern gegen den Willen des vietnamesischen Volkes erfolgte. In seinem Buch „Mandate for Change" schrieb er über diese Zeit: „Wären zur Zeit der Kämpfe Wahlen abgehalten worden, hätten wahrscheinlich 80 Prozent der Bevölkerung für den Kommunisten Ho Chi Minh und nicht für den Staatschef Bao Dai gestimmt." Mit Diems Hilfe gelang es denn auch, diese Wahlen zu verhindern.

Anfang 1956 fand eine Zeremonie in Diems südvietnamesischer Armee statt, die zeigte, wes Geistes Kind die Regierung Diem war und wie sie die Unabhängigkeit von Frankreich, das Ziel des vietnamesischen Volkes, das für Befreiung von den Kolonialisten gekämpft hatte, verschleuderte. Die westliche Nachrichtenagentur UPI berichtete am 4. Januar 1956: „Die französischen Rangabzeichen wurden feierlich verbrannt und durch solche nach amerikanischer Art ersetzt." Zwei Jahre später kam es zu Wahlen, nicht den in Genf vereinbarten, sondern nur „Nationalwahlen" in Südvietnam, bei denen Oppositionelle nicht als Kandidaten zugelassen waren.

Nach weiteren zwei Jahren des korrupten und grausamen Diem-Regimes gründete sich in Südvietnam die Nationale Befreiungsfront (FNL). Die führende bürgerliche Zeitung „Le Monde" in Paris berichtet: „Die FNL wurde nicht

auf Anregung Hanois gegründet und wird auch nicht von dort geleitet". Damit begann der Widerstandskampf, der jetzt endlich mit dem Sieg des vietnamesischen Volkes geendet hat.

Die Einzelheiten des Vietnamkrieges sind noch in frischer Erinnerung. Amerikas Entschluß, das Volk von Vietnam, „wenn nötig in die Steinzeit zurück zu bombardieren" (General Le May), die Einführung der sogenannten „fire-free zones" (für das Feuer freigegebene Zonen), für die die Weisung galt: „Was sich bewegt, erschießen! Was sich nicht bewegt, verbrennen!", die massenweisen Folterungen, Vergewaltigungen, die Schulungskurse, in denen Spezialtruppen zu solchen Greueln systematisch ausgebildet wurden, die Besprühung von Wäldern und bebautem Land mit sogenannten Entlaubungsmitteln, chemischen Giftstoffen, die die Pflanzen vernichteten und den Boden vergifteten, die Verwandlung einer Bevölkerung in Flüchtlinge, von Dörfern in „Wehrdörfer", das heißt Konzentrationslager mit Zwangsarbeit auf dem Feld, die systematische Zerstörung der Wirtschaftsstruktur, die nur *ein* Gewerbe, die Prostitution, nach Kräften förderte ... Und die Toten der Bombenangriffe, die Napalmtoten, die ermordeten Bauern — eine siebenstellige Zahl.

Diem wurde von Rivalen ermordet. Einer der neuen führenden Männer, General Ky, erklärte am 6. Juli 1965: „Ich habe nur ein Vorbild: Adolf Hitler". Amerikanische Sprecher leugneten das, aber Ky wiederholte es noch dreimal vor ausländischen Journalisten. Ky, der erst einen Teil und schließlich die Mehrheit der Aktien des „Maxime", des größten und teuersten Bordells von Saigon, erwarb und auch vom Bürgertum Saigons „der Zuhälter" genannt wurde, während man von Ho Chi Minh als „Monsieur" sprach, wurde knapp vor der Befreiung Saigons von den Amerikanern evakuiert.

Mittlerweile wuchs der Widerstand der Nationalen Befreiungsfront, und die nordvietnamesische Volksdemokratie ging trotz der amerikanischen Bomben an ihren sozialistischen Aufbau.

Die Unfähigkeit der Supermacht USA, das kleine, durch die japanische Besetzung und viele Jahre eines bitteren Befreiungskampfes gegen die französischen Kolonialherrscher verarmte Vietnam in die Knie zu zwingen, war eine Inspiration für alle unterdrückten Völker der Welt, für alle Ausgebeuteten, für alle, denen ihre demokratischen Rechte vorenthalten wurden.

Gewiß, das vietnamesische Volk hätte ohne Hilfe der Länder, die sich bereits vom Kapitalismus befreit haben, kaum siegen können, aber hier muß man auch die internationale Solidarität demokratischer und antifaschistischer Kräfte in der übrigen Welt erwähnen, darunter nicht zuletzt jener Gegner des Vietnamkriegs in den USA, Arbeiter, Intellektuelle, Studenten, Schwarze, Weiße, Indianer, die sich gegen den Krieg ihrer Regierung wendeten, Aufklärung über die Wirklichkeit dieses Krieges verbreiteten, demonstrierten, ungeachtet aller Repressalien und Verleumdungen. Wie groß der Einfluß dieser vielgeschmähten und angeblich ganz wirkungslosen „Vietniks" tatsächlich war, ersah man schon daraus, daß Präsident Johnson zur Unterstützung der Präsidentschaftskampagne Humphreys wenige Tage vor den Wahlen das Bombardement Nordvietnams abblies, um Humphrey den Wählern glaubhafter zu machen. Dieses Manöver hatte zwar nicht mehr den gewünschten Erfolg, war aber das erste große öffentliche Eingeständnis, daß ein entscheidender Teil der Bevölkerung der Vereinigten Staaten den Vietnamkrieg nicht wollte.

Als die „Pentagon Papers" bekannt wurden, zeigte sich, daß alles, was die amerikanischen „Vietniks" und die internationalen demokratischen Kräfte, die die „Vietnam-Tribunale" veranstal-

tet hatten, der Regierung der USA vorgeworfen und was Reaktionäre in den USA und anderen Ländern als „kommunistische Propaganda" abzutun versucht hatten, durch die in diesen Dokumenten vom Pentagon festgestellten Tatsachen noch weit übertroffen wurde. Schon zuvor hatte das Blutbad von My Lai, in Wirklichkeit nur eines von vielen ermordeten Dörfern, endlich auch das Bewußtsein von Menschen in aller Welt erreicht, die bis dahin ihre Augen vor den Tatsachen verschlossen hatten.

Schließlich, in den letzten Tagen vor dem endgültigen Sieg des vietnamesischen Volkes, wurde klar, daß auch zur Zeit des Pariser Abkommens, für das groteskerweise Henry Kissinger den Friedensnobelpreis kassierte, Geheimverträge Nixons und Kissingers mit Thieu geschlossen wurden, die de facto die Nichteinhaltung des Geistes des Pariser Abkommens sicherten und Thieu Schutz in Aussicht stellten, wenn seine Vertragsbrüchigkeit ihn in militärische Schwierigkeiten verwickeln sollte. Hätte die Nobelpreiskommission von diesem Geheimabkommen Kenntnis gehabt, so hätte Henry Kissinger nie und nimmer seinen Nobelpreis erhalten.

Aber das Scheitern von Nixons Versuch, eine Diktatur der Exekutivspitze über die Institutionen der amerikanischen bürgerlichen Demokratie zu errichten, hatte seinen Nachfolger Ford ebenso wie den in Amt und Würden gebliebenen Kissinger einem Kongreß und Senat gegenübergestellt, die nicht willens waren, ihnen Ermächtigung und Geld für weitere blutige Abenteuer zur Verfügung zu stellen. Auch diese Entwicklung ist nicht zuletzt dem Druck demokratischer Kräfte in aller Welt zu verdanken, deren Aussagen über Vietnam sich ein um das andere Mal als Wahrheit erwiesen hatten.

Die Bundesrepublik hat wenig Ursache, auf das Verhalten offizieller Stellen in Sachen Vietnam stolz zu sein. Besonders aber in Westberlin solidarisierten sich offizielle Sprecher mit dem Kampf der USA in Vietnam. Doch auch die Bundesrepublik fühlte sich im Schlepptau der amerikanischen Allianz nicht imstande, dem wachsenden Unbehagen über diesen Krieg offiziell Ausdruck zu verleihen. Deutsche Firmen und in der Bundesrepublik stationierte internationale Konzerne lieferten jahrelang Kriegsmaterial für Amerikas Vietnamkrieg.

Andererseits haben Arbeiter und Intellektuelle, Studenten und Künstler im ganzen Land aus dem erfolgreichen Widerstand des vietnamesischen Volkes Kraft geschöpft, nicht nur in schweigender Empörung den Kopf zu schütteln, sondern durch ihr eigenes Verhalten praktische Solidarität zu zeigen und auch gegen reaktionäre Machenschaften im eigenen Land, im eigenen Lebens- und Arbeitsbereich anzukämpfen. Das wurde einem nicht immer leichtgemacht. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie ich nach Veröffentlichung eines Gedichtbandes zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes („Und Vietnam und", Westberlin 1966) Zielscheibe berufsschädigender und auf Existenzvernichtung zielender Angriffe und Diskriminierungen wurde. Gleichzeitig aber fand ich als Schriftsteller dadurch Verbindung zu immer mehr Lesern, zu Lesern, die nicht nur zum Zeitvertreib lasen. Die durch den Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes politisch aktivierten Menschen in der Bundesrepublik wie in anderen Ländern merkten, daß es sich lohnt, nicht nur passiver Zeitgenosse, nicht nur Opfer zu sein, daß ein anderes, besseres Lebensgefühl möglich ist. Auch das haben wir dem Volk von Vietnam und den mit ihm solidarischen Kräften in aller Welt zu verdanken. Solange aber die Kräfte und Männer, die bis zu allerletzt gegen das Volk von Vietnam gekämpft haben, noch Machtpositionen innehaben, muß man wachsam sein, wo ihre Machenschaften Schaden stiften könn-

ten. Wir dürfen Chile nicht vergessen, wir müssen auf der Hut sein vor Anschlägen gegen Peru oder gegen arabische Länder, gegen Portugal oder gegen die Freiheitsbewegung im immer noch faschistischen Spanien, aber vor allem auf der Hut vor dem, was in unserem eigenen Lebensbereich geschieht. Auch das ist eine Lehre aus dem Kampf und Sieg des Volkes von Vietnam.

Erich Fried, London

Vertrauenskrise in der NATO

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert besteht die NATO als exklusiver Militärblock. Europa und die Welt haben sich inzwischen in vielem geändert. In den internationalen Beziehungen setzt sich immer deutlicher ein neues politisches Klima durch. Eine ganze neue Generation ist inzwischen herangewachsen, die den atlantischen Postulaten, die ihrerzeit den Kalten Krieg hervorgebracht haben, mit zunehmender Skepsis begegnet. Die Schutzherren des atlantischen Blocks versuchen jedoch nach wie vor so zu regieren, als zeige der Kalender immer noch die 50er und nicht die 70er Jahre an. Ist es denn verwunderlich, daß zwischen den Absichten der NATO-Führung und den Wünschen einer Reihe der Teilnehmerländer immer öfter Reibungen entstehen, die sich durchaus nicht auf den Hang zur Selbstanalyse beschränken? Die Niederlande, England, Belgien und Dänemark haben bereits die Absicht verkündet, die Militärausgaben zu reduzieren. Die einst vorwiegend für die Erörterung von Finanzproblemen (ohne die USA) gegründete sogenannte „Eurogruppe" der NATO mischt sich immer tatkräftiger in den Bereich der Politik ein. Die Neun des „Gemeinsamen Marktes" betonen immer öfter ihre besonderen Rechte und verlangen eine Linderung des ökonomischen Drucks aus Übersee.

Erst unlängst haben die interessierten Staaten auf dem Pariser Treffen bestätigt, daß westeuropäische und amerikanische Interessen im Erdölgeschäft, milde gesagt, durchaus nicht identisch sind. Im Bereich des Außenhandels zeigt sich die gleiche Situation. Wenn Washington 13 Prozent des Außenhandels in der kapitalistischen Welt kontrolliert, so ist die Bundesrepublik Deutschland, ein führendes Mitglied des Gemeinsamen Marktes, ihm dicht auf den Fersen: sie kontrollierte im vergangenen Jahr bereits 12 Prozent des Außenhandels.

Die atlantische Allianz ist selbstverständlich noch immer stark, und es wäre verfehlt, ihren negativen Einfluß auf das internationale Geschehen zu unterschätzen. Die Ereignisse auf Zypern, das zum Gegenstand der NATO-Einmischung geworden ist, bestätigen dies zur Genüge.

Und dennoch ist die Allianz nicht mehr dieselbe wie vor 20 oder auch nur vor 5 Jahren. Die Bereitschaft der Westeuropäer, die risikovollen Engagements des „Großen Bruders" in den jeweiligen Weltgegenden zu unterstützen, schwindet rasch. Der „Große Bruder" hat das sowohl im Nahen Osten als auch in Südostasien entdecken müssen. Als unlängst — auf dem Höhepunkt der Ereignisse in Indochina — Washington an die Außenminister der EWG-Länder eine Verbalnote mit dem Appell richtete, dem Saigoner Regime zu helfen und ihren Einfluß zu gebrauchen, um die Demokratische Republik Vietnam von der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung in Südvietnam abzubringen, war das Ergebnis

für die Verfasser der Note überraschend. Auf der Konferenz in Luxemburg lehnten die Minister der EWG die amerikanische Forderung ab und betonten, daß sie einen „einseitigen Charakter" habe.

Dieser Vorgang ist vielsagend. Er zeugt wohl nicht nur von der Krise des Vertrauens innerhalb der atlantischen Allianz, sondern auch vom Ende jener Zeit, da sich die „Juniorpartner" den USA bedingungslos unterwarfen. Wie wir sehen, will das westeuropäische „Kraftzentrum" immer weniger von dem gefährlichen Zickzackkurs einer Strategie abhängig sein, die nicht in Westeuropa, sondern jenseits des Atlantiks — im Pentagon — ausgearbeitet wird. Das bedeutet, daß eine tragende Säule der NATO wankt. Die gleiche, die bald nach dem Krieg vom damaligen amerikanischen Präsidenten Harry Truman errichtet wurde, der behauptete, daß er „mit der ständigen und brennenden Notwendigkeit konfrontiert ist, die Welt zu führen".

Heutzutage ist die oberste NATO-Führung manchmal außerstande, Zwistigkeiten sogar zwischen solchen Mitgliedern der Allianz zu schlichten, die noch unlängst als „besonders zuverlässig" galten. Ein Beispiel dafür ist der andauernde politische Zank zwischen Griechenland und der Türkei. Der Konflikt zwischen den zwei Ländern an der südlichen Flanke der NATO ist natürlich schon an sich aufschlußreich, weil er gleichsam ein Nebenprodukt der abenteuerlichen Mittelmeerpolitik der Allianz ist. Nicht die Geschichte dieses Konflikts bewegt aber heute die NATO-Strategen, sondern jene betrübliche Tatsache, daß zwei Block-Mitglieder, ohne die Anschnauzer von oben zu beachten, die „Atlantische Solidarität" einträchtig verwarfen und sich beinahe in einen offenen Kampf stürzten. Jeder ist sich selbst der Nächste! Griechenland erklärte dazu noch seinen Austritt aus der militärischen Organisation der NATO (die Frankreich bereits im Jahre 1966 verlassen hatte), während die Türkei sich in einen Wortwechsel mit der NATO-Führung einließ, der mittlerweile chronischen Charakter angenommen zu haben scheint.

All das vermittelt eine Vorstellung der komplizierten widersprüchlichen Prozesse, die innerhalb der NATO vorsichgehen, Prozesse, die sich — Herrn Luns zum Verdruß — schwer voraussehen und noch schwieriger durch Gegenmaßnahmen abwehren lassen. Natürlich bedeutet das nicht, daß Gegenmaßnahmen nicht ergriffen würden. Das beliebteste Aufputschmittel des NATO-Hauptquartiers ist eine erzwungene Vergrößerung der Militärausgaben. Ungeachtet der Unzufriedenheit einer Reihe von Ländern sind solche Ausgaben bedauerlicherweise im Wachstum begriffen. Wie Statistiken zeigen, wachsen sie jährlich um 6 bis 7 Prozent im ganzen Block, in den europäischen NATO-Mitgliedsländern aber sogar um 15 Prozent und mehr. Es gibt aber auch andere Methoden, auf die Widerspenstigen einzuwirken. Dazu gehören ökonomische Hebel, politischer Druck, eine hinterhältige Devisen-Strategie u. a. Nicht ausgeschlossen ist, daß ein solches Arsenal des Zwangs Ende Mai, da ein NATO-Gipfeltreffen vorgesehen ist, zur Anwendung kommt.

Aber auch Ende Mai wird man sicher zugeben müssen: Je weiter, desto weniger gelingt es, das atlantische Gespann zu zähmen. Die Ursache dafür besteht nicht nur und nicht so sehr in inneren Wandlungen, die die Allianz im Laufe von mehr als einem Vierteljahrhundert durchgemacht hat, als vielmehr in Änderungen außerhalb des Blocks.

Nur die Dynamik der Weltentwicklung, das Studium ihrer Einwirkung auf den atlantischen Block ermöglicht es, dessen heutige Lage richtig einzuschätzen und zu erkennen, daß er keine Zukunft hat. Während des Kalten Krieges fühlten sich die NATO-Führer hoch zu Roß.

Das war „ihr Element", ihr Handlungsfeld, das sie für sich selbst geschaffen haben. Ein ganzes Rudel NATO-Generale — von Norstad bis Goodpaster u. a. — verknüpften ihr Schicksal mit der Politik der Konfrontation, die eigentlich sehr simpel war: Keine Suche nach vernünftigen Lösungen in Europa, sondern lediglich das Rasseln mit den Waffen, die dazu in wahrlich ausreichenden Mengen auf das westeuropäische Versuchgelände gebracht wurden. Und jetzt?

Die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten, realistisch denkende Kreise in Westeuropa und Amerika führten der Welt die Möglichkeit und Wirksamkeit der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anschaulich vor Augen. Die sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen über die Verhütung eines Nuklearkrieges und die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen, die Verträge der sozialistischen Staaten mit der BRD, die die Unverletzbarkeit der europäischen Grenzen verankert haben, eine Änderung zum Besseren in den sowjetisch-französischen Beziehungen, die erfolgreiche Arbeit der Gesamteuropäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit sowie viele andere positive Entwicklungen, die auf Initiative der Sowjetunion und anderer Länder der sozialistischen Gemeinschaft zustande gekommen sind, haben wie wohl nichts anderes den militanten NATO-Dogmen einen starken Schlag versetzt. Für Europa öffnete sich zum erstenmal die Perspektive, seine Zukunft ohne militärische Konflikte aufzubauen. Zum erstenmal bot sich die Möglichkeit, von bilateralen Beziehungen zur nächsten Windung der Spirale des internationalen Lebens — zu multilateralen Beziehungen — aufzusteigen. Kurz: Es entstanden erstmalig reale Bedingungen für den endgültigen Übergang von einem Europa der Konfrontation zu einem Europa der Sicherheit und Zusammenarbeit.

Im November 1972 mußte der NATO-Rat grünes Licht für die Teilnahme der atlantischen Partner an der gesamteuropäischen Konferenz geben. Man mußte auf die Strategie der Sabotage dieser Konferenz verzichten, die sechs Jahre lang betrieben worden war. Historische, politische und soziale Veränderungen auf unserem Kontinent haben sich ausgewirkt. Ausgewirkt hat sich die mächtige Kraft des gesunden Menschenverstandes, der tagtäglich daran erinnert, daß es in unserem Zeitalter eine vernünftige Alternative zur Politik der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weder gibt noch geben kann. Ausgewirkt hat sich auch jene Wende zum Realismus, die sich in einer Reihe westlicher Hauptstädte abzeichnete und es ermöglichte, in einer verhältnismäßig kurzen Frist positive Erfahrungen in der Entwicklung bilateraler Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten des Kontinents zu sammeln; dadurch wurde der Übergang zu multilateralen Verhandlungen erleichtert.

Der unentwegte Vormarsch der Ideen der europäischen Sicherheit, der im Forum von 33 Staaten seinen Ausdruck gefunden hat, beschleunigt selbstverständlich die Erosion der ganzen strategischen NATO-Konzeption.

Im Herbst 1974 hatte der Autor dieses Beitrags Gelegenheit, einer Tagung des NATO-Rates in Brüssel beizuwohnen. Der Generalsekretär der Allianz, Dr. Josef Luns, bemühte sich von Zeit zu Zeit, wie es schien, den Eindruck zu erwecken, er führe Vorsitz nicht in einem Militärrat, sondern in einer Gesellschaft guter Absichten. Solcher Eindruck war jedoch trügerisch: Nicht von ungefähr sagt man, daß der Weg in die Hölle mit guten Absichten bepflastert ist.

Obwohl Dr. Luns gezwungen war, in seinen Ausführungen die Wichtigkeit und Nützlichkeit des Wladiwostoker Treffens zwischen dem Generalsekretär

des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, und dem amerikanischen Präsidenten Ford zu betonen, versuchte er nichtsdestoweniger, die Teilnahmeländer zu einem weiteren Wettrüsten anzustacheln. Doch wird es immer schwieriger, die Partner von der Notwendigkeit zu überzeugen, Opfer im Interesse der NATO zu bringen.

Mit einem Wort, Dr. Luns hat allen Grund, über Kopfschmerzen zu klagen. Im atlantischen Königreich ist tatsächlich etwas faul — und das ungeachtet der Tatsache, daß vor weniger als einem Jahr, im Sommer 1974, die Deklaration von Ottawa unterzeichnet wurde, die feierlich verkündete: Die ursprünglichen Ziele der Allianz sind unverändert geblieben, während die Allianz selbst felsenfest ist.

Die Natur der NATO hat sich nicht geändert. Sie ist imperialistisch, militaristisch geblieben. Die Allianz selbst ist aber in vielem anders geworden. Mehr noch: Sie zeigt Symptome einer gewissen Anpassung an die veränderte politische Landschaft in der Welt. Eigentlich muß das auch jenseits des Atlantiks zugegeben werden. Nicht von ungefähr teilte der US-Verteidigungsminister Schlesinger unlängst mit einiger Bitterkeit der Fernsehgesellschaft CBS mit, daß „das Gefühl der Ehrfurcht, das die Vereinigten Staaten seit vielen Jahren einflößten, nun verschwunden ist", daß „das Vertrauen zu ihnen überhaupt gesunken ist", daß „wir (d. h. wohl das Pentagon, d. Verf.) jetzt eine der schwierigsten Perioden erleben". Man könnte dem Minister entgegnen, daß es darauf ankommt, wie man an die Realitäten herangeht. Die geschilderten Schwierigkeiten der NATO sind eigentlich ein gutes Zeichen für alle Amerikaner und Europäer, die eine weitere Entspannung wollen. Was das Vertrauen anbelangt, so wird es, um einen Ausdruck des Ministers zu gebrauchen, nicht durch das Einflößen von „Ehrfurcht", sondern durch positive Aktivitäten hervorgerufen.

Heute, 30 Jahre nachdem die Kanonen des Zweiten Weltkrieges verstummt sind, vollziehen sich in Europa nach wie vor Änderungen, die die politische Entspannung immer zuverlässiger und unumkehrbar machen und große Möglichkeiten dafür bieten, sie durch die militärische Entspannung zu ergänzen. Natürlich hat die NATO keine Zukunft. Das bedeutet jedoch nicht, daß die atlantische Allianz für die Gegenwart weniger gefährlich wird. Solange sie besteht, haben die Europäer jeden Grund, die Manipulationen des Blocks mit größter Wachsamkeit zu verfolgen, dabei dem Problem der Sicherheit ihres Kontinents besondere Aufmerksamkeit zu schenken und sich mit aller Kraft für sie zu engagieren.

Nikolai Poljanow, Moskau

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

17 Grossner/Schierholz, Projekt MRCA. Dokumentation und Kritik des größten Rüstungsvorhabens der deutschen Geschichte (Doppelband)

18 Krusewitz/Kade, Anti-Enzensberger. Von der Umweltkatastrophe und den Grenzen literarischer Krisenbewältigung

19 Huffschmid/Kade/Ipsen, Die Krise und die Grenzen der bürgerlichen Ökonomie

Einfachband DM 4,–, Doppelband DM 6,–

Pahl-Rugenstein

Entscheidende Phase im Kampf gegen den neuen McCarthyismus

Ausmaß und Grenzen der Politik der Berufsverbote

Von Ingrid Kurz und Erich Roßmann

Während sich der Bundestag mit der Vorbereitung eines sogenannten Radikalengesetzes befaßt, das den Ministerpräsidentenbeschluß vom 28. Januar 1972 ablösen soll, hat das Bundesverwaltungsgericht soeben seine Entscheidungsgründe für das Urteil gegen die Lehrerin Anne Lenhart bekanntgegeben. Dieses Urteil soll — das bestätigt allein die Lektüre der großbürgerlichen Presse — Grundlage einer neuen politischen Eskalation gegen kritische Demokraten werden.

Dem Parlament wird damit das Alibi für eine harte Lösung eines Berufsverbotsgesetzes zugespielt. Der hessische Kultusminister Krollmann (SPD) hat bezeichnenderweise als erster Politiker im Windschatten dieses Urteils zu verstehen gegeben, „daß nun auch in Hessen allein die Zugehörigkeit zu einer extremen Partei die Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst rechtfertigen kann". Wer sich aus Überzeugung zum Programm der DKP bekenne, „der kann nicht Lehrer in Hessen werden", meinte der Sozialdemokrat und stellte sich ganz nebenher damit gegen einen Beschluß des SPD-Bezirks Hessen-Süd, der gerade vierzehn Tage alt ist.

Den Schaden haben zunächst die vom Urteil Betroffenen und alle Bürger, die der gerichtlich abgesegneten Diskriminierung ausgesetzt werden. Erst der Urteilsspruch trägt jene Polarisation in die Gesellschaft, die der demokratischen Linken angelastet wird. Nicht die Linken sind es, die den innenpolitischen Konflikt verschärfen. Es sind die reaktionären herrschenden Kreise und ihre Wegbereiter in der Dritten Gewalt, die der ökonomischen, politischen und moralischen Krise der von ihr repräsentierten Gesellschaft hilflos gegenüberstehen und meinen, durch verstärkten Druck auf kritische Demokraten ihrem Dilemma entrinnen zu können.

Jene, die hierzulande glauben, Hexenjagd gegen kritische Demokraten veranstalten und sich gleichzeitig nach außen als Vertreter eines „Rechtsstaates" ausweisen zu können, werden bald merken, daß beides so wenig möglich ist wie die Quadratur des Kreises. Urteil und voreilig gezogene politische Schlußfolgerungen nach dem Beispiel des Herrn Krollmann hindern die Gesellschaft, die gegenwärtigen und künftigen Probleme unseres Landes konstruktiv und friedlich zu bewältigen.

Das Urteil ist, wie sich beweisen läßt, verfassungswidrig. Nach ihm kann das Bekenntnis eines Bewerbers im öffentlichen Dienst zu den Zielen einer „extremistischen, politischen Partei" Zweifel für die Eignung zum Lehramt begründen, „zumal dann, wenn der Parteibeitritt aufgrund freier Willensentscheidung erfolgt ist und zu politischen Aktivitäten für die Ziele der Partei verpflichtet". In der Ablehnung durch das Land Rheinland-Pfalz, Anne Lenhart als Lehrerin auf Probe einzustellen, glaubt das Gericht keinen Verstoß gegen das in Art. 21 Abs. 2 GG enthaltene Parteienprivileg erkennen zu können [1]).

[1]) Die Passage aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts lautet: „In diesem Zusammenhang kann bei gebotener Berücksichtigung der Einzelumstände des jeweils zu entscheidenden Falles schon allein das auf innerer Überzeugung fußende Bekenntnis des Bewerbers zu den mit der freiheitlichen demokratischen

Unbeschadet einer noch ausstehenden Gesamtanalyse über die juristischen und politischen Konsequenzen des Urteils ist gerade dieser Auffassung des Gerichts zu widersprechen. Zu der im Urteil angeschnittenen Problematik hat Willy Brandt im „Vorwärts" am 29. März 1973 am Vorabend des letzten SPD-Parteitages zur Rechtslage treffend festgestellt: „Eine Partei kann wegen des Parteienprivilegs des Art. 21 des Grundgesetzes nur vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt werden, und daher darf die bloße Mitgliedschaft in einer nichtverbotenen Partei — wie das Bundesverfassungsgericht in anderen Zusammenhängen entschieden hat — nicht zu Rechtsnachteilen für den Einzelnen führen. Das schafft sonst Unrecht." Dem ist hinzuzufügen: Das Parteienprivileg ist der Ausdruck des fundamentalen Verfassungsgrundsatzes, wonach alle Staatsgewalt vom Volke auszugehen hat (Art. 20 GG). Es schützt die Pluralität der Meinungen und Parteien sowie deren Chancengleichheit. Das Bundesverfassungsgericht hat die Parteien deshalb ausdrücklich in den Rang von „Verfassungsorganen" erhoben. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Falle Lenhart steht in krassem Gegensatz zu der grundlegenden Verfassungsbestimmung des Art. 21. Es stellt sich auch in offenen Widerspruch zu dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. März 1961, in dem es heißt: „Bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kann niemand die Verfassungswidrigkeit einer Partei rechtlich geltend machen." Die Begründung des Bundesverwaltungsgerichts, nach der dem Dienstherrn „bei der Beurteilung der Verfassungstreue des Bewerbers engere Grenzen gesetzt" sind „als den Stellen, die ein Parteiverbotsverfahren einleiten könnten", geht offenbar vom Bild eines Beamten aus, das seine Vorbilder aus der Zeit des Feudalabsolutismus bezieht und das fatal an die Gesetze der Nationalsozialisten „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" aus dem Jahre 1933 erinnert.

Das Urteil gegen Anne Lenhart degradiert die Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu Staatsbürgern besonderer Art, schränkt ihre demokratischen Rechte massiv ein und versucht sie zu willenlosen Kastraten der politischen Obrigkeit zu machen. „Die organisatorische Konsequenz dieser Auffassung ist die Inthronisation des Beamtentums als oberster Zensor der politischen Meinungen in der Bundesrepublik, eine Kompetenz zur Einteilung der Bürger in ‚Demokraten' und ‚andere', in ‚verfassungstreue' und ‚verfassungsfeindliche' "[2]). Diese Entscheidung bringt neuen Zündstoff in die Auseinandersetzung um die Rechte und das Verständnis der im öffentlichen Dienst Tätigen, die weit über die Berufsverbotsproblematik hinausreicht.

Bezeichnenderweise hat das Bundesverwaltungsgericht im Falle eines anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes am 14. März 1973[3]) eine diametral entgegengesetzte Entscheidung gefällt. Es verkündete damals: „Vor dem Verbot einer Partei kann sich niemand zum Nachteil eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes darauf berufen, die noch nicht verbotene Partei sei verfassungswidrig oder setze sich jedenfalls nicht ‚für die bestehende demokratische Staatsauffassung' ein." Freilich handelte es sich in diesem Falle um ein NPD-Mitglied, Oberstleutnant in der Bundeswehr. Abgesehen von der kuriosen Tatsache, daß somit das gleiche Gericht zwei absolut divergierende Entscheidungen über ein und dieselbe Rechtsfrage traf, weist das Urteil gegen Lenhart auf eine bestürzende Identifizie-

Grundordnung nicht zu vereinbarenden Zielen einer extremistischen politischen Partei linker oder rechter Prägung — das sinnfällig durch die Zugehörigkeit zur Partei Ausdruck erlangt — geeignet sein, Zweifel der in Rede stehenden Art auszulösen, zumal dann, wenn der Parteibeitritt auf Grund freier Willensentscheidung erfolgt ist und zu politischen Aktivitäten für die Ziele der Partei verpflichtet."

2) Peter Becker/Theo Schiller in der „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 14. 11. 1974.

3) Aktenzeichen: JWB 26/73.

rung mit den reaktionären Auffassungen von Franz Josef Strauß hin, wie dieser sie jüngst in Sonthofen vertrat.

Indes nimmt die geistige Nähe des Urteils zur politischen Reaktion in diesem Lande nicht wunder, wurde es doch von Richtern gefällt, die wegen ihrer Verwicklung in die faschistische Unrechtspraxis vor über 30 Jahren selbst Anlaß zu erheblichen Zweifeln an ihrem jederzeitigen Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung geben. Dafür zwei Beispiele:

Bundesrichter Dr. Edmund de Chapeaurouge hat vor 1945 in Hamburg nationalsozialistische „Rassenschande"-Urteile mitverantwortet.

Bundesrichter Dr. Rudolf Weber-Lortsch war als Oberregierungsrat vor 1945 beim Reichskommissariat für die besetzten norwegischen Gebiete und als höherer SS-Führer im Polizeidienst beim Reichskommissariat Ukraine in Nikolajewsk tätig.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist das vorerst letzte Beispiel zugunsten politischer Positionen, die in der übrigen Welt — wenn man vom faschistischen Spanien einmal absieht — kaum noch Verständnis finden. Es reiht sich in die Tendenz jener Entscheidungen ein, die zuvor vom Bundesverfassungsgericht zum Grundlagenvertrag mit der DDR und zum § 218 gefällt wurden; unfähig, die europäischen Realitäten zu begreifen, der menschlichen Würde gerecht zu werden, und ohne Aussicht, die gewünschte Konservierung überholter Verhältnisse bewirken zu können.

Urteilsbegründung und Praxis der Berufsverbote zeigen: Es geht nicht um die vorgegebene Bekämpfung „Radikaler", es geht vielmehr um die Entfaltung einer anikommunistischen Hysterie, die weit über die Kommunisten hinaus auf alle kritischen Demokraten zielt. So scheuen CDU/CSU-Politiker wie Fraktionschef Carstens nicht davor zurück, nationalsozialistische Praktiken anzuempfehlen. Er forderte in einer Debatte des Bundestages zum beabsichtigten Sondergesetz dazu auf, das „juristische Beiwerk" beiseitezulassen.

Diese Tendenzen offenbaren die unglaubliche Mißachtung und Bedrohung unveräußerlicher demokratischer Grund- und Verfassungsrechte durch die Führer von CDU/CSU, deren Wahrnehmung als „exzessiver Grundrechtsgebrauch" (Schelsky) verdächtigt und illegalisiert wird. Schleswig-Holsteins Kultusminister Braun will nicht länger dulden, „daß marxistische Leute überhaupt Lehrer sind". Sein Bannstrahl gegen den Marxismus, der eine bedeutsame geistige Strömung in der Welt verköpert, stellt eine Demontage des pluralen Meinungsspektrums dar. Im Schußfeld dieser Politik liegt die gesamte demokratische Linke, der unterstellt wird, in ihrem Dunstkreis entwickele sich der Terrorismus. Die entscheidende Schlacht gegen ihn „ist dort zu schlagen, wo er seinen geistigen Nährboden hat", meinte J. G. Reißmüller kürzlich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), um dann fortzufahren: „Wer zählt die Gelehrten, Künstler, Literaten, Gottesmänner, die den organisierten Haß gegen den ‚Klassenfeind' nähren, preisen, liebkosen?" [4]) Folgerichtig werden nach den Kommunisten nun seit geraumer Zeit auch Mitglieder des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), Liberale und Mitglieder der SPD als verfassungsfeindlich diskriminiert. In Bayern verband die Regierung von Mittelfranken die Ablehnung eines SHB-Mitgliedes für den Schuldienst mit einer massiven Verdächtigung des SHB, weil für ihn „der Kampf für mehr Demokratie zugleich ein Kampf gegen die Monopole" sei und er „auf der Grundlage des

4) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 6. 3. 1975.

wissenschaftlichen Sozialismus um die sozialistische Umgestaltung der BRD" kämpfe. Die Begründungskonstruktion kennzeichnet den antidemokratischen und verfassungswidrigen Standort der Vollstrecker der Berufsverbote, die die Lehren des 8. Mai 1945 und die Forderungen des Potsdamer Abkommens mißachten. Sie möchten vergessen machen, was nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus programmatische Forderung aller Parteien war und seinen Niederschlag im Grundgesetz fand. Alles, was man den „Radikalen" heute vorwirft, leitet seine Berechtigung aus dem Völkerrecht, dem Grundgesetz und den Länderverfassungen ab. Diejenigen, die heute andere als Verfassungsfeinde denunzieren, versuchen das antimilitaristische, das antinazistische, das antimonopolitische Verfassungssystem ins Gegenteil zu verkehren. Ihre Attacken entspringen der Furcht, die Demokraten dieses Landes könnten diesen Staat an seinen eigenen Ansprüchen messen und die volle Verwirklichung seiner Verfassung durchsetzen. Deshalb haben sie selbst die Totalrevision des Grundgesetzes gefordert und versuchen sie, das Sozialstaatspostulat zu unterlaufen.

Exemplarisch für die Praxis der Berufsverbote ist die Ablehnung der Berufung des Westberliner Politologen Wolf-Dieter Narr an die Technische Universität Hannover durch das Niedersächsische Kabinett. Narr, Sozialdemokrat und führender Vertreter seines Faches, der zeitweise auch dem Wissenschaftsrat angehörte, sollte in Hannover im Rahmen einer neuen Juristenausbildung lehren. Das niedersächsische Kabinett stützte sich bei seiner Entscheidung gegen Narr auf „Erkenntnisse" des Innensenators Neubauer (SPD) aus Westberlin, die auf Beschuldigungen basieren, welche in den „Hochschulpolitischen Informationen" (HPI) des reaktionären „Bundes Freiheit der Wissenschaft" erhoben wurden. Narr wird angekreidet, sich gegen Notstandsgesetze und Vietnamkrieg engagiert zu haben; darüber hinaus soll sein Verhalten als gewählter Vorsitzender des Fachbereichs Politische Wissenschaften (Otto-Suhr-Institut) in Westberlin zu seiner Ablehnung beigetragen haben. Inzwischen hat Narr Senator Neubauer aufgefordert, die „direkt widerlegbaren Tatsachenbehauptungen" zurückzunehmen und dieses den Ministerien in Niedersachsen mitzuteilen.

Die Entscheidung des sozial-liberalen Kabinetts in Niedersachsen knüpft an eine Praxis an, wie sie bisher nur in CDU/CSU-regierten Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg gehandhabt wurde. Sie zeigt, daß SPD/FDP-regierte Länder diese undemokratische Praxis übernehmen und gegen Mitglieder ihrer eigenen Parteien richten. Unlängst hatte der „Vorwärts" gerade dies beklagt, als er schrieb: „Wer in Baden-Württemberg als Schüler oder Student irgendwann einmal eine Anti-Vietnam-Demonstration organisiert oder auf einer linken Liste kandidiert hat, bekommt Schwierigkeiten mit dem Verfassungsschutz, wenn er später einmal im öffentlichen Dienst arbeiten will" [5]).

Der Fall Narr offenbart nicht nur den bestürzenden Zerfall bisher zumindest noch in der Optik gewahrter „rechtsstaatlicher Spielregeln", er markirt auch schneller als erwartet das Dilemma und die politischen Grenzen der für die Berufsverbote verantwortlichen Kräfte. Wer angesichts der zu Ende gehenden 30jährigen Tragödie des vietnamesischen Volkes noch immer — wie auch im Fall Narr geschehen — den makabren Mut aufbringt, den Gegnern dieses Krieges ihr Engagement vorzuwerfen und sie als Verfassungsfeinde zu diffamieren, steht im Widerspruch zur überwiegenden Meinung in der Welt und begibt sich in die Isolation. Das Beispiel Narr zeigt einen weiteren Aspekt der Berufsverbote, den Abbau der Freiheit der Wissenschaften auf. Darauf verweist auch eine Protest-

[5]) „Vorwärts" v. 13. 3. 1975, „Totale Hatz auf ‚linke' Gesinnung".

erklärung, die von fast allen Professoren der Fakultät für Rechtswissenschaften in Hannover unterzeichnet wurde und der sich Thomas von der Vring, Ludwig v. Friedeburg und Peter v. Oertzen anschlossen. Darin wird hervorgehoben: „Wenn in einem Land, das die Wissenschaftsfreiheit zu den Grundwerten seiner Verfassung rechnet, politische Verdächtigungen und bloße Opportunität ausreichen, um einen Hochschullehrer mit großem Engagement für die soziale Demokratie des Grundgesetzes von einem Lehramt fernzuhalten, dann ist freie Wissenschaft in ihrem Kern gefährdet und eine prinzipielle Sicherung gegen das Lehrverbot aufgegeben" [6]).

Ähnlich verhielt es sich zuvor in anderen Fällen. Der Lehrer Frank Behrens wurde mit Berufsverbot belegt, weil er in einer Examensarbeit Unterrichtsmodelle zu Art. 14 und 15 GG entwickelte, die die Sozialbindung des Eigentums und die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln als im Einklang mit dem Grundgesetz stehend nachwiesen. Thomas Neumann, der sich in Münster um eine Professur beworben hatte, wurde der Gebrauch des Begriffes „Imperialismus" sowie die Feststellung zum Vorwurf gemacht, in der Bundesrepublik bestehe eine Differenz zwischen Verfassungsnorm und -wirklichkeit.

Die allein aus diesen Fällen sichtbar werdende Tendenz beweist: Die Methode, gesellschaftliche Widersprüche zum Ausgangspunkt der Gesellschaftsanalyse und -kritik zu machen, soll untersagt, die Gesellschaftstheorie, die sich dieser Methode bedient, verboten, die auf dieser Theorie beruhende Praxis unterdrückt werden. „Allzulange", so schrieb die FAZ, „haben manche auf der Suche nach einem Verständnis der ‚Gesellschaft' diese dem Staat überordnen, überstülpen ... (wollen). Aber der Staat ist mit nichts und niemandem verschmolzen. Er ist das Gehäuse für alle" [7]).

Für den hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger war denn auch in der Bundestagsdebatte am 13. März 1975 das Feindbild klar. Der herkömmlichen CDU/CSU-Taktik folgend, Terroristen, Anarchisten, Spione, Extremisten und kritische Demokraten in einen Topf zu rühren, beklagte er die „psychosoziale Vergiftung", die schon seit vielen Jahren von manchen Universitäten und Lehrerakademien ausgeht" [8]). Ein Blick auf die schon bisher geübte Praxis der Berufsverbote läßt ahnen, was Dregger mit seiner Forderung nach einem „Gesamtkonzept zur offensiven Bekämpfung der Terroristen und ihres geistigen Hintergrundes" erreichen möchte [9]). Auf dieser Linie soll die Einschränkung des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes durchgesetzt und die Informationsfreiheit, ohnehin durch die Monopolisierung der Presse bereits eingeschränkt, noch mehr eingeengt werden. Bei den ungerechtfertigten Angriffen auf den WDR als „Rotfunk" werden nach bewährter Schablone liberal eingestellte Journalisten verunglimpft.

Künstler, Schriftsteller, Schauspieler sehen sich verstärktem Druck ausgesetzt und werden staatlich reglementiert, wie das Beispiel des Grafikers Klaus Staeck beweist, dessen Auslands-Ausstellungen faktisch der Zensur durch das Auswärtige Amt zum Opfer fielen. Der im letzten Herbst stattgefundene Schriftstellerkongreß beklagte die sich häufenden Fälle von Unterdrückung kritischer Manuskripte. Die Prozesse gegen die Schriftsteller Delius und Engelmann lassen erkennen, daß wirtschaftlich Mächtige zunehmend die Möglichkeit haben, das Aus-

6) Zit. nach FR v. 14. 3. 1975.
7) FAZ v. 31. 1. 1973.
8) Stenographischer Bericht über die 155. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, 13. 3. 1975.
9) Ebd.

maß kritischer Meinungsäußerung in diesem Land zu bestimmen. Der Verband der Schriftsteller erklärte, daß er „Berufsverbote unter dem Vorwand der Radikalenbekämpfung, den Ministerpräsidentenerlaß und alle dem Bundestag vorliegenden Gesetze dazu ablehnt".

Heinrich Böll hat anläßlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille in Westberlin ein Plädoyer für den Rechtsstaat gehalten und mit bitteren Worten die Taktik der „Scharfmacher auf der Rechten" skizziert: „Zuerst hat man die Linken abgeschossen: in allen Parteien, in allen Differenzierungen — es gibt ja viele. Jetzt sind die Linksliberalen dran, zu denen ich Gollwitzer und mich zähle; bei aller Fragwürdigkeit der Begriffe. Die nächsten werden die Liberalen sein; sie fangen ja schon an zu wanken. Schauen Sie sich doch die Leitartikel an, nicht nur der Springer-Presse — vergessen wir die —, sehen wir auf die anderen. Dann kommen die Konservativen dran. Und ich appelliere hier an die Konservativen und an die Liberalen, achtzugeben, das geht Schritt für Schritt und systematisch weiter. Und in alledem, was ich hier sagen werde, bitte ich Sie herzlich, keinen Funken rheinischen Humors zu entdecken." Hinter der von Böll beschriebenen Taktik rechter Scharfmacher steht eine von CDU/CSU seit langem angelegte Konfliktstrategie, bei der die Sonthofener Rede des F. J. Strauß nur ein Intermezzo darstellt. Bereits anläßlich des im Oktober 1971 durchgeführten CSU-Parteitages in München markierte Strauß fünf Hauptfeinde, gegen die zu Felde gezogen werden müsse. An erster Stelle nannte er starke Teile der Publizistik in Presse, Funk und Fernsehen. Zweiter mächtiger Gegner waren danach alle „linksliberalen" Organisationen. Weitere Feinde des F. J. Strauß: Die überwiegende Mehrheit des DGB und seines Propagandaapparates sowie Kreise im verbündeten und neutralen Ausland und, last not least, die Sowjetunion, die ein Trommelfeuer von Attacken gegen die CDU/CSU richte.

Schelskys Darstellung der „Strategie der Systemüberwindung", die er im Dezember 1971 in der FAZ veröffentlichte, basiert offensichtlich auf Straußens Feindbild-Theorie und konkretisiert die innenpolitischen Zielgruppen: „Linker Radikalismus", so Schelsky, reicht „von der DKP und ihrer universitären Unterorganisation Spartakus über die verschiedensten anarchistischen Gruppen bis hin zur Führung der Jungsozialisten (Jusos) und gewichtigen Teilen der Jungdemokraten (Judos); daß ihr Teile der westdeutschen Journalisten und der jüngeren Theologen beider Konfessionen, die meisten Studenten- und Assistentensprecher der Hochschulen sowie wesentliche Gruppen der jüngeren Lehrerschaft zuzurechnen sind, auch wenn keine organisatorische Bindung zu Linksorganisationen besteht, ist kaum zu bezweifeln" [10]).

Die seit langem vorbereiteten Angriffe zielen in einer Situation verschärft aufbrechender sozialer und ökonomischer Konflikte auf die Schaffung eines breit angelegten Instrumentariums zur Disziplinierung aller demokratischen Kräfte, besonders der Arbeiterschaft. Das beweist der verstärkte Druck auf die gewerkschaftlichen Interessenvertreter in den Betrieben. Der Bremer Werkzeugmacher Günter Griese wurde wegen seines solidarischen Eintretens für seine Kollegen von dem Betrieb Hanomag-Henschel praktisch mit Berufsverbot belegt. Seine Bemühungen, in anderen Betrieben Arbeit zu finden, scheiterten an der offensichtlichen Tatsache, daß Unternehmer mit verfassungswidrigen Schwarzen Listen arbeiten.

[10]) FAZ v. 10. 12. 1971.

Demagogisch wird die Gefahr eines „Gewerkschaftsstaates" an die Wand gemalt. Worum es tatsächlich geht, hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in ihrer „Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen" offen ausgesprochen.

Die „Forderung nach paritätischer gewerkschaftlicher Mitbestimmung" wird als Angriff auf die verfassungsrechtliche Ordnung gewertet, während die „soziale Marktwirtschaft" in den Rang eines Verfassungsrechtes erhoben wird. Dabei rückt die BDA die Gewerkschaften in die Nähe von Verfassungsfeinden, wenn sie feststellt: „Das Verlangen nach paritätischer Mitbestimmung in den Unternehmen, nach totaler Repräsentanz der Arbeitnehmerschaft in der Gesellschaft dämmt radikale Strömungen nicht ein, sondern provoziert sie" [11]).

In diesem Klima werden entschiedene Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten, Betriebsräte und Jugendsprecher gemaßregelt und aus den Betrieben gefeuert.

Es würde jedoch in die Irre führen, wollte man diese bedenkliche innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik losgelöst vom politischen Haupttrend in der Welt betrachten und einfach als Rückfall in die 50er Jahre werten. Gewiß, diese Praxis und die Unterdrückung progressiver Ideen steht in der Tradition unseliger geschichtlicher Vorbilder. Sie unterscheidet sich jedoch in den Motiven erheblich von diesen. Der Kalte Krieg der vergangenen Jahre wurde insgesamt gesehen eingedämmt. Ein ganzes System von Verträgen legt neue Grundlagen für die Beziehungen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Dadurch gerieten Irrationalismen und alte Feindbilder ins Wanken. Insofern ist die Politik der Berufsverbote eine Reaktion auf das Scheitern der Politik der Stärke nach innen und außen und auf ein verändertes Kräfteverhältnis in der Welt. Sie ist der verzweifelte, aber immer aussichtslosere Versuch reaktionärer Kräfte, verlorengegangenes Terrain zurückzugewinnen. Dieser Zusammenhang zu dem positiv verlaufenden internationalen Entspannungsprozeß nimmt zwar den einzelnen Maßnahmen, dem Gesinnungsterror und der Existenznot der Betroffenen nicht das unmittelbare Gewicht, mindert auch vordergründig nicht die mit dieser Politik verbundenen Gefahren, gibt aber den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik durch ihre Einbindung in diesen weltweiten Prozeß Kraft und Perspektive.

Innenpolitisch brachten alle bisherigen Versuche, die Bewegung gegen die Berufsverbote zu zerschlagen und „als kommunistisch beeinflußt" hinzustellen, nicht das erhoffte Ergebnis. Alle Bemühungen, die Berufsverbote rechtsförmig zu machen, scheiterten am offen auftretenden Widerspruch zu tragenden Grundsätzen der Verfassung und am breiten demokratischen Widerstand. Dieser Widerspruch bleibt. Jeder neue Fall von Berufsverbot, jede Absicht, diese Politik durch Gerichtsurteile oder Gesetze zu sanktionieren, löst neuen Widerstand und vor allem neue Solidarität aus.

In den letzten Monaten wurden auf fast allen wichtigen Gewerkschaftstagungen Beschlüsse gegen die Berufsverbote gefaßt, so in Nordrhein-Westfalen, Nordmark, Bayern und Rheinland-Pfalz. In dem Beschluß des DGB-Landesbezirks Hessen heißt es: „Die DGB-Landesbezirkskonferenz fordert Bundestag, Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder auf, erstens den Ministerpräsidentenerlaß vom 18. Januar 1972 zur Bekämpfung Radikaler im öffentlichen Dienst ersatzlos aufzuheben und zweitens den Sondergesetzentwurf in Sachen Berufsverbot abzulehnen."

11) BDA-Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, Köln 1974.

Der Landesverband Bayern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft protestierte gegen die Angriffe reformfeindlicher Kräfte, die „die Privilegien Weniger gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung zu bewahren" suchen, und legte der Öffentlichkeit eine vielbeachtete Dokumentation vor.

Äußerst scharfe Kritik am baden-württembergischen „Schieß-Erlaß" über die Nichteinstellung „Radikaler" im öffentlichen Dienst haben kürzlich der FDP-Bundestagsabgeordnete Friedrich Hölscher und der FDP-Landtagsabgeordnete Hinrich Enderlein geübt. Der Erlaß, nach dem baden-württembergischen Innenminister Schieß genannt, ist ihrer Meinung nach „unerträglich". In halbseitigen Anzeigen in Stuttgarter Tageszeitungen protestierten die Beschäftigten der Universität gegen den Erlaß. 227 Professoren, Assistenten und wissenschaftliche Angestellte gaben ihre Unterschrift für die Aktion. Früher hatten bereits über 100 Professoren aus Konstanz und anderen Universitätsstädten in einer Erklärung auf die bitteren historischen Erfahrungen hingewiesen und aufgefordert, die geübte Überprüfungs- und Einstellungspraxis zu revidieren. In Hannover haben Schüler durch einen Streik die Einstellung zweier vom Berufsverbot betroffener Lehrer durchgesetzt. Der Bundeskongreß der Jungsozialisten protestierte erneut gegen die Berufsverbote, und die Bundesdelegiertenkonferenz der Deutschen Jungdemokraten bekräftigte, „auch weiterhin im Kampf gegen Berufsverbote aktiv in örtlichen Komitees mitzuarbeiten, um auf diese Weise einen Beitrag zur Verhinderung dieser verfassungswidrigen Tendenzen zu leisten".

Herbert Wehners Befürchtung, die Auseinandersetzung um die Berufsverbote könne für die SPD ein „Dauerbrenner" werden, findet nicht zuletzt durch die Ausdehnung der Praxis auf Mitglieder der SPD seine Bestätigung. Auf dem Unterbezirksparteitag der Hannoverschen Sozialdemokraten haben sich am 18. April 1975 die Delegierten gegen den Willen von Bundesminister Franke für die „schnellstmögliche Aufhebung" des Radikalenerlasses ausgesprochen. Einen ähnlichen Beschluß faßte bereits eine Woche zuvor der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd. Er sprach sich darüber hinaus dafür aus: „Gemeinsam mit den Gewerkschaften sowie lokalen Bürgerinitiativen gegen die Aushöhlung tragender Grundrechtsprinzipien — vor allem seitens der CDU/CSU — zu kämpfen." Es ist der gleiche Beschluß, zu dem sich Kultusminister Krollmann durch sein Verdikt gegen alle DKP- Angehörigen in Gegensatz stellt.

Über den innenpolitischen Protest hinaus ist eine wachsende Beunruhigung im Ausland festzustellen.

Erst kürzlich äußerte sich der stellvertretende Präsident der „Föderation sozialistischer Parteien in der Europäischen Gemeinschaft", Dr. Sicco Mansholt, Mitglied der Partei der Arbeit der Niederlande, empört über die Berufsverbote, die ihn an „faschistische Methoden" erinnerten.

Joe Nordmann, Paris, Generalsekretär der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, betonte in einem Interview: „In Zusammenhang mit der Berufsverbotspraxis in der BRD gibt es auch einen internationalen Aspekt, der mich besorgt macht. Wir alle dürfen heute die Hoffnung haben, daß der Frieden in Europa alt werden kann. Die Hexenjagd in der BRD auf Demokraten ist aber ein Hindernis auf dem von den Völkern und ihren Regierungen eingeschlagenen Weg zum Abbau der Spannungen ."

In einer Anhörung der UNO-Menschenrechtskommission kam Anfang März 1975 in Genf die „Mißachtung der Menschenrechte" durch die Bundesrepublik zur

Sprache. Es wurde angeregt, bei der Bundesregierung anzufragen, wie sie die Berufsverbote mit den Menschenrechten glaubt in Einklang bringen zu können. Siebzehn demokratische Organisationen Finnlands protestierten gegen die Berufsverbote in der BRD, und die Teilnehmer einer Tagung des Finnischen Lehrer- und Erzieherverbandes (DEMKO) richteten am 9. Februar 1975 ein Protesttelegramm an den Innenausschuß des Bundestages. Sie erklärten ihre Solidarität mit den Betroffenen und die Unterstützung des Kampfes der Initiative „Weg mit den Berufsverboten!".

Die französischen Gewerkschaften SNES und SNESUP (Organisationen von Lehrern und Hochschullehrern) solidarisierten sich mit den Betroffenen und berichteten in ihren Zeitungen ausführlich über die Vorgänge in der BRD.

Französische Eisenbahner und Transportarbeiter protestierten gegen die in Frankreich bekanntgewordenen Berufsverbote und sammelten Unterschriften unter eine Protesterklärung, die der westdeutschen Botschaft in Paris übermittelt werden soll. In den Niederlanden hat sich ein Aktionskomitee gegen Berufsverbote mit Vertretern vorwiegend aus dem Hochschulbereich gebildet, das zum Ziel hat, sich für die betroffenen deutschen Kollegen einzusetzen.

Der Generalsekretär des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT), Georg Seguy, verurteilte in einer ausführlichen Stellungnahme die in der Bundesrepublik praktizierten Berufsverbote als im Widerspruch zu den Menschenrechten stehend. Der auch in der Bundesrepublik bekannte französische Publizist Professor Alfred Grosser glaubt sich im Hinblick auf den „Extremistenerlaß" an die McCarthy-Periode Amerikas während des Kalten Krieges erinnert. UNO-Generalsekretär Waldheim bekundete in einem Brief an drei betroffene Bonner Lehrerinnen, „die ihm im Rahmen seines Amtes zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in dieser Angelegenheit auszuschöpfen".

Die UNO hat die Bundesregierung bereits im letzten Jahr zur Stellungnahme zu den Berufsverbotsmaßnahmen als einer ernsten Bedrohung der Freiheit der Meinung sowie der universellen Rechte der menschlichen Person aufgefordert. Die Bundesregierung hat auf diese Anfrage bisher nicht geantwortet.

Eine immer breitere Öffentlichkeit des westlichen und skandinavischen Auslandes ist — wie sich zeigt — alarmiert. Jüngstes Beispiel dafür ist eine Anfrage vor dem Europa-Parlament, die von linken Abgeordneten Italiens und anderer Länder eingebracht wurde. Darin wird u. a. auf den Gegensatz zwischen den Bemühungen um eine freie Niederlassung der Ärzte in der EWG und der Tatsache hingewiesen, daß dem Arzt Karl Reiner Fabig die Stelle eines Schulmediziners in Norderstedt verweigert wurde, weil er der DKP angehört.

Weitere Beweise internationaler Solidarität treffen fast täglich bei dem Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten!" ein. Sie kennzeichnen die Stärke der Bewegung und markieren gleichzeitig die Grenzen derer, die glauben, noch immer mit den Mitteln aus der Zeit des Kalten Krieges soziale und demokratische Entwicklungen aufhalten zu können.

Die bundesweite Bürgerinitiative „Weg mit den Berufsverboten!" selbst ist Ausdruck eines breiten Kampfbündnisses unterschiedlicher politischer Kräfte. Sie entstand im Frühjahr 1973 mit dem Ziel, „die vielfältigen Bedenken" gegen den Ministerpräsidentenbeschluß „gesammelt und konzentriert einer breiteren Öffentlichkeit zu repräsentieren und auch ausländische Erfahrungen und Stellungnahmen in die Diskussion einzubeziehen". Es sollte eine Beteiligung aller derjenigen

gesichert werden, „die mit Kritik und Bedenken gegen den Ministerpräsidentenbeschluß hervorgetreten sind" [12]).

Von Anfang an arbeiteten in der Initiative Bürger mit, die ein weites Spektrum politischer Meinungen vertraten, das von entschiedenen Liberalen über Sozialdemokraten bis hin zu Kommunisten reicht. Die Initiative wird von Mitgliedern politischer Parteien, aber auch von parteipolitisch nicht gebundenen Personen unterstützt. Die Erfolge ihrer Arbeit spiegeln sich oft genug in den Klagereden ihrer reaktionären Gegner wieder. Am 12. Juni 1973 konstituierte sich der Arbeitsausschuß der Initiative. Er hält Kontakt mit den über 300 örtlichen Bürgerinitiativen, Komitees und Aktionsausschüssen gegen Berufsverbote, gibt Anregungen für Aktionen und koordiniert die Arbeit dieser Gruppen. Der Arbeitsausschuß unterstützt die vom Berufsverbot Betroffenen in ihrem politischen Kampf um ihre Rechte [13]).

Angesichts der Bemühungen, die Berufsverbote durch ein Sondergesetz zu sanktionieren, hat der Arbeitsausschuß der Initiative für den 7. Juli 1975 zu einem Hearing mit internationaler Beteiligung nach Bonn eingeladen. Auf diesem Hearing sollen zu der gesamten politischen, juristischen, historischen und sozialen Problematik Sachverständige aus dem In- und Ausland gehört werden.

Alle politischen und geschichtlichen Erfahrungen zeigen, daß die Berufsverbote nicht aufrechtzuerhalten sein werden. Auch das Adenauersche Blitzgesetz aus dem Jahre 1951, das das politische Strafrecht zum Mittel der politischen Auseinandersetzung machte und Zehntausende von Kommunisten und anderen Demokraten verfolgte, fiel 1968 unter dem Druck veränderter weltpolitischer Realitäten. Erinnert sei hier an die Worte des inzwischen verstorbenen SPD-Abgeordneten und Juristen Arndt vom Dezember 1956: „Keine Unterwanderung des Rechts ist so tückisch wie eine, die im gestohlenen Mantel des Rechts auftritt und sich legalistischer Mittel bedient."

Die Methode aus dieser Zeit hat sich erhalten, indes die Bedingungen sind andere.

Wer heute zu Frieden und Zusammenarbeit in Europa, im Nahen Osten oder wo immer in der Welt beitragen will, der kann das nicht mehr unter Ausschluß der antiimperialistischen, demokratischen und sozialistischen Kräfte, nicht ohne Kommunisten im eigenen Lande, der kann es nicht ohne geregelte Beziehungen zu den sozialistischen Staaten tun. Die koexistentiellen Beziehungen sichern einigen Hunderttausenden von Arbeitern in der Bundesrepublik ihren Arbeitsplatz, weil es nach dem Verhängnis des Kalten Krieges zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gekommen ist. Dieser Prozeß zur Zusammenarbeit findet die Unterstützung aller progressiven Kräfte — weltweit, wie umgekehrt die reaktionären ihn anzuhalten suchen. Das Dilemma jener, die vorgeben, Recht und Gesetz zu schützen, ist offensichtlich. Der Erfolg der Demokraten ist absehbar.

---

12) Schreiben des Initiatorenkreises der Hamburger Konferenz „Weg mit den Berufsverboten!", Hamburg (Februar 1973), an die Teilnehmer der ersten Vorbesprechung in Frankfurt/M.

13) Dem Arbeitsausschuß gehören nach dem Stand vom 1. 4. 1975 folgende Personen an: Stephan Albrecht, Hamburg; Horst Bethge, Hamburg; Dr. Richard Bünemann, Plön; Kurt Bunke, Kiel; Hinrich Enderlein, Tübingen, MdL; Erhard Gipperich, Leverkusen; Helga Kern, Jeinsen; Ingrid Kurz, Hamburg; Erich Roßmann, Mettmann; Prof. Theo Schiller, Schröck; Ingrid Schuster, Frankfurt/M; Eckart Spoo, Hannover; Helmut Stein, Hamburg; Prof. Dr. G. Stuby, Bremen; Werner Stürmann, Hamburg; Sönke Wandschneider, Norderstedt; Gerhard Weber, Hamburg, MdBü. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses, aus unterschiedlichen Parteien und Organisationen kommend, gehören dem Gremium nicht als Organisationsvertreter an.

Zur Entwicklung der Haushaltskrise in der BRD

Von Wiebke Krüer-Buchholz und Angelina Sörgel

Die Haushaltskrise — Ergebnis der Reformpolitik?

„Gemeinsam die Arbeitslosigkeit bekämpfen!", „tarifvertragliche Vernunft bewahren", „die Zähne zusammenbeißen und die Durststrecke durchstehen" — diese und ähnliche Appelle beherrschen seit einiger Zeit die innenpolitische Diskussion. „Statt kostspieliger Reformen wirtschaftspolitische Stabilität", beschrieb der „Spiegel" das Programm Helmut Schmidts, und Heinz Kühn beschönigte den Reformverzicht der Bundesregierung mit den Worten, es sei kein Reformziel „definitiv abgeschrieben", man müsse es nur „in einen zeitlichen Ablauf bringen, der mit den Realisierbarkeiten übereinstimmt" [1]): Die „Macher" sind am Werk!

Realisierbar aber ist allzuwenig: Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sollten 1975 ursprünglich zwischen 13 und 15 % auf rund 361 Mrd. DM anwachsen, die Einnahmen dagegen um nur 7 % auf ca. 310 Mrd. DM. Das ergibt ein Finanzierungsdefizit von über 50 Mrd. DM — das höchste, das es je in der BRD gab, und mehr als das Vierfache des Krisenjahres 1967. Im Jahreswirtschaftsbericht dagegen wird die Steigerungsrate der öffentlichen Ausgaben schon mit nur 10 bis 11 % angesetzt, und weitere Kürzungen über Administrationsanweisungen des Finanzministers im Jahresverlauf sind bereits angekündigt [2]). Berücksichtigt man, daß beispielsweise im Bundeshaushalt 1975 rund 95 % der Ausgaben schon seit Jahresfrist oder länger festgelegt sind, so bleibt — für mögliche Reformen — eine Dispositionsmenge der Ressorts von rund 7,5 Mrd. DM [3]). Das sind gute 5 % des Haushaltsvolumens.

Im Finanzbericht 1975 wie auch allgemein in der Presse wird diese Krise des Haushalts seitens der Bundesregierung mit den Einnahmeverlusten von 14 Mrd. DM in 1975 aufgrund der Steuerreform erklärt:

„Die seit 1969 erreichten Fortschritte in vielen gesellschaftspolitisch bedeutsamen Bereichen werden durch die Steuerreform um einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung größerer sozialer Gerechtigkeit ergänzt. Die mit dieser Reform verbundenen erheblichen Belastungen der öffentlichen Haushalte setzen jedoch in den kommenden Jahren weiteren Verbesserungen der staatlichen Leistungen in den übrigen Bereichen sehr enge Grenzen" [4]).

Ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit der Einschätzung sowohl der erreichten Fortschritte als auch der Steuerreform, wird hier der Eindruck nahegelegt, als wäre das Haushaltsdefizit dem sozialen Wohlwollen der Regierung geschuldet. In Wirklichkeit aber wäre damit ja 1. nur ein gutes Viertel der Einnahmerückgänge erklärt [5]), 2. zeigt eine Betrachtung der Haushaltseinnahmen und -ausgaben aller Gebietskörperschaften in den letzten 10 Jahren, daß sich, von kon-

1) „Wirtschaftswoche" v. 7. 2. 1975, S. 21.
2) „Handelsblatt" v. 27. 1. 1975.
3) „Handelsblatt" v. 7./8. 6. 1974.
4) Finanzbericht 1975, a. a. O., S. 84.
5) Nach einer Berechnung des Bundes deutscher Steuerbeamten entstehen 1975 nur 10 Mrd. DM Mindereinnahmen. Siehe „Handelsblatt" v. 14./15. 2. 1975.

junkturellen Schwankungen einmal abgesehen, das Defizit in dieser Zeit generell verdreifacht hat:

Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts

	Bruttosozialprodukt		Ausgaben [1]		Einnahmen [1]		Finanzierungssaldo
		Zuwachsrate		Zuwachsrate		Zuwachsrate	
Jahr	Mrd. DM	in %	Mrd. DM	in %	Mrd. DM	in %	Mrd. DM
1964	420,9	+ 9,6	127,3	+ 9,3	121,4	+ 9,5	— 5,9
1965	460,4	+ 9,4	139,2	+ 9,4	129,7	+ 6,8	— 9,6
1966	490,7	+ 6,5	145,1	+ 4,2	137,3	+ 5,9	— 7,7
1967	495,5	+ 1,0	153,8	+ 6,0	141,6	+ 3,1	—12,2
1968	540,0	+ 9,0	158,8	+ 3,2	151,0	+ 6,7	— 7,7
1969	605,2	+12,1	174,3	+ 9,8	176,8	+17,1	+ 2,5
1970	685,6	+13,3	196,3	+12,6	190,3 [2]	+ 7,6	— 6,1
1971	761,9	+11,1	226,8	+15,5	214,9 [2]	+12,9	—12,2 [2]
1972 [3]	834,6	+ 9,5	252,1	+11,1	233,1 [2]	+ 8,5	—19,0 [2]
1973 [3]	930,3	+11,5	280,1	+11,2	272,5 [2][4]	+16,9	— 7,5 [2][4]
1974 [3]	.	+ 8-9	315,0	+12,4	299,0	+ 9,5	—16,0 [4]

1) Nach der Abgrenzung der Finanzstatistik.
2) Einschließlich Konjunkturzuschlag.
3) Schätzung.
4) Einschließlich Stabilitätszuschlag und Investitionssteuer.
Quelle: Finanzbericht 1975, Hrsg. Bundesministerium der Finanzen, Bonn, August 1974

Und 3. schließlich sind schon im Jahr 1974 konjunkturell bedingte Mindereinnahmen aufgetreten:

Zuwachs der Steuereinnahmen 1974 von			
Schätzung des Ak	*Bund*	*Ländern*	*Gemeinden*
Steuerschätzung (Aug. 1974) [1]	+ 9,9	+16,2	+12,7
Real	+ 3,9 [2]	+ 9,0 [2]	+10,6 [3]

1) Zit. nach „DIW-Wochenbericht", 36/37 1974, S. 317.
2) „Handelsblatt" v. 7./8. 2. 1975.
3) Gemeindefinanzbericht, zit. im „Handelsblatt" v. 11. 2. 1975.

Wenn man sich gleichzeitig vor Augen hält, daß die staatlichen Einnahmen sich in den letzten 12 Jahren verdreifacht haben, daß die Steuerlastquote (der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt) 1973 und 1974 fast 25 % betrug [6]) und die durchschnittliche sogenannte Grenzbelastung der Lohnempfänger mit staatlichen Abgaben insgesamt von 30,4 in 1970 auf 42,7 in 1974 gestiegen war (d. h., von jeder zusätzlich verdienten Mark werden 47 Pfennig an den Staat abgeführt), — so wird klar, daß es andere und weitere Ursachen für die Haushaltskrise und das damit verbundene Scheitern der Reformpolitik, für die vielbeschworene „Tendenzwende" geben muß.

Im folgenden soll anhand einiger weniger Daten diesen Ursachen näher nachgegangen werden.

Stabilität und Wachstum als Ziele der Haushaltspolitik

Dem Staatshaushalt wurden in den letzten Jahren vor allem zwei Aufgabenkomplexe zugeschrieben, die über die traditionelle Finanzierungsfunktion hinausgingen:

6) Nach Schätzungen des DIW wird sie nach der Steuerreform bei 23,5 % liegen. „DIW-Wochenbericht", 36/37 1974, S. 316.

— Einmal die Regulierung und längerfristige Strukturierung des Wirtschaftsprozesses, die vorausschauende Planung der öffentlichen Finanzen zum Zwecke der infrastrukturellen Versorgung der Bevölkerung und der Unterstützung der wachstumsstrategisch bedeutsamen Strukturwandlungen der Wirtschaft.

— Zum anderen die konjunkturelle Steuerung des Wirtschaftsprozesses zur Dämpfung der zyklischen Schwankungen und Sicherung der Stabilität [7]).

Sowohl Wachstums- und Strukturpolitik als auch Konjunkturpolitik bedürfen zu ihrer Realisierung eines hohen Anteils der Investitionen und der investitionsfördernden Ausgaben im Staatshaushalt.

Beim ersteren liegt es auf der Hand: Bessere infrastrukturelle Versorgung ebenso wie etwa verkehrs- und energiepolitische Maßnahmen finden vorwiegend in Form von öffentlichen Investitionen statt. Aber auch die Konjunkturpolitik ist auf die Investitionen angewiesen. Antizyklische Haushaltspolitik besteht, grob gesagt, in der Variation der staatlichen Ausgaben in Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung: Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben in der Rezession, um zusätzliche Nachfrage herzustellen und den Wiederaufschwung zu fördern; Einschränkung der öffentlichen Ausgaben im Boom, um dem Wirtschaftskreislauf Nachfrage zu entziehen und die Auftriebsimpulse zu dämpfen.

Das Haushaltsvolumen der Gebietskörperschaften unterliegt aber nun einer Reihe von gesetzlichen, tariflichen und technisch-ökonomischen Beschränkungen und Festlegungen. Ein großer Teil der Ausgaben ist von vornherein durch Gesetze gebunden: Sozialversicherungszuschüsse, Renten, Unterstützungen, Wohngeld, usw. Beim Bund entfallen auf die Ausgabenart „Laufende Zuweisungen und Zuschüsse", in denen diese enthalten sind, rd. 50 % seiner Ausgaben, im öffentlichen Gesamthaushalt 20 %. Ein weiterer großer Teil entfällt auf die Personalausgaben — 1974 machten sie rd. 35 % der Ausgaben des Gesamthaushalts aus —, auf ständig steigende Zinsausgaben sowie auf die Ausgaben für die Betriebskosten der öffentlichen Einrichtungen (knapp 18 % der Ausgaben des Gesamthaushalts). Der Anteil der Ausgaben, der einer konjunkturpolitischen Variation auf diese Weise durch gesetzliche Bindungen oder durch langfristige Festlegungen weitgehend entzogen ist, machte 1974 mehr als Dreiviertel der öffentlichen Gesamtausgaben aus, beim Bund beträgt dieser Anteil sogar über 80 %. (Dabei ist diese „Blockbildung" im Haushalt letztlich politisch determiniert, sei es durch wahltaktische Überlegungen, durch die Bereitstellung infrastruktureller und forschungsmäßiger staatlicher Vorleistungen für die privaten Unternehmen oder vor allem durch das Beharren auf und der ständigen Steigerung der Rüstungsausgaben, die jeglicher konjunkturpolitischen Ausgabenvariation entzogen werden.) Konjunkturpolitische „Manövriermasse" bleiben somit hauptsächlich die öffentlichen Investitionen.

Von diesen beiden Seiten her war es das erklärte Ziel der sozialliberalen Koalition, die öffentlichen Investitionen zu steigern, um die neue Konzeption der Haushalts- und Finanzpolitik im Rahmen der „Globalsteuerung" durchzuführen. Zugleich gingen auch gesellschaftspolitische Vorstellungen in diese Ziele ein: Die kleine Koalition zwischen SPD und FDP ging davon aus, daß ihr „Programm der inneren Reformen" sich vor allem in einer Erhöhung der staatlichen Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen niederschlagen sollte. Dies schien aber nur auf dem Hintergrund eines angemessenen und stetigen wirtschaftlichen

[7]) Zu den prizipiellen Ursachen dieser neuen Formen der Haushaltspolitik und ihrer Einbettung in die Politik der „Globalbesteuerung" vgl. den Aufsatz von Manfred Feustel, „Politische Tendenzen des Steuersystems und der Steuerreform in der BRD", in: „Blätter", 3/1975, S. 290 ff.

Wachstums möglich, denn Kernstück der sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik ist letztlich nur die Verwendung des Sozialprodukts, d. h. in diesem Fall die Frage nach der Erhöhung des Staatsanteils und seiner primär intensiven Nutzung auf Kosten des privaten Konsums [8]).

Reformverzicht als Ergebnis der Haushaltspolitik: Das Scheitern der Konjunktur- und Wachstumspolitik

Betrachtet man nun die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben unter dem Gesichtspunkt der beabsichtigten Erhöhung der öffentlichen Investitionen einerseits und der antizyklischen Ausgabengestaltung andererseits, so zeigt sich, daß beide Ziele in völlig ungenügendem Maße realisiert worden sind:

Anteil der Sachinvestitionen der Gebietskörperschaften an den Gesamtausgaben in %

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Gebietskörperschaften insgesamt	15,1	14,5	15,0	16,0	16,5	15,5	15,0	14,8	13,9
Bund	6,5	5,2	5,4	5,6	6,0	5,4	5,3	5,2	4,5
Länder	7,6	7,1	7,2	8,2	8,0	6,8	6,1	5,8	5,4
Gemeinden	33,8	33,8	34,6	34,5	35,3	34,0	32,7	32,1	31,3

Quellen: 1967—1973 Finanzberichte 1972 und 1973. 1974—1975 Schätzung des „DIW-Wochenberichts" 36/37 1974, S. 321.

Der Anteil der Sachinvestitionen an den Gesamtausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts hat sich nicht erhöht, sondern ab 1971 zusehends verringert, und war schon 1973 unter dem Stand von 1967. Der Rückgang ist bei Bund, Ländern und Gemeinden gleichzeitig zu verzeichnen, so daß keine Verschiebungen zwischen den Ebenen die Ursache sein können, sondern das Investitionsvolumen relativ überall zurückging.

Unter dem konjunkturpolitischen Gesichtspunkt bietet sich kein besseres Bild:

Die Wachstumsraten der Investitionsausgaben der Gebietskörperschaften im Verhältnis zum Wachstum des BSP in %

	BSP		Investitionsausgaben			
	nominal	real	insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden
1965	+ 9,4	+ 5,6	+ 7,1	— 5,4	+ 9,5	+ 3,8
1966	+ 6,6	+ 2,9	— 0,7	+ 1,4	— 0,5	— 1,4
1967	+ 1,0	— 0,2	— 2,4	+16,2	— 5,2	— 8,2
1968	+ 9,0	+ 7,3	— 0,1	—13,1	— 0,9	+ 5,6
1969	+12,1	+ 8,2	+ 8,6	— 9,2	+ 8,2	+14,8
1970	+13,3	+ 5,8	+22,4	+11,2	+32,4	+22,6
1971	+10,7	+ 2,7	+17,0	+19,2	+ 8,8	+20,0
1972	+10,9	+ 3,0	+ 5,0	+10,0	+ 3,4	+ 5,2
1973	+11,5	+ 5,1	+ 4,8	— 4,4	+ 7,7	+ 6,5
1974 [1])	+ 8,5	+ 1,3 [2])	+11,3	+ 9,2	+ 8,6	+12,5
1975 [1])	+ 8,0	+ 2,0	+ 6,0	± 0	+ 5,5	+ 8,0

Quellen: Finanzberichte 1972, 1973, Sachverständigengutachten 1974, „DIW-Wochenbericht" 36/37 1974.
1) Schätzung.
2) 1. Halbjahr.

[8]) Vgl. „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973—1975" im Langzeitprogramm 1, Texte, Reihe Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 32. Da seitens der SPD der Zusammenhang zwischen zugegebener ungerechter Verteilung und der Produktionsweise geleugnet wird, sollte mehr soziale Gerechtigkeit nicht etwa durch eine Veränderung der

Eine leichte Antizyklizität der Investitionsausgaben läßt sich allein beim Bund feststellen. Insgesamt aber sind die Wachstumsraten der Investitionsausgaben eindeutig prozyklisch. Am stärksten ist diese Prozyklizität bei den Gemeinden ausgeprägt.

Einnahmenverteilung und Prioritätensetzung im öffentlichen Gesamthaushalt

Dieser Zusammenhang deutet bereits auf eine der Ursachen des Scheiterns der Reformpolitik durch öffentliche Investitionen hin: Der Bundeshaushalt allein umfaßt weniger als die Hälfte des Haushaltsvolumens aller öffentlichen Gebietskörperschaften. Der Bund trägt nur 15 % des öffentlichen Bauvolumens [9]). Obwohl im Rahmen der Haushalts- und Finanzreformen der letzten Jahre das frühere Nebeneinander von autonomen Planungsträgern, d. h. gleichzeitig die Selbständigkeit ihrer Haushaltsführung, eingeschränkt wurde, indem schrittweise eine Unterordnung der Länder- und Gemeindepolitik unter die Bundesinteressen erfolgte [10]) — vor allem über die Finanzierungszuschüsse des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben und den Abbau kommunaler Entscheidungsgewalten durch die Einrichtung von Konjunkturrat und Finanzplanungsrat und im Rahmen der Gemeinde- und Kreisreform [11]) —, so ist doch nach wie vor eine Zersplitterung und eine Ungleichgewichtigkeit zwischen den gesellschaftlichen Regulierungs- und Versorgungsorganen vorhanden. Während Länder und Gemeinden vor allem diejenigen Aufgaben zu erfüllen haben, die in der Erstellung der Infrastruktur und der Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft liegen, dienen die Bundesausgaben vor allem der Herrschaftssicherung und dem Einkommenstransfer: Rüstungsausgaben und Sozialausgaben umfassen über die Hälfte der Bundesausgaben.

Entsprechend verteilen sich die Investitionsausgaben folgendermaßen auf die staatlichen Ebenen:

Anteil der Gebietskörperschaften an den öffentlichen Investitionsausgaben in %

	Bund	*Länder*	*Gemeinden*
1966	*20,0*	*18,5*	*60,8*
1967	*23,8*	*19,0*	*57,2*
1968	*20,7*	*18,8*	*60,5*
1969	*17,3*	*18,6*	*63,9*
1970	*15,7*	*20,3*	*64,0*
1971	*15,9*	*18,8*	*65,3*
1972	*15,8*	*17,3*	*65,4*
1973 [1])	*15,7*	*16,9*	*67,5*
1974 [1])	*15,4*	*16,5*	*68,2*
1975 [1])	*14,5*	*16,3*	*69,3*

[1]) Schätzungen.
Quellen: 1966—1972 Finanzberichte verschiedener Jahrgänge. 1973—1975 „DIW-Wochenbericht" 36/37 1974.

Nach wie vor liegen mehr als zwei Drittel der Investitionsausgaben bei den Gemeinden. Von den Gemeinden gehen daher bei dieser Aufteilung — trotz der Einflußmöglichkeiten des Bundes über das Institut der Gemeinschaftsauf-

Produktionsverhältnisse, sondern allein durch die Veränderung der zukünftigen Anteile von Staat, privater Wirtschaft und Konsumenten am Sozialprodukt auf der Grundlage allgemeiner wirtschaftlicher Prosperität erreicht werden. „Niemandem wird dadurch etwas genommen", hieß es im 1. LZP-Entwurf, a. a. O., S. 31.

[9]) „Handelsblatt" v. 9. 9. 1974.

[10]) Vgl. 15., 20, 21. und 22. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes.

[11]) Die Anzahl der Gemeinden ist von rd. 24 000 auf mittlerweile rd. 11 000 zurückgegangen.

gaben und im Rahmen seiner Mittelzuweisungen — die entscheidenden konjunkturellen und wachstumswirksamen Impulse aus. Staatssekretär Haehser vom Bundesfinanzministerium erklärte dazu vor kurzem lt. „Handelsblatt", „Länder und Gemeinden, die nach dem föderativen Staatsaufbau der BRD für eine gesamtwirtschaftliche Konjunkturpolitik verantwortlich seien, neigten dazu, sich dieser Verantwortung zu entziehen" [12]). Was er nicht bzw. beschönigend darstellte, war, daß eine der Hauptursachen dieser „verantwortungslosen" Politik die totale Finanznot der Gemeinden ist.

Die völlig unzureichende Finanzausstattung der Gemeinden aufzuheben, war schon das erklärte Ziel der Gemeindefinanzreform von 1969, deren zentrales Ergebnis die Beteiligung der Gemeinden an der Lohn- und Einkommensteuer (allerdings im Austausch für die Abführung von 40 % des Gewerbesteueraufkommens) war. Tatsächlich aber hat sie keine nachhaltige Verbesserung der Gemeindefinanzsituation gebracht:

Einnahmesituation der Gemeinden

	Anteil der Steuereinnahmen der Gemeinden an den gesamten staatlichen Steuereinnahmen	*Anteil der Eigeneinnahmen der Gemeinden an ihren Gesamteinnahmen [1])*
1967	*12,4*	*60,7*
1968	*12,3*	*61,3*
1969	*13,1*	*62,7*
1970	*12,1*	*61,7*
1971	*12,5*	*58,8*
1972	*13,0*	*51,2*
1973	*13,2*	—

[1]) Eigeneinnahmen = Gesamteinnahmen (einschließlich Einnahmen aus Schuldenaufnahmen), abzüglich Zuweisungen/Zuschüsse vom Land/Bund und den Einnahmen aus den Schuldenaufnahmen.
Quellen: Finanzberichte verschiedener Jahrgänge.

Der Anteil der Eigeneinnahmen ist seit 1967 sogar um gut 15 % zurückgegangen. Andererseits besteht ein großer Nachholbedarf an kommunalen Investitionen, der die Gemeinden zwingt, ihre Investitionsmaßnahmen in erster Linie nach den jeweiligen Finanzierungsmöglichkeiten auszurichten. Investitionen müssen bei dieser Finanzlage hauptsächlich kreditfinanziert werden. Entsprechend groß ist die Verschuldung der Gemeinden, die von 3,6 Mrd. DM in 1967 auf 6,8 Mrd. in 1973 angestiegen ist [13]). Der Schuldendienst der Kommunen wird 1975 mit mehr als 9 Mrd. DM das Volumen aller kommunalen Sozialleistungen erreichen [14])! Kredite können aber am ehesten im Boom aufgenommen werden, weil die erwarteten steigenden Steuereinnahmen die laufenden zusätzlichen Zins- und Tilgungsausgaben decken müssen. Von daher entwickeln sich die Ausgaben der Gemeinden notwendig prozyklisch.

Gleichzeitig sind die Gemeinden aufgrund dieser finanziellen Unterausstattung gerade noch in der Lage, Erhaltungs- und Nachholbedarf zu realisieren; eine Ausweitung des gesellschaftlich notwendigen Infrastrukturbedarfs aber ist kaum mehr möglich. 1972 und 1973 haben die öffentlichen Investitionen per Saldo stagniert. Für 1974 berechnete B. Bartholmai vom DIW ein reales Wachstum der Investitionen des öffentlichen Bereichs von ca. 1 % [15]). Das bedeutet, daß „1974

[12]) Zit. nach „Handelsblatt" v. 9. 9. 1974; vgl. auch Finanzbericht 1974, S. 121 ff.
[13]) „Ifo-Schnelldienst", Nr. 2 v. 13. 1. 1974.
[14]) „Handelsblatt" v. 8. 1. 1975.
[15]) „DIW-Wochenbericht", 46/47 v. 14. 11. 1974.

die Sachinvestitionen der Gebietskörperschaften zu konstanten Preisen nur geringfügig über dem Niveau von 1969 (!) liegen. Bisher schwanken die realen Investitionen in den 70er Jahren um einen konstanten Betrag, von einem Wachstumstrend ist nicht die Rede. Der Rückstand gegenüber den Bedarfsschätzungen ist so groß, daß er in diesem Jahrzehnt nicht mehr aufgeholt werden kann" [16]). Zur Veranschaulichung eine Gegenüberstellung einiger Bedarfsschätzungen des Deutschen Städtetages und des Bundes von 1971 bis 1985 mit der tatsächlichen Entwicklung der realen Investitionen im Zeitraum 1971 bis 1973:

Realer Zuwachs und Bedarfsrechnungen der Investitionsausgaben nach Aufgabenbereichen 1971—1973

	Reale Zuwachsrate [1])	*Bedarfsrechnung [2])*
	in %	
Unterricht	*+ 3,2*	*+13,1 (7,8)*
Wissenschaft	*— 9,0*	*+14,3*
Kommunale Entsorgung	*+ 1,7*	*+10,3 (— 4,6)*
Sonstige kommunale Einrichtungen	*+ 3,6*	*+ 4,3*
Straßen	*— 1,2*	*+14 bis 16*

1) Preisbasis von 1962.
2) Preisbasis von 1970; in Klammern: Deutscher Städtetag.
Quellen: B. Bartholmai, Entwicklung und Struktur der Staatsinvestitionen seit 1960 und der Stand der längerfristigen Investitionsplanung, „DIW-Sonderheft" 95, Berlin (West) 1973, S. 52 (Bedarfsrechnung) und „DIW-Wochenbericht" 46/47 1974, S. 407 (Reale Zuwachsrate).

Im Gemeindefinanzbericht 1974 wird schon bezweifelt, ob die Gemeinden ihren Beitrag zur prognostizierten Steigerung des Bruttosozialprodukts von nominal 8 % (real 2 %) überhaupt noch leisten können: Konjunkturell bedingte und durch die Steuerreform verursachte Mindereinnahmen lassen 1975 nur ein 8%iges Wachstum der Steuereinnahmen der Gemeinden erwarten, so daß sogar mit einem Rückgang der Sachinvestitionsausgaben gerechnet wird (nominales Wachstum von lediglich 3 %) [17]).

Die Forderung nach „stabilitätspolitischen Opfern"

Während dieses der Finanznot von Ländern und vor allem Gemeinden entspringende Zurückbleiben der Investitionen hinter selbst den Bedarfsrechnungen (die auch noch näher auf ihre sozialen Komponenten zu untersuchen wären) nur durch eine Neuverteilung des Steueraufkommens korrigiert werden könnte, ist eine zweite, noch grundlegendere Ursache dafür in den ökonomischen Beziehungen selbst und den gesellschaftspolitischen Entscheidungen, die ihnen zugrundeliegen, enthalten, die in der Rolle der öffentlichen Investitionen als „Manövriermasse" der Konjunktur- wie der Wachstumspolitik zum Ausdruck kommt: Wenn im Interesse der Wachstumspolitik seinerzeit gerade die längerfristige Planung und damit ja Festlegung der Ausgaben eingeführt werden sollte, so ist umgekehrt für die Konjunkturpolitik im Rahmen der antizyklischen Haushaltspolitik gerade die dauernde Variation der Ausgaben nötig. Der offensichtliche Widerspruch zwischen diesen beiden Verwendungszwecken sollte nach dem ursprünglichen Konzept der Bundesregierung — wie es 1967 bis 1969 entwickelt wurde [18]) — durch eine Art „cyclical budgeting" aufgefangen werden:

Die Ausgabenplanung sollte an den längerfristigen Notwendigkeiten der Bedarfsrechnungen ausgerichtet werden und insofern „überkonjunkturell" sein — aber

16) „DIW-Wochenbericht", 36/37 v. 5. 9. 1974, S. 323.
17) „Handelsblatt" v. 11. 2. 1975.
18) Vgl. Finanzbericht 1969, S. 128 ff.

der Zeitpunkt ihrer jeweiligen Realisierung im Verlauf eines Zyklus je nach den Erfordernissen der konjunkturellen Lage bestimmt werden. Diese Vorstellung geht nicht nur von einer annähernden Symmetrie der Auf- und Abschwünge in einem Zyklus aus, die schon der vorherigen Erfahrung nicht entsprach. Sie geht überhaupt von einem konjunkturellen „Auf und Ab" aus, wie es sich 1967 bis 1969, in der bis dahin schärfsten Rezession und dem höchsten Boom in der Geschichte der Bundesrepublik, zwar zu bestätigen schien, aber mit dem sich beschleunigenden Preisauftrieb bei gleichzeitiger Stagnation ab 1970 in Frage gestellt wurde. Die Haushaltspolitik wurde dadurch vor eine neue Situation gestellt: Statt im sich anbahnenden Abschwung im 2. Halbjahr 1970 nach der restriktiven Haushaltspolitik der verflossenen zwei Jahre die dort aufgeschobenen öffentlichen Investitionen und die für nötig erachtete Steigerung des Staatsanteils verstärkt in Angriff zu nehmen — wie es dem wirtschaftspolitischen Konzept entsprochen hätte —, beschloß die Bundesregierung Ausgabenkürzungen und andere restriktive Schritte [19]), aus Furcht, andernfalls die Preisauftriebstendenzen zu beschleunigen. Dieses Dilemma zwischen Inflationsbekämpfung und konjunktureller Steuerung der zyklischen Entwicklung hielt bis heute an. Es führte zur Errichtung eines Primats der Stabilitätspolitik gegenüber den wachstums- und gesellschaftspolitischen Ansprüchen, ohne aber darin wesentliche Erfolge erzielen zu können:

„Auf der einen Seite üben die hohen Inflationsraten einen Druck aus, in der Ausgabengestaltung restriktiv zu verfahren und vor allem die Investitionen und Sachausgaben möglichst niedrig zu halten. Auf der anderen Seite treibt die inflationäre Preisentwicklung, die bei den Baupreisen besonders forciert erfolgt, die Ausgaben selbst in die Höhe und führt damit zu einem neuerlichen Inflationseffekt" [20]).

In der Tat sind aufgrund der spezifischen Kostenstruktur der Staatsausgaben die Preissteigerungen im öffentlichen Sektor besonders hoch [21]). Nach Berechnungen des Sachverständigenrats ist die Staatsquote deswegen seit 1966 sogar gefallen [22]).

Die inflationäre Preisentwicklung hat so eine reale Erhöhung des Staatsanteils verhindert; selbst die teilweise höheren öffentlichen Investitionsausgaben nach 1967 blieben rein nominal. Die Konsequenz wäre, daß einer „Politik der inneren Reformen", die eine Erhöhung des Staatsanteils impliziert, eine erfolgreiche Stabilitätspolitik vorangesetzt werden muß. Hauptmittel der Stabilitätspolitik im Konzept der Bundesregierung ist aber gerade die Variation der öffentlichen Ausgaben und damit, im konkreten Fall der BRD in den letzten Jahren, die Ausgabenkürzung (!), — also die Stagnation des Staatsanteils!

Hier tut sich ein „Teufelskreis" auf, der die Schlußfolgerung nahelegt, daß das Konzept der Erhöhung des Staatsanteils am Sozialprodukt zugunsten gesellschaftspolitischer Reformen nur bei einem dauerhaften und stetigen Wachstum bei Preisstabilität überhaupt durchgeführt werden könne. Es wäre so nur gerechtfertigt, wenn die Regierung in dem Maße, in dem sich diese Annahme als realitätsfern herausstellte, schrittweise von ihrem Reformkonzept abrückt und Re-

19) Vgl. Finanzbericht 1971, S. 152.
20) H. Höhme/H. Will, Der BRD-Staatshaushalt — Instrument „staatsmonopolistischer Konjunkturpolitik", in: „DIW-Berichte", 1971, S. 413.
21) z. B. rechnete das DIW für 1973 bei einer Schätzquote des BSP-Preisanstiegs von 6,1 % mit einem Preisanstieg im öffentlichen Verbrauch von 11,7 %, bei den öffentlichen Investitionen von 5,0 %. Vgl. „DIW Vierteljahreshefte", Nr. 1/1974, S. 46.
22) Jahresgutachten 1971, BT-Drucksache VI/2847, Ziff. 181—191. Vgl. auch „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 4/1974.

formen hinausschiebt bis zu einem Zeitpunkt, wo Preisstabilität erreicht sein mag. Nur: Nachdem bei jeder Fortschreibung der Finanzpläne der Bundesregierung ab 1970 die Wiedereroberung der Preisstabilität in den Mittelpunkt gerückt wurde, sind Preissteigerungsraten von 7 % im Jahresdurchschnitt 1974 und die höchste Arbeitslosenzahl seit den 50er Jahren der „Erfolg"! Für eine Partei, die noch in den Wahlkampf 1972 mit der Parole zog: „Deutschland hat sichere Arbeitsplätze. Darauf sind wir stolz"; Bildunterschrift unter dem Foto des damaligen Finanzministers Helmut Schmidt: „Hände weg von den Arbeitsplätzen. Dies ist eine ernste Warnung vor Strauß und Barzel" [23]), eine Entwicklung, die sie unglaubwürdig macht und ihr entsprechend zu denken geben müßte. Im Finanzbericht 1975 aber heißt es dazu relativ unbeirrt:

„Die künftige Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wird darauf ausgerichtet sein, den Stabilisierungskurs fortzusetzen, ohne dabei jedoch einen stärkeren Einbruch bei der Beschäftigung zuzulassen" [24]).

So wie diese Strategie im Grunde ein Abfinden mit dem erreichten Stand der Arbeitslosigkeit beinhaltet, so zeigt die Aufforderung an die Tarifpartner, „bei der Lohn- und Gehaltsfindung auf dem Hintergrund des Entlastungseffekts der Steuerreform die stabilitätspolitischen Erfordernisse (zu) beachten und eine zurückhaltende Politik (zu) betreiben" [25]), daß der ganze Koffer voll stabilitätspolitischer Instrumente, mit dem die SPD seinerzeit die Regierung antrat und „Wohlstand und Wachstum für alle" versprach, auf einen Appell zusammengeschrumpft ist, der schon aus der „Ära Erhard" wohlvertraut ist: „Maßhalten", hieß es damals — „Nur das Machbare", heißt es heute, aber der Kern der Sache ist derselbe: Die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen.

Geld- und Einkommenspolitik — einziger Ausweg aus der Haushaltskrise?

Dieses Scheitern der Verbindung von neokeynesianischer Wachstumspolitik mit antizyklischer Haushaltspolitik wird inzwischen von allen politischen Kräften in der BRD gesehen. Aus der Kritik an der bisher praktizierten Finanz- und Haushaltspolitik entwickelte der Sachverständigenrat das Konzept des „konjunkturneutralen Haushalts" [25a]); aus Unternehmerkreisen wird verstärkt die Forderung nach Regelbindungen vor allem der Lohnentwicklung erhoben [26]), und in der Wirtschaftstheorie wird von seiten der Monetaristen die herkömmliche fiscalpolicy selber für die auftretenden Disproportionen verantwortlich gemacht [27]). Die sozial-liberale Koalition selber und innerhalb dieser vor allem die SPD aber geht zunehmend zu der sogenannten „einnahmeorientierten Finanzpolitik" über [28]). Das Wachstum der Ausgaben des Staates soll in dieser Konzeption unabhängig von der Einnahmeseite an einem mittelfristigen Versorgungsniveau orientiert, die Einnahmen dagegen jetzt zur Konjunktursteuerung verwendet werden, und zwar vor allem über die Variation der Einkommen-(Lohn-) und Körperschaftsteuer sowie über Investitionszulagen und -abgaben.

---

23) „Bundestagswahlkampf v. 19. 11. 1972 — Zentrale Zeitungsanzeigen der SPD", o. J., o. O.
24) Finanzbericht 1975, a. a. O., S. 20.
25) Ebd.
25a) Die Diskussion wird seit dem Jahresgutachten 1970 geführt.
26) Obwohl diese Forderungen im Moment etwas zurückgestellt werden. Unter anderem sicher deswegen, weil die Gewerkschaften eine außerordentlich zurückhaltende Tarifpolitik verfolgen, die schon mehr oder minder als „freiwilliges Stabilitätsopfer" anzusehen ist.
27) Vgl. den Aufsatz von Herbert Schui zur Geldtheorie, erscheint in: „Blätter", 6/1975.
28) Vgl. schon die Regierungserklärung von 1973, abgedruckt in: W. Brandt, Der Wille zum Frieden, Frankfurt/M. 1973, S. 244, und auch den 2. „Entwurf für einen Orientierungsrahmen . . ." von 1974, hrsg. v. Parteivorstand der SPD, Bonn, o. J., S. 35 und 47 f.

Statt durch direkte, staatliche Nachfrageminderung oder -erhöhung soll durch die Beeinflussung des privaten Verbrauchs und der privaten Investitionstätigkeit deren Nachfrage- und Investitionsverhalten indirekt gesteuert werden. Faktisch bedeutet das die Gefahr zunehmender Einkommen-(Lohn-)Steuererhöhungen. Denn nur „spürbare" (Heckhausen) Steuererhöhungen würden wegen der verzögerten Reaktion des Konsumverhaltens auf kurzfristige Einkommensveränderungen den gewünschten wirtschaftspolitischen Erfolg der Nachfrageminderung bringen. Gleichzeitig sollten sie insbesondere die mittleren und unteren Einkommensschichten treffen, denn diese reagieren wegen ihres hohen Anteils an Ausgaben für den täglichen Bedarf schneller auf Einkommensänderungen (!). Den Unternehmen aber würde die Investitionsfinanzierung umfassender und globaler erleichtert als in den Möglichkeiten des Stabilitätsgesetzes [29]).

Die Konjunkturpolitik der letzten Jahre läßt sich partiell bereits diesem Modell zurechnen — zur anderen Hälfte ist sie die oben beschriebene Ausgabenpolitik —, vor allem in zweierlei Hinsicht:

— Im 2. Stabilitätsprogramm von 1973 z. B. wurden bereits im Gegensatz zu den vorangegangenen auch die Bezieher mittlerer Einkommen zur Kasse gebeten. Selbst die Steuerreform ist (aufgrund des früh einsetzenden und hohen Progressionstarifs) bei der gegenwärtigen und abzusehenden inflationären Entwicklung nur als kurzfristige Steuererleichterung anzusehen.

— Mit dem neuen Investitionszulagengesetz vom Dezember 1974 sind die gesetzlichen Voraussetzungen für diese Form der einnahmeorientierten Finanzpolitik geschaffen und mit dem Sonderprogramm „Stabilitätsgerechter Aufschwung" vom 12. Dezember 1974 auch gleich angewandt worden [30]).

Nachdem in der Darstellung der Bundesregierung und des Sachverständigenrats erst die Bürger nicht genügend Reformen erwarten konnten, weil sie angeblich die „stabilitätspolitische Vernunft" nicht gewahrt und zu hohe Löhne eingestrichen hätten, sollen sie nun mit diesem neuen Konzept auf den Lohnzuwachs verzichten, um endlich die Reformen zu erhalten!

Die eine Alternative ist so unbefriedigend wie die andere — allen den genannten Konzeptionen aber ist bei aller Unterschiedlichkeit eines gemeinsam: Sie wollen die euphorischen Erwartungen an die Regulierungs- und Steuerungsmöglichkeiten des Staates aus dem Ende der 60er Jahre zurückschrauben zugunsten verstärkter einkommenspolitischer Maßnahmen auf Kosten der abhängig Beschäftigten einerseits und nur indirekter Steuerung des Wirtschaftsprozesses bis hin zum Vertrauen auf die spontanen Marktmechanismen andererseits. Eine rückschrittliche wirtschaftspolitische Position, die schon einmal eine beispiellose Konzentrations- und Monopolisierungsbewegung, strukturelle Krisen und eine Verschärfung der sozialen Ungleichheiten mit sich gebracht hat.

Die Konsequenzen aus der Restriktionsanalyse der staatlichen Haushaltspolitik könnten aber auch in einer ganz anderen Richtung gezogen werden als durch das Unterwerfen unter die sogenannten „ökonomischen Realitäten": Nicht die

29) Eine ausführliche Darstellung dieses Konzepts findet sich bei St. Heckhausen, Ausgaben- oder einnahmenorientierte Finanzpolitik als Konzept der Konjunktursteuerung, in: „Konjunkturpolitik", 20. Jg., 3/1974, S. 139 f.

30) Jörg Huffschmid, „Im Namen der Investitionsneigung", in: „Blätter", 12/1974, S. 1242 ff. Dabei zeigt sich schon jetzt, z. B. in einer Untersuchung der „Wirtschaftswoche", daß diese Investitionszulagen Geschenke an die Unternehmer darstellen, die kaum zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Es heißt dort sogar zur Verwendung der Investitionszulage durch die Unternehmer: „So kauften sich einige Firmen teuere Maschinen im Ausland und entließen daraufhin Beschäftigte aus Rationalisierungsgründen" („Wirtschaftswoche", Nr. 8 v. 14. 2. 1975, S. 21).

Haushaltskrise ist Ergebnis der Reformpolitik, sondern der Verzicht auf wirkliche Reformen verstärkt die Haushaltskrise!

Eine solche demokratische Reformpolitik im Rahmen des Staatshaushaltes müßte beinhalten:

— Eine gerechtere Steuerpolitik — was die adäquate Bekämpfung von Steuerflucht (1972 z. B. wurden dem Fiskus rd. 5 Mrd. DM dadurch vorenthalten) einschlösse — durch die höhere Besteuerung der Spitzeneinkommen würde auch die Einnahmesituation der staatlichen Haushalte verbessern.

— Die Gemeinden müßten entsprechend ihren infrastruktur-, strukturpolitischen und sozialen Aufgaben finanziell ausgestattet werden. Die Erhöhung ihres Anteils an den Steuereinnahmen und hier vor allem die Erhöhung des gemeindlichen Anteils an der Lohn- und Einkommensteuer sind seit langem schon berechtigte Forderungen der kommunalen Spitzenverbände.

— Auch ohne Erhöhung der generellen Steuerlastquote ist das möglich: eine Veränderung der Prioritätensetzung des Bundeshaushalts wäre die Voraussetzung dazu. Nach NATO-Kriterien berechnet [31]), wurde 1974 ca. ein Drittel des Bundeshaushalts für Militärausgaben verwandt; eine Kürzung dieser Ausgaben um nur 15 % würde mehr als 6 Mrd. DM erbringen. Das entspricht beinahe den gesamten Investitionsausgaben des Bundes (Sachinvestitionen) oder auch über zwei Dritteln der Sozialausgaben der Gemeinden!

Anhand solcher Beispiele läßt sich erst einmal vor Augen führen, daß nicht das absolute Wachstum der Anforderungen an den Staatshaushalt bei einem relativen Zurückbleiben der Einnahmen der Grund für die staatliche Haushaltskrise ist, sondern die letztlich unsozialen und nicht an den Interessen der Werktätigen ausgerichteten Ausgabenprioritäten, wie sie durch die Verteilung der finanziellen Mittel auf die verschiedenen staatlichen Ebenen widergespiegelt werden.

Zum zweiten aber gilt:

Die Demokratisierung von Entscheidungsstrukturen im Staatshaushalt und die Ausrichtung der Ausgaben an den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung allein wären nicht denkbar und durchführbar, wenn nicht auch die durch die wirtschaftliche Entwicklung gesetzten Restriktionen der Haushaltspolitik angegangen würden.

Inflationäre Prozesse beispielsweise sind eben nicht oder nicht ausreichend durch die „Lückenbüßerfunktion" der öffentlichen Hand zu bekämpfen, sondern müssen dort verhindert werden, wo sie in der Hauptsache entstehen: Bei den Großkonzernen, die aufgrund wirtschaftlicher Macht in der Lage sind, auf Absatzrückgänge verstärkt mit Preiserhöhungen zu reagieren. Diese monopolistischen Preisstrategien ebenso wie auch die Beschäftigungspolitik der Konzerne könnten durch staatliche Auflagen bei der Subventionsvergabe und den Investitionszulagen, durch eine erhebliche Verstärkung der Kompetenzen des Bundeskartellamts, vor allem aber durch wirklich paritätische Mitbestimmung der Gewerkschaften, deren Einfluß sich bis auf Preis-, Absatz- und Investitionspolitik erstreckt, kontrolliert und beeinflußt werden.

Ein solches Vorgehen würde allerdings verlangen, als Ziel der Reformpolitik die grundsätzliche Umstrukturierung der gesellschaftlichen Verhältnisse anzu-

31) Vgl. Weißbuch 1973/74, hrsg. vom Bundesministerium der Verteidigung, S. 216 ff.

erkennen und zur Durchsetzung der sozialen und politischen Vorstellungen zur Reform der Gesellschaft realistische Strategien zu entwickeln und offenzulegen — in der Erkenntnis, wie es Eugen Loderer ausdrückte: „Die Verbesserung der Qualität des Lebens ist keine technische Frage. Sie ist eine Machtfrage" [32]), anstatt sich in den Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaftsentwicklung zu verstricken und sich ihnen zu unterwerfen.

Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung als Element einer demokratischen Wirtschaftspolitik

Von Manfred Zöllmer

„An Stelle der Privatindustrie, an Stelle der wilden, unorganisierten Produktionsweise soll eine sozialistische, das heißt gesellschaftlich organisierte Produktionsweise treten, wo einer für alle und alle für einen einstehen."
(August Bebel)

I

Die ökonomische und politische Krise im Jahre 1966/67 brachte eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in der BRD. Sie zerstörte damit die vom Ordo-Liberalismus geprägte Wirtschaftspolitik Ludwigs Erhards. Die starke Konzentration und Zentralisation [1]) des Kapitals hatte die Wettbewerbsideologien ad absurdum geführt und war die eigentliche Ursache einer veränderten Wirtschaftspolitik, die den objektiven Erfordernissen des Monopolkapitals nach langfristiger Planung und Berechenbarkeit der Wirtschaftsentwicklung entsprach und mit dem Unvereinbarkeitsdogma von „Marktwirtschaft" und „Planung" brach.

Der Abschied von liberalen Konkurrenzmodellen war durch die ökonomische Realität der Kapitalkonzentration überfällig geworden. Auch der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard hatte diese Neuorientierung vollzogen, „sowohl in seiner Rede vor dem CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf am 31. März 1965 als auch in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1965 ging Erhard davon aus, daß die Nachkriegsperiode zu Ende und eine neue Periode deutscher Geschichte angebrochen sei" [2]). Ideologisch sollte diese Abwendung von liberalen Konkurrenzmodellen durch seine Vision von der „formierten Gesellschaft" untermauert werden. Eine an den Bedürfnissen der „konzentrierten Wirtschaft" ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die den „Forderungen nach Stabilisierung der wirt-

32) Eugen Loderer, „Reformprogramme und Lebensqualität", in: Langzeit-Programm 4, Kommentare und Stellungnahmen, Hrsg. H. Heidermann, Bonn/Bad Godesberg 1973, S. 21.
1) Vgl. Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals — Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1969, S. 38 ff.
2) Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals, a. a. O., S. 112.

schaftlichen und politischen Prozesse, der rationalen längerfristigen Haushaltspolitik, der Kooperation von Staat und Tarifpartnern und der Neuverteilung der Kompetenzen von Bund, Ländern und Gemeinden" [3]) Rechnung trug, konnte aber von Erhard selbst nicht mehr realisiert werden. Mit dem Eintritt der SPD in die Regierung trat Karl Schiller an seine Stelle.

Dessen theoretische Vorstellungen sind von Keynes geprägt. „In der Tat: Keynes und nicht Marx regiert die Stunde!" [4]) Sein Ziel war es, die Wirtschaft aus der Unterbeschäftigung herauszuführen und mittels staatlicher Planung und Intervention möglichst krisenfrei zu halten. Dreh- und Angelpunkt eines solchen theoretischen Konzepts sind die Investitionen. „Durch sie wird nicht nur neues Produktionspotential und also neues Angebot erzeugt, durch Investition entstehen auch Einkommen, und durch Desinvestition wird Einkommen, d. h. konkret: Arbeitsplätze, vernichtet" [5]). Die wirtschaftliche Entwicklung wird also von den Investitionen determiniert. Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik (Fiskalpolitik) ist es, in einem solchen System diese Zielgröße zu beeinflussen.

Hierbei steht jedoch die Dispositionsfreiheit des Kapitals nicht zur Diskussion. Der Monopolkapitalismus mit Privateigentum an den Produktionsmitteln bleibt unangetastet und bildet die Basis der Wirtschaftspolitik. „Für die Theorie der Wirtschaftspolitik heißt das: da Schiller den Kapitalismus und damit die autonome Steuerung der Wirtschaftsprozesse, d. h. die Feststellung und Befriedigung der Bedürfnisse in der Gesellschaft nach Kriterien der Kapitalexpansion oder -rentabilität durch die Unternehmen selbst, akzeptiert, steht es in der Dispositionsfreiheit dieser Unternehmen, wann und wo und wie sie investieren und ob sie überhaupt investieren wollen" [6]). Nach Keynes hängt die „Investitionsneigung" [7]) der Unternehmen von der „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" („der Vergleich zwischen dem für die Inanspruchnahme fremder Mittel zu zahlenden Zins und dem mit Hilfe des Kredits mutmaßlich zu erwirtschaftenden Gewinn" [8])) ab. Die staatliche Wirtschaftspolitik ist darauf ausgerichtet, durch eine Reihe von investitionsfördernden Maßnahmen die Gewinnsituation der Unternehmen zu verbessern. Durch Ausweitung der öffentlichen Nachfrage, Appelle an die Gewerkschaften zur Zurückhaltung in der Lohnpolitik und Sondervorteile für die Unternehmen (Steuervergünstigungen, Investitionszulagen) werden die Verwertungsbedingungen des Kapitals verbessert [9]).

Schillers wirtschaftspolitisches Rezept für eine solche faktische Profitsicherung von Investitionen bei bestehender unternehmerischer Dispositionsfreiheit, also voller Erhaltung des kapitalistischen Systems, hieß: „Globalsteuerung". Sie bedeutete eine staatliche Planung der Makrorelationen bei gleichzeitiger Selbstregulierung des Mikrobereiches. „Die optimale Zuordnung der Mittel besteht also in der *kombinierten Anwendung* des Prinzips der *Selbststeuerung* (durch Wettbewerb für die Mikrorelationen) und der *Globalsteuerung* (für den makroökonomischen Komplex). Dies ist die wirtschaftspolitische Grundentscheidung nach dem Prinzip ‚Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig' " [10]). Einer

3) Ebd., S. 114.
4) Karl Schiller, „Einige Bemerkungen über Modelltheorie und Wirtschaftsgestaltung", in: Der Ökonom und die Gesellschaft. Das freiheitliche und das soziale Element in der modernen Wirtschaftspolitik, Stuttgart 1964, S. 52.
5) Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals, a. a. O., S. 117.
6) Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals, a. a. O., S. 118.
7) Vgl. Jörg Huffschmid, „Im Namen der Investitionsneigung, Zur herrschenden wissenschaftlichen und politischen Krisendiskussion in der BRD", in: „Blätter", 12/1974, S. 1247 ff.
8) Werner Hofmann, Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, Ein Leitfaden für Lehrende, Reinbek 1969, S. 112.
9) Vgl. Jörg Huffschmid, „Im Namen der Investitionsneigung", a. a. O., S. 1248 ff.
10) Karl Schiller, „Wirtschaftspolitik", in: Der Ökonom und die Gesellschaft, a. a. O., S. 69.

derartigen staatlichen Planungstätigkeit liegt ein Planungsbegriff zugrunde, den man als „parametrisch" [11]) bezeichnen kann. Er kennzeichnet ein Plansystem, bei dem „der Staat über verschiedene Mechanismen (Haushalte, Kreditpolitik, Steuern) Daten setzt, die über die Marktfunktion eine Verhaltenssteuerung der autonomen Wirtschaftssubjekte (primär Investoren und Konsumenten) in der von den politischen Instanzen langfristig für optimal erachteten Richtung bewirken" [12]). Die Steuerung soll durch staatliches Setzen von Parametern erfolgen, deren Erreichung durch ein ökonomisches Anreiz- und Subventionssystem gewährleistet werden soll. Im Mittelpunkt stehen dabei die Verwertungsbedingungen des Kapitals, an denen sich die staatliche Planung ausrichtet. Die im Stabilitätsgesetz angegebenen wirtschaftspolitischen Instrumente wie mittelfristige Finanzplanung, die Vorgabe von Orientierungsdaten im Rahmen der Globalsteuerung, sowie die konzertierte Aktion dienen der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Kapitalverwertung. Eine so praktizierte staatliche Planung macht die Abhängigkeit der arbeitenden Bevölkerung, die Unterordnung ihrer Interessen unter die Profitinteressen des Kapitals besonders deutlich.

Eine demokratische Wirtschaftspolitik muß diese Unterordnung aufheben — und damit die Machtverhältnisse der monopolbestimmten kapitalistischen Gesellschaftsordnung zugunsten der Werktätigen verbessern.

Die ökonomische Entwicklung seit 1968 zeigt deutlich die objektive Notwendigkeit einer demokratischen Veränderung. Die ständig zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals in nationalen und internationalen Monopolen [13]), Währungskrisen, anhaltende Inflation und Arbeitslosigkeit [14]) zerstörten nachhaltig die Hoffnung der Systemapologeten auf eine relativ stetige und krisenfreie Wirtschaftsentwicklung. Die tiefe Krise der kapitalistischen Wirtschaft im Weltmaßstab [15]) und der konzeptionslose Pragmatismus in der Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Regierung hat in Parteien und Gewerkschaften die Forderungen nach demokratischer Veränderung der Wirtschaftspolitik verstärkt.

Die Globalsteuerung hat sich als unbrauchbares Instrument für eine demokratische Wirtschaftspolitik erwiesen. Ursache war unter anderem der theoretische Kunstgriff einer Trennung in geplanten Makro- und autonomen Mikrobereich. Makro- und Mikrobereich „sind vielmehr stets aufeinander bezogen, und zwar so, daß die Makrogrößen sich aus den Mikroentscheidungen ergeben" [16]). Aufgrund dieser Interdependenz gilt es zu analysieren, ob in der Beeinflussung der Mikroentscheidungen ein möglicher Ansatzpunkt für demokratische Veränderungen liegt und bei welcher Variablen er zu suchen ist.

Die ökonomische Bedeutung der privaten Investitionstätigkeit hat zu einer Diskussion über Stellenwert und Bedeutung sowie Möglichkeiten und Grenzen von Investitionslenkungskonzeptionen geführt. Inwieweit die Investitionslenkung, verstanden als gesellschaftliche Regulierung der privaten Investitionstätigkeit, ein geeignetes Mittel im Rahmen einer demokratischen Wirtschaftspolitik darstellt — und welche der verschiedenen Konzeptionen dazu geeignet sind —, soll im folgenden untersucht werden.

11) Vgl. Frieder Naschold/Werner Väth, „Politische Planungssysteme im entwickelten Kapitalismus", in: Politische Planungssysteme, Hrsg. Frieder Naschold und Werner Väth, Opladen 1973.
12) Ebd., S. 11 f.
13) Vgl. Hans Tammer, BRD-Monopole auf Kurs zu internationalen Dimensionen, „IPW-Forschungshefte", 4/1973, Berlin (DDR).
14) Vgl. Jörg Goldberg, „Konjunkturzyklus und Arbeitslosigkeit", in: „Blätter", 1/1975, S. 26 ff.
15) Vgl. Jürgen Kuczynski, „Die Weltwirtschaft des Kapitals, Vierteljahresübersicht", in: „Blätter" 12/1974, S. 1262 ff.
16) Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals, a. a. O., S. 121.

II

Neue Ansätze zu einer demokratischen Wirtschaftspolitik am Beispiel der Investitionslenkung

Die theoretische Diskussion über Notwendigkeiten und Möglichkeiten gesellschaftlicher Eingriffe in die Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen fand in der Sozialdemokratie einen deutlichen Niederschlag in dem Beschluß zum „Orientierungsrahmen ‚85' ", der auf dem Hannoveraner Parteitag 1973 gefaßt wurde. Dort wurde die neuzubildende „Langzeitprogramm-Kommission" beauftragt, zu untersuchen, „wie das Instrumentarium der Planung und der Koordinierung aller wichtigen privaten Investitionsentscheidungen unter sektoralen und regionalen Gesichtspunkten ausgebaut werden kann, um dem Allgemeininteresse Vorrang vor einzelnen Interessen zu sichern". Weiter heißt es: „Dazu müssen den privaten Investitionen steuernde Rahmenbedingungen vorgegeben werden. Es kommt darauf an, gesellschaftlich unerwünschte Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Selbststeuerungsprozesses zu verhindern, ohne seine Vorteile — Flexibilität und Vielfalt, Initiative und Dynamik — zu gefährden" [17]). War die theoretische Begründung dieses Antrags auch noch so mangelhaft und restriktiv, so wurde damit die Diskussion über Investitionslenkungsmaßnahmen doch entscheidend verbreitert. So fordert der Vorsitzende der IG Metall eine „Einflußnahme auf die unternehmerische Investitionsmacht im gesamtwirtschaftlichen Rahmen" [18]). Solche und ähnliche Forderungen sind von Gewerkschaftsseite in letzter Zeit verstärkt erhoben worden [19]), oftmals heftig widersprochen von der SPD-Spitze.

Die Konkretisierung und theoretische Fundierung solcher Forderungen ist bereits von verschiedener Seite in Angriff genommen worden. Es lassen sich — grob differenziert — drei verschiedene Ansätze zur Investitionslenkung feststellen [20]):

1. Die indirekte (marktkonforme, indikative) Investitionslenkung „durch Globalsteuerung und strukturpolitische, hauptsächlich mit Anreizen arbeitende Feinsteuerung, ergänzt durch direkte Auflagen in Sonderfällen" [21]). Theoretische Exponenten dieser Vorstellung sind Ehrenberg und Schlecht.

2. Die direkte Investitionslenkung durch Investitionskontrolle als „gesamtwirtschaftliche Investitionslenkung im Rahmen einer gesellschaftspolitisch orientierten Entwicklungsplanung (Nationalbudget) und auf der Basis neuer Institutionen" [22]). Dieser Ansatz wird von Zinn, Wieczorek und Meißner vertreten.

3. Eine direkte Investitionslenkung im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen, demokratischen Planung auf der Basis vergesellschafteter Schlüsselindustrien und Banken. Diese Vorstellungen werden z. B. durch die Jungsozialisten vertreten und finden sich auch im gemeinsamen Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich [23]).

---

17) Beschluß zum Orientierungsrahmen „85", Hrsg. SPD-Parteivorstand, Bonn 1973, S. 4.
18) „Frankfurter Rundschau" v. 27. 9. 1974, S. 12.
19) Der Forderung nach Investitionslenkung ist bereits im Grundsatzprogramm des DGB ein ganzer Absatz gewidmet worden. Vgl. Protokoll des außerordentlichen Bundeskongresses des DGB 1963, Hrsg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, S. 485.
20) Einige Vorstellungen konnten hierbei nicht berücksichtigt werden. So etwa der Ansatz — ausgearbeitet von der IG Chemie — einer Investitionslenkung über Branchenausschüsse (sektorale Investitionslenkung). Vgl. Manfred Krüper, „Sektorale und gesamtwirtschaftliche Investitionskontrolle", in: Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, Hrsg. Manfred Krüper, Reinbek 1974, S. 7 ff.
21) Wilfried Höhnen, „Grundpositionen zur Investitionslenkung in der wirtschaftspolitischen Diskussion", in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 12/1973, S. 736.
22) Ebd., S. 736.
23) Vgl. Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, Hrsg. Werner Goldschmidt, Köln 1972.

Zur indirekten Investitionslenkung

Zur Verdeutlichung seiner eigenen theoretischen Position grenzt sich Ehrenberg erst einmal von zwei theoretischen Modellen ab, von denen er glaubt, daß sie ernsthaft nicht mehr zur Diskussion stünden. Es sind dies:

— die „klassische liberale Theorie", also die alleinige Steuerung der Ressourcen über den Markt, und

— die „klassische sozialistische Theorie",

also eine auf Vergesellschaftung der Produktionsmittel basierende „zentrale" Steuerung des Wirtschaftsprozesses.

Nun, von jeder Häresie selbst freigesprochen, fordert er als Grundlage des Konzeptes eine staatliche Rahmenplanung der *öffentlichen* Investitionen. Planung wird dabei verstanden „im Sinne langfristiger Problemanalysen mit darauf aufbauenden" Überlegungen über die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten „und der Entscheidung über alternative Lösungen" [24]). Diese „Planung" wird ergänzt durch eine langfristige Finanzplanung des Bundes.

Um nicht in den Verdacht zu geraten, in der Planung etwa ein Patentrezept zu erblicken, wird eine Rahmenplanung privatwirtschaftlicher Investitionen abgelehnt. Die Essenz der Begründungen lautet schlicht: Angebot und Nachfrage können nur über den Markt wirksam gesteuert werden. „Alle bisher erdachten oder auch erprobten Planungsmodelle können den Markt mit reagiblen Preisen nicht ersetzen" [25]). Schlecht sieht darin gar einen „ersten Schritt zum Zusammenbruch unseres ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems" [26]) und verweist dabei auf die „Ölflecktheorie" der „Freiburger Schule" — eine Theorie, die durch die Praxis allerdings längst widerlegt wurde — und steigert sich zu einem beschwörenden: „Wehret den Anfängen!" Doch auch Ehrenberg und Schlecht kommen nicht umhin, gewisse Systemschwächen zu konstatieren und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Schwächen des marktwirtschaftlichen Systems sind für sie:

— Umweltgefährdung und -verschmutzung als Folge privater Investitionen,

— Diskrepanz zwischen Konsumgüterversorgung und der Versorgung mit öffentlichen Gütern (privater Reichtum und öffentliche Armut).

Böses Beispiel: weit über die Möglichkeiten des Straßenbaus hinausgehende PKW-Produktion [27]). Zur Lösung dieser Probleme bieten die Verfechter der „indirekten Investitionslenkung" einen Maßnahmenkatalog an, der den „privaten Investitionen entsprechend eingrenzende gesamtwirtschaftliche Daten" zuordnet [28]).

Der Kerngedanke besteht darin, die „Struktur der Investitionen indirekt zu beeinflussen (. . .) mit Hilfe eines vielfältigen und finanziellen Prämierungs- und Belastungssystems (z. B. Steuern und Abgaben bzw. Steuervergünstigungen und Subventionen), das durch ein System von zusätzlichen Geboten und Verboten (z. B. in den Bereichen Umweltschutz und Raumordnung) ergänzt wird" [29]). Die

24) Herbert Ehrenberg, „Infrastrukturplanung und Marktwirtschaft", in: „Die neue Gesellschaft", 9/1972, S. 700; zur Konzeption einer verstärkten staatlichen Infrastrukturplanung vgl. auch: Herbert Ehrenberg, Zwischen Marx und Markt, Konturen einer infrastrukturorientierten und verteilungswirksamen Wirtschaftspolitik, Frankfurt/M. 1973, S. 141 ff.
25) Herbert Ehrenberg, Infrastrukturplanung und Marktwirtschaft, a. a. O., S. 701.
26) Otto Schlecht, „Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsräte", in: Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, Hrsg. Manfred Krüper, Reinbek 1974, S. 23.
27) Herbert Ehrenberg, Infrastrukturplanung und Marktwirtschaft, a. a. O., S. 701.
28) Ebd., S. 702.
29) Otto Schlecht, Investitionssteuerung . . ., a. a. O., S. 31.

Unternehmen sollen also durch ein finanzielles Anreiz- und Belastungssystem zu einem gewünschten Investitionsverhalten veranlaßt werden, dessen Intensität von der konjunkturellen Situation abhängt und dessen sektorale und regionale Verteilung nach gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen erfolgt. Die indirekte Investitionslenkung umfaßt:

— globale kredit-, währungs-, geld- und finanzpolitische Maßnahmen, wie z. B. Wechselkurs-, Diskontsatz- und Steuerpolitik.

— Maßnahmen zur Verbesserung des Wettbewerbs, z. B. präventive Fusionskontrolle.

— Regional-, branchen- und strukturpolitische Maßnahmen, wie gezielte Investitionsförderung (Subventionen), selektive Kreditvergabe etc.

— Langfristige Infrastrukturplanung bei öffentlichen Investitionen.

„Voraussetzung dafür aber ist, daß die marktwirtschaftliche Ordnung selbst nicht gefährdet und die im System liegenden Grenzen der Umverteilung anerkannt und beachtet werden" [30]). Abgesehen von der ausgezeichneten Argumentation für eine Systemveränderung wird hier Funktion und Grenze der indirekten Investitionslenkung deutlich.

Zur Kritik der indirekten Investitionslenkung

Die Unantastbarkeit unternehmerischer Investitionsentscheidungen bleibt bei dem Konzept der indirekten Investitionslenkung uneingeschränkt erhalten. Das bereits mit der Globalsteuerung eingeleitete Prinzip der indirekten Lenkung durch finanzielle Anreiz- oder Sanktionsmechanismen ist nur erweitert worden. Die Wirtschaftspolitik wird verstärkt darauf ausgerichtet, durch staatliche Maßnahmen die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern. Im monopolbestimmten Kapitalismus „hat die Vergesellschaftung der Produktion ein solches Niveau erreicht und entwickelt sich mit einem solchen Tempo, daß sich mit dem daraus ergebenden Fall der Durchschnittsprofitrate die Gefahren einer Überakkumulation (beziehungsweise Überproduktion) von Kapital, die Gefahren von Schwankungen usw. verstärken" [31]). Die indirekte Investitionslenkung würde dazu dienen, die Störungen im Kapitalverwertungsprozeß zu glätten und durch staatliche Anreize die Profitaussichten des Kapitals zu verbessern.

Repräsentativ für eine solche Konzeption erscheint die französische „planification". Dort werden die Investitionen indirekt über ein steuerliches Anreiz- und Subventionssystem, sowie über die Kreditpolitik der — zu ca. 50 % verstaatlichten — Banken plankonform gelenkt. Dabei zeigte es sich, „daß die Planung nur dort erfolgreich war, wo sie mit den Unternehmensinteressen übereinstimmte, ansonsten wurde die Planung unterlaufen" [32]). Ein derartiges Konzept verringert also keineswegs die Abhängigkeit der Bevölkerung von den Verwertungsinteressen des Kapitals, sie wird noch verstärkt.

Eine planvolle Koordination der einzelnen Institutionen nach Maßgabe gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse wird explizit abgelehnt. Die Koordination und Planung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen ist zwar wünschenswert, die Abhängigkeit staatlicher Haushaltspolitik von den Konjunkturzyklen und damit die Unterordnung staatlicher Haushaltspolitik unter die Verwertungsbedingungen des

30) Otto Schlecht, Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsräte, a. a. O., S. 22.
31) Paul Boccara u. a., Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1973, S. 528 f.
32) Ulrich Steger, „Direkte oder indirekte Investitionslenkung?", in: „Die neue Gesellschaft", 10/1973, S. 753.

Kapitals bleibt bestehen. Die indirekte Investitionslenkung kann die zyklischen Krisen des Systems nicht abbauen, da die Ursache dieser Krisen letztlich im Privateigentum an den Produktionsmitteln zu suchen ist. Die Beseitigung von Überkapazitäten und Engpässen durch ein System finanzieller Anreize kann letztendlich schon aufgrund von Informationsrestriktionen krisenhafte Entwicklungen nur abschwächen, nicht aber beseitigen.

Die Profitaussichten der Konzerne werden gesteigert und das Investitionsrisiko durch Umverteilung des Volkseinkommens gemildert. Das kapitalistische Krisenmanagement wird durch eine indirekte Investitionslenkung ausgebaut. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals wird weiter begünstigt, wie staatliche Wirtschaftspolitik der Vergangenheit gezeigt hat, und damit die wirtschaftliche und politische Macht der Monopole erhöht. Die Umverteilung des Volkseinkommens zu ihren Gunsten würde die ohnehin schon skandalöse Einkommens- und Vermögensverteilung weiter zuungunsten der arbeitenden Bevölkerung verändern. Die Finanzmasse des Staates für dringend notwendige Reformen wird durch eine Subventionspolitik für die Monopole weiter verringert.

Fazit: Die indirekte Investitionslenkung erweist sich als eine „Superglobalsteuerung", als ein Instrument kapitalistischen Krisenmanagements. Sie festigt die bestehenden Machtverhältnisse im monopolbestimmten Kapitalismus und verstärkt die Abhängigkeit der arbeitenden Bevölkerung von den Profitinteressen der Monopole.

Modelle direkter Investitionslenkung

Ausgangspunkt der Überlegungen von Meißner, Wieczorek und Zinn bildet eine Kritik am „marktwirtschaftlich-kapitalistischen System" der BRD:

— Die einseitige Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur auf den privaten Konsum hat eine „partielle Überproduktion und Faktorverschwendung bei gleichzeitiger Unterversorgung mit lebenswichtigen Individual- und Kollektivgütern" [33]) zur Folge.

— Die Konzentration und Zentralisation hat zu einem Absterben des Wettbewerbsprinzips geführt, „so daß das Wettbewerbsprinzip seine Funktion als Instrument ökonomischer Machtkontrolle nicht erfüllt" [34]). Eine zyklenfreie Entwicklung der Wirtschaft konnte über marktwirtschaftliche Mechanismen nicht erreicht werden. „Zyklus-Phänomene wie Investitions-Schwankungen, Beschäftigungs-Schwankungen, Preissteigerungen sind durch fehlende gesamtwirtschaftliche Planungen bedingt" [35]).

Zur Abmilderung dieser Fehlentwicklungen bieten sie ein komplexes Modell, bestehend aus einer gesamtwirtschaftlichen Investitionsplanung samt institutioneller wie auch politischer Durchsetzbarkeit, an.

Die Phasen der Planung

1. „Formulierung einer langfristigen Produktion, in die Prognosen über technisch-wissenschaftliche Entwicklungen und ihre möglichen Auswirkungen auf

[33]) Karl Georg Zinn, „Investitionskontrollen und -planung", in: „Wirtschaftspolitische Monatsschrift", Hrsg. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1973/VI, S. 302; vgl. auch: Werner Meißner, Investitionslenkung, Frankfurt/M. 1974, S. 116 ff.; sowie: Karl Georg Zinn, „Investitionskontrollen und Planung — Eine Replik", in: „Wirtschaftspolitische Monatsschrift", 10/1973, S. 519 ff.
[34]) Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a. a. O., S. 302.
[35]) Karl Georg Zinn/Norbert Wieczorek, „Freiheit ist gut — Kontrolle ist besser. Warum ist Investitionslenkung notwendig?", Interview mit Karl Georg Zinn und Norbert Wieczorek, in: „Konkret", 26/1973, aus: Detlev Albers/Kurt Neumann, Für ein sozialistisches Langzeitprogramm, Theorie-Reihe 5, Hamburg 1974, S. 66.

gesellschaftliche Prozesse eingehen. Die Bedarfsentwicklung der Gesellschaft ist in ‚Komplementärgüterkomplexen' zu sehen, d. h. private Konsum- und Investitionsströme stehen in Ursache- und Wirkungsbeziehungen zu öffentlichen Investitionen und Diensten" [36]). Die Interdependenz von privaten Investitionen (z. B. Automobilbau) und öffentlichen Leistungen (Straßenbau, Verkehrsüberwachung etc.) in Verbindung mit sozialen Folgen (Umweltverschmutzung, Lärm etc.) bilden den Ausgangspunkt einer Alternativrechnung im Sinne der Opportunitätskostenvorstellung. Hierbei wird ein „gesamtwirtschaftlicher Überblick über die prinzipiellen Verwendungsmöglichkeiten der Produktionsressourcen" durch „nach den Bedarfsgruppen disaggregierte Komponenten der keynesschen makroökonomischen Nachfrageaggregate" [37]) erforderlich. Private und öffentliche Nachfragegrößen werden gemäß den „Komplementärbeziehungen" aufeinander bezogen.

2. Ein so erhaltenes „Bedarfsgruppenschema" wird durch die Setzung von Prioritäten in eine „Bedarfsrangskala" umgewandelt. Damit soll eine „nach gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete Faktorverwendung im Sinne der Vermeidung von Kapazitätsengpässen bei dringenden Bedarfen und Überkapazitäten bei weniger wichtigen Produktionen" [38]), eine Beziehung von Investitionen und Ersparnissen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, sowie eine kontinuierliche Investitionsentwicklung erreicht werden.

Die Durchführung der Planung

1. Von einem noch zu schaffenden wissenschaftlichen Institut (evtl. angegliedert an das Parlament) sollen gemäß der angestrebten Bedarfsstruktur „Alternativrechnungen für mehrjährige volkswirtschaftliche Entwicklungen" [39]) ausgearbeitet und dem Parlament zur Verfügung gestellt werden.

2. Ein zu schaffendes „Bundesamt für Investitionskontrolle" — vergleichbar etwa mit dem Bundeskartellamt — hätte anfallende Investitionsvorhaben zu genehmigen, wobei „alle Investitionsvorhaben ab einer bestimmten Größenordnung mit genauen Produktbeschreibungen (. . .) zur Genehmigung vorgelegt werden" [40]) müssen. Dabei dienen als Kriterien für eine Genehmigung oder evtl. Ablehnung:

— die Orientierung an der vorausgeplanten Bedarfsstruktur,

— die Rentabilität der Investitionen unter gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgesichtspunkten,

— die Belastung der Umwelt,

— Höhe des Komplementärgüterkomplexes „öffentliche Folgeinvestitionen",

— Auslastung der Branchenkapazitäten in der Vergangenheit,

— evtl. Außenbeitragshöhe,

— Anhörung der Betroffenen.

Weiterhin umfaßt das Konzept von Zinn, Wieczorek und Meißner Vorschläge zur Demokratisierung des angestrebten Planungsmodells. So soll die „Bedarfsrangskala" dem demokratisch-parlamentarischen Mechanismus unterworfen werden. Zur Unterstützung des Parlaments empfehlen die Autoren, einen Wirtschafts- und Sozialrat, gemäß den Vorstellungen des DGB auf Bundesebene, zu schaffen. Er soll dem Parlament als Beratungs- und Informationsgremium zur Seite stehen. Zur Ermittlung und Artikulierung gesellschaftlicher Bedürfnisse sollen Basisorga-

36) Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a. a. O., S. 303.
37) Ebd.
38) Ebd., a. a. O., S. 304.
39) Norbert Wieczorek/Karl Georg Zinn, Freiheit ist gut — Kontrolle ist besser, a. a. O., S. 68.
40) Ebd.

nisationen wie Gewerkschafts- und Parteikommissionen und institutionalisierte Bürgerinitiativen beitragen.

Kritik eines Systems von Investitionskontrollen

Eine ausführliche Darstellung und Kritik dieses Modells ist aufgrund seiner starken Resonanz in Parteien und Gewerkschaften unumgänglich. Die Konzeption einer Investitionslenkung mittels eines Investitionskontrollamtes, welches souverän im Interesse der „gesamtgesellschaftlichen Entwicklung" tätig ist und die gröbsten Disproportionen des kapitalistischen Wirtschaftssystems beseitigt, erscheint auf den ersten Blick verlockend.

Zinn charakterisiert das Modell selbst als Interventionismus plus direkte Investitionskontrollen und spricht von einem reformistischen Ansatz. Reformistisch, weil das private Eigentum an den Produktionsmitteln von der Konzeption nicht tangiert wird. Lediglich die Verfügungsgewalt privater Kapitaleigner wird eingeengt. „In dem Maße, in dem die Verfügungsgewalt über die Produktion von den privaten Eigentümern in die gesellschaftliche Hand verlagert wird, wird sich der gesellschaftspolitische Charakter der Investitionslenkung von einem systeminternen Steuerungsinstrument zu einer reformistischen und systemändernden Maßnahme verschieben" [41]). Die Vorstellung einer schrittweisen Transformation des Kapitalismus mittels Vergesellschaftung der Verfügungsgewalt und damit implizit einer Umgehung der Eigentumsfrage erscheint aus dem Kontext des Investitionskontrollmodells wenig realistisch.

Zinn stellt fest: „Die aus ökonomischer Macht erwachsenen politischen Einflüsse führen zusammen mit der extremen Verteilungsungleichheit zu Produktionsstrukturen, die eine den gesellschaftlichen Bedürfnissen gerechte Versorgung unterbinden" [42]). Daraus folgt für das Modell: wenn es nicht gelingt, mittels Investitionskontrollen die ökonomische und politische Macht der monopolistischen Zentren des Kapitals wirksam einzuschränken, wird ein solches Modell nicht in der angegebenen Zielrichtung wirken können, sondern vom Kapital vereinnahmt werden.

Die Möglichkeit einer solchen Entwicklung ist in dem Modell selbst angelegt, da es bei ungebrochenen kapitalistischen Eigentumsverhältnissen staatliche Institutionen zum Träger demokratischer Veränderungen macht [43]). „Die Auffassung, der Staat und damit auch seine Steuerungsmechanismen können, wenn überhaupt, dann nur im Interesse der privaten Kapitalverwertung zum Zuge kommen, wird hier nicht geteilt" [44]). Die hier von Meißner vertretene Staatsauffassung überbetont den partiellen Gegensatz von Staat und Privatkapital und verkennt den Charakter des bürgerlichen Staats als „Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist" [45]). Es lassen sich „in einem politischen Planungsprozeß nicht nur fortschrittliche Strukturen entwickeln, sondern auch konservative Strukturen planen und lenken, mit denen bestimmte Privilegien erhalten und bestehende gesellschaftliche Machtverteilung stabilisiert werden" [46]). Dies trifft besonders dann zu, wenn die Umsetzung von Investitionslenkungsmaßnahmen mittels und über den Staat bei bestehenden kapitalistischen Eigentumsverhältnissen erfolgt

41) Werner Meißner, Investitionslenkung, a. a. O., S. 139.
42) Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a. a. O., S. 302.
43) Vgl.: Heinz Jung, „Investitionslenkung und Kontrolle. Neue Stufe staatsmonopolistischer Regulierung oder Ansatzpunkt antimonopolistischer Politik", in: „Marxistische Blätter", Januar/Februar 1975.
44) W. Meißner, Investitionslenkung, a. a. O., S. 138.
45) F. Engels, Anti Dühring, in: Marx/Engels Werke, Band 20, S. 260.
46) Norbert Koubek/Ingrid Scheibe-Lange, „Einzel- und Gesamtwirtschaftliche Daten zur Investitionsstruktur in der BRD", in: „WSI-Mitteilungen", 8/1974, S. 327.

und der Bedeutung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse für einen Demokratiesierungsprozeß nicht ausreichend Rechnung getragen wird. „Die Investitionskontrollen dürften in wachsendem Maße zu einer Konzentration der Zusammenarbeit von Kontrollbehörden und Großunternehmen führen" [47]). Die von Zinn aufgezeigte Analogie von Investitionskontroll- und Bundeskartellamt könnte den Charakter einer „Zusammenarbeit" von Kontrollbehörden und Großunternehmen verdeutlichen. Die Hilflosigkeit des Bundeskartellamtes gegenüber den Monopolen veranschaulicht die realen Machtverhältnisse unserer Gesellschaft. „So wie eine Behörde, die den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht unter Kontrolle bringen sollte, durchaus vereinbar war mit wachsender Konzentration des Kapitals, so könnten auch Kontroll- und Lenkungsbehörden, die den gegenwärtig herrschenden Eigentumsverhältnissen aufgestülpt werden und deren Ziel es sein soll, die bestehenden Machtverhältnisse zu verändern, wirkungslos sein, weil sie vom Kapital verinhaltet werden" [48]). Eine solche Perspektive ist nicht von der Hand zu weisen, weil tendenziell bereits im Modell angelegt.

Dieser objektiven Entwicklungsmöglichkeit steht jedoch eine gesellschaftliche Situation gegenüber, in der jeder Versuch zur Demokratisierung der Wirtschaft auf äußersten Widerstand von seiten der herrschenden Klasse stoßen wird. Welche Konsequenzen die Ankündigung von Investitionslenkungsmaßnahmen haben könnte, deutet Schlecht mit geradezu verblüffender Offenheit an: „Wieviel drastischer die Reaktion (des Kapitals — Anm. d. Verf.) auf die Ankündigung (!) von Lenkungsmaßnahmen sein könnte, vermögen auch Pessimisten kaum realistisch auszumalen" [49]). Zu welchen Reaktionen das Kapital gegebenenfalls bereit ist, um demokratische Veränderungen zu verhindern, konnte man in Chile studieren.

Wenn auch nicht gleich ein zweites Chile, so wären doch abgestufte Reaktionsmöglichkeiten des Kapitals wie Kapitalflucht, Verlagerung der Produktion ins Ausland und Investitionsstreiks denkbar und wahrscheinlich, um die Funktionsfähigkeit von Investitionslenkungsmaßnahmen zu negieren. Eine derartige Reaktion wird möglich, weil die ökonomischen Machtzentren des Kapitals unangetastet bleiben. Die von den Autoren empfohlene Kontrollfunktion der paritätischen Mitbestimmung ist unzureichend, wenn sich der Klassenkampf „von oben" entscheidend verschärft und die Arbeiterbewegung nicht entsprechend vorbereitet ist.

Das vorgestellte Modell leistet dies jedoch nicht. Vielmehr wird durch ein solches „rationales Kalkül" die Illusion einer konfliktfreien Veränderung ökonomischer Machtverhältnisse ohne eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse suggeriert. „Dennoch wird Vergesellschaftung notwendig werden, wenn der Widerstand gegen die Investitionslenkung zu groß ist. Bei der politischen Machtauseinandersetzung wird sich die Frage der Vergesellschaftung stellen" [50]). Es stellt sich allerdings die Frage, warum solche Überlegungen keinen Eingang in die Konzeption gefunden haben, sondern nur beiläufig erwähnt werden. Wenn von Teilen der Gewerkschaft „Vergesellschaftung und Investitionslenkung als Alternativen" [51]) dargestellt und diskutiert werden, so manifestiert sich damit eine Orientierung der Arbeiterbewegung auf falsche Alternativen. Bei einer eventuell gesetzlichen Realisierung eines Systems von Investitionskontrollen müssen die

47) Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a. a. O., S. 305.
48) Gerhard Kade, „Kriterien einer gesamtwirtschaftlich orientierten Investitionssteuerung", in: Investitionskontrolle gegen die Konzerne, a. a. O., S. 39 f.
49) Otto Schlecht, Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsräte, a. a. O., S. 27.
50) Albert Schunk, „Vergesellschaftung und Investitionslenkung als Alternative", in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 12/1973, S. 743.
51) Karl Georg Zinn/Norbert Wieczorek, Freiheit ist gut — Kontrolle ist besser, a. a. O., S. 72.

Grenzen solcher Maßnahmen im Rahmen einer demokratischen Wirtschaftspolitik verdeutlicht werden, und es sind antimonopolistische Perspektiven zu eröffnen.

Die Forderung nach Investitionskontrolle ist sinnvoll, wenn sie von der Arbeiterbewegung im Sinne einer Konfliktstrategie zur Verankerung von Gegenmachtpositionen genutzt wird und die Einsicht in die Begrenztheit dieser Maßnahme Mobilisierungschancen eröffnet. Die Institutionalisierung des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit ermöglicht eine öffentliche Austragung dieses Konflikts und damit eine erhöhte Transparenz der hinter den ökonomischen Entscheidungen stehenden Interessen, was wiederum eine verstärkte Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung für ihre Interessen zur Folge haben kann.

Die Durchsetzung einer demokratischen Wirtschaftspolitik ist somit abhängig vom Mobilisierungsgrad der arbeitenden Bevölkerung für eine demokratische Alternativkonzeption. Eine antimonopolistische Massenbewegung ist die „Conditio sine qua non" jedes gesellschaftlichen Fortschritts.

Dies ist auch die Grundlage der folgenden Konzeption, die die Forderung nach Investitionslenkung in den Gesamtrahmen einer demokratischen Wirtschaftspolitik stellt. Eine gesellschaftliche Regulierung der privaten Investitionstätigkeit ist mit den Prinzipien der privaten Kapitalverwertung unvereinbar. Im Rahmen einer antimonopolistischen Gesamtstrategie muß die machtmäßige Voraussetzung für eine weitestgehende Substitution des Kapitalverwertungsprinzips durch eine planmäßige Entfaltung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten im Interesse der Gesellschaft geschaffen werden.

Das folgende Modell soll ein erster — sicherlich unvollständiger und verbesserungsbedürftiger — Diskussionsbeitrag dazu sein.

Investitionslenkung im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung

Waren die bisher vorgestellten Investitionslenkungsmodelle nicht oder nur bedingt geeignet, eine demokratische Veränderung einzuleiten, so läßt sich daraus jedoch nicht schlußfolgern, daß die Investitionslenkung als Mittel einer demokratischen Wirtschaftspolitik ungeeignet wäre. Wenn die Wirtschaftspolitik an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung ausgerichtet werden soll, dann müssen die ökonomischen Entscheidungen auch gesamtgesellschaftlich getroffen werden. Dies ist jedoch nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung möglich. Im Rahmen einer solchen Planung erhält auch die Investitionslenkung ihre eigentliche Funktion.

Eine solche Konzeption wurde ansatzweise von den Jungsozialisten erarbeitet [52]). Sie muß folgende Zielsetzungen haben:

— Demokratisierung der Wirtschaft,

— Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der arbeitenden Bevölkerung, also weitestgehende Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals,

— Durchbrechung des Kapitalverwertungsprinzips,

— Gestaltung der Produktion nach gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen,

[52]) Vgl.: Diskussionsvorlage zu einem Aktionsprogramm des Landesverbandes NRW der Jungsozialisten in der SPD, vorgelegt auf der außerordentlichen Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Jungsozialisten in der SPD in Köln, 20. 4. 1974.

— eine gesamtgesellschaftliche demokratische Wirtschaftsplanung unter Beteiligung der Gewerkschaften.

Diese Zielsetzungen beinhalten eine tiefgreifende demokratische Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation und die Einleitung einer Wirtschaftspolitik, die sich an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert. Sie versucht den Konkurrenz- und Profitmechanismus weitestgehend einzuschränken und die ökonomische Entwicklung nach demokratischen Prinzipien zu gestalten. Eine derartige Konzeption darf nicht von außen an die politischen Aktionen der Arbeiterbewegung herangetragen werden. Sie ist deshalb durch eine Reihe von Forderungen und Maßnahmen, die sich an der jetzigen Phase der Klassenauseinandersetzungen orientieren, in die Arbeiterbewegung integriert. Diese Maßnahmen verstehen sich weiterhin als ökonomische Notwendigkeiten, um eine funktionsfähige Durchsetzung der Konzeption sicherzustellen:

1. Die paritätische Mitbestimmung im Sinne einer progressiven Mitbestimmungspraxis [53]).

2. Verstaatlichung des gesamten Bankenbereiches, um eine planmäßige Steuerung des Kreditsektors zu gewährleisten [54]). Dies hat besondere Bedeutung für die Investitionen der Klein- und Mittelbetriebe, die von der Investitionslenkung nicht erfaßt werden. Da ihre Investitionen überwiegend fremdfinanziert werden, ist deren Steuerung über die Kreditvergabe möglich.

3. Die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Dabei handelt es sich um eine Mindestschwelle der Vergesellschaftung, die die Macht der monopolistischen Zentren brechen soll, um machtmäßig den ökonomischen und außerökonomischen Gegenstrategien des Kapitals wirksam begegnen zu können.

4. Verhinderung der Kapitalflucht durch strenge gesetzliche Maßnahmen.

Erst die Verwirklichung dieser Forderungen erlaubt es, die Investitionslenkung in einem System demokratischer Planung im Hinblick auf die angegebene Zielsetzung einzusetzen. Zugrunde liegt dabei der Marxsche Planungsbegriff, der Planung als bewußtes Ausnutzen der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten im Interesse der Gesellschaft, als eine Entfaltung der Produktivkräfte zwecks höchstmöglicher Befriedigung der Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft begreift. Ansatzpunkt einer solchen Planung bleiben die Investitionen. „Wer die Investitionsquote kontrolliert, legt damit das Ausmaß des Konsumgüterangebots der Periode und nächsten Zukunft fest. Wer die Qualität und Struktur der Produktionsmittel bestimmt, determiniert damit gleichzeitig in großem Umfang die Qualität und Struktur des Konsumgüterangebots und des Angebots an sozialer Wohlfahrt. Wer in unserer Gesellschaft über beides — über Volumen und qualitative Struktur der Investitionen — entscheidet, legt auch Preisniveau und reale Einkommens- und Vermögensverteilung fest [55]). Die Investitionsentscheidung ist also eine wichtige Variable zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung. Ihr kommt auch im System der demokratischen Planung eine Schlüsselfunktion zu.

Grundzüge eines demokratischen Planungsmodells

Grundlage der Planung ist eine langfristige wirtschaftliche Trendprognose (bis 15 Jahre), die der Problemanalyse und der Vermeidung von Fehlplanungen die-

[53]) Vgl.: Autorenkollektiv des IMSF, Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, Köln 1972.
[54]) Zur Politik des Finanzkapitals in der BRD, vgl.: Autorenkollektiv, Grundlagen und Formen der Herrschaft des Finanzkapitals, Berlin (DDR), „IPW-Forschungshefte", 3/1974.
[55]) H. Hinz, „Strategien um Macht und Mitbestimmung", in: „Die neue Gesellschaft", a. a. O., 20. Jg. (1973), S. 348.

nen soll und vom zuständigen Ministerium erarbeitet wird. Für die vergesellschafteten Schlüsselindustrien und Banken sowie für die privaten Unternehmen besteht eine gesetzliche Pflicht, den Planungsträgern alle erforderlichen Informationen zugänglich zu machen. Damit soll das schwierige Problem der Informationsbeschaffung und -auswertung, die ja das Fundament jeglicher Planungstätigkeit bilden, in den Griff bekommen werden. Aufbauend auf der Trendprognose, wird der volkswirtschaftliche Rahmenplan mit einer Planungsperiode von 4 bis 5 Jahren erstellt. Dabei wird eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in der alle relevanten Geld- und Gütertransaktionen, die in einer bestimmten Periode zwischen den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft stattgefunden haben, mit ihrer Auswirkung auf Entstehung, Verwendung und Verteilung des Sozialproduktes aufgezeichnet und der Rahmenplanung zugrunde gelegt. Der volkswirtschaftliche Rahmenplan umfaßt drei Grundelemente:

1. „Er stellt mit einer in die Zukunft projektierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die wünschenswerte Entwicklung dar und wie diese sich auf die Güterproduktion, die Einkommensverteilung und die Güterverwendung auswirken soll. Das Verhältnis von Investitionen und Konsum, der Anteil der öffentlichen und privaten Investitionen sowie des öffentlichen und privaten Konsums werden aufgeschlüsselt.

2. In einem verbindlichen gesamtwirtschaftlichen Investitionsplan werden Struktur und Höhe der öffentlichen und privaten Investitionen nach Wirtschaftsbereichen und Regionen aufgegliedert. Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird in einer gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung angegeben.

3. Die notwendigen rechtlichen Maßnahmen (z. B. hinsichtlich Planungstechniken, Gebots- und Verbotsgesetzgebung), die von Parlament und Regierung ergriffen werden müssen, um die bestimmten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen, werden angegeben" [56]).

Die Ausarbeitung des Planes erfolgt nach einem System koordinierter dezentraler und zentraler Entscheidungsebenen. Dabei kommt den Wirtschafts- und Sozialräten, in denen Vertreter der arbeitenden Bevölkerung (Gewerkschaftsvertreter) und Unternehmer zusammenkommen, eine entscheidende Bedeutung zu [57]).

In den vergesellschaftlichen Betrieben erfolgt die Willensbildung in Betriebsversammlungen, Vertrauensleutekonferenzen und im Aufsichtsrat. Nach der innerbetrieblichen Koordination werden die Planvorstellungen an das zuständige Ministerium geleitet. Parallel dazu erarbeiten die Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke und Länder ihre Vorschläge zur regionalen Strukturpolitik (Wirtschaftsförderung, Umweltschutz, Verkehrsplanung etc.) in Abstimmung mit regionalen Wirtschafts- und Sozialräten. Diese Planvorstellungen werden im zuständigen Ministerium anhand politischer und finanzieller Prioritäten koordiniert. Dieser Planentwurf wird erneut an der Basis diskutiert und eventuell mit Änderungswünschen dem Ministerium erneut zugeleitet. Dort wird er dann endgültig erstellt. Nach Zustimmung durch den Bundeswirtschafts- und Sozialrat wird er dem Parlament zugeleitet. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens hat der Bundeswirtschafts- und Sozialrat bei allen Entscheidungen ein Vetorecht mit aufschie-

56) Aktionsprogramm, a. a. O., S. 14.
57) Die Frage der Zusammensetzung von Wirtschafts- und Sozialräten ist noch umstritten. Die gewerkschaftlichen Forderungen zielen auf eine Parität von Unternehmern und Arbeitnehmern ab. Sicherzustellen ist auf jeden Fall, daß über ein solches Gremium nicht demokratische Entscheidungen durch die Unternehmer blokkiert und zu Fall gebracht werden können.

bender Wirkung. Die letzte Entscheidung trifft dann das Parlament. Nach der Verkündung im Gesetzblatt tritt der volkswirtschaftliche Rahmenplan in Kraft.

Diese Skizze der demokratischen Erarbeitung eines volkswirtschaftlichen Rahmenplanes erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Ausschließlichkeit. Hier sollte nur eine realisierbare Möglichkeit aufgezeigt und zur Diskussion gestellt werden.

Die Planrealisierung

„Bei einem System demokratischer, dezentralisierter Planung sollen die wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb zentral geplanter Rahmenbedingungen durch die vergesellschaftete Industrie, durch Lenkung des vergesellschafteten Bankenapparates und durch einen regulierten Markt gesteuert werden. Die Plandurchführung muß zunächst den öffentlichen Haushalten und der gesamten sozialisierten Industrie obliegen" [58]). Die sozialisierten Industrien sind an den Rahmenplan gebunden. Größere Investitionsvorhaben (Erweiterungsinvestitionen) werden zentral kontrolliert und unterliegen der Genehmigung durch den Bundeswirtschafts- und Sozialrat. Dezentral von den sozialisierten Betrieben werden Ersatzinvestitionen, Investitionen, die nur der Modernisierung bestehender Produktionsanlagen, der Steigerung der Produktqualität oder der Anpassung an die aktuelle Marktnachfrage dienen, durchgeführt. Bei allen nicht-sozialisierten Unternehmen von einer bestimmten Größenordnung werden die erwirtschafteten Gewinne bis zu einem festzulegenden Prozentsatz in einen zentralen Fonds bei einer noch zu schaffenden Bank für Industrieinvestitionen abgeführt. Damit soll eine Selbstfinanzierung der Investitionen verhindert werden. Eine Kontrolle dieser Maßnahmen erfolgt durch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Eine Lenkung der Investitionen gemäß Rahmenplan erfolgt dann über die Mittelvergabe. Die Investitionen von Unternehmen, die in diesen beiden Klassen nicht erfaßt werden, erfolgt durch eine selektive Kreditvergabe der vergesellschafteten Banken. Die Kredite werden in *die* Wirtschaftsbereiche gelenkt, deren Investitionsvorhaben mit dem Ziel des Rahmenplanes korrespondieren. „Die Banken müssen also verpflichtet sein, ihre disponiblen Finanzmassen nach bestimmten Kriterien zugunsten dieser vorrangigen Bereiche einzusetzen" [59]).

Gesetzlich ist sicherzustellen, daß bestimmte Investitionen bei den privaten Unternehmen imperativ durch Investitionsgebote durchgesetzt werden können. Es handelt sich hier um Investitionen, die aus gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen notwendig sind. Daneben sollten durch einen Ausbau der Verbots- und Gebotsgesetzgebung verbindliche Normen geschaffen werden, die festlegen, daß ein bestimmter Anteil der Investitionen für die Beseitigung sozialer Folgen der privaten Produktion aufgewendet wird. Dies betrifft etwa den Umweltschutz, Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt und Verbesserung des betrieblichen Gesundheitswesens.

---

58) Aktionsprogramm, a. a. O., S. 14.
59) Aktionsprogramm, a. a. O., S. 14.

Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung

Von Georg Fülberth und Jürgen Harrer

1. Die Konzeption

In den Jahren 1903 und 1904 gab der sozialdemokratische Historiker Franz Mehring die zweite Auflage seiner zweibändigen „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" heraus. Die erste Auflage war 1897/98 erschienen. Die große Leistung, die hinter diesem Werk stand, wird sichtbar, wenn man sich die wissenschaftlichen, politischen, literarischen und persönlichen Schwierigkeiten vergegenwärtigt, unter denen sie erbracht wurde.

Wissenschaftlich: Der von Mehring behandelte Zeitraum umfaßt zwar nur die sechs Jahrzehnte von 1830 bis ca. 1890, doch schildert er in diesem Rahmen die Entstehungsgeschichte der marxistischen Theorie. An Quellen waren ihm zwar die parteieigenen Bestände sowie die Nachlässe von Marx, Engels und die Papiere von zeitgenössischen führenden Sozialdemokraten zugänglich, nicht aber die staatlichen Archive in dem Umfange, der von Mehring angesichts seiner selbstgestellten Aufgabe, die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie im Kontext der politischen und Gesellschaftsentwicklung vor allem des preußisch-deutschen Staates im 19. Jahrhundert darzustellen, in Anspruch genommen werden mußte.

Politisch: 1875 hatten sich zwei sehr verschiedenartige sozialdemokratische Organisationen in der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammengefunden. Der Lassalleanismus, der weithin das Gothaer Programm kennzeichnete, war im Erfurter Programm von 1891 zwar vollständig abgestreift, dennoch gab es zahlreiche Empfindlichkeiten, die aus den Fehden von Sozialdemokratischer Arbeiterpartei und Allgemeinem Deutschem Arbeiterverein in den Jahren 1869 bis 1875 herrührten. Mehring bekam sie z. B. in der sehr heftigen Reaktion Bebels auf seine positive Darstellung des ADAV-Präsidenten Schweitzer zu spüren.

Literarisch: Die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" sollte die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Geschichtswerken über das 19. Jh. führen, mußte sich also an den Maßstäben der Historikerzunft messen lassen und hatte zugleich (und vor allem!) die Aufgabe, in parteilicher Weise die politische und historische Selbstverständigung der sozialdemokratischen Mitglieder zu fördern.
Persönlich: Franz Mehring war in den 70er Jahren des 19. Jhs. selbst ein scharfer Gegner der Sozialistischen Arbeiterpartei und hat sie in seinem 1877 erschienenen Werk „Die deutsche Sozialdemokratie", mit dem er später sogar promovierte, sowie in zahlreichen Zeitungsartikeln heftig bekämpft. Diese seine Vergangenheit verschaffte seinen innerparteilichen Gegnern Angriffspunkte.

Trotz solcher Belastungen hat Mehring mit seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" das bis heute einzige umfassende Standardwerk zu diesem Thema geschaffen, das großen Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung des 20. Jhs. ausübte. Mehring wurde 1918 einer der Mitbegründer der KPD. Seine „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" ist niemals in der Bundesrepublik, wohl aber 1960 in der DDR neu aufgelegt [1]) worden. Dort erschien auch 1966

1) Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Erster Teil: Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungsstreit 1830 bis 1863; Zweiter Teil: Von Lassalles „Offenem Antwortschreiben" bis

eine vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED herausgegebene achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" [2]).

Die SPD dagegen hat sich bis heute — mehr als siebzig Jahre nach der zweiten Auflage von Mehrings Werk — mit Broschürenliteratur begnügt: 1963 erschien ein 85 Seiten dünnes Bändchen von Willi Eichler: „100 Jahre Sozialdemokratie" [3]). 1974 haben Heinrich Potthoff und Susanne Miller eine zweibändige „Kleine Geschichte der SPD" im parteinahen Verlag Neue Gesellschaft herausgebracht. Der erste Band [4]) umfaßt 138 Seiten Text, einen Anhang von 15 Seiten, 54 Seiten gekürzte Dokumente und vier Seiten Literaturangaben. Der zweite Band vollends, welcher die Zeit nach 1945 zu behandeln vorgibt [5]), enthüllt sich auf den zweiten Blick als Nachdruck-Kompilation: er besteht aus einem 48 Seiten starken Aufsatz, den Susanne Miller schon kurz vorher in einem Sammelband anläßlich des 25jährigen Bestehens der Bundesrepublik hatte erscheinen lassen [6]), der Reprise eines „Vorwärts"-Artikels von 1973 [7]), Zeittafel, Literaturverzeichnis und Dokumenten-Exzerpten. Dem ersten Band hat einer der Stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, Heinz Kühn, ein Geleitwort für beide Bände vorangestellt. Den insgesamt 1533 Seiten von Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" und den mehr als 5000 Seiten der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" stehen somit bis heute nur drei relativ dünne Hefte gegenüber, in denen die westdeutsche SPD zu ihrer eigenen Geschichte Stellung nimmt. Inzwischen wird eine zehnbändige offiziöse Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in Aussicht gestellt [8]), doch ist bislang der wissenschaftlichen Öffentlichkeit weder über den Erscheinungstermin des ersten Bandes noch über die Konzeption dieses Werkes irgend etwas bekanntgemacht worden. Vor der Publikation der DDR-„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" wurden deren Probleme in der Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung" durch eine Leserkonferenz zur Diskussion gestellt; bereits 1962 wurde die Öffentlichkeit in der Tagespresse zur Mitarbeit aufgefordert, so daß sich das Autorenkollektiv auf Informationen und Konsultationen von Partei- und Gewerkschaftsveteranen sowie ausländischen Historikern stützen konnte [9]). Wenn im Falle der zehnbändigen SPD-Geschichte dieses Verfahren bislang unterblieb, dann kann dies zwei Gründe haben: Entweder wird auf eine vorherige öffentliche Diskussion der Konzeption verzichtet, oder es hat mit dem Erscheinen auch nur des ersten Bandes noch gute Weile.

Neben der offiziösen Haushistoriographie zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie gibt es allerdings eine umfangreiche akademische Literatur über dieses Thema, die zu einem erheblichen Teil in der Schriftenreihe des Forschungs-Instituts der Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert wurde. Ihr Entstehungsort ist entweder diese Stiftung oder — in weit größerem Umfang — der Disser-

zum Erfurter Programm 1863 bis 1891. = Franz Mehring, Gesammelte Schriften, hrsg. v. Thomas Höhle, Hans Koch, Josef Schleifstein, 1. und 2. Band, Berlin (DDR) 1960.

2) Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1—8, Berlin (DDR) 1966 (im folgenden zitiert als: GdA).

3) Willi Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn. Bielefeld o. J. (1963).

4) Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. = Kleine Geschichte der SPD, Band 1, Bonn-Bad Godesberg 1974.

5) Susanne Miller, Die SPD vor und nach Godesberg. = Kleine Geschichte der SPD, Band 2, Bonn-Bad Godesberg 1974.

6) Nämlich — nach den eigenen Angaben der Autorin auf S. 55 — in: Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland — eine Bilanz, Stuttgart 1974.

7) Die SPD als Mitgliederpartei. Eine statistische Übersicht, zusammengestellt und kommentiert von Günter Winkler, in: Miller, a. a. O., S. 65—69. Laut Anmerkung Winklers auch in: „Vorwärts", Nr. 42 v. 18. 10. 1973.

8) SPD-Senioren. Parade der Schnauferl, in: „Der Spiegel", Nr. 32, 28. Jg., 5. 8. 1974, S. 48 f., hier: S. 49.

9) Vgl. Lothar Berthold, Über die Arbeit an der mehrbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung", 7. Jg. (1965), S. 779—790. Als erste Vorlage für die Debatte kann das folgende Werk gelten: Autorenkollektiv, Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1963.

tationsbetrieb der Universitäten. Die Verfasser gehören wohl mehrheitlich der SPD an oder stehen ihr nahe, doch gibt es zahlreiche Ausnahmen. Es gehört sogar zu den Charakteristika dieser Publikationsrichtung, daß sie Produkte der Geschichtsschreibung bürgerlicher Provenienz in den Umkreis der Haus-Historiographie zu ziehen vermag. Doch hat auch die akademisch geprägte Literatur zur SPD-Geschichte — neben zahlreichen Detail-Studien — bislang nur eine einzige Gesamtdarstellung hervorgebracht: Helga Grebings auflagenstarke, bereits 1966 erschienene „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" [10]). 1972, auf dem Höhepunkt des Bundestagswahlkampfs, verhandelte die neugegründete Sektion „Geschichte der Arbeiterbewegung" des Deutschen Historikertages in Regensburg über die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. An der Diskussion beteiligten sich vornehmlich sozialdemokratische Historiker. Ihre Beiträge, die einen Zeitraum von 1863 bis 1933 umfassen, hat Hans Mommsen 1974 ediert [11]). Außerdem sind noch zwei relativ schmale, broschierte Dokumenteneditionen erschienen [12]), deren Inhalt im Vergleich zu den mittlerweile zehn sehr stattliche Bände umfassenden „Dokumenten und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", welche in der DDR seit 1957 laufend publiziert werden, wiederum recht karg anmutet [13]). Gleiches gilt für die „Chronik der deutschen Sozialdemokratie" von Franz Osterroth und Dieter Schuster [14]) in ihrem Verhältnis zur dreibändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. *Chronik*" [15]), während der parteieigenen Hausgeschichtsschreibung mit dem ikonographischen Werk „Biographisches Lexikon des Sozialismus" tatsächlich ein eigenständiger Beitrag, ohne DDR-Parallele, gelungen ist [16]).

Die parteieigene bzw. -nahe, offizielle und offiziöse „Hausgeschichtsschreibung" der SPD (zu der alle Publikationen im Verlag Neue Gesellschaft und im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Hannover, gerechnet werden können) sowie die akademische Literatur (ein Konvergenzort beider Richtungen ist der Verlag für Literatur und Zeitgeschehen in Hannover) [17]) stimmen in ihrer Grundkonzeption überein. Diese besteht in der These, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Praxis von Anfang an eine reformistische Politik betrieben habe, die allerdings

10) Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1966.
11) Hans Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion „Geschichte der Arbeiterbewegung" des Deutschen Historikertages in Regensburg, Oktober 1972, Frankfurt/M. 1974. Der Band enthält Referate von Wolfgang Schieder, Georg Eckert, Hans-Josef Steinberg, Dieter Groh, Susanne Miller, Hans Mommsen und Diskussionsbeiträge von Gerhard A. Ritter, Thomas Nipperdey, Hans-Jürgen Puhle, Hans-Josef Steinberg, Susanne Miller und Heinrich Potthoff.
12) Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin (West)/Bonn-Bad Godesberg 1973; Hermann Weber (Hrsg.), Das Prinzip Links. Eine Dokumentation. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847—1873, 2. Aufl., o. O. 1973.
13) Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1957 ff. Ganz vorzügliche Dokumentationen zur SPD-Geschichte gibt es allerdings in der Bundesrepublik bezeichnenderweise da, wo die Tätigkeit von Sozialdemokraten in Staatsfunktionen und bei der Kooperation mit bürgerlichen Politikern und wilhelminischen Beamten belegt werden kann: in den „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien", hrsg. im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.
14) Franz Osterroth und Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963.
15) Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. 3 Bde., Berlin 1965—1967.
16) Franz Osterroth, Biographisches Lexikon des Sozialismus. Band 1: Verstorbene Persönlichkeiten. Hannover 1960.
17) Völlig außerhalb des Geflechts von offizieller SPD-Geschichtsschreibung einerseits, bürgerlicher bzw. SPD-naher akademischer Historiographie andererseits befindet sich die Schrift des 1961 aus der SPD ausgeschlossenen Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1969. Diese Arbeit, wie Eichlers „Hundert Jahre Sozialdemokratie" aus Anlaß des SPD-Jubiläums von 1963 verfaßt (die erste Auflage ist von 1964), aber in Opposition zu der von Eichler verherrlichten Godesberger Konzeption stehend, ist bislang die einzige westdeutsche Alternative zur offiziösen Selbstdarstellung der SPD und zu deren akademischen Bekräftigern. Abendroth übernimmt von der herrschenden Lehre zwar einige Thesen (so etwa die Annahme einer Differenz zwischen Theorie und Praxis und einer diese mühsam und nur scheinbar miteinander verbindenden „Integrationsideologie") und führt den Revisionismus in hohem Maße auf die „Bürokratie" zurück, doch verlängert er keineswegs die Politik der gegenwärtigen SPD-Führung in die Vergangenheit, sondern er versucht auch die revolutionären und radikal demokratischen Momente in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie klar herauszuarbeiten.

jahrzehntelang — letztlich bis zum Godesberger Programm von 1959 — durch eine verbalradikale Theorie und Programmatik überdeckt worden sei. Ursache des dogmatischen Wortradikalismus seien allerdings sehr reale Hemmnisse der Reformpolitik gewesen: die Machtstruktur des wilhelminischen Reichs bis 1918, welche eine Integration der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft verunmöglichte, der ungebrochene Widerstand von Großgrundbesitz und Teilen des Großkapitals, besonders der Schwerindustrie, gegen die demokratische Republik nach 1918, zugleich aber auch die Agitation der Kommunisten, welche die Sozialdemokratie besonders in gesellschaftlichen Krisensituationen unter Druck gesetzt habe.

Die Verwirklichung der als Integration und Preisgabe selbständiger Politik verstandenen „soziale(n) Emanzipation und politische(n) Mobilisierung der arbeitenden Schichten" [18]) sei der SPD in der Weimarer Republik nur unvollkommen gelungen, da „aus dem Bedürfnis heraus, sozialistische Einrichtungen nicht zu verwässern, Elemente der gesellschaftlichen Isolierung bewußt in Kauf genommen wurden" [19]).

Erst nach 1945, mit der Durchsetzung stabiler parlamentarischer Institutionen und auf der Grundlage eines hohen und gesicherten Lebensstandards auch für die Lohnabhängigen, hätten diese ideologischen Verhärtungen abgebaut und habe auch die Programmatik der Partei ihrer tatsächlichen Politik angeglichen werden können. Bis dahin allerdings seien die marxistischen Dogmen — oder zumindest deren Relikte — neben der gesellschaftlichen Realität ein weiteres Hindernis für die volle Ausschöpfung aller Reformmöglichkeiten durch die Sozialdemokratische Partei gewesen.

Dieses Grundmuster einer Geschichte der deutschen Sozialdemokratie beruht auf der theoretischen Konzeption der „Industriegesellschaft", genauer: auf der These von einer naturwüchsigen Parallelität zwischen Industrialisierung und Demokratisierung, die in der Vergangenheit durch rückständige ideologische und politische Strukturen sowohl in der Gesamtgesellschaft als auch in der Arbeiterbewegung immer wieder blockiert zu werden drohte, in der Gegenwart aber eher durch die Gefahr einer Verselbständigung der „Technostruktur" infolge der „zweiten industriellen Revolution" in Frage gestellt werde; Aufgabe der Sozialdemokratie sei es deshalb, dem Demokratisierungsfortschritt und der Integration der Arbeiterschaft in die „demokratische Gesellschaft" sowohl durch Bekämpfung der „ewig Gestrigen" bei den Unternehmern als auch des „Dogmatismus" in den Reihen der Arbeiterbewegung sowie durch Meisterung der neuen Produktivkräfte zum Durchbruch zu verhelfen [20]).

---

18) Hans Mommsen, Einleitung, in: Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a. a. O., S. 10—16, hier: S. 12.

19) Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a. a. O., S. 106—133, hier: S. 112.

20) Reformismus wird in dieser Konzeption als eine anthropologische Konstante, die in der Arbeiterbewegung wirksam sei und die durch hohen Lebensstandard, Mitbestimmungsmöglichkeiten und allgemeines Wahlrecht gleichsam nur entbunden zu werden brauche, verstanden. Der strikte Anti-Leninismus dieser Wissenschaftsrichtung erlegt ihr wahrscheinlich ein Denkverbot gegenüber der Hypothese von der Arbeiteraristokratie als Träger der Integrationsbereitschaft von Teilen der Arbeiterbewegung auf. Ein unbefangener Beobachter aber wird nicht verkennen können, daß die Klassenkooperation in den je verschiedenen Phasen der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland in der Arbeiterklasse auch jeweils sehr verschiedenartige Protagonisten gefunden hat. Relativ einheitlich war nur ihr Subjekt in der Bourgeoisie, das sich wechselnder Partner unter den Lohnabhängigen bediente. Bis etwa zur Jahrhundertwende hatten Kapital und Junkertum eine Massenbasis außerhalb ihrer eigenen Klassen nicht nur im Kleinbürgertum, sondern auch in unaufgeklärten Arbeitermassen, besonders auf dem Lande, die zweifellos einen gewissen Anpassungsdruck auf die Sozialdemokratische Partei ausübten. Nach 1900 blieb diese Konstellation teilweise erhalten, zugleich aber trieben wachsende Zoll- und Steuerlasten große Teile der Kleinbourgeoisie als Wähler zur Sozialdemokratie; diese brachten jedoch ihre überkommenen konservativen und klassenversöhnlerischen Mentalitäten zu einer Partei, die aufgrund ihrer weitgehend auf die Gewinnung von Wahlstimmen orientierten Argumentationsweise und Organisationsstruktur zu einer Weiterentwicklung des ihr zuströmenden Protestpotentials nicht imstande war. Eine weitere

Bei der Darlegung dieser Konzeption wird zuweilen ein kritisches, stellenweise sogar beinahe marxistisch klingendes Vokabular verwandt. Dies gilt nicht nur für Begriffe wie politische und soziale „Emanzipation der arbeitenden Massen". Auch „Kapitalismus", ja sogar „Imperialismus" und „Militarismus", „Ausbeutung" und „Unterdrückung" usw. sind gebräuchliche Termini. Sie werden durchgängig herangezogen zur Charakterisierung der politischen und sozialen Zustände Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg. Spärlichere Verwendung finden sie dagegen schon für die Weimarer Republik bis 1930. Für die Zeit der Weltwirtschaftskrise und des Faschismus werden sie regelmäßig angewandt. Demgegenüber wird ihre Gültigkeit für die BRD gewöhnlich grundsätzlich bestritten.

Bereits hierin erweist sich der positivistisch verkürzte Inhalt derartiger Begriffe. Sie bezeichnen nicht etwa gesellschaftliche Sachverhalte, die aus der Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft, ihren Eigentumsverhältnissen und den hieraus sich ergebenden Folgen für Klassenlage und gesellschaftliche Stellung der Lohnabhängigen resultieren. Vielmehr meinen sie politische und ökonomische Entwicklungsrückstände, die einstmals die Arbeiterbewegung gegen ihren Willen in eine gesellschaftliche „Getto- und Pariasituation" [21]) trieben und ihrer Eingliederung in die kapitalistische Gesellschaft hinderlich waren. Durch die industrielle Entwicklung, den Aufschwung der Produktivkräfte, den steigenden Lebensstandard der Arbeiterklasse sowie durch die Modernisierung des politischen Systems, das durch die bürgerlich-parlamentarische Demokratie mit der Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung übereinstimme, seien die Integrationshemmnisse behoben oder prinzipiell behebbar. So werden für die Gegenwart zwar noch „Interessenkonflikte zwischen den Tarifparteien" [22]), aber keine Klassenantagonismen im ökonomischen, geschweige denn im politischen Bereich anerkannt.

Auf dieser Grundlage wird die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit der Mitte der 60er Jahre im Gegensatz zu älterer, meistens geistes- und ideologiegeschichtlich orientierter Literatur mit Hilfe sozialhistorischer Methoden analysiert, welche den Anspruch erheben, die Untersuchung der Arbeiterorganisationen zu beziehen auf die jeweilige politische und gesellschaftliche Verfassung, auf Lage und Bewußtsein der Arbeiter und ihre gesellschaftlichen Kämpfe. Mommsen will ausdrücklich davor warnen, „die Organisation des Proletariats vom politischen Gesamtprozeß isoliert zu beurteilen, sondern dazu auffordern, ihre politischen und sozialen Kämpfe, wie es der ursprüngliche Parteibegriff von Marx nahelegt, als Widerspiegelung des gesellschaftlichen Entwicklungsstandes zu begreifen, dem nun einmal die Forderungen der Theoretiker und die Illusionen der Aktivisten vorauszueilen pflegen" [23]).

Massenbasis fand der Reformismus in dieser Zeit in den parteipolitisch nicht gebundenen Gewerkschaften und ihren Führungen. Erst auf diesen Grundlagen konnte die Arbeiterbürokratie antirevolutionär wirken. Im Ersten Weltkrieg schrumpfte die Basis der Kooperationsbereitschaft enorm, die Sozialdemokratie verlor ihre integrierende Kraft, doch schuf sich das Monopolkapital in dem kleinen Sektor derjenigen Rüstungsarbeiter, die besonders privilegiert waren, eine neue Arbeiteraristokratie (ohne diese aber auf Dauer an sich binden zu können). Vom Beginn der Weimarer Republik an aber gewinnt der Reformismus eine zusätzliche, bis heute ständig an Bedeutung gewinnende Trägerschicht an den Verflechtungs- und Verschmelzungsstellen von Staatsapparat einerseits und der Mitgliederschaft sowie den Funktionärskörpern von SPD, Gewerkschaften und Genossenschaften andererseits. Zu dieser Periodisierung vgl. Georg Fülberth und Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890—1933, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 52; 91 ff.; 118 f.; 142; 144. In wichtigen Bestimmungen unterschiedlich, vor allem die Arbeiteraristokratie lediglich als ökonomische, nicht als ökonomisch-politische Kategorie fassend, in der Betonung einer notwendigen Phaseneinteilung mit wechselnder Zusammensetzung der „Arbeiteraristokratie" aber mit den Vorgenannten übereinstimmend: Jürgen Kuczynski, Ökonomische Basis und Zusammensetzung der Arbeiteraristokratie im Wandel eines Jahrhunderts, in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", 2. Jg. (1954), S. 666—686.

21) Mommsen, Einleitung, in: Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a. a. O., S. 10.

22) Ebd., S. 11.

23) Ebd., S. 14 f.

Dieses Zitat erhellt ein weiteres Merkmal des industriegesellschaftlich-sozialhistorisch orientierten Ansatzes der Hausgeschichtsschreibung wie der akademischen Literatur: eine mechanische Betrachtungsweise des Verhältnisses zwischen den Arbeiterorganisationen und ihren gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen, die aus der Isolierung der letzteren herrührt. Sicherlich kann sich die Arbeiterbewegung nicht voluntaristisch über die jeweilige konkrete historische Situation hinwegsetzen, aber ihre Praxis kann auch nicht bloß passiver Reflex derselben sein, sofern sie gesellschaftsverändernde Ziele verfolgt. Gerade die sozialistische Arbeiterbewegung hat ihre Praxis niemals nur als „Widerspiegelung des gesellschaftlichen Entwicklungsstandes" begriffen, und Marx selbst würde unter Mommsens Kategorie der „Theoretiker und Aktivisten" fallen, deren „Forderungen und Illusionen" der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorauseilen. Gerade Marx hat auf die Notwendigkeit verwiesen, die Politik der Arbeiterbewegung stets auch zu beziehen auf ihre langfristige historische Zielsetzung.

Die Industriegesellschaftskonzeption enthält im Hinblick auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine zweite Komponente, welche aber dem Kampf für den theoretischen „Pragmatismus" untergeordnet bleibt: Kritik an der Parteibürokratie, die in der Geschichte sehr oft nicht die nötige Flexibilität bewiesen habe, um die Partei möglichst vielen Gedankenrichtungen und undogmatischen Strömungen der bürgerlichen Gesellschaft zu öffnen. Der Funktionärskörper sei häufig ein Residuum des Widerstandes gegen eine Ausweitung der SPD zur Volkspartei gewesen. Der Begriff des „Apparats" in dieser negativen Wortbedeutung wird allerdings ausschließlich auf die haupt- oder ehrenamtlichen *Partei*funktionäre angewandt, nicht auf die SPD-Mitglieder, die als Parlamentarier, Magistratsangehörige, Beamte und Angestellte im *Staats*apaprat in einem Umfang tätig sind, der es ermöglichte, daß seit 1945 sowohl die Zahl der Parteiarbeiter im Verhältnis zur Zunahme der Mitglieder wie überhaupt das politische Gewicht der ausschließlichen Parteifunktionäre gegenüber dem Einfluß der Mitglieder in Staatsstellungen kraß zurückgeht. Die staatliche Hierarchie, die immer mehr Sozialdemokraten in sich aufnimmt, wird von der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung niemals als „Apparat" diffamiert, sie gilt auch nicht als „Bürokratie", sondern die Teilnahme an ihr wird als die Wahrnehmung von positiver gesellschaftlicher Verantwortung bewertet, ist Ausdruck der Öffnung der Partei gegenüber dem parlamentarisch-demokratischen Staat und der diesen tragenden Gesellschaftsordnung. Die Attacke gegen die Bürokratie richtet sich also letztlich — ebenso wie die Ablehnung des Marxismus — gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung, soweit diese sich *selbständig* neben den bürgerlichen Parteien und Verbänden konstituieren und ideologische und politische Selbständigkeit beweisen. Sie korrespondiert durchaus mit der liberalen (aber auch konservativen) Organisationskritik, die sich bei Streiks und Mitbestimmungsdiskussionen in der Regel nicht gegen die Arbeiter richtet, sondern gegen deren Gewerkschaften, von deren koordinierender und anleitender Aktivität die Belegschaften — als im Grunde gutartig, aber verführbar — getrennt werden sollen.

Diese Hauptrichtung der „Bürokratie"-Kritik hat allerdings auch einen Seitenzweig: den Hinweis auf das Versagen des Funktionärskorps gegenüber linksoppositionellen Strömungen etwa im Ersten Weltkrieg oder in der Weimarer Republik, wodurch es versäumt worden sei, die Spaltung der Arbeiterbewegung — genauer: ihre Integration in eine einheitliche politische Organisation unter sozialliberaler Dominanz — zu verhindern. In diesem Zusammenhang wird Rosa Luxemburg häufig eben nicht nur gegen den Bolschewisten Lenin ausgespielt, sondern auch gegen (angeblich) taktisch ungeschickte Rechte wie Gustav Noske.

Dieser Seitenzweig der Bürokratiekritik wurde vornehmlich in den ersten Jahren der sozialliberalen Koalition gepflegt, als sich die westdeutsche Sozialdemokratie einer stärkeren innerparteilichen Differenzierung ausgesetzt sah und sich die Aufgabe stellte, sich nach links auszufächern und erstarkende Linkskräfte in die SPD zu integrieren. Diese Variante finden wir — unter der Losung „Von der Organisation zur Bewegung" — bei Miller, Mommsen, Potthoff und Hermann Weber. Eine gewisse Vorläuferfunktion hat hier — bereits vor 1969 — Helga Grebing, die ihrerseits auf Arthur Rosenberg zurückgreift [24]).

Hier ergibt sich auch ein Berührungspunkt zwischen der offiziellen SPD-Geschichtsschreibung und der akademischen Wissenschaft einerseits und einer dritten — quantitativ besonders schütter ausgebildeten — Richtung, die sich aus jüngeren, meist aus der antiautoritären Studentenbewegung hervorgegangenen Wissenschaftlern außerhalb oder am linken Rand der SPD rekrutiert, andererseits. Auch ihre Vertreter kritisieren — grundsätzlich auf derselben Materialbasis wie die beiden Hauptströmungen — „Dogmatismus" und „Bürokratie", jedoch von „links". Wo die akademische Geschichtsschreibung und die Haus-Historiographie etwa Karl Kautsky angreift — vordergründig deshalb, weil seine Theorie der gesellschaftlichen Realität nicht mehr voll entsprach und somit die Praxis hemmte, in Wirklichkeit wohl eher, weil diese Theorie die Sozialdemokratie auf den Marxismus zu verpflichten suchte —, attackieren diese Kritiker nicht den Marxismus selbst, sondern seine lediglich „verkürzte" Form. Doch ergeben sich Übereinstimmungen mit der akademischen Kritik bis ins Vokabular hinein: beide Richtungen werfen etwa der sozialdemokratischen Theorie bis 1914 Versetzung mit Elementen des Darwinismus vor; hinter dieser gleichartigen Interpretation wird der vorgeblich kontroverse politische Standort beider Kritik-Richtungen kaum noch sichtbar. Bleibt der Einwand gegen die mangelnde Integrationsfähigkeit des „Apparats" gegenüber linksoppositionellen Bewegungen nur ein opportuner Nebenpfad für die akademische und Hausgeschichtsschreibung, so ist der strikte Rechtskurs der Parteibürokratie für diese dritte Variante **der Parteigeschichtsschreibung das Hauptangriffsziel.** Ihre Ablehnung des „Apparats" erstreckt sich gleichermaßen auf die Organisation der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften wie auch der Kommunistischen Partei, wobei das sehr verschiedenartige Organisationskonzept der einzelnen Abteilungen der Arbeiterbewegung durch den gleichförmigen „Bürokratie"-Vorwurf ebenso völlig erschlagen wird wie etwaige inhaltliche Unterschiede ihrer Aufgaben und ihrer konkreten Politik [25]). Diese „undogmatischen" Kritiker beziehen sich zumeist auf Theoretiker und Historiker der 20er Jahre: Korsch, Mandelbaum, Arthur Rosenberg. Doch auch diesen Fluchtpunkt haben sie keineswegs in Alleinpacht: Erich Matthias, der wichtigste Grenzgänger zwischen offiziell-offiziöser Hausgeschichtsschreibung der SPD und deren akademischem Umfeld, hat ihn nach 1945 erstmals wieder sichtbar gemacht [26]).

[24]) Sie ist am stärksten bei Hermann Weber ausgeprägt. Die Integrationstaktik äußert sich bei ihm als Forderung nach ausdrücklicher Akkreditierung des Marxismus als eine wichtige Position innerhalb der Sozialdemokratie — das heißt aber, nach einer Revision seiner stillschweigenden Eliminierung im Godesberger Programm, wo er neben Christentum, klassischer Philosophie und Humanismus nicht mehr als eine der Grundlagen sozialdemokratischer Politik genannt wurde. In diesem Zusammenhang, offensichtlich auch in der Absicht, daß der Marxismus nicht „den Kommunisten überlassen" werden solle, wendet sich Weber auch gegen die Verabsolutierung der sozialliberalen Traditionslinie und akzentuiert stärker den „Zwiespalt", „der früher zwischen einer radikalen ideologischen Terminologie einerseits und der reformistischen Praxis andererseits bestanden hatte". Vgl. Weber, a. a. O., S. 14 f.

[25]) Dieser Richtung können zugerechnet werden: Hansgeorg Conert, Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Offenbach 1973; SPD und Staat. Geschichte, Reformideologie, „Friedenspolitik". Hrsg. von Mitarbeitern der „darmstädter studentenzeitung", Berlin (West) 1974. B. Rabehl, W. Spohn, U. Wolter, Historische und politische Voraussetzungen der Kritik Mandelbaums am Sozialdemokratismus und am Leninismus, in: Kurt Mandelbaum, Sozialdemokratismus und Leninismus. Zwei Aufsätze, Berlin (West) 1974, S. 79—119.

[26]) Nämlich in seinem Aufsatz „Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkriege, in: Marxismus-Studien, Zweite Folge, Hrsg. von Iring

Die fast vollständige Übereinstimmung zwischen der offiziellen Geschichtsschreibung der SPD und der akademischen Wissenschaft macht es erklärlich, weshalb die hauseigene historiographische Produktion der Sozialdemokratie quantitativ so schmal ist. Die Annäherung der parteieigenen historischen Publizistik an die allgemeinere bürgerliche Wissenschaftsöffentlichkeit wird zweifellos als ein weiterer Beitrag zur „Öffnung" der Partei — genauer: zum Aufgehen ihrer ideologischen Arbeit in der bürgerlichen Theorieproduktion — verstanden. Angesichts dieser Konsequenz muß es allerdings umgekehrt schon wieder verwundern, weshalb die SPD sich dann überhaupt noch eine offiziell-offiziöse Geschichtsschreibung hält, weshalb also die Arbeiten von Eichler, Potthoff und Miller geschrieben wurden. Im Falle Eichlers erklärt sich dies offensichtlich durch den Wunsch, die vom Godesberger Programm 1959 besiegelte ideologische Neuorientierung im Jubläumsjahr 1963 noch einmal zu erläutern und zu vertiefen. Für die Arbeit von Potthoff und Miller mag die verstärkte theoretische Diskussion in der SPD seit etwa 1968 und der Versuch, hier mitzusteuern und aufzufangen, maßgebend gewesen sein. Heinz Kühn nennt in seinem Geleitwort allerdings noch einen weiteren Grund: die „Kleine Geschichte der SPD" solle auf die Geschichtsschreibung der DDR „antworten" [27]).

Das heißt aber: ein völliges Aufgehen der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung in die bürgerliche wissenschaftliche Öffentlichkeit ist nicht möglich, weil diese wissenschaftliche Öffentlichkeit — insbesondere im deutschen Sprachgebiet — gar nicht mehr ausschließlich „bürgerlich" ist. Die SPD-Führung sieht die Notwendigkeit, einem Einfluß der von der Quellenedition und schon allein dem quantitativen Ertrag der Publikationen her sehr beeindruckenden Arbeit marxistischer Wissenschaftler entgegenzutreten.

Da dies mit den Mitteln des Geschichtsschreibers allein aber kaum möglich ist, soll der Damm, der errichtet werden muß, nicht in erster Linie historiographischer, sondern ideologischer Natur sein. Sein Mörtel ist der „demokratische Sozialismus".

Tatsächlich unterscheiden sich durch die Betonung dieses Begriffs Historiker, welche der offiziellen Geschichtsschreibung der SPD entweder angehören oder doch durch ihre Schriften stark im Interesse des Sozialliberalismus in die SPD hineinwirken wollen (Eichler, Miller, Potthoff, Weber), von der eher akademischen Wissenschaft, welche sich ebenfalls der Geschichte der SPD widmet. Sie versuchen, die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie als die Geschichte der „Grundwerte des demokratischen Sozialismus" darzustellen. Ihren Arbeiten setzen sie deshalb gern Definitionen des „demokratischen Sozialismus" voran, oder sie flechten sie in diese ein. Bei der Begriffsbestimmung des demokratischen Sozialismus tun sie sich allerdings sehr schwer. Es bleibt bei einer Negativdefinition: „Demokratischer Sozialismus" sei nicht mit einer einzigen Konzeption über die Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln und an Grund und Boden ausschließlich zu verknüpfen, er sei also mit sehr verschiedenen „Sozialismus"-Vorstellungen vereinbar, insofern diese sich zur „Abgrenzung von Lenins kommunistischer Bewegung" [28]) bekennen. Der zweite Bestimmungs-

Fetscher, Tübingen 1957, S. 151—197. Diese Übereinstimmung wird expressis verbis bestätigt von Antonia Grunenberg, welche Matthias bescheinigt, daß der analytische Wert seiner Arbeit „über ihren ideologischen Verwendungszweck hinausreicht". Vgl. Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek, Hrsg. und eingeleitet von Antonia Grunenberg, Frankfurt/M. 1970, S. 6.

27) Heinz Kühn, Zum Geleit, in: Potthoff, a. a. O., S. 3 f., hier: S. 4. — Es spricht für die Einsicht Kühns, wenn er angesichts der quantitativen Kärglichkeit des von der Hausgeschichtsschreibung seiner Partei nach 1945 Hervorgebrachten bemerkt: „Die Sozialdemokratie kann diesem durch einen gesamten Staatsapparat (in der DDR, d. Verf.) getragenen Bemühen nicht mit gleicher Münze im strengen Sinne des Wortes antworten." Kühn, a. a. O., S. 4.

28) Potthoff, a. a. O., S. 12.

punkt dieses Sozialismus ist die Demokratie. Darunter wird das parlamentarische System verstanden. Das Bekenntnis zur parlamentarischen Republik sei der Einigungspunkt zwischen den Anhängern der sehr verschiedenartigen nichtleninistischen Sozialismen, es markiere die Bandbreite des „Demokratischen Sozialismus".

In ihrer historiographischen Ausprägung versucht diese Konzeption meist den Eindruck zu erwecken, als sei der Sozialismusbegriff in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie immer recht unklar gewesen, der Demokratiebegriff — als Eintreten für den Parlamentarismus — jedoch um so präziser. Diese Interpretation ist allerdings eine schlanke Verkehrung der geschichtlichen Realität. Tatsächlich nämlich war für die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie der Sozialismusbegriff bis zur Parteispaltung durchaus eindeutig und wurde immer im Zusammenhang mit der Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden und Produktionsmitteln formuliert, während die Demokratievorstellungen unscharf blieben. Allein schon aus juristischen Gründen konnte die demokratische Repubik nicht als Forderung ins Erfurter Programm aufgenommen werden. Für die marxistische Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie der Jahrhundertwende war die demokratische Republik der Kampfplatz für die endgültige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, jedoch keineswegs die einzige denkbare politische Form der Diktatur des Proletariats. Umgekehrt haben entschlossene Reformisten wie etwa Friedrich Ebert im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik oder die SPD-Führung nach 1930 den Verzicht auf konstituierende Merkmale des parlamentarischen Regierungssystems durch Bekenntnisse zur Monarchie sowie die Durchführung oder Tolerierung von Notstandsmaßnahmen hingenommen und vorangetrieben. Gibt man — wie dies die Hausgeschichtsschreibung der SPD unternimmt — dem „Demokratischen Sozialismus" eine durchgehende Tradition in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, so kann dieser zumindest nicht durch eine einheitliche Demokratiekonzeption, welche in der Sozialdemokratie nie bestand, konstituiert werden.

Als einzige Definitionsmöglichkeit des „Demokratischen Sozialismus" bleibt so tatsächlich die Abgrenzung vom Leninismus. Diese wird allerdings bei Heinrich Potthoff bis in die Belegweise hinein konsequent betrieben. Potthoff zitiert sehr häufig Marx und Engels, vermeidet es dabei aber durchgehend, die in der DDR erschienene 39bändige Werkausgabe (MEW) zu nennen — obwohl diese bis heute die einzige umfassende, überdies leicht erreichbare und zuverlässige Marx-Engels-Edition ist. Potthoff, der im Vorwort zu seinem Werk sich auf seine Kooperation mit der SPD-Betriebsgruppe der Hoesch-AG beruft, wird dabei vom Volksschriftsteller — der er ja eigentlich sein müßte — zum Bibliophilen. Zunächst versuchte er seine Marx-Engels-Belege möglichst aus nach 1945 in der Bundesrepublik erschienenen SPD-offiziellen oder akademischen Sammlungen zu ziehen. Die „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation", leicht zugänglich in Band 16 der Marx-Engels-Werkausgabe, wird so nach einer 1960 in der Bundesrepublik erschienenen Edition von Hans-Joachim Lieber zitiert [29]), Friedrich Engels' Kritik des Erfurter Programms nach Hermann Webers Textsammlung „Das Prinzip Links" [30]). Wenn ein Marx- oder Engels-Text in der Bundesrepublik nicht publiziert wurde, dann umgeht Potthoff die Werkausgabe dadurch, daß er alte, in sozialdemokratischen Verlagen vor 1933 erschienene Editionen heranzieht. Engels' Werk „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" wird so nach einem Text von 1893 zitiert [31]), ein Engels-Brief von

[29]) Karl Marx, Politische Schriften. Hrsg. von Hans Joachim Lieber, Stuttgart (1960), hier: Potthoff, a. a. O., S. 38.
[30]) Potthoff, a. a. O., S. 32.
[31]) Potthoff, a. a. O., S. 46.

1891 nach dem für Hoesch-Arbeiter offensichtlich besonders einfach (jedenfalls nach Ansicht Potthoffs leichter als die blaue Marx-Engels-Edition, die man in jeder Großstadt in einer öffentlichen Bibliothek erreichen kann) greifbaren Band „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und andere, Stuttgart 1906" [32]). Wer einen Brief von Marx nachschlagen will, der in MEW, Band 32, zu finden ist, wird von Potthoff auf den 15. Jahrgang, 1. Halbband (1896/97), der „Neuen Zeit" verwiesen [33]). Fatal aber wird es, wenn etwa ein Marx-Brief bisher nur in der Berliner Werk-Ausgabe und in der Moskauer Gesamtausgabe erschienen ist. Potthoff greift dann stöhnend zum Moskauer Text [34]), er kommt dann immerhin — 1974, ein Jahr nach der Ratifizierung des Grundlagenvertrages — um eine DDR-Anerkennung herum (und sei es auch nur zitatweise). Nur dort, wo eine Textstelle bislang ausschließlich in der Marx-Engels-Werkausgabe erschienen ist, bequemt sich Potthoff dazu, diese zu zitieren [35]).

Wir werden im folgenden die chronologische Entfaltung der vorstehend skizzierten Geschichtskonzeption anhand einzelner Phasen der sozialdemokratischen Bewegung seit 1890 in den offiziellen und den der SPD nahestehenden akademischen Gesamtdarstellungen nachzeichnen. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz, die vorangehende Konstituierungsphase der Sozialdemokratie, ebenso der erste Aufschwung der Arbeiterbewegung bis 1848/1849 werden in diesen Texten zwar mit ähnlichen Kategorien gemessen wie die Zeit nach 1890, doch ist es offenkundig, daß diese zunächst aus einer Interpretation der Zeit nach 1890 gewonnen und gleichsam rückwirkend angewandt werden [36]).

2. *1890—1914: Der geschminkte Großvater*

Die Hausgeschichtsschreibung der SPD und die akademische Historiographie sehen die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg als einen Prozeß des Hineinwachsens der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft. Seine Voraussetzung sei der kontinuierlich steigende Lebensstandard der Arbeiter, seine Grenze die mangelnde Lernfähigkeit der herrschenden Klassen, welche den Proletariern etwa durch das Dreiklassenwahlrecht in Preußen und die Machtlosigkeit des Reichstags die politische Gleichberechtigung verweigert haben. An diese Benachteiligung und die daraus immer wieder erwachsende Empörung knüpfte die marxistische Programmatik und Ideologie an, die lange Zeit der offizielle theoretische Ausdruck der deutschen Sozialdemokratie gewesen sei, ohne jedoch ihrer tatsächlichen Reformpolitik zu entsprechen [37]). In dieser Konzeption wird die Zeit zwischen den beiden Kriegen von 1870/71 und 1914/18 als eine Einheit begriffen. Selbst wer die Leninsche These von einer grundlegenden Transformation des Kapitalismus in den Imperialismus um 1900, welche einen tiefen Einschnitt markiere, nicht akzeptiert, wird in relevanten Teilen der neueren nichtmarxistischen sozialgeschichtlichen Literatur immerhin auf die These stoßen, daß die Jahre 1873—1914 durch zwei unterschiedliche

32) Potthoff, a. a. O., S. 44.
33) Potthoff, a. a. O., S. 25.
34) Potthoff, a. a. O., S. 29.
35) Potthoff, a. a. O., S. 51.
36) Dies weist gut nach: Volker Ullrich, Emanzipation durch Integration? Zur Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung bis 1914, in: „Das Argument", Nr. 75, S. 104—147.
37) Grebing, a. a. O., S. 133 ff.; Potthoff, a. a. O., S. 52; Dieter Groh, Die Sozialdemokratie im Verfassungssystem des 2. Reiches, in: Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a. a. O., S. 62—83, hier: S. 69 ff.; Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Einleitung zu: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 22.

Konjunkturphasen gekennzeichnet seien [38]). Dies stellt die Einheitlichkeit dieser Periode zweifellos in Frage. Hier fungiert das Jahr 1896 als Wendepunkt zwischen einer seit 1873 andauernden, nur durch flache Aufschwünge unterbrochenen, vor allem durch schwere Krisen bestimmten Depressionsperiode einerseits, andererseits einer Phase schnellen wirtschaftlichen Wachstums bis 1913. Die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für den Kampf der Arbeiterbewegung waren in dieser Zeit also gar nicht einheitlich, ebenso nicht die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen. Zwar wird zu Recht auf das durchschnittlich steigende Lohnniveau und auf die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit in den achtziger und neunziger Jahren hingewiesen, aber diese Zunahme gibt eben nur einen Durchschnitt wieder, berücksichtigt nicht, daß in der gleichen Zeit Elendsindustrien teils noch existierten, teils überhaupt erst entstanden, daß die Anhebung des Lohnniveaus sich zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien recht unterschiedlich gestaltete, bei den besonders gut verdienenden Druckern sich in dieser Zeit sogar verlangsamte [39]). Hinzu kommt die ständige Verschlechterung der Wohnverhältnisse in dieser Zeit und die Tatsache, daß von kontinuierlichen Lohnsteigerungen ohnehin nur bei denjenigen Arbeitern gesprochen werden kann, die ständig beschäftigt waren; tatsächlich aber war die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit durchgehend sehr hoch, und man vermutet, daß die Arbeitsplatzunsicherheit zur Einschätzung des politischen Systems durch die Arbeiter in den 80er und 90er Jahren entscheidend beitrug [40]). Nach 1896 verlangsamte sich der Lohnzuwachs. Nun wäre zu klären, was eigentlich auf das politische Verhalten der Lohnabhängigen stärker einwirkte: die Tatsache, daß das durchschnittliche Lohnniveau höher war als etwa zwei Jahrzehnte vorher und daß eine Hebung der proletarischen Wohnverhältnisse festgestellt werden konnte, oder das Faktum, daß die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sich verlangsamte, die sozialpolitische Gesetzgebung nach 1911 zum Stillstand kam und auch vorher schon weit langsamer weiterentwickelt wurde als etwa in den 80er Jahren, daß die Unternehmer nun besser organisiert waren als früher und so zahlreiche Streiks verlorengingen [41]). Tatsächlich beobachten wir ja nach 1900 nicht ein einheitliches Anwachsen der Integrationsbereitschaft in der Sozialdemokratie, sondern eine Polarisierung: während eine erstarkende Linke eine Weiterentwicklung der sozialistischen Strategie — etwa durch die Diskussion und Anwendung des Massenstreiks und durch Kampf um die demokratische Republik 1910 — forderte, wuchs innerhalb der sich quantitativ ausdehnenden Arbeiterbewegung auch eine kooperationsbereite Richtung in Partei und Gewerkschaften. Beide Strömungen setzten sich in schweren Konflikten auseinander, wobei die Partei-Rechte die Oberhand gewann. Dabei muß unbedingt beachtet werden, daß die revolutionäre Komponente in der Sozialdemokratischen Partei vor 1914 sowohl an konzeptioneller Klarheit wie an Massenanhang zunahm, wenngleich in Relation dazu die Reformisten und Revisionisten noch schneller erstarkten. Diese widersprüchliche Entwicklung ist die Voraussetzung der Parteispaltungen von 1917 und 1918. Von der Hausgeschichts-

38) Vgl. hierzu etwa Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin (West) 1967, S. 25 ff.; Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, 3. Aufl., Köln 1972, S. 53 ff.

39) Vgl. Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart. 3. Bd., Berlin (DDR) 1962, S. 295 ff.; Walter G. Hoffmann unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin (West), Heidelberg und New York 1965, S. 468 ff.

40) Hans Mottek, Walter Becker, Alfred Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Band 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin (DDR) 1974, S. 178 f.

41) Ashok V. Desai, Real Wages in Germany 1871—1913, Oxford 1968, S. 126; Gerhard Bry, Wages in Germany 1871—1945. Assisted by Charlotte Boschan, Princeton 1960, S. 361; Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1973, S. 306 ff.

schreibung wird sie als Gegensatz von revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis verfälscht. (Helga Grebing gar bringt eine etwaige innerparteiliche Differenzierung vor 1914 überhaupt nicht zur Sprache!) Dies ist nur möglich, wenn man die revolutionäre Komponente der deutschen Sozialdemokratie auf ein paar isolierte Theoretiker beschränkt und zugleich behauptet, nur die Reformisten hätten sich praktisch betätigt. Eine solche Deutung läßt sich nur halten, wenn wesentliche Tatsachen verschwiegen werden. So bleibt in der ganzen Hausgeschichtsschreibung, bei Grebing und in dem Band „Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei" unerwähnt, daß der revolutionäre Radikalismus vor 1914 von der Industriearbeiterschaft mehrerer städtischer Zentren — so in Stuttgart, Bremen, Teilen Berlins und am Niederrhein [42]) — getragen wurde. Die Zurechnung von Praxis = Reform, revolutionäre Komponente = reine Theorie gelingt darüber hinaus nur, wenn man die gesamte revolutionäre Praxis der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1890 und 1914 verschweigt. Zu ihr gehören die großen, monatelangen Lohnstreiks ebenso wie die Massendemonstrationen gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht und etwa der politische Streik gegen die Verschlechterung des Wahlrechts in Hamburg 1906. Diese Aktionen sind sehr säuberlich in den ersten beiden Bänden der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" aufgezählt [43]). Dieses Werk gilt hierzulande als dogmatisch. Von Dogmatismus muß man reden, wenn eine Doktrin gegen alle Tatsachen festgehalten und/oder wenn eine Konstatierung dieser Realitäten unterlassen wird, um die Doktrin nicht in Zweifel ziehen zu müssen. Gerade dieser Tatbestand aber liegt vor, wenn man die Streiks und Demonstrationen der Jahre vor 1914 einerseits verschweigt [44]), andererseits von einer ausschließlich reformistischen Praxis der Sozialdemokratie in dieser Zeit spricht.

Die Vertreter dieser Position könnten darauf hinweisen, daß die Massenkundgebungen, die Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen ja nur beschränkten „Reform"-Zielen gegolten hätten: sie waren Kämpfe um mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit, um das allgemeine Wahlrecht und gegen Wahlrechtsverschlechterungen. Eine solche Interpretation wird als revolutionäre Aktionen nur solche Maßnahmen werten, die unmittelbar auf eine sozialistische Umwälzung abzielen und etwa ausschließlich mit Waffengewalt durchgeführt werden. Demonstrationen und Streiks wären dann sowohl von den Zielen wie von den Mitteln her reformistische Kampfformen. Eine solche Argumentation ist deshalb verkürzt, weil sie — erstens — nicht berücksichtigt, daß der Stellenwert von Reformen durch die jeweilige historische Situation bestimmt ist und sich mit dieser ändert, und weil sie — zweitens — den Charakter eines politischen Instrumentarismus nur von Teilzielen der Arbeiterbewegung aus bestimmt, nicht aber von der Strategie her, in welche der Kampf um Reformen eingebettet ist. (Sie fragt also nicht, zu welchem Zweck Reformen gefordert werden.) Diese Strategie war in der Kombination von Aktions- und Grundsatzteil des Erfurter Programms gegeben. Helga Grebing versucht überdies ihre These, daß die Arbeiter vor 1914 — gleichgültig, welche Politik die Sozialdemokratie zur gleichen Zeit verfolgte — nur an Steigerung des Lebensstandards und an ihrer Integration in das wilhelminische System interessiert gewesen seien, durch Wiedergabe von zeitgenössischen Interviews zu stützen [45]). Die Quellen, auf die sie sich bezieht, sind in diesem Zusammenhang höchst fragwürdig. Informant ist u. a. Paul Göhre, der zum äußersten revi-

[42]) Carl E. Schorske, German Social Democracy 1905—1917. The Development of the Great Schism, Cambridge, Massachusetts 1955, S. 129.
[43]) GdA 1, S. 434 f.; 440; 443 f.; 467 f.; 470; 622; 642; 2, S. 75—77; 83—86; 98; 101 f.; 104 f.; 142; 144 f.; 147; 149—151; 156—158; 166 f.; 170; 172; 178; 190; 197; 208 f.
[44]) Eine Ausnahme machen hier Steinberg, a. a. O., S. 59, und Groh, a. a. O., S. 64.
[45]) Grebing, a. a. O., S. 98—101.

sionistischen Flügel der deutschen Sozialdemokratie gehörte und der überdies in der Zeit, als er seine Interviews anfertigte, der Arbeiterbewegung noch gar nicht angehörte; es muß angenommen werden, daß sein Material bereits in seine sozialreformerische Argumentation von der Auswahl und von seinem Perzeptionsvermögen her eingebettet ist. Darüber hinaus muß hier eine starke und grundsätzliche Insuffizienz des Interviewverfahrens und der Sammlung von Selbstzeugnissen gegenüber diesem Gegenstand vermutet werden: die momentane verbale und individuelle Stellungnahme eines Arbeiters, der sich der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 anschloß oder an einer Aktion von Partei oder Gewerkschaften teilnahm, ist kein ausschließlicher Indikator für den politischen Charakter dieser Kämpfe: Grebing verkennt oder verschweigt — ebenso wie Göhre —, daß Streiks und Demonstrationen sowie die Erfahrungen, welche die Streikenden und die Demonstranten dabei sammeln, das Bewußtsein der aktiven Teilnehmer zu verändern und über ihre ursprüngliche Motivation hinauszuentwickeln vermögen. Die Festschreibung solcher Aktionen auf den Reformismus ist also methodisch nicht zulässig. Die über reformistische Zielsetzungen und Mittel tendenziell hinausweisenden Momente von Massenaktionen erklären vielmehr die Tatsache, daß nach 1914 sozialdemokratische Parteigremien, welche sich bereits voll dem Integrationismus verschrieben haben — wie etwa der preußische SPD-Vorstand beim Papen-Staatsstreich 1932 — den außerparlamentarischen Kampf vermieden.

Der 20. Juli 1932 kann auch den Einwand entkräften, daß politischer Streik und Kampfdemonstration legitime Mittel ausschließlich reformistischer Politik gewesen seien, solange die Arbeiterbewegung sich nicht der Instrumente parlamentarischer Politik voll bedienen konnte, so also im wilhelminischen Reich. Denn 1932 war ja gerade das parlamentarische System bereits entscheidend durch die Reaktion angegriffen, also eine Situation gegeben, für die etwa die Massenstreikresolution des Jenaer Parteitags 1905 die Auslösung des außerparlamentarischen Kampfes vorschrieb — eine Losung, die trotz ihrer Modifizierung durch den Mannheimer Parteitag (1906) ja auch 1906 von den Hamburger Arbeitern befolgt wurde.

Nach alledem wird man die Kombination von außerparlamentarischem und parlamentarischem Kampf — wie sie von der deutschen Sozialdemokratie jahrzehntelang vor 1914 nicht nur propagiert, sondern auch praktiziert wurde — ebenso als revolutionäre Politik bezeichnen können, wie die Kombination von Parlamentarismus und Hinausverlagerung wichtiger Entscheidungen in die Exekutive ein Kennzeichen sozialliberal-integrationistischer Politik ist. Die Abwürgung von Wahlrechtsdemonstrationen durch den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie 1910 markiert deshalb einen Widerspruch zur revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterbewegung. Wenige Jahre später — 1914 — wurde die Straßendemonstration durch eine andere Form außerparlamentarischer Aktionen von Sozialdemokraten ersetzt: durch die Geheimabsprachen von Abgeordneten, insbesondere Albert Südekums, mit der Reichsleitung. Dieser Wechsel in den Formen außerparlamentarischer Politik veränderte damit zugleich den Stellenwert parlamentarischen Handelns von Arbeitervertretern, nämlich den Übergang von einer revolutionären, durch Massenaktionen gestützten, zu einer integrationistischen und die Klassenkollaboration befördernden, vom Willen der Exekutive (die ihrerseits vor 1918 als der unmittelbare Adressat kapitalistischer und junkerlicher Interessen aktenkundig ist) abhängigen Parlamentstaktik.

Von einem Zwiespalt zwischen reformbereiter Praxis und revolutionärer Theorie wird man also — anders als die offizielle sozialdemokratische Haus- und die ihr

verbundenen akademische Historiographie — nicht sprechen können, wohl aber von zwei grundverschiedenen Arten von Praxis und zwei ebenso gegensätzlichen Theoriebildungen: nämlich jeweils von einer revolutionären Theorie und Praxis einerseits, einer reformistischen Theorie und Praxis andererseits. Die revolutionäre Theorie war im Erfurter Programm und in seinen Weiterentwicklungen durch (zeitweilig) Karl Kautsky, durch Rosa Luxemburg, Anton Pannekoek u. a. formuliert. Die ihr entsprechende Praxis war die Verbindung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf der deutschen Sozialdemokratie. Der Reformismus fand seine Theorie bei Eduard Bernstein und in der Zeitschrift „Sozialistische Monatshefte". Seine Praxis bestand in der ökonomistischen Verkürzung der Gewerkschaftspolitik und in der Ablösung der Parlamentsarbeit vom außerparlamentarischen Kampf, den die Reformisten am Schluß sogar unterdrückten. Die reformistische Politik und Praxis setzte sich in den letzten Jahren vor 1914 als die herrschende durch. Dies geschah nach sehr heftigen Kämpfen auch auf dem Felde der Theorie. Das heißt aber: der Sieg der revisionistischen Praxis erfolgte unter ungleichzeitiger (deshalb dem Dogma von der Differenz zwischen Theorie und Praxis einen scheinbaren Anhaltspunkt gebender und für mehrere Jahre die neue Strömung des „Zentrismus" begründender), aber sehr konsequenter Revision auch der theoretischen Positionen des Marxismus in der Partei. Sonst könnte ja gar nicht erklärt werden, weshalb die siegreichen Reformisten nach 1905 die führenden marxistischen Theoretiker aus den Redaktionen der „Leipziger Volkszeitung" und der „Neuen Zeit" hinausdrängten, weshalb der Parteivorstand 1909 Karl Kautskys Schrift „Der Weg zur Macht", ein *theoretisches* Werk, stoppte und weshalb Rosa Luxemburg ihre Forderung nach Massenstreik und Republik-Propaganda 1910 in der „Neuen Zeit" nicht publizieren durfte. Zweifellos ist eine manipulative oder naturwüchsige Differenz zwischen Theorie und Praxis einer Partei immer wieder möglich, doch wird es sich dabei immer nur um eine relative Distanz zweier verschiedener Momente einer in ihren Grundlagen einheitlichen Politik handeln. Wandelt sich deren praktische Seite, dann wird dies über kurz oder lang Konsequenzen auf dem Felde der Theorie haben. Die These vom Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis verdankt sich dem Axiom, daß ein automatischer — allenfalls durch Ungleichzeitigkeiten zwischen technisch-ökonomischer und politischer Entwicklung gehemmter — Zusammenhang zwischen Industrialisierung und dem Abbau von Klassengegensätzen bestehe, daß Reformfortschritte und Steigerung des Lebensstandards automatisch zur Integration der Arbeiterschaft in das kapitalistische System führen müßten und daß deshalb Reform und Revolution einander ausschlössen: ihr Verhältnis wird als metaphysischer Gegensatz postuliert. Dabei wird die Frage ausgeklammert, auf welche Weise bislang in der Geschichte denn Reformen überhaupt durchgesetzt wurden. Sie könnte nämlich zu der Antwort führen, daß Reformen bisher immer nur Ergebnisse von Klassenkämpfen waren oder allenfalls als präventive Gratifikation an Teile der Arbeiterklasse gewährt wurden, um diese zu integrieren und von der Masse der Arbeiter politisch zu trennen. Selbst dieser Teilintegrationsvorgang aber ist nur in einer klassengespaltenen Gesellschaft denkbar, nämlich als Maßnahme zur Verhinderung oder Dämpfung von Klassenkämpfen [46]). Die radikale Theorie ist nichts von diesem Verhältnis von Klassenkampf und Reform

[46]) Seit 1917 und verschärft seit 1945 ist die Systemauseinandersetzung zwischen sozialistischen und kapitalistischen Gesellschaften ein Moment dieser Kampfkonstellation, das die Bourgeoisie zwingt, der Gefahr ihrer Entmachtung eine Kombination von Repression und systemstabilisierenden Reformen entgegenzusetzen. Der Reformdruck ist dort am stärksten, wo die — auch außenpolitische — Auseinandersetzung mit der Systemalternative am unausweichlichsten ist. Die bisherigen Erfolge einer solchen Taktik in der Bundesrepublik Deutschland, die unausgewiesene Prognose ihrer Fortsetzbarkeit auch in Zukunft und die eindeutig falsifizierbare Rückprojektion des integrationistischen Modells der Arbeiterbewegung auf die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie sind die Voraussetzungen der Hauptaxiome der sozialdemokratischen Hausgeschichttschreibung und der Hauptthesen der akademischen Historiographie zu diesem Gegenstand.

Abgehobenes, sondern die Erklärung dieses Verhältnisses. Sie verarbeitet die Klassenerfahrungen und hält das Bewußtsein wach, daß nur die Kampfstärke der Arbeiterbewegung Reformen und materielle Besserstellung herbeiführen kann. Zweifellos haben Reformen einen Ambivalenzcharakter: sie können integrierend, aber auch politisierend wirken. Welche Wirkung sie entfalten, hängt in hohem Maße von der Art der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse ab. Diesem Moment aber gelten gerade die schärfsten Idiosynkrasien der Haus- und akademischen Geschichtsschreibung.

Aus der These von einer Differenz zwischen Theorie und Praxis ziehen zahlreiche Historiker — meist unter Rückgriff auf Arthur Rosenberg und Erich Matthias — nämlich einen einzigen Schluß auf den Charakter der sozialdemokratischen Organisation: diese mußte angeblich die Enttäuschungen über die Begrenztheit der Reformpolitik durch Vermittlung der revolutionären „Integrationsideologie", welche ihrerseits damit wieder zur Voraussetzung des organisatorischen Zusammenhalts wurde, abfangen [47]). Die Partei wird somit — zumindest in der Gestalt, die sie vor 1914 annahm — zu einer Art Mangelerscheinung. Eine solche psychologisierende Reduktion der Organisationsfrage ist allenfalls geeignet, tatsächlich bestehende Probleme auf diesem Felde zu verdecken, etwa die Frage, ob denn die Parteieinheit tatsächlich die optimale organisatorische Form für die gegensätzlichen politischen Bestrebungen der beiden sozialdemokratischen Hauptrichtungen vor dem Ersten Weltkrieg war, ob also die Spaltung der alten Partei in eine reformistische und eine revolutionäre Organisation dem inneren Zustand dieser Partei und auch den Zielen von Reformisten und Revolutionären nicht besser entsprochen hätte. Was den langen Zusammenhalt der Partei bis 1917 garantierte, war jedoch wohl kaum ihre Verklammerung durch eine Integrationsideologie, sondern die Erfahrung der Schwäche, welche die alten Parteiführer (Bebel, Auer) in der Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung vor 1875 machen mußten [48]), und die Tatsache großer Erfolge, welche gerade mit Hilfe der einheitlichen Organisation jahrzehntelang errungen worden waren. Die Parteiorganisation war nämlich für ihre Mitglieder nicht eine trostspendende Kirche, sondern ein Kampfinstrument.

Die Entstehung der These von dem angeblichen Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis der alten Sozialdemokratie läßt sich in erster Linie aus dem Interesse der heutigen SPD-Führung an einer historischen Legitimierung ihres gegenwärtigen Kurses erklären. Dies ist aber nur möglich, wenn alle revolutionären Komponenten der Partei*praxis* vor dem Ersten Weltkrieg verschwiegen werden und dem Reformismus das Parxismonopol zugeschanzt wird, so daß die revolutionäre Theorie gleichsam über den Wassern schwebt. Ein zweiter Eingriff erfolgt zuweilen durch Uminterpretation von Elementen der Theorie von Marx und Engels selbst. Hierzu wird gewöhnlich Friedrich Engels' Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich" (1895) herangezogen. Engels hat in dieser Schrift die Aussichtslosigkeit einer blanquistischen Putschtaktik betont und den parlamentarischen Kampf als ein Mittel in der Vorbereitungsphase der Revolution ge-

47) Grebing, a. a. O., S. 114 f.; Steinberg, Die deutsche Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Ideologie und Taktik der sozialistischen Massenpartei im Wilhelminischen Reich, in: Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a. a. O., S. 52—61, hier: S. 58: „Gerade die immer wieder bewunderte Organisation der deutschen Partei mit ihrer Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten, vor allem bei der Durchführung von Wahlkämpfen, war auch ein Ausdruck der politischen Impotenz."; Dieter Groh, Die Sozialdemokratie im Verfassungssystem des 2. Reiches, a. a. O., S. 69: „Die integrierenden Momente ließen die durch die Lage der Arbeiter geweckten Aggressionen nie bis zu dem Punkt anwachsen, an dem sie in politische oder gar revolutionäre Aktionen umschlugen. Die Taktik der Arbeiterführer, die Aggressionen auf den Ausbau der Organisationen umzulenken, hat diese Wirkung der integrierenden Momente noch entscheidend erhöht."

48) Wolfgang Abendroth, August Bebels Kampf gegen Militarismus und Krieg, in: Wolfgang Abendroth, Georg Fülberth, Heinz-Gerd Hofschen, Erich Ott und Gerhard Stuby (Hrsg.), Sozialdemokratie und Sozialismus. August Bebel und die Sozialdemokratie heute, Köln 1974, S. 29—51, hier: S. 41.

würdigt [49]). Er hatte zugleich festgestellt, daß parlamentarische Fortschritte die endgültige revolutionäre, wahrscheinlich gewaltsame Auseinandersetzung nicht ersetzen, sondern lediglich gute Ausgangsbedingungen für die Arbeiterklasse schaffen können. Aufgrund von Legalitätserwägungen des Parteivorstandes anläßlich der Umsturzvorlage war Engels bereit, diesen Gedanken durch Streichungen so weit abzuschwächen, daß die Partei dadurch aktuell nicht gefährdet würde. Zugleich verwahrte er sich gegen den Vorabdruck eines Auszugs, der seine Position so sehr verballhornte, daß er als „Anbeter der Gesetzlichkeit quand même" dastehe [50]). Inzwischen ist der ursprüngliche Text längst wiederhergestellt worden. Das hindert aber Willi Eichler nicht daran, sich auf den verkürzten Wortlaut zu berufen, wenn es darum geht, Engels als Wegbereiter des Reformismus zu zitieren. Ja, er kann aufgrund dieses Arrangements Engels sogar vorwerfen, daß sich in seiner Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich" „noch einige Illusionen zeigen in Hinblick auf die ‚Naturprozeß'-Betrachtungen menschlicher Beziehungen" [51]). Pothoff beschäftigt sich in seiner Arbeit mit diesem Engels-Text nicht, wohl aber gibt er im Anhang einen ausführlichen Auszug wieder [52]). Darin fehlen — wenn auch durch Punkte (. . .) markiert —, alle die Passagen, welche die durch Engels gestrichenen Stellen enthalten, deren Kenntnis aber eine Voraussetzung für die Beurteilung seiner tatsächlichen Position ist. In der Reproduktion der Einleitung zu den „Klassenkämpfen in Frankreich" unterläuft Potthoff ein Falschzitat. Engels schreibt: „Wo es sich um eine *vollständige* Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten" [53]). Bei Potthoff heißt es: „Wo es sich um eine *anständige* Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt" [54]) usf. wie bei Engels (Hervorhebungen v. d. Verf.)

Nun weiß Heinrich Potthoff gewiß, daß sein Engels-Zitat sehr leicht nachprüfbar ist. Deshalb wird es sich hier wohl nicht um eine Zitatfälschung handeln, sondern lediglich um eine Nachlässigkeit [55]), die allerdings in dem von ihm selbst arrangierten Interpretationskontext den Rang einer Fehlleistung gewinnt.

Helga Grebing und Hans-Josef Steinberg allerdings treten einer Vereinnahmung von Engels' Einleitung zu den „Klassenkämpfen in Frankreich" deutlich entgegen [56]). Hier wird deutlich, daß selbst die sozialdemokratisch orientierte Richtung der akademischen Geschichtsschreibung, die im übrigen auch die Dogmatisierung des „Demokratischen Sozialismus" zumindest nicht expressis verbis mitmacht, trotz aller grundsätzlichen Übereinstimmung doch von der unmittelbar politischen Zielsetzung der Haushistoriographie und von deren Instrumentalisierung der Wissenschaft durch die Parteilegende unabhängiger ist. Eine relativ offene Parteinahme für den reformistischen Flügel der deutschen Sozialdemokratie findet sich allerdings bei Dieter Groh. Er sieht in der Bewilligung der Dekkungsvorlage für den Militäretat durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1913 die Hinwendung zu einer Strategie, welche der Arbeiterbewegung die Chance zur Mitentscheidung in der Reichspolitik und zur Zurückdrängung der

49) Friedrich Engels, Einleitung [zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" (1895)], MEW 22, S. 509—527.
50) Friedrich Engels an Karl Kautsky in Stuttgart, [London] 1. April 95, MEW 39, S. 452.
51) Eichler, a. a. O., S. 33.
52) Potthoff, a. a. O., S. 184—186.
53) Engels, Einleitung [zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" (1895)[, a. a. O., S. 523.
54) Potthoff, a. a. O., S. 185.
55) Dies gilt auch für die falsche Datierung der Gründung der zweiten Internationale. Sie war 1889, nicht (wie bei Potthoff, S. 57) 1891.
56) Grebing, a. a. O., S. 113; Steinberg, a. a. O., S. 55.

Konservativen gab [57]). Er wird dann allerdings auch die Frage beantworten müssen, ob eine solche Verlagerung der politischen Gewichte, wie sie auch in Ludendorffs Heeresformplänen zum Ausdruck kommt, tatsächlich geeignet war, „die soziale und politische Basis Preußen-Deutschlands in die Luft zu sprengen" [58]). Unter „Basis" versteht Groh hier offensichtlich nur die politische Ordnung des Deutschen Reiches, besonders die Ausschließung der Arbeiterbewegung sowie der Kapitalisten der Fertigwarenindustrie von politischen Entscheidungen. Diese Konstellation wäre durch eine kontinuierliche Einbeziehung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in die Reichspolitik zweifellos umgruppiert worden. Dies hätte jedoch lediglich eine Verbreiterung der politischen Voraussetzungen für die Rüstungspolitik mit sich gebracht, die bestehenden ökonomischen Verhältnisse nicht verändert, sondern stabilisiert, ohne den Ausbruch des Krieges verhindern zu können. Allenfalls hätte sie es dem Deutschen Reich erlaubt, den Moment der Kriegsauslösung noch besser dem Stand seiner Rüstungen anzupassen. Die „politische Innovation" [59]), für welche Groh hier plädiert, kann wohl kaum als Demokratisierung interpretiert werden.

3. *1914—1918: Das Malheur*

Willi Eichlers Broschüre „Hundert Jahre Sozialdemokratie" erschien auf dem Höhepunkt der Kontroverse, die Fritz Fischers Thesen über die deutsche Kriegsschuld ausgelöst hatten. Eichlers Urteil über die Kriegskreditbewilligung der Reichstagsfraktion merkt man diese historische Nachbarschaft nicht an. Er übernimmt ungebrochen die von der Mehrheit der Fraktion aufgestellte Behauptung, eine Unterstützung der deutschen Kriegspolitik bleibe in der sozialdemokratischen Tradition, da es sich hier um einen Verteidigungskrieg handele [60]). Diese weitgehende Identifizierung mit der Politik des 4. August findet sich bei Heinrich Potthoff und Susanne Miller [61]) nicht mehr. Sie referieren zwar wiederum die „Vaterlandsverteidigungs"-These, nehmen aber nicht mehr positiv oder negativ zu dieser Stellung [62]). An historischer Korrektheit übertreffen sie dabei zweifellos Eichler, doch bleiben sie in dem Bestreben, eine Aussage über die Kriegsursachen und damit über die objektive Funktion der sozialdemokratischen Kriegskreditbewilligungspolitik zu vermeiden, hinter dem Grad wissenschaftlicher Reflexion und Erhellung, den dieses Thema inzwischen bereits erfahren hat, zurück. Sie verschwiegen auch die Tatsache, daß einzelne Mitglieder der Reichstagsfraktion, welche die Kreditbewilligung entschieden befürworteten, von einer deutschen Kriegsschuld von Anfang an überzeugt waren bzw. ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht von der Voraussetzung der „Vaterlandsverteidigung" abhängig machten, sondern sie lediglich unter dem Aspekt möglicher Kooperation mit der Reichsleitung und von dieser zu erhaltender Konzessionen in der Frage des preußischen Wahlrechts und der Parlamentarisierung des Reiches beurteilten [63]). Die unmittelbaren Kontakte zwischen Regierung und einzelnen sozialdemokratischen Abgeordneten werden von Grebing erwähnt [64]), von Eich-

57) Groh, a. a. O., S. 81—83.
58) Groh, a. a. O., S. 77.
59) Groh, a. a. O., S. 65.
60) Eichler, a. a. O., S. 39 ff.
61) Susanne Miller, Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, in: Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a. a. O., S. 84—105.
62) Potthoff, a. a. O., S. 63; Miller, Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, a. a. O., S. 84.
63) Vl. dazu: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 4), Düsseldorf 1966.
64) Grebing, a. a. O., S. 149.

ler, Miller und Potthoff verschwiegen. Miller und Potthoff nennen allerdings die Unterstützung der sozialdemokratischen Parteiführung für die Reichsleitung [65]). Eichler bemerkt dazu: „Die Sozialdemokratie hat die Regierung bei ihren Kriegsanstrengungen loyal unterstützt" [66]).

Das eigentliche Malheur des Ersten Weltkrieges sieht Eichler offensichtlich in der Russischen Oktoberrevolution, über die er ausführlich lamentiert [67]). Heinrich Potthoff und Susanne Miller dagegen beurteilen nach dem Ende des Kalten Krieges und in einer Zeit verschärfter innerer Differenzierung der SPD mit der Notwendigkeit von Teilzugeständnissen nach links hin (1969—1974) die Spaltung der alten Sozialdemokratie als das Hauptunglück der Parteigeschichte zwischen 1914 und 1918. Damit findet ein Zustand ein Ende, den Susanne Miller so beschreibt: „Links von ihr (der Sozialdemokratischen Partei, d. Verf.) gab es nichts" [68]). Schuld an der Parteispaltung trägt nach Miller und Potthoff wieder einmal ein Merkmal der sozialdemokratischen Organisation: der Fraktionszwang. Er habe eine Integration divergenter Störungen in derselben Partei verhindert [69]). Von diesem negativen Ergebnis her, dem Verlust der sozialdemokratischen „Monopolstellung" [70]) auf der Linken, äußern sich Potthoff und Miller auch sehr distanziert über die Kooperationspolitik der MSPD im Interfraktionellen Ausschuß [71]).

Helga Grebing gibt durch Verschweigen eines Details der Optik, wonach die Parteispaltung von links her erfolgt sei, Vorschub: sie erwähnt zwar, daß Karl Liebknecht 1916 aus der Reichstagsfraktion austrat [72]), doch enthält sie dem Leser die Tatsache vor, daß ihm die Fraktionsmehrheit bereits vorher die Rechte eines Fraktionsmitglieds abgesprochen hatte. Erstaunlich ist ihre Einschätzung der Ergebnisse der Gewerkschaftspolitik im Ersten Weltkrieg: „Die ‚gute Portion Opportunismus' im Interesse der Arbeiterklasse, die sich die Gewerkschaften schon vor dem Kriege selbst zugestanden hatten, ermöglichte es ihrer Führung, nicht nur das bisher Errungene im großen und ganzen trotz kriegsbedingter Einschränkungen zu erhalten, es gelang ihr darüber hinaus z. B. durch die Mitarbeit am Hilfsdienstgesetz und durch Zusammenarbeit mit den Militärbehörden in den kriegswichtigen Betrieben, die Anerkennung durch den Staat als Vertreter der Arbeiterschaft zu erlangen (dem parlamentarisierten Kabinett des Prinzen Max von Baden gehörten dann 1918 drei Gewerkschaften an), die Gleichberechtigung mit den Unternehmerverbänden anzubahnen und die uneingeschränkte Koalitionsfreiheit zu praktizieren" [73]).

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges herrschte große Arbeitslosigkeit, mit der danach einsetzenden Arbeitskräfteverknappung ging eine wichtige Errungenschaft der vergangenen Jahrzehnte: die Verkürzung des Arbeitstags, verloren. Die Reallöhne sanken ständig, zahlreiche Nahrungsmittel waren überhaupt nicht mehr erhältlich, die Arbeitsschutzbestimmungen wurden faktisch weitgehend außer Kraft gesetzt, viele Arbeiter fielen an der Front, der Gesundheitszustand der in

65) Miller, Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, a. a. O., S. 85 f.; Potthoff, a. a. O., S. 64.
66) Eichler, a. a. O., S. 41.
67) Eichler, a. a. O., S. 44 f.
68) Miller, Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, a. a. O., S. 87.
69) Miller, die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, a. a. O., S. 86; Potthoff, a. a. O., S. 65.
70) Miller, Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, a. a. O., S. 86; Potthoff, a. a. O., S. 66.
71) Miller, Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, a. a. O., S. 89; Potthoff, a. a. O., S. 68.
72) Grebing, a. a. O., S. 148.
73) Grebing, a. a. O., S. 150 f.

der Produktion Beschäftigten verschlechterte sich ständig. Nur eine sehr kleine Gruppe innerhalb der Rüstungsarbeiter konnte ihre Lage verbessern [74]). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sank erheblich. Heißt dies tatsächlich, daß „das bisher Errungene im großen und ganzen trotz kriegsbedingter Einschränkungen (...) erhalten" wurde? Diese Frage wird um so eher negativ beantwortet werden müssen, wenn sich bei näherem Zusehen die „Gleichberechtigung mit den Unternehmerverbänden" und die „uneingeschränkte Koalitionsfreiheit" — wie die Geschichte der Verhandlungen um das Arbeitsgemeinschaftsabkommen zeigt — nicht als Ergebnis der Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften, sondern des wachsenden revolutionären Druckes erweist [75]).

(Zweiter Teil folgt)

Hans-Günther Sohl. Ein Porträt des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie*)

Von Max von der Grün

Wer ist denn dieser Herr Sohl. Ich sehe ihn manchmal im Fernsehen, höre ihn im Rundfunk reden. Ein seriöser Mann, dem ich ohne zu zögern tausend Mark leihen würde, wenn er mich darum bäte, weil ich sicher bin, daß ich das Geld wiederbekomme. Das sagt doch schon etwas über den Mann aus, dem man Gediegenheit und Souveränität nicht absprechen kann.

Was er sagt, ist so wichtig, daß es sich in jedem Falle lohnt, darüber nachzudenken, auch wenn es mir nicht paßt, was er sagt, eben deshalb, man kann den Mann nicht wegwischen mit dem Argument: Der redet doch nur dummes Zeug. Nur weil es mir nicht in mein Konzept paßt.

Er sagt oft längst Bekanntes, aber er sagt es so, daß es erneut wichtig wird, das ist sein Stil, und der Bundesverband der Deutschen Industrie hat seinen Präsidenten. Jeder Interessenverband hat an der Spitze den Mann, den er verdient. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat ihn verdient. Was Herr Sohl sagt, so ab und zu von sich gibt, entlarvt ihn mehr als die anderen, über die er spricht. Auch sein Schweigen ist bedeutungsvoll.

---

74) Zur materiellen Lage der deutschen Arbeiterklasse im Ersten Weltkrieg vgl. Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914—1918, Göttingen 1973, S. 12—21.
75) Werner Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im Ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914—1919), Berlin (DDR) 1959, S. 160 ff.; 187 ff.; 204 ff.
*) Den nachstehenden Beitrag wird voraussichtlich im Herbst 1975 die Autorenedition des Bertelsmann-Verlages in Zusammenarbeit mit dem Pressedienst der demokratischen Aktion (PDI) in einem Sammelband „Porträts von rechts" veröffentlichen. Herausgeberin des Bandes ist Hella Schlumberger.

Da hat er doch gesagt: „... wir unterstützen und fördern das Konjunkturprogramm der Regierung ... aber wir sind mit ihr auch darüber einig, daß nachhaltig eine Belebung der Konjunktur nur erreicht werden kann durch eine Förderung der privaten Investitionen, die in den letzten Jahren erschreckend zurückgeblieben sind ... es wird entscheidend davon abhängen, wie die nächsten Tarifrunden ausgehen ..." (im ZDF am 29. Januar 1975, 19 Uhr in „Heute").

Herr Sohl macht sich Gedanken über die Einkommen der Arbeiter. Das ist ein schöner Zug von ihm. Er sagt aber auch (unmißverständlich), daß die Arbeiter nur dann mehr verdienen dürfen, wenn die Unternehmen in die Lage versetzt werden, mehr zu investieren, durch Förderung der Regierung. Das ist wirklich ein schöner Zug von ihm. Ich sagte es schon: Ein honoriger Mann.

An anderer Stelle tut er kund: „... Sie wissen, daß die Unternehmergewinne gegenüber den Arbeitnehmereinkommen in den letzten Jahren ständig zurückgeblieben sind und im Jahre 1974 überhaupt keinen Zuwachs mehr zu verzeichnen hatten. Ich glaube also, daß es ein ganz wesentlicher Fortschritt ist (Maßnahmen der Regierung zur Ankurbelung der Wirtschaft), wenn hier schon wieder ein Gleichgewicht hergestellt wird oder wenn auch manchmal das Pendel nach der anderen Seite ausschlägt ..." Die Arbeitnehmereinkommen sind also gestiegen, die Unternehmergewinne sind zurückgegangen, aber Herr Sohl verschweigt, dezent wie er ist, daß das Geld, das der Arbeitnehmer mehr bekommen hat, weitgehend von der allgemeinen Teuerung aufgefressen wurde, insbesondere durch die gestiegenen Mieten, Autokosten, Reparaturkosten und nicht zuletzt auch Heizungskosten. Wer heute drei Kinder hat und im sozialen Wohnungsbau wohnt, der hat schon zu krapschen, daß er überhaupt über die Runden kommt, ohne Mitarbeit der Frau ist das kaum möglich. Herr Sohl spricht vom Gleichgewicht der gesamtwirtschaftlichen Situation. Gleichgewicht heißt für ihn dann doch wohl, daß die Unternehmen gute Gewinne abwerfen. Warum denn nicht, er ist ja schließlich der Präsident des Verbandes in unserem Land, der die eigentliche Macht in den Händen hält. Die Regierung regiert, die Industrie sagt der Regierung, wie sie zu regieren hat, wenn sie nicht spurt, dann ... schließlich hat man seine kleinen Mittelchen, daß man auch den Starrköpfigsten zur Räson bringen kann.

Herr Sohl ist 1906 geboren, also ein Mann mit Vergangenheit und Lebenserfahrung, er war ab 1933 bei Krupp verantwortlich für die Organisation des Panzerbaus, 1935 wurde er der Leiter. Das war bedeutsam für die kommende Kriegsrüstung. 1941 wird er Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, wieder für die Rüstung natürlich, 1942 ist er Wehrwirtschaftsführer, und in der Geschäftsführung der „Reichsvereinigung Eisen" nahm er auch an Beratungen über zwangsweise Heranschaffung ausländischer Arbeitskräfte und Ausnutzung der besetzten Gebiete im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion teil. Nach dem Kriege betrieb er die Restauration des Thyssen-Konzerns, und das energisch. Von 1953 bis 1973 war er Vorstandsvorsitzender der August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn, dafür bekam er auch 1956 das große Verdienstkreuz, 1969 mit Stern, 1973 mit Schulterband.

Ja, wir haben schon bedeutende Männer. Herr Sohl hat sich, so wird einmal an seinem Grab gesagt werden, um das Vaterland verdient gemacht.

Ich gestehe, daß man schon ein wenig neidisch werden kann, wenn man bedenkt, welch eine Ämterfülle der Mann auf seinen Schultern trägt. Ich grüble manchmal darüber nach, wie der Mann das nur schafft, er hat doch auch nur einen Vierund-

zwanzigstundentag, zudem gehört er auch dem geschäftsführenden Vorstand des CDU-Wirtschaftsrates an.

Kommt es eigentlich von ungefähr, daß Herr Sohl so lange der Firma vorstand, Krupp nämlich, die Hitler 1923 die hübsche Summe von 100 000 Goldmark spendete für den Putsch, den man ja auch Ludendorff-Putsch nennt? Das Geld diente später auch dazu, SA und SS zu finanzieren (das heißt ihren Aufbau zu finanzieren). Nein, selbstverständlich hat Herr Sohl nichts damit zu tun, er hatte zu der Zeit ja noch nicht einmal sein Referendarexamen, aber er gehörte immer zur Macht am Rhein, wenn man bedenkt, daß die August-Thyssen-Hütte, zumal nach der Fusion mit Rheinstahl, der größte Stahlgigant der Bundesrepublik ist und an fünfter Stelle der Weltrangliste rangiert. Der Konzern hat 92 000 Beschäftigte und erwirtschaftete 1974 einen Gewinn von 1014,6 Mio. DM gegenüber nur 502,1 Mio. D-Mark im Vorjahr. Das ist schon ein ganz schöner Happen, so ein Imperium will regiert sein. Herr Sohl hat es regiert, die staatlichen Ehrungen zeigen das, deshalb spricht er ja auch davon, daß das Pendel ausschlagen muß, auf seine Seite, damit der Konzern noch mehr Gewinn abwerfen kann, denn nur so kann die deutsche Wirtschaft florieren, die Regierung in Bonn weiter regieren.

In einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt, das neben Sohl auch von Schleyer und Wolff unterzeichnet ist, schrieben die Herren der deutschen Wirtschaft und Industrie an den „sehr verehrten Herrn Bundeskanzler", daß sie sich Sorgen machen wegen der bald 100 000 arbeitslosen Jugendlichen. Man würde für sie ja wohl auch eine Arbeit finden in den verschiedenen Imperien der Industrie, wenn sich die Regierung bereit fände, Rückzieher in der Reform der beruflichen Bildung zu machen, denn diese Reform weise in die Richtung eines Gewerkschaftsstaates — und einen Funktionärsstaat wollen wir doch alle nicht. Aber wollen wir nicht lieber einen Staat, in dem viele für den Profit weniger arbeiten? Das nennen dann solche Herren soziale Marktwirtschaft. Ein guter Arbeiter ist ein um Arbeit und Verdienst bittender Arbeiter, ein schlechter Arbeiter ist allemal ein selbstbewußter Arbeiter.

Und wenn dann die Profite nicht mehr so fließen, wie man das gerne möchte, dann hat man ja als Unternehmer, noch dazu in marktbeherrschenden Zweigen der Wirtschaft, die einer Monopolstellung gleichkommen, die Mittelchen in der Hand, die Regierung in die Knie zu zwingen, man stellt z. B. einfach keine Lehrlinge mehr ein, und wenn, sei das nur möglich, wenn der Staat keine Kontrolle über die Ausbildung übt, und wenn doch, daß dann der Staat für die Ausbildung auch etwas bezahlt an die Unternehmen, denn für Lehrlinge — wenn sie schon nicht ausgebeutet werden dürfen — muß doch investiert werden. Entweder der Staat zahlt direkt diese Investitionen oder aber indirekt durch Steuernachlässe.

Es gibt in unserem Lande, der Brief von Sohl, Schleyer, Wolff und Co. an den Bundeskanzler beweist es, Möglichkeiten, das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen schon bis Ende 1975 um 10 %, das sind 40 000 Stellen pro Jahrgang, zu erhöhen. Das aber ist wiederum nur möglich — jetzt schiebt man der Regierung den schwarzen Peter zu —, wenn die Bundesregierung ihre bisherige Reformpolitik aufgibt oder doch wenigstens dahingehend „reformiert", daß nicht die Lehrlinge am Kuchen essen, sondern sich mit den Brosamen zufrieden geben, die Lehrherren weiterhin am Tisch allein sitzen. Mit staatlichen Subventionen natürlich.

Es ist das alte Lied: Wenn es den Unternehmen gut geht, wenn die Dividende stimmt, dann verbittet man sich energisch staatliche Eingriffe oder Ratschläge,

man schreit Dirigismus; wenn die Dividende unter 10 % abzusinken droht, dann ruft man nach Vater Staat und sagt: Regierung, du bist schuld, wenn wir weniger verdienen. Tu jetzt was für uns, sonst ... Es gibt dafür das deutsche Wort Erpressung.

Warum schreit eigentlich Herr Sohl so garstig? Sein Unternehmen, das er 20 Jahre lang leitete, hat im Jahr 1974/75 1014,6 Mio. DM Gewinn abgeworfen, das ist der bisher höchste Gewinn in der Thyssen-Geschichte. Warum schreit Herr Sohl so, wer befahl ihm zu schreien; gehört er zum Kreis derer, die täglich die Schrift an der Wand glauben lesen zu müssen, die nie in einer Krise steckten, aber täglich von der Krise reden, um dem Mann auf der Straße Angst in den Hintern zu blasen, nur um ihn in das Lager zu ziehen, das den Unternehmern noch höheren Gewinn verspricht? In das Lager der CDU/CSU — und wenn die an die Macht kommen, dann ist der Ofen aus für den sozial Schwächeren.

Herr Sohl sprach davon, daß die Arbeitnehmereinkommen höher gestiegen sind als die Arbeitgebereinkommen. Zahlen widerlegen ihn, denn die Produkte aus seinem Unternehmen, etwa Thyssen, Eisen und Stahl, verteuerten sich um teilweise 100 %, wie etwa Moniereisen, das von 132 Dollar je Tonne auf 285 Dollar je Tonne stieg. Hat der Arbeitnehmer mehr bekommen — auch seine Energiekosten sind gestiegen —, hat er auch 100 % bekommen? Das wird doch auch Herr Sohl nicht behaupten wollen, ohne seine Seriosität zu verlieren.

Herr Sohl sagt in einem Interview: „Die Investitions-Abstinenz hat keine politischen, sondern rein wirtschaftliche Gründe ... auch die Regierung betont heute die Notwendigkeit einer Ertragsverbesserung bei Unternehmen. Hier liegt der entscheidende Punkt."

Natürlich, wer hätte an diesem Punkt gezweifelt. Aber wie schön das der Herr Sohl sagt: Keine politischen Gründe, sondern wirtschaftliche Gründe. Das ist die Sprache derer, die ihre Mittel in der Verdummung sehen. Wirtschaft ist für Herrn Sohl also keine Politik, dann wäre auch Erziehung keine Politik, Verkehrsplanung keine Politik, Universitäten keine Politik — alles geschieht also dann losgelöst aus dem gesamtgesellschaftspolitischen Rahmen, jedes steht für sich. Ich bin weit entfernt, Herrn Sohl Dummheit in gesellschaftspolitischen Fragen zu unterstellen, im Gegenteil, er sagt so etwas ja nicht von ungefähr, daß die Zurückhaltung der Unternehmer rein wirtschaftliche Gründe hat; die Industrie kontert eben auf Verfügungen und die politischen Leitsätze der Regierung mit wirtschaftlichen Sanktionen — und das sind eminent politische. Als ob sich ein Teilbereich unserer Existenz aus der Gesellschaft, in der wir leben, lösen ließe, und Gesellschaft ist ja schließlich Politik. Weil es diese Loslösung nicht gibt, weil alles ineinander verflochten ist oder sich zumindest überlappt, kann alles nur im gesamtpolitischen Zusammenhang gesehen werden, auch und gerade die Abstinenz der Unternehmer, von der Herr Sohl so schamhaft sprach, die Schamhaftigkeit ist schon wieder Raffinesse, er ist ja nicht so unverschämt direkt wie diese bösen Jusos, die das Kind immer beim Namen nennen müssen und auf die man dann leicht mit den Fingern weisen kann und sagen: Dort, die sind es! Nicht wahr.

Herr Sohl ist ein honoriger Mann.

Herr Sohl sagt in einem Interview in der „Wirtschaftswoche", Nr. 44/1974: „Unternehmer sollen sich stärker als Staatsbürger politisch engagieren." Der Satz ist es wert, daß man darüber nachdenkt. Herr Sohl macht einen ganz klaren Trennungs-

strich zwischen Unternehmer und Staatsbürger. Also ist entweder Herr Sohl kein Staatsbürger, oder aber die, die er für Staatsbürger hält, sollen besser den Mund halten und das politische Engagement den Unternehmern überlassen. Ich sage ja immer: An ihrer Sprache sollt ihr sie erkennen. Genau besehen, ist dieser Satz eine Impertinenz sondergleichen, er ist Hohn und Menschenverachtung. Herr Sohl will den Staatsbürger nicht mit sich auf einer Stufe stehen sehen.

Es ist nicht so, daß Herr Sohl verschlüsselt spricht, wie manche Politiker, die viele Worte sagen müssen, um zu beweisen, daß sie im Grunde genommen nichts zu sagen haben. Herr Sohl greift auch an, zum Beispiel den DGB, den er am liebsten einkassieren würde, seine Funktionäre zu Angestellten der Großbetriebe machen möchte, wie die Nazis die DAF (Deutsche Arbeits-Front) zum Büttel ihres politischen Systems machten. Er ist gegen die Mitbestimmung, denn Herr im Hause will Herr Sohl bleiben und seine Co., und er sagt, man muß in der Bundesrepublik wieder lernen, die Unternehmer (der Staatsbürger muß das lernen) als Sachwalter ökonomischer Leistung und als eine für das Funktionieren der Wirtschaft und Gesellschaft unentbehrliche Minderheitengruppe zu akzeptieren. Nur sagt Herr Sohl nicht, daß nicht einmal 10 % unserer Bevölkerung mehr als 70 % des Volksvermögens besitzen. Wo ist denn da eigentlich die Minderheit, die Minderheit ist doch nicht zu messen an Zahlen, sondern nach der ökonomischen Macht. Die Minderheit, der er angehört, hat die Macht, der Mehrheit das Gruseln beizubringen.

Herr Sohl sagt, die Tarifparteien müssen auf der Grundlage einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik zusammenfinden. Das heißt doch nichts anderes, als daß die Gewerkschaften so wenig wie möglich fordern, damit die Unternehmer so viel wie möglich Profite erwirtschaften können, um zu investieren, aber die Investitionen zahlen im Grunde genommen auch wieder die sozial Schwächeren, der Gewinn kommt aus ihrer Arbeit.

Das ist Wirtschaftspolitik, die nicht von gesamtpolitischen Erwägungen gelöst werden kann. Diese armen Unternehmer, gleich gehe ich mit dem Hut rum und sammle für sie. Der deutsche Staatsbürger muß die Generale der Wirtschaft wieder akzeptieren, achten und bewundern lernen, darf ihnen nicht widersprechen, wie beim Militär, wo eben der General immer recht hat, auch wenn er die Schlacht verliert und hunderttausend Mann dazu, die sich, vor lauter Achtung und Akzeptierung seiner Person und seines Ranges, haben opfern lassen. Herr Sohl sagte im „Mittagsmagazin" des WDR am 29. Oktober 1974, er hoffe, daß die Wirtschaft wieder Tritt faßt; das bedinge, daß keine scharfen Einbrüche von außen kommen, auf die wir von uns aus keinen Einfluß haben ... Na, wer sagt's denn, es gibt tatsächlich Bereiche, auf die Herr Sohl keinen Einfluß hat. Das ist schön für Herrn Sohl. Läuft die Wirtschaft wie geschmiert und der Gewinn stimmt, dann war es der unternehmerische Wagemut, stimmt das nicht, dann waren es Einbrüche von außen, auf die Herr Sohl und Co. keinen Einfluß hatten. Einbrüche nennt er das.

Und in der Sendung „Heute" im ZDF vom 29. Oktober 1974 sagte Herr Sohl, „... wir sind ein bißchen verunsichert durch verschiedene Verlautbarungen, mündliche und schriftliche, durch die das Wort Partnerschaft, das bisher die Grundlage unserer Zusammenarbeit war, mehr und mehr aus dem Vokabular der Gewerkschaften gestrichen und ersetzt (wird) durch Machtansprüche und durch Kampf. Wenn hier ein Sinneswechsel eintreten sollte, dann sehe ich allerdings eine Gefährdung für unsere Beziehungen ..."

Macht darf also nur der BDI haben. Gott sei Dank gibt es heute Leute in der Gewerkschaft, die das Wort Partnerschaft als das bezeichnen, was es ist: Hohn und Heuchelei. Wie kann denn einer mein Partner sein, dem das Haus gehört, in dem ich wohne. Ich bin sein Mieter, sonst nichts. Und dann spricht Herr Sohl vom Kampf der anderen Seite, als ob das nicht legitim wäre in einer Gesellschaft, die auf Profit und Leistung getrimmt worden ist und wo ein Vierzigjähriger schon als alter Mann angesehen wird, weil er nicht mehr die Leistung eines Zwanzigjährigen bringt. Ohne Kampf wäre der Arbeiter heute noch das, was die Unternehmer am liebsten sehen würden: Arsch der Welt und Bittsteller mit Kadavergehorsam vor den Toren ihrer Fabriken. Aber wir haben ja erfahren, daß Herr Sohl einen Unterschied macht zwischen Staatsbürger und Unternehmer. Was schrieb doch Albert Speer an die Alliierten: Es wird vermutet, daß Herr S. Parteimitglied war, obwohl er politisch nicht hervorgetreten ist. Er ist ein hervorragender Mitarbeiter, sehr wendig und gut brauchbar.

Da müßte Herr Sohl eigentlich beleidigt sein, wenn einer dahingehend sein Urteil abgibt, daß er gut brauchbar ist — stellt euch vor, gut brauchbar, ein Mann, der an der Spitze der mächtigsten Interessengruppe unseres Landes steht. Na ja, damals war Speer Rüstungsminister und Herr Sohl nur in der Abteilung Roland, die für die Organisation des Panzerbaus verantwortlich war. Speer war sein Vorgesetzter. Kaum vorzustellen, daß Herr Sohl auch mal einen Vorgesetzten hatte. Gut brauchbar, wendig. Er kaufte als Thyssenchef auf, was sich ihm zum Kauf anbot oder durch wendiges Taktieren einfach zum Kauf anbieten mußte; Sohls Aufkäufe, hemmungslos, kann man sagen, sind die Reaktionen eines Mannes, der keinen Gott neben sich duldet, will sein unternehmerisches Selbstgefühl nicht darunter leiden. Er kaufte Fabriken, wie andere Leute Zigaretten kaufen.

Wie verträgt es sich eigentlich, wenn Herr Sohl einerseits Politik und Wirtschaft trennt, andererseits aber Kanzler und Ministerien mit Eingaben nur so bombardiert, bzw. der Verband, dem er vorsteht. Nur ein paar Zahlen zur Illustration: 4 Eingaben gingen vom BDI an den Bundeskanzler, 13 an Ministerien, 33 an den Bundestag oder seine Ausschüsse, einer an den Bundesrat, 83 an das Bundeswirtschaftsministerium, 31 an das Bundesfinanzministerium, 28 an das Bundesjustizministerium, 17 an das Auswärtige Amt. Ich könnte diese Aufzählung beliebig fortsetzen. Dabei ist zu bedenken, daß der Wortlaut dieser Eingaben nur Mitgliedern des BDI zugänglich gemacht wird oder Mitgliedern von Ausschüssen und Arbeitskreisen innerhalb des BDI. Inhalt solcher Eingaben sind u. a.: Neugliederung der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Entwurf eines Mustermietvertrages, Neuordnung des Baurechts, Neuordnung des Baupreisrechts, Kooperationsmöglichkeiten mit der UdSSR, Fusion von Aktiengesellschaften in der EG.

Auch diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen. Der BDI ist nach außen hin ein Verband mit demokratischer Struktur. Aber schon der Abstimmungsmodus gewährleistet die vorherrschende Stellung der Konzerne, denn entsprechend der Konzernwirtschaft richtet sich die Zahl der Stimmen eines jeden Mitgliedes nach der Zahl der bei seinen Betrieben im Bundesgebiet Beschäftigten und Angestellten in folgender Staffelung:

Bis 50 000 Beschäftigte	*2 Stimmen*
50 000—100 000 Beschäftigte	*4 Stimmen*
100 000—150 000 Beschäftigte	*6 Stimmen*
150 000—200 000 Beschäftigte	*7 Stimmen,*

Na, das ist doch eine klare Rechnung, wer im Verband den Ton angibt und daß die „Kleinen" von den Großen glatt gefressen werden.

Es ist auch an der Zeit, einmal die Aufsichtsratsposten und Ämter aufzuzählen, die Herr Sohl innehat, die ihn zwar Zeit und Kraft kosten, die ihm dafür aber Macht bringen. Das sind:

Vorsitzender der Deutschen Edelstahlwerke AG, Krefeld;
Rheinische Kalksteinwerke GmbH, Wülfrath;
Thyssen Handelsunion AG, Düsseldorf;
Gelsenberg AG, Essen;
Vorsitzender der Allianz-Versicherung AG, Berlin/München;
Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank, Frankfurt;
Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG, Essen;
Ruhrkohle AG, Essen.

Und als erster Deutscher ist er Ehrenmitglied im American Iron and Steel Institute, British Iron and Steel Institute. Mitglied des Wirtschaftsrates der CDU e. V. — und als solcher Mitunterzeichner der Anzeigenkampagne zu den Bundestagswahlen 1972 „Wir können nicht länger schweigen" gegen die Regierung Brandt/Scheel.

Die Herren haben damals schon über die geringen Profite geklagt, obwohl die Wirtschaft in einem kaum glaublichen Boom war. Die Aufzählung der Aufsichtsräte ist natürlich nicht vollständig, ich habe nur die aufgeführt, die mir am wichtigsten schienen. Natürlich muß Herr Sohl, angesichts der Anhäufung von wirtschaftlicher Macht und Einflußnahme, das langsame Verschwinden des Wortes Partnerschaft aus dem Vokabular der Gewerkschaften bedauern. Hier ist doch wohl zu fragen, wer die wirkliche Macht am Rhein in Händen hält, die Minister, die von einem Tag auf den anderen fürchten müssen, vom Wähler nicht mehr gewählt zu werden, oder aber Leute wie Herr Sohl, der vom Staatsbürger nicht abgewählt werden kann, auf Wählerstimmen pfeift. Er hat nur dafür zu sorgen, daß die Dividende stimmt — und die stimmt bei ihm immer, er fusioniert, er jammert, er droht unterschwellig, er warnt, er kann, wenn es nicht anders geht, einfach nicht mehr schweigen. Man kann auch die Regierung unter Druck setzen mit Eingaben, Erklärungen, Stellungnahmen zur Mitbestimmung und zu Lehrlingsausbildung. Da allerdings hat sich Herr Sohl doch prononciert geäußert. Mein Gott, wenn der Mann Mitbestimmung hört, dann hört er gleichzeitig Marxismus, für ihn sind Mitbestimmung und Kommunismus das gleiche.

Jedenfalls ist der Regierungsentwurf für ihn schlichtweg unpraktikabel, denn in solch einer Mitbestimmung könnten ja Menschen auftreten und fordern, daß die produzierten Panzerplatten nicht für Panzer verwendet werden, sondern für Schiffe, die meinen Kindern Bananen bringen und Apfelsinen. Das ist naiv? Nein, nur für jene, die in der Produktion von Panzern einen höheren Gewinn erhoffen als von Bananenschiffen, um diese Produkte hier nur sinnbildlich anzuführen.

Herr Sohl sagte in einer Rede: „Ich bin in meinem ganzen Berufsleben ein Befürworter starker, funktionsfähiger Gewerkschaften gewesen. Wenn die Arbeitnehmervertretungen sich aber selbst einen verfassungspolitischen Rang über den politischen Parteien einräumen (als ob die Unternehmer das nicht täglich versuchten), so frage ich mich, ob nicht auch jene Politiker, die unter der Fahne des Sozialismus angetreten sind, erkennen, welche Schleusen hier geöffnet werden und daß damit die Selbstaufgabe der demokratischen Parteien eingeleitet wird ...

Voraussetzung für Tarifautonomie und Streikrecht ist das Vorhandensein gleichstarker Partner . . ."

Hier ist wieder nach der Stärke zu fragen. Wirtschaftliche Macht ist eine andere als die, die durch Addieren von Stimmen entsteht. Immer schreien die Interessengruppen in unserem Land vom Abbau der Demokratie, wenn sie fürchten müssen, durch den Gesetzgeber etwas von ihren Privilegien und ihrer Macht abzugeben, das ist bei der Kirche so und bei den Ärzten, die „fürchten", weil jedem Patienten ein Krankenhausbett garantiert werden soll, der Sozialismus werde durch den Lieferanteneingang eingelassen. Auch die Unternehmer gehen von der Moral einiger Ärzte aus, die sich für Götter in Weiß halten, unfehlbar wie der Papst; die Unternehmer sagen: Wir haben nach dem Krieg diesen Staat, diesen Wohlfahrtsstaat aufgebaut. Haben die 22 Mio. Lohnabhängiger nur zugesehen, wie die Unternehmer aufgebaut haben? Was ist mit denen, oder mit den Gastarbeitern? Ich denke immer an mein Erlebnis, einen Tag nach der Währungsreform, als mir der Bauunternehmer zwei Zwanzigmarkscheine unter die Nase hielt und sagte: Siehst du, jetzt bin ich genau so reich oder arm wie du. Ein Jahr später hatte er drei Betonmischmaschinen, einen neuen Wagen, zwei Lastwagen, eine Straßenwalze, was weiß ich, was er noch hatte. Ich habe ein Jahr gespart, um mir für den Weg zur Arbeit ein Fahrrad kaufen zu können.

Ja, es geht halt nichts über die unternehmerische Kreativität. Wer die nicht hat, der ist selber schuld.

Manche Aussprüche dieser Herren sind nichts weiter als Zynismus. Daß das Volk in seiner Mehrheit aber doch merkt, welche Interessen die Herren verfolgen, das zeigte die letzte Bundestagswahl, wo auch dem an sich nicht sonderlich Interessierten die Augen aufgingen, als er diese nicht zu übersehenden Zeitungsanzeigen las. Ihm wurde allmählich klar, was diese Herren wollen: Nämlich die absolute Macht.

Neuerscheinungen

Reinhard Kühnl
Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten
Kleine Bibliothek, Bd. 62, ca. 400 S., DM 9,80

S. Doernberg/D. Senghaas (Hrsg.)
Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit
Beiträge aus West- und Osteuropa
Kleine Bibliothek, Bd. 56, 355 S., DM 17,80

Dieter Kramer
Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft
Kleine Bibliothek, Bd. 52, 232 S.. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Monopolprofit und Massenmord im Faschismus

Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland

Von Peter M. Kaiser

I. Das Mißverständnis von der Verselbständigung des Terrors im faschistischen System

Ein in der neueren Faschismusdiskussion in der BRD anscheinend noch weitgehend ungelöstes Problem stellt die Frage nach der Funktion der Massendeportationen und -vernichtung von Juden, anderen nationalen Minderheiten, politischen Gegnern und Kriegsgefangenen dar.

Zum größten Teil resultiert dies aus einer lückenhaften Darstellung oder falschen Betonung der tatsächlichen Vorgänge und Zusammenhänge. Dabei wird das Hauptgewicht häufig auf den reinen Vernichtungsaspekt gelegt, was sich etwa bei Nolte in so schwammigen Begriffen wie „kalte Raserei der rationellen Vernichtung" [1]) ausdrückt oder zuweilen immer noch einem ominösen „politischen Willen" Hitlers zugeschrieben wird [2]). Die *Ursachen* der Massenvernichtung werden so nicht geklärt, zumal der unkritische Hinweis auf die faschistische Rassenideologie ihre insgeheime Akzeptierung bedeutet, denn ihr liegt kein — und sei es auch noch so geringer — rationaler Kern zugrunde. Auf derart begründete Darstellungen soll hier gar nicht eingegangen werden.

Aber auch bei Autoren, die von einem polit-ökonomischen bzw. sozialökonomischen Ansatz zur Erklärung des Faschismus ausgehen, ist die Funktion der Massenvernichtung durchaus nicht immer klar:

Die von den Nationalsozialisten mit Hilfe antisemitischer und zugleich antikommunistischer Hetze und Ideologie betriebene Isolierung, Beraubung, Zwangsverschleppung und schließliche Vernichtung der Juden, Zigeuner, politischen Gegner und Kriegsgefangenen sowie anderen Zivilpersonen fällt aus dem Erklärungszusammenhang des Faschismus als *einer* Herrschaftsform des Monopolkapitals vollkommen heraus, wenn etwa Kühnl meint, daß es nach seiner Ansicht unmöglich sei, „. . . den millionenfachen Mord an den europäischen Juden irgendwie aus der Interessenlage der herrschenden Klasse abzuleiten" [3]). Dies führt unweigerlich zur These von der Verselbständigung dieser Teil-Irrationalität, bzw. wird zur argumentativen Stützung dieser These im Grunde auf die Thalheimersche Faschismustheorie [3a]) zurückgegriffen: „Die rassistischen Wahnvorstellungen des Faschismus hatten sich total verselbständigt . . ." [4]).

1) Ernst Nolte, Der Nationalsozialismus, Frankfurt/M./Berlin (West)/Wien 1970, S. 94.
2) So Walter Hofer unverändert in der neuesten Auflage von Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933—1945, hrsg. und kommentiert von dems., Frankfurt/M. 1972, S. 268.
3) Reinhard Kühnl, Kapitalismus und Faschismus, in Gossweiler/Kühnl/Opitz, Faschismus: Entstehung und Verhinderung, Heft 4 der Texte zur Demokratisierung, Frankfurt/M. 1972, S. 42.
3a) Vgl. August Thalheimer, Über den Faschismus, in: Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition), Jg. 1930; gekürzte Wiedergabe in: Faschismus und Kapitalismus, hrsg. von Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M. 1967, S. 19—38.
4) Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, Reinbek 1971, S. 150; siehe auch ders., Kapitalismus und Faschismus, a. a. O. Neuerdings ist bei Kühnl aber dem entgegengesetzt zu lesen: „. . . der Faschismus hat dafür gesorgt, daß insbesondere bei den Häftlingen und bei den zwölf Millionen verschleppten Fremdarbeitern das Profitprinzip in voller Reinheit und Konsequenz zum Zuge kommen konnte" (ders., Faschismus — Ursachen, gesellschaftliche Funktion und Bedeutung in der Bundesrepublik, in: Abendroth/Kühnl/Rossaint u. a., Faschismus und Militarismus, Heft 8/9 der Texte zur Demokratisierung, Frankfurt/M. 1973, S. 31).

Noch deutlicher meint Gert Schäfer am gleichen Problem eine „gewisse ‚Verselbständigung' der Politik gegenüber der Ökonomie betonen" zu müssen [5]). Er erläutert dies — übrigens ohne irgendeinen empirischen Beleg — in einer Fußnote damit, daß die „... Ausrottung jüdischer Metallarbeiter angesichts des Arbeitskräftemangels oder der Einsatz von Eisenbahnen zur Massenvernichtung angesichts des Eisenbahnmangels für den Frontnachschub ..." [6]) nicht vereinbar mit kapitalistischer Rationalität gewesen sein könnten. Schäfer geht so weit, den kapitalistischen Grundcharakter des Faschismus überhaupt zu bestreiten, indem er eine vermeintlich „... spezifisch faschistische Herrschaftsform auch in den ökonomischen Bedingungen dem Kapitalismus gegenüberzustellen ..." versucht [7]). Als letztes Beispiel sei Niels Kadritzke erwähnt, der sogar den Antisemitismus für entbehrlich hält, nachdem der Faschismus erst an der Macht ist: „So läßt sich am Beispiel des Anti-Semitismus der NS-Bewegung, der in seiner ideologischen Ablenkungsfunktion noch vollständig dem Interesse der Bourgeoisie an der faschistischen Bindung der sich proletarisierenden Kleinbürgermassen entsprach, nach 1933 und insbesondere im II. Weltkrieg zeigen, wie sich aus einer ideologischen Eigenheit *eigengesetzliche Wirkungen entfalten,* die auch dann nicht zurechtgestutzt werden können, wenn sie tatsächliche ökonomische Interessen tangieren" [8]).

Genau um diese Frage geht es hier: Stimmt es, daß die Judenverfolgung und -vernichtung ökonomischen Interessen entgegenstand oder vielmehr diesen erst entsprang? Sind nicht gerade die Judenverfolgung und -vernichtung die beste Widerlegung der dialektisch-materialistischen Theorie, und sind sie nicht hervorragender Beweis dafür, daß die marxistische Theorie überhaupt unfähig ist, das Verhältnis von Politik und Ökonomie im Faschismus — ja, den Faschismus überhaupt! — zu erfassen?

Tatsächlich richtet sich Gert Schäfers Argumentation gegen eine marxistische Kritik der modernen politischen Ökonomie überhaupt [9]), worauf am Schluß noch einmal eingegangen wird.

So leicht wie Joachim C. Fest kann man es sich jedoch nicht machen. Apodiktisch und alle diesbezüglichen Dokumente ignorierend, behauptet er: „In jedem Falle jedoch hatte der Entschluß zur Endlösung, wann immer er getroffen wurde, nichts mit der verschärften Kriegslage zu tun" [10]). (Wir werden später sehen, daß genau das Gegenteil der Fall ist.) Der wirkliche Zusammenhang, das sei hier ebenfalls vorweggenommen, ist dagegen überraschend präzise im „Großen Brockhaus" angegeben: „Die KZ bildeten durch die Zwangsarbeit der Häftlinge einen wichti-

5) Gert Schäfer, Ökonomische Bedingungen des Faschismus, in: „Blätter", 12/1970, S. 1262. Der Aufsatz ist auch abgedruckt in: Ist die Epoche des Faschismus beendet?, hrsg. von Detlef Horster und Marios Nikolinakos, Frankfurt/M. 1971, S. 68—88.

6) Schäfer, a. a. O. Dasselbe Beispiel gebraucht Kühnl auch noch in: Formen bürgerlicher Herrschaft, S. 150; genau so auch Nolte, a. a. O., S. 138 f., sowie Tim Mason, Der Primat der Politik — Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: „Das Argument", 41/1966, S. 492 f., von dem es Klaus Horn übernommen hat (K. Horn, Zur politischen Psychologie des Faschismus in Deutschland, in: Reinhard Kühnl, Hrsg., Texte zur Faschismus-Diskussion I, Reinbek 1974, S. 166 f.).

7) Schäfer, S. 1263. An dieser falschen Schlußfolgerung sieht man, wie wichtig dieser relativ begrenzte Streitpunkt für eine adäquate Faschismustheorie ist. Es gibt genügend Beispiele unverschleierter Bemerkungen von seiten der Faschisten selbst über den kapitalistischen Charakter ihres „Systems"; hier soll nur eine Bemerkung Himmlers aus einem Aktenvermerk vom 21. 10. 1942 angeführt werden, in der er betont, daß „während des Krieges" eine „grundsätzliche Änderung unserer total kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich" sei (Nürnberger Dokument NI-13611, zit. nach Enno Georg, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963, S. 146).

8) Niels Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität und als unrealistischer Kampfbegriff, in: „Probleme des Klassenkampfs", 3/1973, S. 103—143, hier: S. 121 (Hervorhebung v. Verf.).

9) So fragt sich Schäfer, „... was am ‚totalitären Monopolkapitalismus' als kapitalistisch zu bezeichnen sei ..." (Schäfer, S. 1263). Mit Schäfers Unvermögen, die neuen Formen des Kapitalismus dieses Jahrhunderts zu begreifen bzw. mit seinen Kategorien die Wirklichkeit zu verfehlen, hat sich Reinhard Opitz bereits scharf auseinandergesetzt (R. Opitz, Über Faschismus-Theorien und ihre Konsequenzen, in: „Blätter", 12/1970, S. 1267—1284).

10) Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/M./Berlin (West)/Wien 1973, S. 930.

gen Teil der Rüstungsindustrie. In manchen Fällen wurden Fabriken innerhalb oder in der Nähe von KZ neu errichtet" [11]).

Durch die Herausarbeitung dieses Punktes als dem das gesamte KZ-System in seiner spezifischen Ausformung hervorrufenden realen Grundinteresse wird in gar keiner Weise geleugnet, daß selbstverständlich auf einer weiteren Ebene die durch dieses System der profitablen Arbeitskräftebeschaffung befriedigten ökonomischen Bedürfnisse sowohl mit *gleichzeitigen politischen* wie auch mit *anderen ökonomischen* Bedürfnissen des faschistischen monopolwirtschaftlichen Systems in ein Spannungsverhältnis treten. Die politische Realisierung der monopolkapitalistischen Profitinteressen ist nämlich stets ein Vorgang, der Widersprüche sowohl zwischen den Einzelmonopolen wie auch zwischen den verschiedenen Aspekten ein und desselben Interesses selbst (nämlich etwa zwischen den politischen Sicherungserfordernissen und den unmittelbaren Gewinninteressen) erzeugt bzw. verstärkt zutage treten läßt. Aber da das *Ausgangs*interesse, über dessen politischer Realisierung diese Widersprüche in der Praxis dann aufbrechen, ein ökonomisch-monopolwirtschaftliches ist, sind auch alle aus ihm folgenden Widerspruchserscheinungen keine von ihm abtrennbaren Erscheinungen, sondern nur gerade sein Ausdruck bzw. die Gestalt, die sie im Augenblick ihrer Umsetzung in die Praxis annehmen müssen.

II. Die „Endlösung der Judenfrage" bis 1942

Von Anfang an diente den Nazis die Judenverfolgung vor allem zur Durchsetzung von Bereicherungsinteressen. Mit der Ernennung Schachts zum Reichswirtschaftsminister im August 1934 erhielt sein Ministerium „. . . den Auftrag, den Krieg wirtschaftlich vorzubereiten" [12]). Zur Durchführung dieses Plans zog Schacht u. a. auch das Vermögen der politischen Gegner des Naziregimes heran, die dem Terror zum Opfer fielen oder gezwungen waren auszuwandern [13]).

Um dies zu ermöglichen, wurde eine große Zahl von zum Teil geheimen Gesetzen und Verordnungen erlassen [14]).

Parallel dazu verlief der Prozeß — wie immer in Krisen — zunehmender Kapitalkonzentration und eine rapide fortschreitende Verschmelzung der Macht von Staatsapparat und Monopolkapital. Dieser Prozeß fand forciert und unter strikter Regulierung der Produktion von kriegswichtigen Rohstoffen statt [15]).

Typisch für die institutionelle Erscheinungsform dieses Verschmelzungsprozesses ist die Besetzung von Beamtenstellen der Vierjahresplanbehörde und anderer Behörden z. T. bis zu 70 % mit IG-Farben-Angehörigen [16]) sowie die Gründung

11) Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden, Zehnter Band, Wiesbaden 1970, S. 470 (Stichwort Konzentrationslager).
12) Dok. EC-128, US-123 des Nürnberger Prozesses, in: Das Urteil von Nürnberg, Baden-Baden 1947, S. 185.
13) Memorandum Schachts an Hitler vom 3. 5. 1935, Dok. 1168-PS, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, Nürnberg 1947—1949 (im folgenden: IMG), Bd. XXVII, S. 50—52.
14) Es handelt sich im wesentlichen um die Nürnberger Gesetze, die für die späteren Maßnahmen erst den Boden bereiteten (siehe dazu: Autorenkollektiv, Juden unterm Hakenkreuz, Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933—1945, Frankfurt/M. 1973, S. 144 ff.).
15) Vgl. im einzelnen Dietrich Eichholtz, Monopole und Staat in Deutschland 1933—1945, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917—1945, Berlin (DDR) 1966, Neuauflage Berlin (West) 1973, S. 33—59.
16) Das Reichsamt für Wirtschaftsaufbau z. B. (Leiter: Carl Krauch von 1942—1945, früher „Vierjahresplan"-Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, Leiter der Abt. Forschung und Entwicklung: C. Krauch) war etwa zu 70 % mit IG-Farben-Angehörigen besetzt (Hermann Schreyer, Der IG-Farben-Konzern, seine Vorgänger und Nachfolger [II. Teil], in: Archivmitteilungen der staatlichen Archivverwaltung der DDR Nr. 4/1966, S. 156). Eine Aufstellung dieser Positionen von der Arbeitsfront über die OKW-Abwehr (!), Ministerien, Reichsbank usw. bis zu Reichskommissariaten in besetzten Gebieten, ohne daß dabei etwa Positionen in der IG aufgegeben wurden, hat Dr. Max Ilgner, IG-Farben-Industrieller, in Nürnberg 1945 gegeben (Dok. NO.NI-6713, abgedruckt bei Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16, Berlin [DDR] 1963, S. 227—230).

neuer staatlicher Konzerne wie der „Reichswerke Hermann Göring". Das ohne Zweifel wichtigste Amt für die Industrie besetzte Carl Krauch, Aufsichtsratsvorsitzender der IG-Farben: Er wurde Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung (Gebechem) [17]) und damit direkt Göring als Beauftragtem des Vierjahresplans unterstellt.

Selbstverständlich gingen solche Verschmelzungsprozesse nicht widerspruchsfrei vor sich, denn andere Monopolgruppen wie die Schwerindustrie hinter Schacht konkurrierten mit der Göring/IG-Farben-Gruppe und diese wieder untereinander um Machtanteile. Ein Teil der Aussage eines Beamten des Reichswirtschaftsministeriums unter Schacht illustriert diese Verhältnisse: „Das Reichswirtschaftsministerium empfand es als ungesund, daß eine Industriefirma wie die IG Beamtenstellen im Amt des Vierjahresplanes besetzte und die betreffenden Leute infolgedessen eine doppelte Loyalität zu üben hatten. Darüber hinaus erregte es Besorgnis im Reichswirtschaftsministerium, daß die IG-Leute im Vierjahresplan als Planer die Aufgaben der IG vorzeichneten, die diese als ausführendes Organ dann durchführte" [18]).

Genau in diese Vorbereitungsphase des Zweiten Weltkrieges fällt nun die „Arisierungswelle" der jüdischen Betriebe und Banken, die dem Konzentrationsprozeß des Kapitals zuerst zum Opfer fallen. Sie werden nach „gesamtwirtschaftlichen Erwägungen" von Konzernen wie Flick, Wintershall, Hermann-Göring-Werke, Mannesmann, AEG, Krupp, IG-Farben u. a. vereinnahmt [19]).

Die abenteuerliche Rüstungspolitik — die Arbeitslosigkeit wurde bei eingefrorenen Löhnen erst 1936/37 ganz beseitigt! — hatte die Staatskassen geleert, die Auslandskonten waren überzogen, der Devisenbestand war völlig abgebaut. Im Protokoll der Sitzung des Reichsverteidigungsrates vom 18. November 1938 unter Vorsitz Görings heißt es: „... 3. Finanzen: Sehr kritische Lage der Reichsfinanzen. Abhilfe durch die Reichsgewinne bei Arisierung jüdischer Unternehmungen" [20]).

Die zweite Phase der „Lösung der Judenfrage" wird eingeleitet mit der Kristallnacht, deren rationeller Zweck eine den Juden auferlegte „Buße" von 1 Mrd. RM, die Beschlagnahmung der Versicherungsgelder und die fortschreitende Ausraubung der auswandernden Juden war [21]).

Gleichzeitig ist die Industrie äußerst angespannt für den Krieg. Der sogenannte IG-Farben-„Schnellplan" sieht die „... maximale Steigerungsmöglichkeit bis Herbst 1939" vor! [22]) Äußerst aufschlußreich in dieser Hinsicht ist auch eine

Die IG-Farben unterhielt sogar seit 1933 mit dem sogenannten „F-Kreis" (Wirtschaftsführerkreis) einen eigenen Propaganda- und Spionageapparat, der eng mit dem Propagandaministerium Goebbels zusammenarbeitete, dessen Referenten aber von der IG bezahlt wurden (IG-Farbenprozeß, Dok. NO.NI-4833, nach IG-Farben, Auschwitz, Massenmord, Dokumentation zum Auschwitz-Prozeß, hrsg. von der Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, o. O., o. J. [1964], S. 79—82). Diese Spionageorganisationen der Industrie setzten sich zur Aufgabe, den im Ausland ungünstigen Eindruck der faschistischen Maßnahmen, insbesondere die Judenpolitik, zu „korrigieren", abzuschwächen etc., damit die Exportpolitik nicht gefährdet würde (ebd.). Die Politik gegenüber den Juden wurde allerdings nicht geändert.
Eine weitere, als „Vermittlungsstelle W" getarnte Spionageorganisation der IG-Farben, Leiter: Carl Krauch, hielt dagegen Kontakt mit dem „Wehrwirtschaftsstab beim OKW" (Schreyer, a. a. O., S. 155 f.).

17) Da die Blitzkriegsstrategie schwerpunktmäßig auf der Chemieindustrie fundierte und nur durch chemische Substitute Deutschland unabhängig von der ausländischen Rohstoffzufuhr wurde, konnten sich die IG-Farben im Vierjahresplan endgültig durchsetzen und bestimmten damit wesentlich den Beginn und die Anfangsstrategie des Zweiten Weltkrieges. (Siehe dazu auch André Leisewitz, Die Auswirkungen der Verwissenschaftlichung der Produktion auf die Monopolbildung und auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik, am Beispiel der chemischen Industrie, in: „Das Argument", 73/1972, S. 444—508, hier: 487—508.)

18) IG-Farbenprozeß, Dok. NO.NI-10500, abgedruckt bei Kuczynski, a. a. O., S. 179 f.

19) Vgl. Juden unterm Hakenkreuz, S. 164 ff. K. D. Bracher, Deutsche Diktatur, Köln 1969, S. 362 f., spricht von „kriegsökonomischen Gründen" (ebd., S. 363).

20) Dok. 3575-PS. IMG, Bd. IX, S. 554.

21) Einzelheiten in Görings sogenannter „Beutebesprechung" vom 12. 11. 1938, Dok. 1816-PS, IMG, Bd. XXVIII, S. 499—540.

22) Dok. NI-8797, zit. nach Dietrich Eichholtz, Zum Anteil des IG-Farbenkonzerns an der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1969/II, S. 87 f.

Äußerung des Reichsbeauftragten für die chemische Industrie und Hauptgeschäftsführers der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, Dr. Claus Ungewitter, aus dem Jahre 1938 (!): „Im Zeitalter des totalen Krieges ist die Wirtschaft in ihrer letzten Zweckbestimmung ebenfalls ein Wehrmachtsteil, wenn Sie so wollen, der vierte, neben Heer, Marine und Fliegerei" [23]).

Schließlich werden mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges alle Organe des außergerichtlichen Terrors im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unter SS-Gruppenführer Heydrich (nach seiner Ermordung durch tschechoslowakische Partisanen 1942: Kaltenbrunner) seit dem 29. September 1939 konzentriert [24]). Für die Judenverfolgung wird das Amt IV, die Gestapo unter SS-Oberführer Heinrich Müller zuständig, in der Adolf Eichmann 1941 Leiter des Referates IV-B-4 wird [25]).

Um die wirtschaftlichen Interessen sorgte sich hingegen das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA) unter SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Oswald Pohl, das die verschiedenen schon bestehenden Wirtschaftsämter der SS zusammenfaßte. Die SS versuchte, in Konkurrenz mit den anderen Gruppen des Monopolkapitals sich eigene Profitquellen zu erschließen, deren Grundlage im Hinblick auf Arbeitskräfte die KZ bildeten.

In welcher Form hier die SS als kapitalistischer Unternehmer auftrat, kann erst weiter unten behandelt werden.

Während das RSHA also für die Deportationen und Konzentration der Juden und politischen Gegner verantwortlich war, unterstand die gesamte Leitung und die „Inspektion der KZ" ab 1942 dem WVHA. Dieses Amt, das 20 000 Personen beschäftigte, war daher verantwortlich für die Zustände in den KZ und die Sklavenarbeit [26]).

Nach dem „Generalplan Ost" — dem Germanisierungsplan im „Ostraum" — war vorgesehen, ganz Osteuropa in eine Kolonie des Großdeutschen Reiches zu verwandeln [26a]). Dazu sollten außer den polnischen und tschechischen Juden etwa 30 Mio. Sowjetbürger ausgerottet werden [26b]), wozu das riesige Lagersystem aufgebaut wurde. Den Rest der Bevölkerung wollten die Faschisten auf einem niedrigen Kulturniveau halten, um sie für sich in den Industriezentren wie Auschwitz arbeiten zu lassen: „Die Bevölkerung nicht deutscher Gebiete tut keinen Waffendienst und steht zur Arbeitsleistung zur Verfügung" [26c]). Die Massendeportationen begannen 1939/40 und in den Jahren 1940—1942 wurden allein neun große KZ errichtet: Auschwitz, Neuengamme, Gusen, Natzweiler, Groß-Rosen, Lublin, Niederhagen, Stutthof und Arbeitsdorf [27]).

---

23) C. Ungewitter in einem Pressevortrag, zit. nach H. Stadlinger, Ein Organisator der deutschen Chemiewirtschaft, in: „Chemiker-Zeitung", Jg. 67/1943, Nr. 5/6, S. 65.
24) Dieses Amt wurde so groß, daß es in 38 Gebäuden untergebracht werden mußte.
25) Die Aufgabe des Amtes IV (Gestapo) war „Gegner-Erforschung und Bekämpfung". Zwei Kategorien von Gegnern definierte man: Referat IV-A befaßte sich mit Kommunisten, Sabotage, Liberalismus, Attentaten; Referat IV-B befaßte sich mit „Sekten", Christen, Freimaurern und Juden (vgl. auch Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem, München 1964, Illustrierte Ausgabe, Genf. o. J., S. 101).
26) Vgl. Ota Kraus, Erich Kulka, Massenmord und Profit, Die faschistische Ausrottungspolitik und ihre ökonomischen Hintergründe, Berlin (DDR) 1963, S. 269 und 275 (aus dem Tschechischen). Eine ausführliche Übersicht über die Abteilungen und Betriebe des WVHA findet sich bei Enno Georg, a. a. O., S. 28—31.
26a) Der vollständige Text des „Generalplans Ost" ist nicht aufgefunden worden, läßt sich aber rekonstruieren (vgl. vor allem Fall 12, Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, gefällt am 28. 10. 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof V der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin [DDR] 1960, S. 83—91) und die Dokumentation: Der Generalplan Ost, in: „Vierteljahresheft für Zeitgeschichte", Jg. 6/1958, S. 281—325.
26b) IMG, Bd. IV, S. 539. Zum „Generalplan Ost" siehe auch Lew Besymenski, Sonderakte Barbarossa, Reinbek 1973, S. 235 ff.
26c) Dok. 079-L, Führer-Besprechung am 23. 5. 1939 in der Reichskanzlei, IMG Bd. XXXVII, S. 546—556, hier: S. 549.
27) Kraus, Kulka, S. 271.

Den systematischen Massenmord und die massenhafte Verschleppung begannen die Faschisten aber im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion, der wiederum nicht losgelöst gesehen werden kann von dem verstärkten Einsatz der KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter in der Industrie. Erst hieran wird nämlich unmittelbar der „ökonomische Sinn" der Massenvernichtung klar. So heißt es z. B. im Nürnberger Urteil: „Die Pläne für die wirtschaftliche Ausbeutung der UdSSR, für die Wegnahme großer Bevölkerungsteile, für die Ermordung von Kommissaren, all dies war ein Teil des sorgfältig vorbereiteten Plans, der am 22. Juni (1941, d. Verf.) ohne irgendwelche Warnung und ohne einen Schatten von Rechtmäßigkeit in die Tat umgesetzt wurde. Es war glatter Überfall" [28]).

Welche Rolle spielten dabei die KZ?

III. Das Interesse der Monopole an den KZ

Bereits 1946 wurde die Funktion der KZ von Eugen Kogon in seinem Buch „Der SS-Staat" klar beschrieben; er sah ihren Hauptzweck in der „... Ausschaltung jedes wirklichen oder vermuteten Gegners der nationalsozialistischen Herrschaft" [29]) und als einen „Nebenzweck" neben weiteren die „Sammlung und Verwendung SS-eigener Arbeitssklaven", ein Nebenzweck, der mit der Zeit immer bestimmender geworden sei [30]) und auf das Scheitern der Blitzkriegsstrategie gegenüber der UdSSR zurückzuführen ist [31]).

So schrieb SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Pohl an Himmler am 30. April 1942: „Der Krieg hat eine sichtbare Strukturänderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgaben hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert. Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund. *Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert. Die Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte zunächst für Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung) und später für Friedensaufgaben schiebt sich immer mehr in den Vordergrund"* [32]).

Also für eine Zeit, in der die hauptverantwortlichen Nazis selbst das starke Hervortreten der kapitalistischen Profitinteressen konstatieren müssen, sehen etwa Schäfer oder Kadritzke genau das Gegenteil: eine Verselbständigung der Massenverschleppung und eine zunehmende „ökonomische Irrationalität". Außerdem wird in dem Pohl-Schreiben deutlich, daß das KZ-System für sehr lange Zeit konzipiert war, denn „Frieden" hieß im NS-Jargon: Zustand Europas nach einem deutschen Sieg über die UdSSR.

Im folgenden soll nun nicht mehr chronologisch vorgegangen werden, sondern es sollen die ökonomischen Zusammenhänge zwischen Massenmord und Mono-

---

28) Das Urteil von Nürnberg, a. a. O., S. 55. Dokumente über die Beteiligung der Monopole an der Ausplünderung der zu besetzenden und besetzten Gebiete sind abgedruckt in: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges, hrsg. und eingeleitet von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin (DDR) 1969; Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg, hrsg. und eingeleitet von Gerhart Haas und Wolfgang Schumann, Berlin (DDR) 1972, und Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingeleitet von Wolfgang Schumann, Berlin (DDR) 1973.

29) Eugen Kogon, Der SS-Staat, Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt/M./Oberursel 1946, S. 34; Neudruck: München 1974, S. 34.

30) Ebd., S. 36.

31) S. auch Lord Russell of Liverpool, Geißel der Menschheit, Kurze Geschichte der Nazi-Kriegsverbrechen, Frankfurt/M. 1955, S. 272 f. (aus dem Englischen).

32) Abgedruckt in: SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin (DDR) 1957, S. 216, und Reimund Schnabel, Macht ohne Moral, Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt/M. 1958², S. 204 bis 207, hier S. 205 (Hervorhebung v. Verf.).

polprofit — insbesondere in der Phase nach 1941/42 — anhand einer systematischen Übersicht nach geographischen Gesichtspunkten dargestellt werden, die die wichtigsten KZ bzw. Arbeitslager mit der jeweils dort oder in der Nähe betriebenen Industrie zeigt. Das System funktionierte im allgemeinen so, daß die Häftlinge von der SS an Privatbetriebe zu einem Tagessatz von RM 4,— bis 6,— vermietet wurden (Hilfsarbeiter bzw. Facharbeiter). So hatte die SS einmal hohe Einnahmen zu verzeichnen, und zum anderen konnten die Betriebe billigste und vollkommen rechtlose Arbeitssklaven ausbeuten, deren Reproduktionskosten im übrigen gleich Null waren, da sie ständig nachgeliefert wurden, wenn sie an der Arbeit zugrundegegangen waren.

Eine solche ausführliche Darstellung ist insbesondere deshalb notwendig, um von der spekulativen, völlig empirielosen und also historisch gar nicht verifizierbaren Ebene derjenigen Theoretiker wegzukommen, deren Faschismusableitung in die Gruppe der „Bündnistheorien" eingeordnet werden kann [32a]).

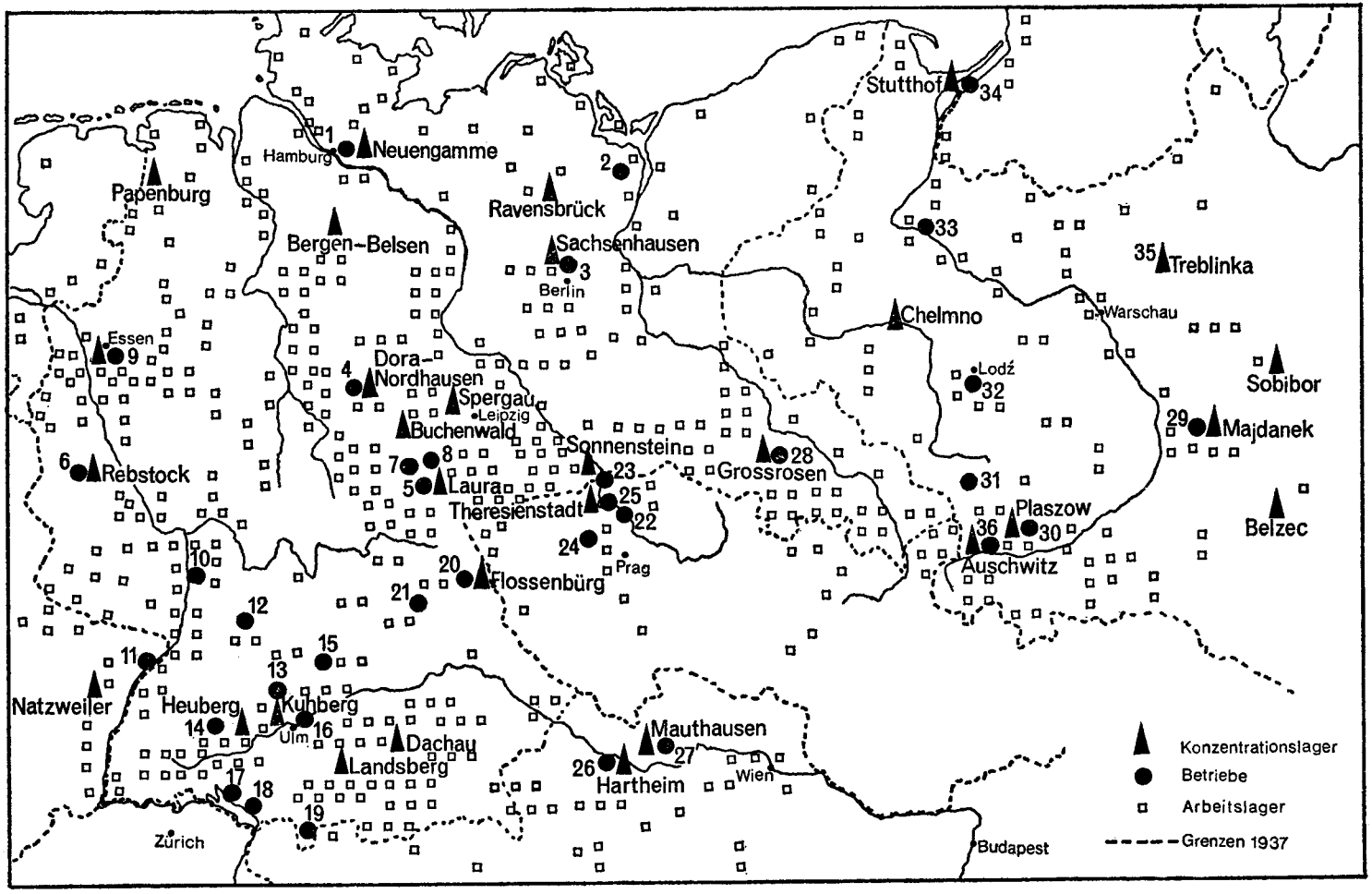
Im Grunde liegt diesem Zusammenhang, an sich ein „normales" Problem der Raumplanung [32b]) in der Nationalökonomie, eine ganz einfache Überlegung zugrunde: Ein System, das zum zweiten Male einen Weltkrieg vorbereitet, muß irgendwie diejenigen Arbeitskräfte ersetzen, die durch den massenhaften Einsatz von Frontsoldaten der Industrie entzogen werden. So heißt es in einem Schreiben des „Wirtschaftsstabes Ost" vom 4. Dezember 1941: „Aufgabe der Wirtschaftsorganisation und Einsatzverwaltung im Osten ist es, die Lücken in der Wirtschaft, die durch die Freimachung aller Angehörigen der jüngeren Jahrgänge für die Wehrmacht entstehen, in den nächsten Monaten durch umfassende Anwerbung russischer Arbeitskräfte zu schließen. Dies ist kriegsentscheidend und muß daher erreicht werden! Wenn die Zahl der Freiwilligen hinter den gehegten Erwartungen zurückbleibt, so müssen die Werbemaßnahmen, wie bereits angeordnet, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verschärft werden" [33]).

[32a]) Siehe Reinhard Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: „Das Argument", Nr. 87/1974, S. 543—603, bes. S. 574.

[32b]) Daß die KZ nach solchen Gesichtspunkten — vor allem in der zweiten Phase — angelegt wurden, geht schon daraus hervor, daß die Gründungssitzung des IG-Farben-Werkes Auschwitz am 7. 4. 1941 in Kattowitz (s. u., Anm. 155) von Dr. von Puttkammer, Reichsstelle für Raumordnung in Berlin, eröffnet wurde (Geheime Niederschrift der Sitzung auszugsweise in IG-Farben-Auschwitz-Massenmord, S. 27, Hervorhebung v. Verf.).

[33]) Dok. 381-USSR, IMG, Bd. XXXIX, S. 492. Vgl. auch Roswitha Czollek, Zwangsarbeit und Deportationen für die deutsche Kriegsmaschine in den baltischen Sowjetrepubliken während des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1970/II, S. 45—67, und den Beweisvortrag von Generalmajor N. D. Zorya, Hilfsankläger für die SU, über die Verwendung von Zwangsarbeitern aus der UdSSR, IMG, Bd. VIII, S. 148 ff. So ist also die „Gastarbeiter"-Politik im deutschen Monopolkapitalismus nichts Neues, vgl. R. Becker/G. Dörr/K. H. Tjaden, Fremdarbeiterbeschäftigung im deutschen Kapitalismus, in: „Das Argument", Nr. 68/1971, S. 741—763, bes. 744—748, und L. Elsner, Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland, Berlin (DDR) 1970, bes. S. 16—19.

Legende zur nebenstehenden Abbildung
Die Karte zeigt die wichtigsten KZ (▲) — von den dreißig eingezeichneten sind Laura, Rebstock, Essen und Spergau bereits Außenlager (s. Anm. 42) — und einen Teil der diesen verwaltungsmäßig unterstellten Außenlager (□), die zu bestimmten Betrieben (●) gehörten und von denen es nach den amtlichen Unterlagen des KZ Buchenwald ca. 1500 gegeben hat (S. Schnabel, Karte „Deutschland 1945", a. a. O.). Rudolf Höß hat als Zeuge im Nürnberger Prozeß ihre Zahl auf „ungefähr 900" geschätzt (Vernehmung durch Mr. Biddle, IMG, Bd. XI, S. 465) und die Zahl der Wachmannschaft mit „... 35 000 Mann SS und ... ungefähr 10 000 Mann vom Heer, Luftwaffe und Marine bei den Arbeitslagern ..." angegeben (Vernehmung durch Rechtsanwalt Babel, ebd., S. 452).
Als Vorlage für die Abb. dienten die Karten in: Gerhard Schoenberner, Der gelbe Stern, Die Judenverfolgung in Europa 1933 bis 1945, Hamburg 1960, S. 214 und R. Schnabel, a. a. O. Für die graphische Gestaltung danke ich Helmut Korhammer.


Hamburg
1 Neuengamme
Papenburg
Ravensbrück
2
Bergen-Belsen
Sachsenhausen
3
Berlin
Stutthof
34
33
35 Treblinka
Chelmno
Warschau
Essen
9
Dora-
4 Nordhausen
Spergau
Leipzig
Buchenwald
Lodź
32
Sobibor
29 Majdanek
6 Rebstock
8
7
5 Laura
Sonnenstein
23
25
22
Theresienstadt
28
Grossrosen
31
Plaszow
36
30
Belzec
24
Prag
20 Flossenbürg
Auschwitz
10
21
12
15
11
13
Natzweiler
Heuberg
Kuhberg
14
Ulm
16
Dachau
Landsberg
Mauthausen
27
26 Hartheim
Wien
17
18
19
Zürich
Budapest
Konzentrationslager
Betriebe
Arbeitslager
Grenzen 1937

Im einzelnen ergibt sich für die KZ folgendes Bild, wobei die Numerierung sich auf die Abbildung bezieht:

1. Neuengamme wurde 1941 für 25 000 Häftlinge gegründet und hatte 60 Zweiglager zwischen Flensburg und Hannover [34]). In Neuengamme selbst befand sich eine Ziegelfabrik der SS, eine der größten in Europa; außerdem mußten Häftlinge den Schlamm aus dem Elbkanal entfernen [35]) und für die Fa. Messap Zeitbomben montieren, in deren Auslösemechanismus Menschenhaare eingebaut wurden, die den Häftlingen in den KZ abgeschnitten worden waren [36]).

Weitere im Lagerbereich liegende Rüstungsbetriebe waren die Firmen JASTRAM und Walter-Werke [36a]). Die Zweiglager waren u. a. folgenden Firmen als Arbeitslager zugeordnet: Phrix-Werke (Hamburg), Hermann-Göring-Werke (Braunschweig), Drütte (Salzgitter), Draht und Metallwerke (Salzwedel), Blohm & Voss (Hamburg), Deutsche Werft (Hamburg), Borgward-Werke (Bremen), Luftwaffenmunitionsanstalt Lübberstedt, Dräger-Werke (Hamburg-Wandsbek), unterirdische Geheimwaffenproduktion in A I Lengerich, A II Porta Westfalica, A III Helmstedt [36b]).

Berüchtigt ist Neuengamme u. a., weil dort im Winter 1943/44 sowjetische Kriegsgefangene mit Zyklon B vergast wurden [37]).

2. Um 1940 wurde in Pölitz bei Stettin aufgrund des Vierjahresplans ein Hydrierwerk der IG-Farben zur Benzinherstellung aus Kohle errichtet [38]). Vermutlich aus diesem Grunde teilte Heydrich am 30. Januar 1940 auf einer Konferenz in Berlin über die Deportationen der polnischen Juden mit: „Mitte Februar sollten 1000 Juden aus Stettin, deren Wohnungen aus kriegswirtschaftlichen Gründen dringend benötigt werden, geräumt und gleichfalls ins Generalgouvernement abgeschoben werden" [39]). Dazu kam es aber nicht, denn am 12. Februar 1940 unterstrich Göring in einer Rede, „. . . daß vorläufig alle Deportationsmaßnahmen anzuhalten seien, um die Zahl der nützlichen Arbeitskräfte nicht zu verringern und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht zu erschweren" [40]). Bei einer Besprechung am 1. April 1940 in Berlin erwähnte Reichsstatthalter Greiser, dies beziehe sich wohl auf Stettin, denn man wolle auf jeden Fall doch das Lódźer Getto evakuieren [41]).

Nördlich von Pölitz entstand dann das KZ Pölitz, ein Außenlager des KZ Stutthof [42]), dessen Häftlinge vermutlich hauptsächlich im Hydrierwerk der IG-Farben arbeiteten, da dieser größte Konzern Deutschlands bei der Häftlingszuteilung bevorzugt wurde.

---

34) Kraus, Kulka, S. 278.
35) Ebd., S. 332.
36) Juden unterm Hakenkreuz, S. 312.
36a) Hans Schwarz, Konzentrationslager Neuengamme, in: „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung", Zeitschrift für Geschichte (Wien), Jg. 2/1960, Heft 3, S. 73—81, hier: S. 75.
36b) Alle Angaben nach ebd., S. 75 f.
37) L. Besymenski, S. 209 f. Die letzten KZ-Insassen von Neuengamme wurden Anfang Mai 1945 in der Lübecker Bucht von der SS auf drei Schiffe verladen, von denen zwei am 3. 5. 1945 von englischen Flugzeugen aus bis heute nicht ganz geklärten Gründen bombardiert und versenkt wurden. Von etwa 12 220 Menschen kamen dabei 7300 Gefangene und 600 Matrosen und Bewacher ums Leben (Rudi Goguel, „Cap Arcona", Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht am 3. 5. 1945, Frankfurt/M. 1972, S. 52 und 79).
38) Zu $^2/_3$ wurde diese Anlage von Shell und Standard Oil (USA) finanziert, mit denen die IG-Farben Kartellverträge abgeschlossen hatte („Der Spiegel", Nr. 52 v. 24. 12. 1973, S. 78; Leisewitz, S. 487).
39) Faschismus-Getto-Massenmord, Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut in Warschau, Frankfurt/M. o. J., S. 52.
40) Ebd., S. 54; der Erlaß kam am 23. 3. heraus. Eine ähnliche Verordnung hat auch Himmler an die Polizeidienststellen erlassen (ebd.).
41) Ebd.
42) Siehe die Karte „Deutschland 1945" im Anhang von Schnabel, a. a. O. Die Begriffe Außenlager, Nebenlager, Zweiglager, Arbeitslager etc. werden synonym verwendet, da sie sich nicht spezifisch unterscheiden.

3. Das KZ Sachsenhausen wurde 1936 errichtet und hatte Ende 1937 eine Lagerstärke von „nur" 2523 Häftlingen, Ende 1940 allerdings bereits 10 577, 1942: 16 577, 1944: 47 709 und im April 1945: 36 687, obwohl die Gesamtzugänge im Jahre 1944 50 560 betrugen [43])!

Ebenfalls im April 1945 wurden 33 000 Häftlinge evakuiert und sollten in Schiffen auf der Ostsee versenkt werden. Dazu kam es aber nicht mehr [44]), denn bis zum 2./3. Mai wurden die in Richtung Ostsee marschierenden Kolonnen und das Lager von der Roten Armee befreit.

In Sachsenhausen wurden im Herbst 1941 18 000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet [45]).

In der Nähe von Sachsenhausen liegt Oranienburg. Dort hatte neben einem eigenen KZ die „Inspektion der KZ" ihren Sitz, die Zentralstelle des KZ-Systems, deren Leiter ab April 1934 Theodor Eicke war und die 1942 dem WVHA als Amtsgruppe D unter Richard Glücks angegliedert wurde [46]).

Im KZ Sachsenhausen befand sich auch die Falschgeldfabrik der Nazis, „Unternehmen Bernhard" genannt. Sie stellte vor allem englische Pfundnoten her, die so gut gefälscht waren, daß sie in der Schweiz nicht als Falsifikate erkannt wurden [47]). Für diese „Produktion" wurden 1942 Fachleute aus dem KZ Buchenwald und 1944 20 Fachleute aus Auschwitz nach Sachsenhausen geholt. Am 23. Februar 1945 wurde die Falschgeldfabrik evakuiert und die Maschinen in ein Zweiglager des KZ Mauthausen bei Linz (Redl Zipf) verlegt, wo die Produktion fortgesetzt werden sollte [48]). Schließlich wurde der Rest des Falschgeldes in den Traunsee und den Toplitzsee geworfen [49]); auf dem Traunsee schwammen Mitte Mai 1945 Tausende von englischen Pfundnoten, wodurch das Ausmaß des Unternehmens bekannt wurde [50]).

Die Häftlinge von Sachsenhausen wurden in folgenden Betrieben ausgebeutet:

a) SS-Betriebe: Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DEST) (Oranienburg, ab 1943 auch Rüstungsproduktion), zeitweilig 2200; Deutsche Ausrüstungswerke GmbH (DAW), 1660; SS-Bekleidungswerke, 800; SS-Hauptzeugamt, 500; SS-Nachrichten-Zeugamt und SS-Kfz-Depot, 2460; Kommando „Speer" (Bauten), 2000 [51]).

b) Andere Firmen forderten ebenfalls KZ-Häftlinge an, u. a. Siemens (Berlin), 2100; AEG-Kabelwerk (Berlin), 700 Frauen; Demag-Panzerwerk (Berlin-Falkensee), 7000 Männer; Auer AG, Gasmasken (Oranienburg), 1800 Frauen; Daimler-Benz-Werke (Genshagen bei Berlin), 1100 Frauen; IG-Farben-Zellulosefabrik (Kirstein), 300 Männer; Brabag-Kohleverflüssigung (Schwarzheide, 13 % IG-Farben), 1100 Männer; Dynamit AG (Glöwen), 300 Männer und 500 Frauen. Insgesamt arbeiteten in diesen und einigen anderen Betrieben 13 950 männliche und

43) Angaben nach: Damals in Sachsenhausen, hrsg. vom Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Berlin (DDR) 1967, S. 137—151. Neuauflage: Sachsenhausen, Berlin (DDR) 1974, S. 28—32.
44) Allerdings starben Tausende auf dem Fußmarsch durch Mecklenburg (Damals in Sachsenhausen, S. 150).
45) Sachsenhausen, S. 30.
46) Reinhard Henkys, Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Stuttgart/Berlin (West) 1964, S. 36. Eicke war 1933 Kommandant des KZ Dachau, des Prototyps der späteren großen KZ.
Von den 65 613 Insassen des KZ Dachau (am 22. 4. 1945) hat mehr als die Hälfte in Außenlagern gearbeitet (Henkys, S. 161).
47) Kraus, Kulka, S. 310 ff.
48) Dort wurde unterirdisch die „V 1" produziert (ebd., S. 316).
49) Ebd.
50) Ebd., S. 316 f. Der Wert der englischen Pfundnoten, die gefälscht waren, betrug nach Zeugenaussagen insgesamt 133 621 000 Pfund! Durch Sabotage der Häftlinge waren davon aber nur 8 % gut verwendbar (ebd., S. 313).
51) Damals in Sachsenhausen, S. 57; auch Kraus, Kulka, S. 332.

9750 weibliche = 23 700 Gefangene [52]). Es wird geschätzt, daß hierdurch monatlich mindestens 2 370 000,— RM in die SS-Kasse flossen [53]).

Alle diese Firmen hatten Arbeitskommandos und/oder Außenlager auf ihrem Werksgelände [54]). Das berüchtigte Außenkommando „Klinkerwerk" z. B. gehörte zu der Fa. Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH.

Aus dem KZ Oranienburg forderte Krupp auch für Mülhausen, wo die Firma die elsässischen Elmag-Werke „übernommen" hatte, am 5. Juli 1943 „ein Maximum von 1250 KZ-Arbeitern" [55]).

4. Das Lager „Dora"-Nordhausen am Südharz entstand als Außenlager des KZ Buchenwald, nachdem die V1/V2-Waffenproduktion von Peenemünde dorthin verlegt werden mußte. Die Produktion wurde unter dem Tarnnamen „Mittelwerke GmbH" betrieben, weshalb das Lager auch „Mittelbau" genannt wurde [56]). Die Fa. wurde über die Rüstungskontor GmbH finanziert, die dem Amt für Wirtschaft und Finanzen unterstand [57]).

Der Ort Niedersachswerfen bei Nordhausen wurde aus folgendem Grunde als Standort gewählt: Es war dort eine Firma der BASF/IG-Farben tätig, das Ammoniakwerk Merseburg GmbH, Gipswerk Niedersachswerfen, die einen Gips-Steinbruch zur Schwefelsäureherstellung unterhielt [58]). Außerdem gründete eine sogenannte Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft (Wifo), die 1934 gegründet worden war und seit 1935 dem Reichswirtschaftsministerium unterstand, eine Niederlassung in Niedersachswerfen. Sie beabsichtigte, dort ein riesiges Kampfgas- und Treibstofflager zu errichten, wozu die IG Farben ihr die Untertunnelung des Kohnstein vorschlug [59]).

In diese Lagerstollen wurde nun die Produktion der V-Waffen hineinverlegt. Die Wifo ließ sich nicht so leicht vertreiben, aber schließlich wurde das ganze riesige Lager (u. a. 15 Mio. Liter Kampfstoffe!) angeblich in die Tschechoslowakei verlegt [60]). Die Leitung der Bauarbeiten wurde am 1. Juni 1944 an die Wifo übertragen und diese dann im August 1944 in die Mittelwerke eingegliedert [61]). Zur gleichen Zeit, als die Fa. Mittelwerke GmbH gegründet wurde, traf am 28. August 1943 der erste Häftlingstransport aus Buchenwald in Niedersachswerfen ein [62]). Die KZ-Häftlinge wurden zunächst unter entsetzlichen Bedingun-

52) Alle Angaben nach: Damals in Sachsenhausen, S. 58 f. An anderer Stelle wird angegeben, daß nach einer Verfügung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung im März 1941 alle jüdischen Bürger beschleunigt zur Arbeit einzusetzen waren und die Zahl der jüdischen Zwangsarbeiter in Berlin sich bis August 1941 auf etwa 26 000 erhöhte (Juden unterm Hakenkreuz, S. 249).
53) Bei einer Zugrundelegung von 4,— Mark pro Tag und 25 Tagen im Monat (ebd.). Der Arbeitstag begann um 5 Uhr und endete zwischen 18 und 19 Uhr.
54) Damals in Sachsenhausen, S. 59—65.
55) William Manchester, Krupp. Zwölf Generationen, München 1968, S. 410.
56) Vgl. Manfred Bornemann, Geheimprojekt Mittelbau, Die Geschichte der deutschen V-Waffen-Werke, München 1971; s. auch Kommandant in Auschwitz, Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß, hrsg. von Martin Broszat, München 1963, S. 141.
57) Bornemann, S. 44.
58) Ebd., S. 19 ff.
59) Ebd., S. 22.
60) Ebd., S. 57.
61) Ebd., S. 45; am 4. 10. 1944 entschied das Reichsrüstungsministerium, daß alle bei Niedersachswerfen stehenden und noch zu bauenden Rüstungsprojekte in die Fa. Mittelwerke GmbH eingegliedert werden sollen (ebd., S. 76). Außerdem übernahm die Mittelwerke GmbH die Auftragsfirmen der Heeresanstalt Peenemünde (V-Werk): Luftschiffbau Zeppelin, Friedrichshafen; Rax-Werke, Wiener Neustadt (von Henschel AG, Kassel, 1938 „übernommen", frühere Lokomotivenfabrik); Demag-Fahrzeugwerke, Berlin-Falkensee (ebd., S. 53). Diese und alle anderen Bauarbeiten der Rüstungs- und Kriegswirtschaft wurden von der „Organisation Todt" (OT) ausgeführt, die auf ihren Baustellen Hunderttausende von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen beschäftigte (Martin Broszat, Der Staat Hitlers, dtv Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 9, München 19744, S. 332). Die OT hatte schon die Heeresanstalt Peenemünde mitgebaut sowie die Abschußanlagen für die V 1 in Frankreich und andere Projekte (siehe David Irving, Die Geheimwaffen des Dritten Reiches, Reinbek 1968, passim). Dr. Ing. F. Todt war gleichzeitig Munitionsminister (Vorgänger Speers), Generalbevollmächtigter für die Bauwirtschaft im Rahmen des Vierjahresplans und als Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen für den Bau der Reichsautobahnen verantwortlich (Broszat, S. 328—332).
62) Bornemann, S. 43.

gen direkt in den unterirdischen Stollen untergebracht [63]), bevor an der Südseite des Berges ein Arbeitslager für 30 000 Häftlinge gebaut wurde [64]).

Im September 1943 waren im Lager Dora (unterirdisch) 3000, im November 9000 und im Januar 1944 12 000 Insassen [65]). Ende April 1944 gab es 17 500 Häftlinge in „Dora", aber erst Ende Mai konnten die letzten die unterirdischen Blocks verlassen. 6000 waren „durch Arbeit gestorben", die „Kranken" wurden „ins Gas geschickt": bis 27. März 1944: 2937 nach Buchenwald, am 15. Januar und 6. Februar 1944 je 1000 nach Majdanek und am 8. April 1944 1000 nach Bergen-Belsen [66]). Auch wurden weitere Buchenwald-Außenlager in der Nähe gegründet, denn die Firma Junkers AG zog in den bombensicheren Kohnstein ein [67]). Weitere Transporte kamen in den ersten drei Monaten im KZ Mittelbau an; sie stammten aus Buchenwald, Auschwitz, Groß-Rosen, Ravensbrück (ein Frauenlager), Bunzlau und Aslau [68]). Nach der Invasion wurden sogar Franzosen in den Mittelraum verschleppt [69]).

Den Häftlingen ging es jetzt wesentlich besser, weil zur Raketenproduktion ausgeruhte Arbeiter benötigt wurden. Als man am Ende des Krieges nicht wußte wohin mit den über 40 000 Häftlingen, die dem „Feind" nicht in die Hände fallen sollten, sind diese einem Vernichtungsbefehl Himmlers offenbar nur dadurch entgangen, daß der verantwortliche SS-Sturmbannführer Richard Baer bei einem Autounfall verletzt wurde und sein Stellvertreter Hößler die Lager evakuieren ließ [70]). Am 11. April 1945 erreichten die Amerikaner Nordhausen, kurze Zeit später traf auch die Rote Armee dort ein.

5. Das Lager „Laura" bei Lehesten (südlich von Saalfeld) war ebenfalls ein Außenlager des KZ Buchenwald. Hier unterhielt die Steinbruch-Verwertungs-GmbH die größten Schieferbrüche Deutschlands [71]). In einem der großen Steinbrüche wurde nach Beschlagnahmung des Geländes durch das Oberkommando des Heeres (OKH) im Herbst 1943 die Teileproduktion für Mittelbau, Raketenmotoren, in Gang gesetzt. Der Tarnname der Fabrik lautete „Vorwerk Mitte". Eine vollständige Liste von nicht weniger als 136 (!) Außenlagern bzw. -kommandos des KZ Buchenwald bei SS- und Privatbetrieben ist enthalten in „Buchenwald, Mahnung und Verpflichtung" [72]), darunter befinden sich die Dortmund-Hörder-Hüttenverein AG, 420; Rheinmetall-Borsig AG (Düsseldorf und Sömmerda), 1650; BMW (Eisenach), 220; Gelsenberg Benzin AG (Gelsenkirchen), 1600; Siebel Flugzeugwerke GmbH (Halle/Saale), 500; Ford-Werke Köln-Niehl, 50; Wintershall AG Werk Lützkendorf (Kr. Querfurth), 600; Mansfeld AG (Rothenburg/Saale), 80; IG-Farben-Filmfabrik (Wolfen), 390 u. v. a.[73]).

Auf dem Gelände des KZ Buchenwald selbst befanden sich 13 große Hallen der Rüstungsfabrik Gustloff-Werke [74]).

---

63) Vgl. den Augenzeugenbericht von Wadim Bykadorow, in: L. Besymenski, S. 209 ff.
64) Bornemann, S. 43.
65) Besymenski, S. 210.
66) Bornemann, S. 66.
67) Folgende Junkers-Betriebe wurden in den Mittelraum verlegt: Stammwerk Dessau, das bereits ein Arbeitslager besaß, die Zweigwerke Schönebeck, Magdeburg, Köthen, Leipzig und Langenwerke AG, Langensalza (ebd., S. 73 und 80).
68) Ebd., S. 137.
69) Ebd., S. 87.
70) Ebd., S. 138 f.
71) Ebd., S. 64.
72) Hrsg. im Auftrage der Fédération Internationale des Resistants (FIR) vom Internationalen Buchenwald-Komitee und dem Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Frankfurt/M. 1960, S. 292—310. Entsprechend hoch waren die Einnahmen der SS, nämlich im Durchschnitt etwa 6—7 Mio. RM monatlich 1944 (ebd., S. 241).
73) Ebd., S. 292—310.
74) Ebd., S. 55.

6. Die gleiche Aufgabe, Teileproduktion für Mittelbau, hatte das sogenannte „Vorwerk West" bei Dernau/Ahr. Das Lager „Rebstock", das hier entstanden war, soll ein Außenlager des KZ Natzweiler gewesen sein [75]), dessen Granitwerk der DEST für die Junkers Werke in Straßburg arbeitete [75a]).

7. Zwangsarbeiter wurden auch in der Zellwoll AG in Schwarza eingesetzt. Diese Firma zeichnete sich durch größte Brutalität aus. Der Leiter der Platzkontrolle drohte, „... alle diejenigen ‚rücksichtslos auszumerzen', die den polnischen Arbeitern aus ‚Humanitätsduselei' zusätzliches Essen verschafften oder sie auch nur mit Kamerad anredeten" [76]).

Und als gegen Ende des Krieges die Arbeitskräfte immer knapper wurden und die faschistischen Beschaffungsstellen der Industrie eine etwas schonendere Behandlung der Arbeitskräfte empfahlen, protestierte die Zellwoll AG: „... als dann die scharfen Verordnungen des GBA Sauckel (Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz innerhalb des Vierjahresplans, d. Verf.) herauskamen und schlagartig eine humane Behandlung einsetzen mußte, verschwand auch schlagartig die Leistung" [77]).

8. Ein weiteres unterirdisches Werk, REIMAHG, in dem ausländische Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden, wurde zwischen Kahla und Großeutersdorf (in der Nähe von Jena) zusammen mit einem Lager errichtet. Hier wurden neuartige Düsenjäger gebaut, deren Produktion vor Luftangriffen geschützt werden sollte. 1944 trieben die Nazis von April bis November 12 000 ausländische Arbeiter, darunter 1050 Polen, in Kahla zusammen [78]). Durch das mörderische Arbeitstempo stieg die Zahl der Toten bis Kriegsende auf 50 % der Belegschaft [79]).

9. Die Krupp-Werke in Essen unterhielten zahlreiche eigene Lager, darunter zwei Straflager, die sogenannte Dechen-Schule und die Neerfeldschule [80]). In der Raumerstraße waren in einem Lager 1800 sowjetische Kriegsgefangene untergebracht [81]), in der Seumannstraße 3000 Sowjets, westliche Arbeiter und deutsche Gefängnishäftlinge [82]), im Lager Krämerplatz 2000 Slawen und Franzosen, Hafenstraße III 1000 Tschechen, Nöggerathstraße 1100 Franzosen, Spenlestraße 2500 Sowjets usw. In der Humboldtstraße befand sich ein Frauenlager. Zur Bewachung der Frauen im Lager und bei der Arbeit ließ Krupp 45 deutsche Angestellte in die SS eintreten und im Frauen-KZ Ravensbrück drei Wochen lang zu Aufseherinnen ausbilden und in SS-Methoden unterweisen [83]).

In den 55 Krupp-Arbeitslagern in Essen herrschten KZ-Zustände. Die Insassen wurden ganz offen unter Bewachung durch die Stadt geführt und ins Werk gebracht [84]).

75) Bornemann, S. 64. Bei Schnabel (a. a. O.) ist das Lager zu Buchenwald gehörig eingezeichnet.
75a) E. Georg, S. 58.
76) Eva Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin (DDR) 1964, S. 195.
77) Ebd., S. 202. Sauckel war Gauleiter von Thüringen und wurde am 21. 3. 1942 per Hitlererlaß zum GBA ernannt (Dok. 009-RF, IMG, Bd. XXXVIII, S. 499).
78) Seeber, S. 196. Das Lager unterstand Buchenwald.
79) Ebd., S. 197.
80) Krupp-Prozeß (Fall 10), Bd. 100, Dok. NIK-11280, zit. nach Seeber, S. 203. In der Dechen-Schule hielt sich der Gestapo-Kriminalrat Nohles als Strohmann auf, um die Tatsache zu verschleiern, daß die Lager Krupp unterstanden (Manchester, S. 475).
81) Kraus, Kulka, S. 366; Manchester, S. 473.
82) Die folgenden Angaben nach Manchester, S. 472 ff.
83) Ebd., S. 522. Im KZ Ravensbrück befanden sich mehrere SS-Betriebe, darunter die DAW und die Textil- und Lederverwertung GmbH (Frauen-KZ Ravensbrück, Autorenkollektiv, Berlin [DDR] 1971, S. 84). Außerdem mußten die Frauen in verschiedenen Rüstungsbetrieben arbeiten (ebd., S. 90—92). Größte Lagerstärke im Februar 1945: 46 473 Frauen und Männer (ebd., S. 232).
84) Manchester, S. 524.
85) Entfällt.
86) Entfällt.

Zu erwähnen ist auch, daß Alfried Krupp Heinrich Lehmann zum Verbindungsmann zur Deutschen Arbeitsfront und zum Direktor der neuen Abteilung Arbeitseinsatz A ernannte (Beschaffung und Rekrutierung von Arbeitskräften) [87]).

Insgesamt beschäftigte der Krupp-Konzern während des Krieges rund 55 000 Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion, 18 000 Kriegsgefangene und 6000 KZ-Häftlinge [88]).

Die Wachmannschaften stellte der Kruppsche Werkschutz, der Leiter der Zwangsarbeitslager war der Direktor und Leiter des Forschungsinstituts, Gustav Kupke, der im Krupp-Prozeß aussagte, er habe eigenhändig Stahlruten und Lederknüppel in den Lagern verteilt [89]), mit denen nicht selten Arbeiter totgeprügelt wurden.

Für 12 326 Tagwerke Zwangsarbeit im September 1944 zahlte der Krupp-Konzern 49 304,— RM an die KZ-Verwaltung Buchenwald [90]).

10. Das Lager Mannheim-Sandhofen war ein Außenkommando des KZ Natzweiler, wo die Fa. Daimler-Benz AG 1060 Häftlinge beschäftigte [91]). Natzweiler selbst entstand aus einem Arbeitslager eines Granitwerkes der DEST, in dem etwa 500 Häftlinge arbeiteten [92]).

11. Iffelheim: Außenkommando von Natzweiler für HWL-SS [93]).

12. Friedrichshall/Kochendorf: Außenlager von Natzweiler; 1600 Häftlinge beschäftigt bei den Heinkel-Flugzeugwerken [94]).

13. Geislingen/St., an der Fils: Außenlager von Natzweiler; 230 Häftlinge bei der Fa. Württembergische Metallwarenfabrik (WMF) [95]).

14. Schömberg und Schörzingen: Außenlager von Natzweiler bei den Ölschieferbrüchen der Fa. Kohle-Öl-Union KG [96]). Aus Ölschiefer versuchte die SS Treibstoff zu gewinnen, der aber infolge des aufwendigen Verfahrens sehr teuer war. Dies ließ sich sowieso nur durchführen, weil man auf „kostenlose" Arbeitssklaven zurückgreifen konnte; andererseits waren die Faschisten gezwungen, jedes nur erdenkliche Verfahren zur Benzinherstellung zu erproben. Im Umkreis von 50 km wurden von 1943 bis 1945 elf Ölschieferbergwerke errichtet. Die Häftlingszahl muß mehrere tausend betragen haben, denn auf dem Friedhof Schömberg liegen 1740 Tote, bei Bisingen 1158 und in Schörzingen 528 [97]).

15. Wasseralfingen: Außenlager des KZ Dachau. 200 Häftlinge für Alfingerwerke [98]).

---

87) Ebd., S. 464; Lehmann durchkämmte fünf besetzte Länder; z. B. holte er aus Holland 30 000 Stahlarbeiter und Schiffsbaumeister in die Germaniawerft in Kiel (ebd.). Und als Krupp das Werk Krawa im Elsaß nach Nürnberg und anderswohin verlegen mußte, wurde Lehmann nach Oranienburg zum Chef des SS-WVHA, Pohl geschickt, um weitere Frauen zu erhalten. Da Auschwitz zu dieser Zeit bereits evakuiert war, wurden aus Buchenwald 2000 Frauen in die Kruppschen Werke entsandt (Kraus, Kulka, S. 365 f.).
88) Kraus, Kulka, S. 367. Die Gesamtbeschäftigtenzahl betrug im September 1944 277 966 (Manchester, S. 470).
89) Seeber, S. 202. Der kriegsgefangene Arzt der polnischen Armee Gotowicki sagte in Nürnberg aus: „Im Lager waren auch sowjetische Frauen. Sie erzählten mir, sie würden täglich bei der Arbeit in den Krupp-Werken barbarisch geschlagen" (nach Kraus, Kulka, S. 367).
90) Juden unterm Hakenkreuz, S. 340.
91) Julius Schätzle, Stationen zur Hölle, Konzentrationslager in Baden-Württemberg 1933—1945, Frankfurt/M. 1974, S. 65.
92) Georg, S. 45.
93) Schätzle, a. a. O.
94) Ebd.
95) Ebd.
96) Ebd.
97) Ebd., S. 49—51. Zusammen mit dem Lager in Dautmergen sollen sogar 10 000 Häftlinge bei den Bauarbeiten eingesetzt gewesen sein (Georg, S. 106). — Das KZ Heuberg war das erste in Baden-Württemberg. Kurz darauf wurde das KZ Kuhberg in einer alten Festung errichtet (Schätzle, S. 15 ff. und 28 ff.). Hier wurden 1933 kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre eingesperrt, unter anderen auch Dr. Kurt Schumacher (ebd., S. 19).
98) Ebd., S. 66.

16. Ulm/Donau: Außenlager von Dachau. 40 Häftlinge für die Fa. Klöckner-Humboldt [99]).

17. Überlingen/Bodensee: Zweiglager von Dachau. 700 Häftlinge für Fa. „Magnesit" [99a]).

18. Friedrichshafen/Bodensee: Außenlager von Dachau. 400 Häftlinge bei der Zahnradfabrik Balluf & Springer, den Aluminiumwerken, den Reichsbahnausbesserungswerken, Maybach-Motoren und Dornier-Flugzeugwerken [100]).

19. Fischen im Allgäu: Außenlager von Dachau: 250 Häftlinge für die Fa. Messerschmitt AG [101]).

20. 1938 wurde ein KZ in Flossenbürg errichtet, da die DEST dort ihren ersten Steinbruch erworben hatte. In dem Granitwerk arbeiteten im Mai 1942 1700 Häftlinge [102]).

Flossenbürg hatte insgesamt 20 Zweiglager und 73 Außenkommandos, in denen 40 000 Häftlinge arbeiteten [103]). Nach Flossenbürg wurde die Messerschmitt AG aus Regensburg verlegt. Die Einnahmen für die Häftlingsarbeit betrugen für das KZ Flossenbürg im November 1944 3,5 Mio. RM, im März 1945 4,6 Mio. RM [104]).

21. In Hersbruck (östlich von Nürnberg), einer Zweigstelle von Flossenbürg, wurde unterirdisch für die Rüstung produziert [105]).

22. In Leitmeritz (Litoměřice) fand ebenfalls unterirdische Rüstungsproduktion statt unter dem Decknamen „Bauvorhaben Richard". Das Lager wurde 1944 als Außenlager von Flossenbürg in der früheren Artilleriekaserne errichtet [106]). Häftlinge kamen aus Groß-Rosen (Mai 1944), polnische und ungarische Frauen ebenfalls aus Groß-Rosen (Februar 1945), Häftlinge aus Dachau im Januar 1945, am 14. Februar 1945 ein Evakuierungstransport aus Groß-Rosen und Auschwitz mit 2050 Personen, desgleichen am 9. April aus Buchenwald 1473 Personen, ansonsten auch tschechoslowakische Häftlinge aus der Umgebung sowie Franzosen und Italiener [107]).

Die Häftlingszahlen betrugen im Juni 1944: 800, Juli: 1500, Ende 1944: 5000 und Februar 1945: 7045 [108]). Es wird ein Durchgang von 14 000 in zwölf Monaten angegeben [109]). Der Bauherr von „Richard" war Speer, und die Bauarbeiten in den von der Fa. Leitmeritzer Kalk- und Ziegelwerke AG verlassenen Bergwerken führten die Fa. Mineralöl Baugesellschaft sowie weitere 43 Firmen aus [110]). Im Oktober oder November 1944 nahm die Fa. Auto-Union AG Chemnitz die Produktion von Panzermotorenteilen auf. Die Fabrik hatte den Decknamen „Elsabe" [111]).

23. Das KZ Rabstein (Rabštejn) bei Kamnitz in der Gegend von Tetschen war ein weiteres Außenlager von Flossenbürg. Die unterirdischen Gänge mußten hier

99) Ebd.
99a) Ebd.
100) Ebd., S. 65.
101) Ebd., S. 64.
102) Georg, S. 44.
103) Richard — Unterirdische Fabrik und Konzentrationslager bei Litomerice, Mahnmal Terezín, von Jiří Krivsky und Marie Křížková, o. O. 1967, S. 4.
104) Ebd.
105) Ebd., S. 5.
106) Ebd., S. 11.
107) Ebd., S. 11, 13, 21 und 25.
108) Ebd., S. 21 f.
109) Ebd., S. 26.
110) Ebd., S. 9.
111) Ebd., S. 18.

in Basalt geschlagen werden. 1943 wurde die Weserflugzeugbau GmbH aus Bremen hierher verlegt. Es entstanden an die 30 Arbeitslager, die mit Zwangsarbeitern und Häftlingen aus ganz Europa angefüllt waren [112]).

24. In Bruex übernahmen die Hermann-Göring-Werke die großen Braunkohlenbergwerke sowie ein Treibstoffwerk, das 70 000 t jährlich produzieren sollte [113]), also mehr als in Leuna. Das dortige Lager gehörte ebenfalls zu Flossenbürg.

25. In der Nähe von Leitmeritz lagen die Chemischen Werke Aussig-Falkenau GmbH, auf die die IG-Farben bereits am 23. und 29. Februar 1938 Ansprüche geltend machte, mit der Bemerkung, daß dort nur Produkte hergestellt würden, „... die die IG sachverständig weiterzuführen in der Lage sei" [114]). Die IG konnte schließlich 50 % dieser Werke übernehmen und spendete dem „Führer" daraufhin am 1. Oktober 1938 eine halbe Million RM, anläßlich der von ihm „... erreichten Heimkehr Sudetendeutschlands ins Reich ..." [115]).

Entsprechend befanden sich in Aussig und in Falkenau Außenlager des KZ Flossenbürg [116]).

Die starke Konkurrenz der Hermann-Göring-Werke bei der Ausraubung der Tschechoslowakei veranlaßte Georg v. Schnitzler, IG-Farben, in Nürnberg alle Schuld dem faschistischen „Staat" zuzuschieben: „Die Art und Weise, wie die verschiedenen Gebilde der Naziregierung, wie die Göring-Werke und die SS, in die tschechoslowakische industrielle Wirtschaft eindrangen, war sehr verwerflich, da sie sich praktisch als *Plünderung im Interesse privater Gesellschaften* auswirkte. IG nahm auf diesem Gebiet nicht teil und beschränkte sich auf ihre 50%ige Beteiligung an den Chemischen Werken Aussig-Falkenau" [117]). Hier wird deutlich, welche Bedeutung die in Nürnberg angeklagten Industriellen der These von der Verselbständigung der Politik zumaßen. Tatsächlich beschränkte sich die IG überhaupt nicht freiwillig auf ihre 50-%-Beteiligung: Die IG mußte sich mit ihrem Konkurrenten Chemische Fabrik von Heyden, die bereits im Frühjahr geheime Verhandlungen mit dem OKW geführt hatte, einigen, um dritte Bewerber — wie Wintershall und Rütgers Werke — auszubooten [118]).

26. In Linz wurde vom SS-WVHA eine Ziegelfabrik errichtet, deren Rohstoffe die Hermann-Göring-Werke und Arbeitskräfte das KZ Mauthausen lieferte; der Gewinn wurde geteilt [119]). Das KZ Mauthausen war schon drei Monate nach der „Eingliederung" Österreichs in das Deutsche Reich als „Ostmark", also im Juni 1938, gegründet worden. 15 Zweiglager [120]) dienten der Versorgung verschiedener Betriebe mit Arbeitskräften [121]). Die Hermann-Göring-Werke errichteten in Linz Eisen- und Stahlfabriken und waren auch an einer Anlage zur Stickstoffproduktion, der Stickstoffwerke Ostmark AG, beteiligt, die von den IG-Farben und anderen Firmen 1940 gebaut wurde [122]). Die Häftlingszahl im KZ Maut-

112) Ebd., S. 29 f.
113) Aussage von Georg v. Schnitzler, IG-Direktor, Leiter des Kaufmännischen Ausschusses, IG-Farbenprozeß, Bd. 15/17, Bl. 236 ff., zit. nach J. Kuczynski, a. a. O., Bd. 6, S. 89.
114) G. v. Schnitzlers Schreiben an ter Meer, Kuehne, Ilgner und Wurster, sämtlich IG, v. 29. 9. 1938, IG-Farbenprozeß, Bd. 51, abgedruckt bei Kuczynski, a. a. O., S. 43 f.
115) Telegramm v. 1. 10. 1938, ebd., S. 45.
116) Karte „Deutschland 1945", in: Schnabel, a. a. O.
117) Aussage von Schnitzler, a. a. O., S. 89 (Hervorhebung v. Verf.).
118) J. Kuczynski, a. a. O., Bd. 16, S. 56 f.
119) Kraus, Kulka, S. 277.
120) Juden unterm Hakenkreuz, S. 171.
121) Siehe auch Jaques Delarue, Die Geschichte der Gestapo, Düsseldorf 1964, S. 273, der das Transportraum-Argument (s. o.) *einmal mehr ad absurdum führt*: „Abgang und Größe dieser Transporte (der von Eichmann zusammengestellten Deportationen, d. Verf.) waren den Aufnahmekapazitäten der Lager und dem Maß angepaßt, wie die Deutsche Reichsbahn Transportraum zur Verfügung stellen konnte" (ebd.).
122) Aussage von Schnitzler, a. a. O., S. 88. Stickstoff dient als Grundstoff für Sprengstoffe und Düngemittel.

hausen stieg zwischen Februar 1944 und März 1945 von 30 000 auf 71 000 (mit den großen Außenlagern). Insgesamt sind hier 70 000 Menschen umgekommen, darunter ein hoher Anteil sowjetischer Kriegsgefangener [123]).

27. Außenlager von Mauthausen wurden z. B. in Ebensee, St. Georgen und Gusen errichtet, da dort unterirdische Rüstungsfabriken, in denen die SS mit der Fa. Messerschmitt AG kooperierte, die Produktion des Jägers Me 109 und Me 262 aufnahmen [124]).

Die „Kranken" in Gusen, d. h. Arbeitsunfähige, aber auch in Frankreich festgenommene „rotspanische" Häftlinge, wurden auf besondere Art umgebracht, weil dort kein ständiger Arzt zum „Abspritzen" stationiert war. Auf Befehl des Lagerführers wurden sie mit eiskaltem Wasser unter hohem Druck geduscht, bis sie starben. Diese Aktion nannten die Faschisten „Baden" [125]).

Eine weitere unterirdische Anlage bauten Häftlinge aus Mauthausen in Gmunden am Traunsee ab Herbst 1943 [126]). Dieses Vorhaben „Zement" sollte zuerst die Anlagen von Peenemünde aufnehmen, wurde dann aber nach dem Juli 1944 für den Bau von Panzergetrieben verwendet [127]).

Die IG-Farben errichtete 1940 in Moosbierbaum eine Hydrieranlage für Flugzeugtreibstoff und beteiligte sich an einer Magnesiumanlage (für Brandbomben) [128]). Das dortige Arbeitslager gehörte ebenfalls zum KZ Mauthausen. Da die Nazis sich aber in Österreich laut Schnitzler sehr unbeliebt gemacht hatten, gründete die IG vorher die Donau-Chemie AG [129]), um unter diesem Decknamen die obigen Anlagen zu betreiben; ebenfalls unter diesem Deckmantel wurden von der IG große Ländereien im sogenannten Tullner Feld, 20 bis 30 km donauaufwärts von Wien entfernt und nach Schnitzler „. . . in sehr günstiger Lage für industrielle Entwicklung", erworben [130]).

28. Das Berthawerk (nach Bertha Krupp benannt) der Fa. Krupp wurde 1942/43 mit Hilfe von KZ-Häftlingen, hauptsächlich aus Auschwitz, aufgebaut [131]). Das Werk lag in Markstädt bei Breslau, nicht weit vom KZ Groß-Rosen, das 1941 gegründet worden war und 70 Außenlager besaß [132]). Mit dem Berthawerk wurde ein eigenes KZ errichtet, das Lager Fünfteichen, in dem sogar eine Gaskammer installiert war. In einem firmeneigenen Memorandum wird festgestellt (am 21. Juli 1943): „Es wird ein KZ aufgebaut, für 4000 Gefangene. Die Fertigstellung des Lagers und die Gefangenentransporte müssen beschleunigt werden" [133]). Diese 4000 Häftlinge forderte das Werk, das Haubitzen herstellte, im selben Monat aus Auschwitz an [134]); im Juli 1944 wurde um weitere 500 Häftlinge aus Auschwitz

123) R. Henkys, S. 161 f.
124) Richard, S. 6, und E. Georg, S. 57.
125) Henkys, S. 53 f.
126) M. Bornemann, S. 132.
127) Ebd.
128) Aussage von Schnitzler, a. a. O., S. 88.
129) Diese „Gründung" ging folgendermaßen vor sich: die Aktien der Pulverfabrik Skoda-Wetzler AG (SWW) wurden unter Druck von H. J. Abs, Deutsche Bank AG, von der Österreichischen Creditanstalt, Wien, an die IG-Farben weit unter Kurswert verkauft. Die SWW verschmolzen die IG-Farben dann mit ihrer Wiener Tochterfirma Anilin Chemie AG zur neuen Donau Chemie AG (Eberhard Czichon, Der Bankier und die Macht, Köln 1970, S. 103). Wien betrachtete die IG zu der Zeit als den „. . . geeignetste(n) Ort Großdeutschlands für eine Wirtschaftsbeobachtung Südosteuropas . . ." (Dok. NI-7987 des IG-Farbenprozesses, Auszug in: Fall 6, Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farbenprozesses, hrsg. u. eingeleitet von Hans Radandt, Berlin [DDR] 1970, S. 93).
130) Aussage von Schnitzler, a. a. O., S. 88 f. Moosbierbaum liegt westlich von Tulln.
131) Manchester, S. 496.
132) Kraus, Kulka, S. 278. Nicht weit von Breslau lag das Werk Dyhernfurth/Oder der Anorgana GmbH, einer IG-Farben-Tochter, das Kampfgase bzw. Giftstoffe herstellte (H. Schreyer, S. 151). Für dieses Werk hatte der Gebechem Krauch mit Pohl 9700 Häftlinge „fest vereinbart", die in einem Lager untergebracht waren, das dem KZ Groß-Rosen unterstand (Schnabel, a. a. O., S. 236 f., Geheimes Schreiben von Pohl an SS-Oberführer Kranefuss vom 15. 1. 1944, betr. die Bedarfslisten Krauchs für die chemische Industrie).
133) Manchester, a. a. O.
134) Kraus, Kulka, S. 365.

ersucht [135]). Auch in Wüstegiersdorf, südlich von Groß-Rosen, errichtete Krupp eine Fabrik. Dorthin wurden im Herbst 1944 200 Frauen geschickt [136]). Über die Lieferung weiterer Frauen — im Krupp-Büro-Jargon „Stücke" — für Krupps Werke in Geisenheim am Rhein und Kulmbach wurde noch im März 1945 verhandelt [137]). Auch das KZ-Groß-Rosen verdankt seine Entstehung einem SS-Granitwerk, wie im Falle von Mauthausen, Gusen, Flossenbürg und Natzweiler [138]).

29. Das im November 1941 entstandene Majdanek bei Lublin war durch den Einbau von sieben Gaskammern im Herbst 1942 ein weiteres Vernichtungslager geworden. Es hatte aber auch Außenlager, in denen das SS-WVHA acht Werke seiner Ostindustrie GmbH („Gesellschaft Osti") betrieb, deren Direktor u. a. Globocnik war [139]). Dabei handelt es sich um verlagerte Betriebe aus dem Getto Warschau, die Anfang 1943 mit 20 000 Juden „nach Lublin verbracht" wurden [140]).

Auch die DAW hatten einen Betrieb in Lublin [141]).

Im KZ Majdanek kamen bis zum 22. Juli 1944, der Befreiung durch die Rote Armee, über 200 000 Menschen um, unter Einbeziehung der Vernichtungsabteilung 1 380 000 [142]).

30. Das KZ Plaszów diente der Versorgung umliegender Rüstungs-, Wehrmachts- und Privatbetriebe mit Arbeitskräften. Es wurde errichtet, um die arbeitenden Insassen des Krakauer Gettos („Arbeitsgetto") aufzunehmen. Bis zur Fertigstellung des KZ sollten diese Juden in einem besonders gesicherten Teil des Gettos untergebracht werden: „Von hier sind die Arbeiter wie bisher von den Arbeitgebern zur Arbeit abzuholen, zur und von der Arbeitsstätte zu begleiten und wieder abzuliefern" [143]).

31. In Skarzysko-Kamienna, nördlich von Auschwitz, an der Warthe hatte die Hugo-Schneider-AG (HASAG), ein Chemiebetrieb aus Leipzig, ein Zweigwerk mit eigenen Lagern, u. a. in Tschenstochau. Dort wurden Sprengstoffe hergestellt, in anderen Betrieben auch Flakgeschütze und Panzerfäuste [144]); das Werk war vorher ein polnischer Betrieb, den sich die HASAG mit Billigung des OKW angeeignet hatte [145]).

Die Häftlinge mußten hier unter grauenhaften Bedingungen arbeiten: teilweise nur mit Papier bekleidet, hatten die Frauen, die den höchst giftigen Sprengstoffbestandteil Pikrinsäure herstellen mußten, gelbe Haut, rote Haare, rote Fingernägel durch Einwirken der Substanz und beim Zerstoßen von Trotyl (TNT), und sie lebten durchschnittlich nicht länger als zwei Monate [146]).

---

135) Ebd. Die Häftlinge — auf dem Höhepunkt der Produktion 6000 — konnten im Durchschnitt pro Nacht nur 4 bis 4½ Stunden schlafen und hatten im Winter 1943/44 keinen einzigen warmen Platz, während für die deutschen Arbeiter aus Essen große Koksöfen aufgestellt wurden (Manchester, S. 498).
136) Kraus, Kulka, a. a. O. Nach Wüstegiersdorf und Markstädt wurden übrigens auch Fabrikanlagen aus der Ukraine transportiert, als dort die sowjetische Offensive begann. (Manchester, S. 469.)
137) Kraus, Kulka, a. a. O.
138) E. Georg, S. 45.
139) Juden unterm Hakenkreuz, S. 333; Kraus, Kulka, S. 299 f. Die Gesellschafter der Osti waren Pohl (75 000 RM) und Lörner (25 000 RM), Chef des Haushaltsamtes und der Amtsgruppe B: Truppenwirtschaft des WVHA. Die Osti basierte vollkommen auf geraubtem jüdischem Vermögen und kontrollierte 18 Betriebe mit 52 000 Arbeitern (Georg, S. 90 ff.). Zu Direktoren solcher SS-Betriebe wurden KZ-Kommandanten nur unter dem Vorwand ernannt, um ihnen zusätzliche Gelder auszahlen zu können (Kraus, Kulka, S. 279).
140) Faschismus — Getto — Massenmord, S. 449 f.
141) Juden unterm Hakenkreuz, S. 333. Die DAW hatte 1941 einen Umsatz von 5,366 Mio. RM, 1942 9,540 Mio. und 1943 23,204 Mio. RM (!) (Georg, S. 62).
142) Juden unterm Hakenkreuz, a. a. O. Heinz Kühnrich, Der KZ-Staat, Berlin (DDR) 1960, S. 115.
143) Rundschreiben des SS- und Polizeiführers an Betriebsleiter im Distrikt Krakau v. 14. 12. 1942, nach: Faschismus — Getto — Massenmord, S. 448. Siehe auch S. 450, wo verschiedene Firmen aufgeführt sind.
144) Ebd., S. 420, 461 und 463 f.
145) Juden unterm Hakenkreuz, S. 339.
146) Auszüge aus Roza Baumingers Memoiren, in: Faschismus — Getto — Massenmord, S. 463.

Als das Gebiet im Juli 1944 geräumt werden mußte, beteiligten sich auch Angestellte der HASAG an dem daraufhin angeordneten Massenmord [147]).

32. Das Lódźer Getto war ein riesiges Kombinat für verschiedene monopolistische Firmen (Textilzentrum). Es stand unter Aufsicht der Rüstungsinspektion des Wehrkreises XXI (Warthegau) und unter dem Schutz des von Speer geleiteten Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion [148]).

Bis Ende August 1944 wurden aufgrund eines Befehls von Himmler zur Räumung des Gettos trotz Widerstandes der Rüstungsinspektion über 60 000 Menschen nach Auschwitz deportiert [149]). Diese Maßnahme resultierte also aus Streitigkeiten verschiedener Monopolfraktionen, denn in Auschwitz arbeiteten die Häftlinge hauptsächlich für IG-Farben.

Die Maschinen und Betriebseinrichtungen des Gettos wurden an verschiedene deutsche Firmen abgetreten [150]).

33. Südöstlich von Bromberg liegt an der Weichsel Torún (Thorn), wo die AEG 5000 Jüdinnen beschäftigte. Es handelt sich um einen Arbeitstrupp des KZ-Stutthof bei Danzig; von dort waren sie im Herbst 1944 nach Torún zu schwerster Arbeit abkommandiert [151]).

34. Ein anderer Arbeitstrupp von 6000 Jüdinnen des KZ Stutthof war beim Bau einer Brücke in Elbing eingesetzt, andere arbeiteten auf Flugplätzen in Ostpreußen oder auf Truppenübungsplätzen in Bruss bei Konitz [152]) sowie in drei Ziegeleien der DEST [153]).

35. Das Arbeitslager Treblinka I ist nicht zu verwechseln mit dem reinen Vernichtungslager Treblinka II, wohin das Warschauer Getto (300 000 Menschen) und die Juden des sogenannten Generalgouvernements (1 Mio.) deportiert wurden. Treblinka I für polnische und jüdische Arbeitskräfte wurde Mitte November 1941 errichtet. Es befand sich dort z. B. eine Kiesgrube der DEST [154]).

36. Auschwitz (Oświecim), das gigantischste Industrie-KZ-Kombinat des Dritten Reiches, wurde 1941 unter Beteiligung der IG-Farben gegründet. Die entscheidende „Geländebesichtigung" fand am 1. März 1941 statt [155]). An ihr nahmen

147) Juden unterm Hakenkreuz, S. 340. Weitere Lager hatte die Hasag in Altenburg, Colditz, Flößberg, Herzberg, Leipzig, Meuselwitz, Schlieben und Taucha, alles Außenlager von Buchenwald, wo 11 650 Häftlinge (Stand: Herbst 1944) ausgebeutet wurden (ebd.).
148) Faschismus — Getto — Massenmord, S. 370.
149) Ebd., S. 371.
150) Ebd.
151) Ebd., S. 465.
152) Ebd., S. 466.
153) E. Georg, S. 50 f.
154) E. Georg, S. 51. S. auch: Faschismus — Getto — Massenmord. S. 329. Reine Vernichtungslager waren auch die KZ Belzec, Sobibór und Chelmno.
155) Schon Anfang 1938 fand zwischen dem IG-Direktor Dr. Fritz ter Meer, Leiter des Technischen Ausschusses (TEA) und dem Reichswirtschaftsminister Beratungen über die Erweiterungen der Bunawerke in Oberschlesien und in der Nähe der nordböhmischen Grenze statt. Am 2. 11. 1940 wurde der Bau genehmigt (Kraus, Kulka, S. 340). Am 16. 1. 1941 wurden in einer Beratung der IG-Mitglieder Ambros, Mach, Santo und Eisfeld mit zwei Industriellen der Fa. Schlesien-Benzin folgende Ergebnisse festgehalten: 1. „Die Juden und Polen würden, wenn dort Industrie gebaut wird, ausgewiesen werden, so daß dann die Stadt für die Belegschaft der Fabrik zur Verfügung stünde." 2. „In unmittelbarer Nähe von Auschwitz wird für die Juden und Polen ein Konzentrationslager gebaut." 3. „Jeder Deutsche, der dort hinkommt, ist . . . Kolonist" (Dok. NO. NI-11784, Protokoll vom 16. 1. 1941, nach IG-Farben-Auschwitz-Massenmord, S. 7).
Auf Antrag von Krauch (!) und Weisung von Göring wurde am 26. 2. 1941 von Himmler die entsprechende Anordnung als „Geheime Reichssache" erlassen (d. h., wer unbefugt davon Kenntnis hatte, wurde mit dem Tode bestraft! Himmlers Anordnung siehe Dok. NO.NI-11086, abgedruckt in IG-Farben-Auschwitz-Massenmord, S. 13).
Im ersten Wochenbericht der IG-Farben-Bauleitung v. 1. 4. 1941 heißt es dann: „Mit dem K.Z. Lager wurde die Verbindung aufgenommen und ist ein schönes reibungsloses Arbeiten mit demselben zu erwarten" (ebd., S. 20).
Es ist auch kein Zufall, daß der Überfall auf die Sowjetunion am 22. 6. 1941 stattfindet und einige Wochen später schon Göring Heydrich beauftragt, mit der Vorbereitung der „Endlösung der Judenfrage" zu beginnen, die dann schließlich auf der „Wannsee-Konferenz" vom 20. 1. 1942 beschlossen wird (Henkys, S. 126). Das

teil: Gauleiter Bracht, die Regierungspräsidenten, der „Höhere SS- und Polizeiführer Schlesien", Heinrich Schmauser, führende Herren der IG-Farben und der Inspekteur der KZ, Glücks [156]).

Sodann wurden sieben polnische Dörfer in der Umgebung vollkommen geräumt [157]).

Die Gründe für den Standort waren folgende: große Entfernung vom Westen (Sicherheit vor Luftangriffen und unerwünschten Einblicken), ausreichende Rohstoffgrundlagen (Kohle, Kalk, Wasser) und Energie, unerschöpfliche Arbeitskräfte-Ressourcen und besondere Abschreibungsbedingungen: „Die Oststeuerhilfe erlaubte, daß bei Maschinen sofort 80 % und bei Fabrikanlagen 20 % abgeschrieben werden konnten. Die IG war auf diese Weise in der Lage, die großen Fabriken in Auschwitz und Heidebreck zu ungefähr der Hälfte der Entstehungskosten zu amortisieren" [158]).

Für den Bau des 4-Mrd.-RM-Bunaprodukts wurden 8000—10 000 Häftlinge benötigt [159]). Dazu war das KZ viel zu klein, so daß die IG-Farben 2 Mio. RM für den Bau des KZ Auschwitz aus anderen Vorhaben „herausschnitt" [160]), sowie erhebliche Kredite der SS zur Verfügung stellte [161]).

Wie reibungslos die Zusammenarbeit zwischen IG-Farben und SS dabei vonstatten ging, zeigt ein Brief des IG-Direktors Ambros [162]), der mit Bütefisch [163]), Dürrfeld und Oberingenieur Faust für den Bau verantwortlich war, vom 12. April 1941 an die IG-Zentrale in Frankfurt/M., in dem es heißt: „Inzwischen fand auch am 7. 4. die konstituierende Gründungssitzung in Kattowitz [164]) statt, die im großen und ganzen befriedigend verlief. Gewisse Widerstände von kleinen Amtsschimmeln konnten schnell beseitigt werden. Dr. Eckell hat sich dabei sehr bewährt, und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus. Anläßlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebes des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen. Ich verbleibe mit besten Grüßen Ihr Otto Ambros" [165]).

Wannsee-Protokoll ist vollständig erhalten und abgedruckt bei Leon Poliakov/Josef Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, Dokumente und Aufsätze, Berlin (West) 1955, S. 119 ff. Es heißt hierin u. a.: „Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen . . . Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt . . ." (a. a. O, S. 122 f.). Vom 26. 1. 1942 datiert ein Schnellbrief Himmlers an Glücks, der folgenden Wortlaut hat: „Nachdem russische Kriegsgefangene in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sind, werde ich von Juden und Jüdinnen, die aus Deutschland ausgewandert werden, eine große Anzahl in die Lager schicken. Richten Sie sich hierauf ein, in den nächsten 4 Wochen 100 000 männliche und bis 50 000 Jüdinnen in den Konzentrationslagern aufzunehmen. Große wirtschaftliche Aufträge und Aufgaben werden in den nächsten Wochen an die Konzentrationslager herantreten. SS-Gruppenführer Pohl wird Sie im einzelnen unterrichten. Himmler" (Faschismus — Getto — Massenmord, S. 268.

156) Kommandant in Auschwitz, S. 179; IG-Farben — Auschwitz — Massenmord, S. 14.

157) Kommandant in Auschwitz, S. 95 (Fußnote); Kraus, Kulka, S. 340.

158) Aussage von G. v. Schnitzler, nach Kraus, Kulka, S. 340.

159) IG-Farben — Auschwitz — Massenmord, S. 11. Kommandant in Auschwitz, S. 180.

160) Aktennotiz v. 21. 12. 1941, unterschrieben von Dürrfeld, IG-Farben (abgedruckt in IG-Farben — Auschwitz — Massenmord, S. 24).

161) Kraus, Kulka, S. 347.

162) Dr. Otto Ambros war von 1938 bis 1945 Aufsichtsratsmitglied der IG-Farben, Betriebsführer der IG, Werk Auschwitz, bis 1942, Leiter des Sonderausschusses C (Chemische Kriegführung) der IG und Wehrwirtschaftsführer. Nach dem Krieg fand man ihn nach vorzeitiger Entlassung aus dem Gefängnis in zahlreichen Aufsichts- und Verwaltungsräten wieder, z. B. der Telefunken AG, Scholven Chemie AG, Feldmühle AG (Flick) u. a. (Kraus, Kulka, S. 417; IG-Farben — Auschwitz — Massenmord, S. 105; Fall 6, S. 291).

163) Dr. Heinrich Bütefisch vertrat als Vorstandsmitglied der IG-Farben und einer der Direktoren der Leuna-Werke die Interessen der IG im sogenannten „Freundeskreis Himmler" und war zudem SS-Obersturmbannführer (= Oberstleutnant)! (Reinhard Vogelsang, Der Freundeskreis Himmler, Göttingen/Zürich/Frankfurt/M. 1972, S. 142, 152 und 161). Bütefisch war außerdem Geschäftsführer der Ammoniakwerk Merseburg GmbH, Leunawerke, Aufsichtsratsvorsitzender der Norddeutsche Hydrierwerke AG, Pölitz (s. o.), Aufsichtsratsmitglied der Donau Chemie AG (s. o.) und der Mineralölbaugesellschaft AG, Berlin, Leiter der Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie usw. (Fall 6, S. 291 f.). Die Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes 1964 mußte auf den Protest der Öffentlichkeit hin wieder rückgängig gemacht werden (ebd., S. 292).

164) Dort befand sich die für Auschwitz zuständige Gestapoleitstelle, deren Chef SS-Standartenführer Dr. Rudolf Mildner war (Dok. NO-5849, Kommandant in Auschwitz, S. 133, Fußnote).

165) Abgedruckt in Poliakov/Wulf, S. 67; IG-Farben — Auschwitz — Massenmord, S. 19.

Das KZ wurde schnell vergrößert, so daß weitere Lager errichtet werden mußten: Birkenau (Auschwitz II) als reines Vernichtungslager und Monowitz (Monowice, Auschwitz III) als IG-Lager auf Werksgelände, um den sieben km langen Fußweg von Auschwitz I in den Betrieb zu „sparen" [166]).

Anfangs kamen die Transporte in Auschwitz I an, wurden selektioniert und nach Birkenau bzw. nach Monowitz geschickt. Monowitz hatte ein berüchtigtes „Krankenrevier", das die Sammelstelle wiederum für Birkenau war, also Gaskammern und Krematorium für die Arbeitsunfähigen. Später wurden die Transporte aber nur noch nach Monowitz, das sich seinerseits zu einer Zentrale von 28 IG-Farben-Lagern in der Umgebung entwickelt hatte, geschickt und dort selektioniert, woran sich häufig auch IG-Farben-Angestellte beteiligten [167]).

1944 hatte Auschwitz nach der Aussage Pohls 140 bis 160 000 Häftlinge; direkt und „durch Arbeit vernichtet" wurden insgesamt bis 1945 etwa vier Millionen Menschen [168]), ca. 370 000 in Betrieben der IG-Farben, davon in Monowitz allein 280 000 [169]). Die Zahlen sind deshalb bekannt, weil die SS bei den Selektionen genau Buch führte und Totenlisten erstellte.

Auschwitz-Häftlinge als „Arbeitswerkzeuge" [170])

In folgenden Betrieben mit insgesamt 39 Außenlagern wurden Häftlinge ausgebeutet [171]):

Monowitz-Buna/Bunawerk IV IG-Farben/synthetisches Benzin und Gummi; Fürstengrube GmbH bei Chelmek/IG-Farben/Kohle; Günthergrube bei Myslowice/IG-Farben/Kohle; Janinagrube bei Chelmek/IG-Farben/Kohle; Blechhammer (Heydebreck) / IG-Farben (Oberschlesische Hydrierwerke) / synthetisches Benzin [172]); Laurahütte (Siemianowice)/Oberschlesische Gerätebau GmbH/Ausrüstung für die Kriegsmarine; Jaworzno (Neudachs)/Energieversorgung AG, O/S (angeblich Krupp)/Elektrizität und Kohle; Lagisza/Energieversorgung AG, O/S Großkraftwerk „Walter"/Elektrizität; Swietochlowice (Bezirk Kattowitz)/„Osmag" AG und Eintrachthütte (Krupp) [173])/Ausrüstung für die Armee; Sosnowice/Ost-Maschinenbau GmbH (Berghütte AG, Krupp)/FLAK-Geschütze; Gleiwitz I/Reichsbahnausbesserungswerk/Reichsbahnausbesserung; Gleiwitz II/Deutsche Gasrußwerke/Ruß für synthetische Gummireifen; Gleiwitz III und IV/Heeresbauverwaltung/Bau von Militärkasernen; Brno (Brünn)/SS-Bauverwaltung/Bau von Polizeikasernen; Bobrek/Siemens AG/Elektrotechnik; Tezebionka/Vakuum Comp. AG (IG-Farben)/Erdölförderung und -raffinerie; Zabrze (Hindenburg)/Oberhütten AG/Hütten und Gießereien; Jawiszowice/Hermann-Göring-Werke/Kohle (für IG-Farben-Hydrieranlagen); Gutehoffnungshütte/

166) Nach Aussage Dürrfelds wurde Monowitz errichtet, um „. . . die Leistung zu steigern" (a. a. O., S. 34). Zu erwähnen ist an dieser Stelle, daß das Lager Spergau bei Leuna-Merseburg ein IG-Farben-Straflager war (Seeber, S. 204; Besymenski, S. 210). Direkt nördlich von Merseburg lag das große Bunawerk I der IG in Schkopau, dessen Bau 1936 begonnen wurde (Schreyer, S. 151).
167) U. a. Dürrfeld (IG-Farben — Auschwitz — Massenmord, S. 41 f.).
168) Die Häftlingszahl (nach Kraus, Kulka, S. 278) entspricht etwa dem in Kommandant in Auschwitz (a. a. O., S. 99, Fußnote) angegebenen Lagerhöchststand von 140 000 in Birkenau auf 175 Hektar (!) und 18 000 in Auschwitz I. Zu der Zahl der Vernichteten s. Kraus, Kulka, S. 144; Hermann Langbein, Menschen in Auschwitz, Wien 1972, S. 78; Kogon, S. 45; Juden unterm Hakenkreuz, S. 360.
169) IG-Farben — Auschwitz — Massenmord, S. 46 und 48 (Dok. NO.NI-1206, Aussage Dr. Herzog, der die Totenlisten zusammenstellen mußte).
170) Ein Oberingenieur (wahrscheinlich Faust oder Dürrfeld, d. Verf.) hat zu einem polnischen Schlossermeister gesagt: „. . . daß wir Häftlinge Werkzeuge seien, mit denen gearbeitet werden müsse, bis sie kaputt seien. Wenn sie kaputt seien, gebe es neue Werkzeuge" (Dok. NO.NI-9818, ebd., S. 31).
171) Im folgenden werden zuerst Firma und Ort, dann Besitzer und schließlich Produktion genannt. Soweit nichts angegeben, sind die Angaben der Tabelle bei Kraus, Kulka, S. 145—148 entnommen.
172) Die Hydrieranlage war nach Aussage Schnitzlers „praktisch ein zweites Oppau", also eine Riesenanlage, die auf Befehl von Krauch gebaut wurde (Kuczynski, Bd. 6, S. 89 f.).
173) S. auch: Kommandant in Auschwitz, S. 59, Fußnote.

Haniel/Hütten und Gießereien; Goleszow/DEST (SS-WVHA)/Zementfabrik; DAW (Auschwitz I)/SS-WVHA/sämtliche Werkstätten in den KZ, u. a. Konstruktionsteile für die Krematorien von Birkenau [174]); eine Reihe von land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen SS-Betrieben [175]). Allein für die IG-Farben in Auschwitz schafften so die Arbeitssklaven bis zum 31. Dezember 1944 Werte in Höhe von 202 687 049 RM (unfertige Anlagen) und 126 082 345 RM (betriebsbereite Anlagen nach Abzug der Abschreibungen). Dafür brauchte die IG in zweieinhalb Jahren lediglich 20 Mio. RM an die SS zu zahlen [175a]).

„Aktion Reinhard": Die ökonomische Verwertung der Juden

Diese Aktion bedeutete nichts anderes als den organisierten Massenraub an den KZ-Häftlingen [176]), organisiert deshalb, weil dies der eigentliche Grund für die umfangreichen „Umsiedlungsaktionen" der Juden war, bei denen der gesamte Besitz und die Habe genauestens von der SS registriert und vereinnahmt wurden. Der Ausdruck „Umsiedlung" war genauso eine Tarnbezeichnung wie „Sonderbehandlung" u. ä. Die immensen Mengen an Geld, Gold, das den Toten nach der Vergasung von Zahnärztetrupps herausgebrochen wurde, Brillanten usw. wurden der Reichsbank in Berlin, deren damaliger Vizepräsident Emil Puhl später in Nürnberg aussagte, zur Verfügung gestellt, um den Krieg zu finanzieren [177]). Die Reichsbank hielt einen laufenden Fonds von 10 bis 12 Mio. RM aufrecht, der der Wirtschaftsabteilung der SS zur Verfügung stand sowie zur Finanzierung der Herstellung von Materialien in SS-Fabriken durch KZ-Arbeitskräfte diente [178]). Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz von 1940—1943, sagte aus, man habe mit den Brillanten den ganzen Schweizer Pretiosenmarkt beherrscht [179]). Ansonsten wurden alle bei der Vernichtung anfallenden Kleider, Habseligkeiten, Wertobjekte (Uhren vor allem), Brillen, Schuhe und die den Frauen abgeschnittenen Haare gesammelt [180]).

Der Gesamtwert der „Aktion Reinhard" zwischen 1942 und Dezember 1943 betrug nach der Abrechnung des Leiters, SS-Gruppenführer Globocnik, der auch der Leiter von Majdanek (Lublin) war, 178 745 960,59 RM [181]), nach Abzug der „Ausgaben" und ohne die an Ort und Stelle verbliebenen Werte sowie ohne zu berücksichtigen, daß Globocnik und andere sich an der Aktion privat bereicher-

174) Ebd., S. 160, Fußnote. Kraus, Kulka, S. 279.
175) Außerdem wurde mit Hilfe von Häftlingen der Bau des Weichseldammes bei Auschwitz betrieben (Kommandant in Auschwitz, S. 178).
Die in der Aufzählung zuletzt genannten SS-Betriebe unterstanden SS-Sturmbannführer Heinrich Vogel, Amt W V des WVHA: Land-, Forst- und Fischwirtschaft (Georg, S. 30 f.). Auf dem Gut Rajsko wurde z. B. die Gewinnung von Kautschuk aus der Pflanze Kok-sagys unter Aufsicht von SS-Sturmbannführer Dr. J. Caesar erprobt, woran wiederum die IG-Farben interessiert waren (vgl. Kommandant in Auschwitz, S. 182 und die „Geheime Reichssache" des Gebechem Krauch, Brief an Himmler vom 27. 7. 1943 wegen eines fünften Bunawerkes zur „Sicherung der Kautschukversorgung", IG-Farbenprozeß, Dok. NI-10040, abgedruckt bei Seeber, S. 277 f.).
175a) Juden unterm Hakenkreuz, S. 308.
176) Der Befehl dazu erging vom stellvertretenden Leiter des WVHA am 26. 9. 1942 gleichzeitig an Lublin (Majdanek) und Auschwitz (abgedruckt in Faschismus — Getto — Massenmord, S. 404—406).
177) Ebd. Aussage Puhls s. S. 428 f. Vgl. auch die Mitteilungen von R. Höß, in: Kommandant in Auschwitz, S. 167 ff. Dem „Fußvolk" der SS war bei Todesstrafe verboten, sich an der Plünderung zu beteiligen.
178) Aussage Puhl, a. a. O. Es handelt sich um das Konto „Reinhard", Nr. 1288, während das Konto für geraubtes Bargeld auf „W.-V.-Hauptamt", Nr. 158/1488, bei der Reichshauptbank lautete. Der Erlös aus den Wertsachen wurde an die Reichshauptkasse zugunsten des Reichsfinanzministeriums, Sonderkonto „Max Heiliger" überwiesen (ebd., S. 427).
179) Kommandant in Auschwitz, S. 168 f.
180) Die Frauenhaare wurden zu einem Preis von 0,50 RM/kg an die Firmen Zink und Held verkauft, die Faserstoffe, Filz und Matratzen herstellten. Außerdem sollten Haargarnfüßlinge für U-Bootbesatzungen hergestellt werden. Sowjetische Soldaten fanden bei der Befreiung von Auschwitz 7000 kg in Säcken verpacktes Haar von 140 000 Frauen (Kraus, Kulka, S. 321 f.).
Die Uhren wurden in einer riesigen Werkstatt des KZ Sachsenhausen sortiert, repariert und unter Waffen-SS, Frontsoldaten, Marine und Luftwaffe verteilt (ebd., S. 285 und 300—302).
Für besondere „Verdienste" bei der „Aktion Reinhard" wurde eine Reihe von SS-Männern befördert (Beförderungsliste in: Faschismus — Getto — Massenmord, S. 301 f.).
181) Dok. NO-057, in: Faschismus — Getto — Massenmord, S. 422.

ten. Globocnik, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, verstrickte sich schließlich in solche Machenschaften und Firmenbeteiligungen, daß er von der SS seines Postens enthoben und nach Triest geschickt wurde [182]).

Auf die industrielle Verwertung der Leichen selbst, die Profite aus der Zyklon B-Herstellung, das zuerst an sowjetischen Kriegsgefangenen ausprobiert worden war, und anderer Chemikalien der IG-Farben, die Versuche im Anatomischen Institut in Danzig, aus menschlichem Fett Seife herzustellen, sowie die medizinischen Versuche an Häftlingen, die von den IG-Farben wie Versuchstiere bei der SS angefordert wurden, kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden [183]).

Um letzte Unklarheiten zu beseitigen, etwa warum die Häftlinge letztendlich doch „durch Arbeit vernichtet" wurden, sei abschließend eine Rentabilitätsberechnung der SS wiedergegeben, der man entnehmen kann, daß gerade diese Vernichtungsmethode den Gipfel faschistischer Rationalität darstellte, wogegen selbst ein minimales Am-Leben-Halten der Arbeitskräfte unökonomischer gewesen wäre:

„Täglicher Verleihlohn durchschnittlich RM 6,—
abzüglich Bekl. Amort. RM 0,10
abzüglich Ernährung RM 0,60 RM 0,70
durchschnittliche Lebensdauer 9 Mt. = 270 x RM 5,30 = RM 1431,—
Erlös aus rationeller Verwertung der Leichen:
1. Zahngold
2. Kleidung
3. Wertsachen
4. Geld
abzüglich Verbrennungskosten RM 2,—
durchschnittlicher Nettogewinn RM 200,—
Gesamtgewinn nach 9 Monaten RM 1631,—

zuzüglich Erlös aus Knochen und Aschenverwertung" [184]).

IV. Schlußbemerkungen

Die hier geschilderten Zusammenhänge zeigen klar, daß die Massenvernichtung im Dritten Reich weder vordergründig als um ihrer selbst willen geschehen betrachtet werden kann, noch als vollkommen losgelöst von der imperialistischen Strategie des zweiten Weltkrieges; noch weniger stand sie ökonomischer Rationalität entgegen. Trotzdem ist die eingangs gestellte Frage, ob die Errichtung der KZ aus primär ökonomischen Gründen resultierte, nicht einfach mit Ja zu beantworten. Aber ihre Funktion im Gesamtzusammenhang des faschistischen Systems hing unmittelbar mit den monopolkapitalistischen Expansionsinteressen zusammen, die zum Erfordernis der Profitrealisierung geworden waren.

Als Ergebnisse sind daher festzuhalten:

1. Das KZ-System und seine Funktion läßt sich in drei Phasen unterteilen [185]):

182) Kraus, Kulka, S. 300 und 310.
183) Siehe dazu Kraus, Kulka, S. 191—264 und 318 ff.; IG-Farben — Auschwitz — Experimente, Dokumentation zum 2. Auschwitzprozeß, hrsg. von der Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, o. O., o. J.; A. Mitscherlich, F. Mielke, Medizin ohne Menschlichkeit, Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt/M. 1960; zum Euthanasie-Programm siehe neuerdings F. K. Kaul, Nazimordaktion T 4, Berlin (DDR) 1973.
184) Nach Kühnrich, S. 86; s. auch Kogon, S. 357 f.
185) Eine klare Unterscheidung der verschiedenen Phasen und Funktionen der KZ wurde m. W. erstmals von Prof. Kaminski, einem ehemaligen Häftling der KZ Groß-Rosen, Flossenbürg und Leitmeritz, vorgenommen (Andrzej Józef Kaminski, Die nationalsozialistischen Konzentrationslager als soziale und ökonomische Erscheinung, in: „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung", a. a. O., S. 16—31).

a) eine *„sicherheitspolitische" Phase* der Liquidierung der politischen Gegner des Faschismus und der bürokratischen Vorbereitung der Judenvernichtung (1933 bis 1938),

b) eine *Phase der zunehmenden Ausraubung* der besitzenden Juden durch „Arisierung" der Betriebe, besonders der in annektierten Gebieten, und der beginnenden Erweiterung des KZ-Systems in Form von Arbeitslagern sowie der beginnenden Massendeportationen (1939 bis 1942),

c) eine dritte Phase schließlich der „Endlösung der Judenfrage", d. h. *der totalen Verschleppung und Konzentration* aller Juden, Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiter usw. in 15 großen KZ und über 1500 Arbeitslagern (1942 bis 1945).

In dieser Phase wurden alle arbeitsfähigen Häftlinge in den SS-Betrieben eingesetzt bzw. an Privatbetriebe, vornehmlich Monopole wie IG-Farben, Krupp, Flick, Siemens, AEG etc., vermietet; alle übrigen (etwa 60 bis 80 %) wurden im Rahmen der Aktion „Reinhard" vernichtet [186]).

2. Faschistischer Staat und Monopolkapital arbeiteten einträchtig zusammen; prinzipielle Gegensätze außerhalb eines monopolistischen Interessen- und Bedürfnissystems traten an keiner Stelle auf. Die These von der Verselbständigung der faschistischen Politik gegenüber der kapitalistischen Ökonomie, die also von der Bestimmtheit der Politik als „relativ selbständig" qualitativ unterschieden sein soll, läßt sich anhand des KZ-Systems nicht belegen und verfehlt zudem die differentia specifica des Faschismus als eines *besonderen* Systems bürgerlicher Herrschaft.

Wie weitgehend die Behandlung der Arbeitssklaven auf die Initiativen des Monopolkapitals zurückgeht, offenbart ein weiteres Dokument, die Direktive des Leiters der IG-Farben-Organisation „Büro Bertrams", Dr. Christian Schneider, zuständig für den Zwangsarbeitseinsatz der Arbeiter aus den besetzten Ostgebieten, vom 10. Juli 1943: „An die Betriebsführer, Betriebsobmänner und Unterführer in den Betrieben. Oberster Grundsatz bleibt es, aus den Kriegsgefangenen so viel Arbeitsleistung herauszuholen, als nur irgend möglich. Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Aufwand die größtmögliche Leistung vollbringen. Dr. Schneider" [187]).

Es ist daher nicht verwunderlich, daß das Monopolkapital selbst größtes Interesse an der Verselbständigungsthese hat und seine Vertreter diese extensiv zur Verteidigung in den Nürnberger Prozessen vorbrachten; so glaubten sie, seine aktive Rolle in der faschistischen Barbarei um so leichter in den Hintergrund schieben zu können.

Objektive Irrationalitäten machen sich anderswo bemerkbar, nämlich darin, daß die Faschisten glaubten, dieses Ausbeutungsverhältnis lange Zeit aufrechterhalten

---

186) Die Zahl errechnet sich z. B. aus den Selektionsberichten von Auschwitz (Kraus, Kulka, S. 349 f.; IG-Farben — Auschwitz — Experimente, S. 20). In einem Geheimbericht der Einsatzgruppe A sind 70—80 % angegeben (Dok. 2273-PS, IMG, Bd. XXX, S. 80), während Goebbels in einer Tagebucheintragung am 27. März 1942 wieder 60 % vermerkt (nach Schoenberner, S. 80).
Dem Beginn der dritten Phase korrespondiert ein sprunghaftes Ansteigen der Häftlingszahlen (s. graphische Darstellung bei Kühnrich, S. 114) und ein starkes Absinken der durchschnittlichen Sterblichkeitsrate z. B. in Auschwitz von ca. 20 % auf ca. 4 % im Frühjahr 1943 (Langbein, S. 74). Dies resultiert daraus, daß zu diesem Zeitpunkt die Produktion das Übergewicht gegenüber den Bauarbeiten bekam.
Bei den ausschließlich zur Vernichtung bestimmten KZ handelt es sich, wie bereits erwähnt, um Treblinka II, Sobibór, Chelmno, Belzec und die Euthanasie-Lager Hartheim und Sonnenstein u. a.

187) Zit. nach Kraus, Kulka, S. 338. Der letzte Satz dieser Direktive ist wörtlich identisch mit einer Weisung Sauckels vom 20. April 1942 (Urteil des Nürnberger Prozesses, IMG, Bd. I, S. 275).
Schneider war, abgesehen von Aufsichtsratsposten, u. a. von 1937 bis 1945 Hauptbetriebsführer und Hauptabwehrbeauftragter der Vermittlungsstelle W (s. Anm. 16), Betriebsführer der Ammoniakwerke Merseburg, Leiter der Zentral- und Personalabteilung der IG; Mitglied der NSDAP, der DAF und förderndes Mitglied der SS (Urteil des Militärgerichts VI der Vereinigten Staaten v. 29. 7. 1948, nach Fall 6, S. 184).

zu können oder daß sie den Widerstand und die umfangreiche Sabotage unterschätzten. Und gerade dies war nicht ein „Irrationalismus" nur der faschistischen Parteiführer, sondern der monopolkapitalistischen Führungskräfte selbst.

In welchem Maße das Monopolkapital mit seinen „Neuordnungsplänen Europas" [188]) seinen Hauptgegner, die Sowjetunion, und seine eigenen inneren Widersprüche unterschätzte, geht aus zwei Tatsachen besonders deutlich hervor:

1. In Auschwitz schlossen die IG-Farben einen Vertrag mit dem „Generalgouverneur" von Polen, Dr. Hans Frank, zur Ausbeutung des Kalkwerkes Kressendorf, der eine Laufzeit bis 1971 haben sollte [189]).

2. Die zur Ausbeutung vor allem sowjetischen Erdöls im März 1941 gegründete „Kontinentale Öl AG", eine Holding-Gesellschaft aller europäischen Erdölunternehmen unter deutscher Regie, im Aufsichtsrat bestimmend die Deutsche Bank AG und die IG-Farben [190]), erhielt unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion ein Monopol auf Gewinnung, Verarbeitung, Transport und Handel von Mineralölerzeugnissen, das auf 99 Jahre befristet war [191])!

Selbstverständlich ist auch das Vorhaben, die politische Intelligenz der UdSSR bzw. der Roten Armee mit Hilfe des berüchtigten „Kommissarbefehls' [192]) zu vernichten, irrational insofern, als faschistische Ideologen meinten, mit den Juden und der Intelligenz ihre gefährlichsten Gegner zu vernichten. Hinter der ideologischen Verbindung von „Judentum und Bolschewismus" [193]), der Lehre vom Untermenschentum der Juden, Slawen, Zigeuner usw. verbirgt sich zwar tatsächlich die Absicht, den antifaschistischen Gegner auszurotten, aber auch noch eine andere Intention, die Generalfeldmarschall Keitel, Chef der Wehrmacht, so artikulierte: „Es muß verhindert werden, daß eine polnische Intelligenz sich als Führerschaft aufmacht. In dem Lande soll ein niederer Lebensstandard bleiben; wir wollen dort nur Arbeitskräfte schöpfen" [194]). Das gleiche war mit den westlichen Gebieten der Sowjetunion vorgesehen.

Das Verfahren der physischen Beseitigung des „Systemgegners" bzw. die Versklavung der Restbevölkerung bedeutete so nichts anderes als die Vernichtung ganzer Nationen und hatte für das Kapital eben den Vorteil der ungestörteren Plünderung [195]), womit die Gemeinsamkeit von politischen und ökonomischen Zielen wieder sichtbar wird.

188) Siehe Anm. 28.
189) IG-Farben — Auschwitz — Massenmord, S. 97. Frank war 1933 Bayerischer Justizminister und Leiter der Nazipartei für Rechtsangelegenheiten, ab 1934 Reichsminister ohne Portefeuille und ab Oktober 1939 „Generalgouverneur" von Polen, damit verantwortlich für die Ermordung von Millionen Menschen. Seine Polenpolitik umriß Frank am 3. Oktober 1939 wie folgt: „Polen wird als Kolonie behandelt werden; die Polen sollen die Sklaven des Großdeutschen Reiches werden" (Dok. US-197, EC-344, nach: Das Urteil von Nürnberg, S. 138). Frank wurde in Nürnberg zum Tode durch den Strang verurteilt.
190) E. Czichon, S. 103; s. auch Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939—1945, Bd. I 1939—1941, Berlin (DDR) 1971, S. 11 f.
191) Eichholtz, ebd., S. 238; „Der Spiegel", a. a. O., S. 80.
192) Dieser Befehl ordnete die sofortige Ermordung aller gefangenen politischen Funktionäre (Kommissare) an und war überschrieben: „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare", Befehl des OKW vom 6. 6. 1941 Nr. 44822/41 (Besymenski, S. 220; s. auch: Das Urteil von Nürnberg, S. 131). Daneben wurde eine Reihe von operativen Befehlen herausgegeben, die die Durchführung im einzelnen regelten. „Begründet" hatte Hitler den verbrecherischen Befehl bereits am 30. 3. 1941 vor 200 hohen Offizieren: „Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden" (nach Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf, Die Geschichte der SS, Bd. II, Frankfurt/M./Hamburg 1969, S. 372).
193) So der Titel einer faschistischen Hetzschrift, die „nur zum Dienstgebrauch" bestimmt war: „Schriftenreihe zur weltanschaulichen Schulungsarbeit der NSDAP", Heft 27, München 1943.
194) Unterredung Keitel mit Hitler im Oktober 1939, nach Arkadi Poltorak, Nürnberger Epilog, Berlin (DDR) 1971, S. 330 (aus dem Russischen).
195) Vgl. dazu ausführlich Eichholtz, a. a. O., S. 231 ff.

Mit der Formel „totale Verselbständigung der Ideologie" wird nicht nur gar nichts geklärt (was wissenschaftlich unbefriedigend genug ist), sondern es wird auch von den betrachteten Zusammenhängen abgesehen, die diese These zu stützen nicht geeignet sind.

Deshalb wurde hier eine andere Erklärung versucht, die zu einer genaueren theoretischen Analyse der historisch-materialistischen Dialektik von Politik und Ökonomie im Faschismus anregen soll. Sie kann nur als Anregung, nicht als eine solche Analyse selbst angesehen werden.

Aber daß eine solche Analyse, die die hier angeführten Tatsachen und Gesichtspunkte einbezieht, dringlich ist, zeigt die Hilflosigkeit des in der modernen Faschismustheorie um sich greifenden Topos vom faschistischen „Irrationalismus". Muß man Vertretern dieser These einerseits mangelhaften Umgang mit der Historie bescheinigen, so drückt sich andererseits in dieser Hilflosigkeit ein Erkenntnisdefizit aus (das überdies von den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen aufrecht zu erhalten versucht wird), dessen Ursache darin vermutet werden kann, daß vielen Theoretikern gerade die drastische, ihren eigenen Kapitalismusbegriff übersteigende Offenbarung der historisch-ökonomischen wie -politischen Überlebtheit des Monopolkapitalismus im Zweiten Weltkrieg ein wirkliches Faschismusverständnis so schwer macht.

Bücher

Das „Soziale Modell" des Hanns-Martin Schleyer

Anmerkungen zur Ideologie der gewaltsamen Partnerschaft *)

Von Frank Deppe

Es ist schon viel über die besondere, unglückliche Geschichte des deutschen Industriebürgertums geschrieben worden. Die „verspätete Nation" — geformt durch Bismarcks „Revolution von oben" — war nicht durch die Tradition eines liberalen, revolutionären Bürgertums geprägt worden. Vielmehr hatte dieses deutsche Bürgertum schon in der Revolution von 1848, als in Paris bereits das Proletariat als selbständige revolutionäre Kraft die Bühne der Geschichte betreten hatte, nach einem kurzen Aufbegehren feige vor dem Absolutismus kapituliert. Zweifellos war die schwache liberale Tradition, die allenfalls in einzelnen Regionen Deutschlands Fuß gefaßt hatte, auch Reflex der — etwa im Vergleich zu England — zurückgebliebenen Industrialisierung. Als endlich nach 1871 die Industrialisierung sprunghaft vorangetrieben wurde, fand sie nicht nur unter dem Schutz des autoritären preußischen Staates statt, der wesentlich auf dem Bündnis von schwerindustriellen und junkerlich-großagrarischen Interessen beruhte — sie fiel auch in die Zeit des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus, d. h. die Stärkung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses des deutschen Bürgertums vollzog sich zu einer Zeit, in der nicht nur

*) Hanns-Martin Schleyer, Das soziale Modell, Seewald Verlag, Stuttgart o. J. (1974), 356 S., 29,80 DM. Alle im Text angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf diesen Band.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatisische Daten

I. Daten

1. Industrielle Nettoproduktion (1970 = 100)

		Veränderung in % gegenüber	
	Februar 1975	Januar 1975	Februar 1974
Gesamte Industrie	103,6	+ 7,4	— 8,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	102,0	+ 6,9	— 13,6
Investitionsgüterindustrie	98,4	+ 8,9	— 10,7
Verbrauchsgüterindustrie	104,6	+ 11,0	— 6,4
Bauindustrie	76,8	+ 8,6	— 15,1

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1975, S. 63.

2. Industrielle Auftragseingänge (1970 = 100)

		Veränderung in % gegenüber	
	Februar 1975	Januar 1975	Februar 1974
Gesamte Industrie	132,9	+ 0,6	— 4,9
Aus dem Inland	122,4	+ 0,7	— 3,4
Aus dem Ausland	168,2	+ 1,0	— 7,0
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	128,0	— 4,4	— 15,3
Investitionsgüterindustrie	146,5	+ 4,0	+ 4,6
Verbrauchsgüterindustrie	108,7	+ 0,4	— 9,5

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1975, S. 64.

3. Preise

		Veränderung in % gegenüber	
	März 1975	Februar 1975	März 1974
Private Lebenshaltung aller Haushalte (1970 = 100)	132,6	+ 0,5	+ 5,9
Private Lebenshaltung ohne Saisonwaren und Heizöl	—	+ 0,5	+ 6,3
darunter:			
Strom	—	—	+ 20,8
Kohle	—	—	+ 22,7
örtliche Verkehrsmittel	—	—	+ 10,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, zit. in: „Handelsblatt" v. 24. 4. 1974.

4. Arbeitsmarkt

		Veränderung in 1000 gegenüber	
	März 1975	Februar 1975	März 1974
(In 1000 Personen)			
Arbeitslose	1114	— 70	+552
saisonbereinigt	898	+ 65	+427
Kurzarbeiter	813	—144	+557
Offene Stellen	261	+ 14	— 88
saisonbereinigt	266	— 4	— 83

		Veränderungen in % gegenüber	
	Dezember 1974	September 1974	Dezember 1973
Ausländische Arbeiter	2 180	—170	—265

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1975, S. 5 und 63.

Erstmals seit Juni 1974 ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik gemäß der offiziellen Arbeitsmarktstatistik wieder zurückgegangen. Die Bundesregierung hat diese Entwicklung als eine Bestätigung ihres Konjunkturoptimismus aufgefaßt und als „klimatische Wirkung" ihres Konjunkturprogramms bezeichnet (Regierungssprecher Grünewald). Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, charakterisierte die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dementgegen als einzig und allein saisonal bedingt. Die „konjunkturellen Abschwächungstendenzen" seien noch keineswegs zum Stillstand gekommen.

Bestätigt wird diese Aussage durch die Entwicklung der saisonbereinigten Zahlen. Demnach hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Wirklichkeit auch im März weiter verschlechtert.

Hinzugefügt werden muß die Bemerkung, daß die offizielle Arbeitsmarktstatistik keine Auskunft über die Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeiten insgesamt gibt. Das führt gegenwärtig dazu, daß die Beschäftigungslage eher etwas günstiger gezeichnet wird, als sie tatsächlich ist.

Nachweisbar ist dieser Effekt besonders auf dem Gebiet der Ausländerbeschäftigung. Diejenigen ausländischen Arbeiter oder Angestellten, die die Bundesrepublik mangels Beschäftigungsmöglichkeiten oder wegen Ablauf der Arbeitserlaubnis verlassen, erscheinen auch nicht mehr in der Arbeitsmarktstatistik. Dabei beschleunigt sich der Abwanderungsprozeß laufend. Nach vorliegenden Zahlen vermindert sich die Zahl der Ausländer im 3. Quartal 1974 um 90 000. Im 4. Quartal 1974 wanderten schon 170 000 ab. Es ist anzunehmen, daß sich der Prozeß der Umschichtung der Arbeitslosigkeit von bundesdeutschen auf ausländische Arbeiter auch in den ersten Monaten des Jahres 1975 weiter beschleunigt hat. Im Ergebnis wird die ausgewiesene Arbeitslosenquote „geschönt", ohne daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich gebessert oder auch nur „stabilisiert" hat.

Ein ähnlicher Effekt ist mit der Entwicklung der „Arbeitsmarktreserve" verbunden, die um so größer wird, je länger die Arbeitslosigkeit anhält. Sie besteht vor allem aus verheirateten Frauen, die nur deswegen keine Beschäftigung aufnehmen, weil sie keine Stelle finden können.

Die anfangs erwähnten saisonalen Faktoren spiegeln sich auch in der Entwicklung der industriellen Auftragseingänge wider, einem wichtigen Konjunkturindikator. Ebenso wie die leichte Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt wurde die Zunahme der Auftragseingänge im Monatsvergleich als „Konjunkturschwalbe" interpretiert. Im Jahresvergleich dagegen zeigt sich ein deutlicher Rückgang. Volumenmäßig, nach Ausschaltung der Preissteigerungen, lagen die Auftragseingänge im Zeitraum Januar/Februar 1975 um rund 12 % unter dem Vorjahresstand. Daraus kann für die nächsten Monate auf eine weitere Rückführung der industriellen Produktion geschlossen werden.

Dabei ist noch nicht in Rechnung gestellt, daß die hier verwendeten vorläufigen Zahlen sich in den vergangenen Monaten im nachhinein immer als zu günstig erwiesen haben, so daß sie später teilweise erheblich korrigiert werden mußten. Ebenso wie in den vorangegangenen Monaten muß zusammenfassend festgestellt werden, daß es noch keine ausreichenden Anzeichen für eine konjunkturelle „Tendenzwende" gibt.

II. Die verhinderte Weltkonferenz

Am 16. April 1975 war es offiziell: die Neuordnung der Weltwirtschaftsordnung muß erneut aufgeschoben werden. Eine in Paris stattfindende Vorbereitungskonferenz, an der sowohl alle wichtigen kapitalistischen Industriestaaten als auch die wichtigsten Länder der „Dritten Welt" teilnahmen, konnte sich nicht auf das Thema der angestrebten Hauptkonferenz einigen. Die Positionen lagen von vornherein fest: die kapitalistischen Industriestaaten, an ihrer Spitze die USA, wollten nur über Energiefragen sprechen, d. h. über den Erdölpreis.

Die Staaten der „Dritten Welt" dagegen wollten mehr. Für sie ist das gesamte Welthandelssystem Diskussionsgegenstand. Sie wollten sowohl Energiefragen als auch die Probleme anderer wichtiger Rohstoffe diskutieren. Gleichzeitig sollte über die Preise für Industriewaren, die Weltwährungsordnung und die Kontrolle Multinationaler Unternehmen verhandelt werden.

In der Tat sind diese Fragen kaum voneinander zu trennen.

Denn eine Diskussion über Ölpreise ist nur sinnvoll, wenn die Kaufkraft der Öleinnahmen ebenfalls zur Debatte steht. Diese Kaufkraft hängt jedoch sowohl von den Preisen für Industriewaren als auch von der Währungsordnung insgesamt ab. Daher erklärten die Vertreter der „Dritten Welt" in einer Resolution: „Wir können keinen sinnvollen Dialog auf der Hauptkonferenz führen, solange nicht als eines der zentralen Themen die Frage der Sicherung der Erdölpreise eingeschlossen wird. Diese müssen mit gewissen objektiven Kriterien verknüpft werden. Dazu gehört auch der Preis für Waren, die von den erdölfördernden Ländern eingeführt werden" (zit. in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" [FAZ] v. 17. 4. 1975). Immerhin sind die Realeinnahmen der ölexportierenden Staaten seit 1974 bereits wieder um ein Drittel geschrumpft, das Ergebnis von Industriepreiserhöhungen und Dollar-Abwertung.

Für die „Dritte Welt" geht es darum, die jahrhundertelange Benachteiligung durch nichtäquivalenten Handel, die Ausbeutung über die Rohstoff-Industriewaren-Preisschere endlich zu beenden. Die politische Selbständigkeit der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien kann erst dann eine reale Grundlage erhalten, wenn ihre Stellung im Welthandelssystem ihrer politischen Unabhängigkeit entspricht.

Die Ölpreiserhöhungen waren Ausdruck und Beispiel für die umfassenden Bestrebungen der bisher benachteiligten Regionen, ihre ökonomische Position in den Beziehungen zur kapitalistischen Welt zu verbessern und auf eine neue Grundlage zu stellen.

Genau diese Tatsache aber wollen die bisher das Welthandelssystem diktierenden Länder nicht wahrhaben. Vor allem die USA versuchen alles, um den Prozeß der weltweiten Veränderung der Kräfteverhältnisse zumindest in den Beziehungen zu den „Entwicklungsländern" aufzuhalten. Ihr Ziel war es im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Konferenz, die Ölpreiserhöhungen in einer gemeinsamen Front der kapitalistischen Industriestaaten zumindest teilweise wieder rückgängig zu machen. Diesem Zweck diente der „Ausgleichsfonds" der OECD-Länder in Höhe von 25 Mrd., über dessen Errichtung einen Tag nach Eröffnung der Vorbereitungskonferenz ein Abkommen unterzeichnet wurde. Diese Unterzeichnung wurde von den Vertretern der „Entwicklungsländer" „fast als ein feindseliger Akt empfunden" (so die FAZ in ihrem Bericht). Diesem Zweck dienen aber auch die Hinweise auf die Rolle der USA als Agrarexporteur und ihre Bedeutung für die Lebensmittelversorgung vieler armer Länder.

Während die USA — vergeblich — versuchten, die Einheitsfront der „Reichen" zu schmieden, unternahm sie alle Anstrengungen, um die „Armen" auseinanderzudividieren. Durch die Begrenzung der Gesprächsthemen auf das Öl sollte versucht werden, die ölexportierenden Staaten in der „Dritten Welt" zu isolieren und sie gegen die anderen „Entwicklungsländer" auszuspielen, deren Zahlungsbilanzen ebenfalls durch die Ölpreiserhöhungen belastet werden. Die USA betreiben damit die gleiche Taktik, die auch in der Bundesrepublik von der Wirtschaftspresse mit Eifer verfolgt wird.

Doch auch die nicht mit Ölreichtum bedachten unterentwickelten Länder haben begriffen, daß es bei den Maßnahmen der OPEC-Staaten nicht nur um den Preis für einen Rohstoff geht. Für sie ist mit den Ölpreiserhöhungen das zentrale Thema der wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Solange die Regierungen dieser Länder glauben, den Welthandel als Instrument zur Wahrung eines wirtschaftlichen und politischen Vormachtanspruches gegenüber den unterentwickelten Regionen manipulieren zu können, solange wird dieses Thema auch kaum von der Tagesordnung der internationalen Beziehungen verschwinden.

Jörg Goldberg

Aus dem Alltag der Marktwirtschaft *)

Mitten in der tiefsten Rezession erlebt die amerikanische Rüstungsindustrie einen Exportaufschwung ohnegleichen. Im Haushaltsjahr 1973/74 (30. Juni) haben amerikanische Rüstungsunternehmen für 8,3 Milliarden Dollar Aufträge aus dem Ausland verbucht. Das Auftragsvolumen ist damit doppelt so hoch wie im Jahr zuvor und achtmal so hoch wie Ende der sechziger Jahre. Der größte Teil der Aufträge — 6,5 Milliarden Dollar — stammt aus dem Krisengebiet „Mittlerer Osten". Er ist mit Öldollars finanziert worden. Auf Iran und Israel entfallen 3,8 und 2,1 Milliarden Dollar. Im amerikanischen Verteidigungsministerium, das die Oberaufsicht über die Exporte ausübt und das in den meisten Fällen auch als Vermittler eingeschaltet ist, wird angenommen, daß der Exportaufschwung der Rüstungsindustrie noch mindestens einige Jahre anhalten wird.
Die Vereinigten Staaten sind mit weitem Abstand der größte Exporteur von Kriegsgerät in der Welt. Ihr Anteil am Weltmarkt ist schon für 1973, das letzte Jahr, für das Statistiken vorliegen, auf 54 Prozent veranschlagt worden. Die Sowjetunion hat es dagegen unter Ausschluß der erheblichen Lieferungen nach Mitgliedsländern des Warschauer Paktes nur auf einen Anteil von 27 Prozent gebracht. ...
„Frankfurter Allgemeine Zeitung"
v. 15. 4. 1975

United Brands Co., New York, Die Gesellschaft, der größte Bananen-Produzent der Welt (Marke „Chiquita"), hat zugegeben, daß sie dem Präsidenten der Bananen-Republik Honduras, General Oswaldo Lopez, 1,25 Millionen Dollar hat zukommen lassen, um eine Senkung der Bananen-Exportabgabe des Landes zu erreichen. Eine weitere „Spende" in ähnlicher Höhe war offenbar zugesagt, wurde vom Board of Directors der Gesellschaft jedoch nicht genehmigt. ...
United Brands hat nicht nur die Regierung von Honduras, sondern auch amtliche italienische Stellen durch Bestechungsgelder zu beeinflussen versucht. An italienische Regierungsvertreter sind nach der von der SEC gegen die Gesellschaft eingereichten Klage zufolge 750 000 Dollar abgeführt worden. Die Klage des amerikanischen Börsenaufsichtsamts richtet sich nicht gegen die von United Brands nicht bestrittene Tatsache, daß Bestechungsgelder gezahlt wurden, sondern dagegen, daß diese „Spenden" im Geschäftsbericht der Gesellschaft den Aktionären gegenüber auf unzulässige Weise vertuscht wurden. Die angeblich an italienische Regierungsvertreter gezahlten Bestechungsgelder könnten im Zusammenhang mit einer von der italienischen Regierung eingeführten Importquote für Bananen stehen. ...
„Frankfurter Allgemeine Zeitung"
v. 11. 4. 1975

*) Ausgewählte Nachrichten aus der Wirtschaftspresse, zusammengestellt von Gerhard Kade.

Nach der Bananengesellschaft United Brands Co. ist jetzt auch der amerikanische Flugzeug-Hersteller Northrop vom Börsenaufsichtsamt SEC in Washington überführt worden, das Geschäft durch massive illegale Zuwendungen gefördert zu haben. Der relativ kleine Flugzeug-Hersteller, der auf den Bau von Düsenjagdflugzeugen spezialisiert ist, hat von 1970 bis 1973 illegale Fonds von nicht weniger als 30 Millionen Dollar unterhalten, über deren Existenz und Verwendung im Geschäftsbericht keine Rechenschaft abgelegt worden ist.
Aus der Klage der SEC geht nicht im einzelnen hervor, wofür die geheimen Fonds verwendet worden sind. Die Gesellschaft hat jedoch schon bei früherer Gelegenheit zugegeben, daß sie amerikanischen Politikern illegale Spenden hat zukommen lassen. Der größte Teil der illegalen Zuwendungen scheint hingegen über einen Mittelsmann in Paris, William Savy, ausländischen Empfängern zugeflossen zu sein. Der Northrop-Düsenjäger F-5 gehört in 17 Ländern zur militärischen Ausrüstung. ...

Welche Bedeutung den 30 Millionen Dollar für das Geschäft der Gesellschaft beizumessen ist, läßt sich daran ermessen, daß ihre gesamten Aktiva 1972 nicht mehr als 403 Millionen Dollar betrugen. Die jetzt von der SEC gegen Northrop erhobene Klage ist nicht die erste dieser Art, mit der sich die Gesellschaft auseinanderzusetzen hat. Schon in den sechziger Jahren war die Gesellschaft durch eine Aktionärsklage illegaler Zuwendungen überführt worden.
„Frankfurter Allgemeine Zeitung"
v. 18. 4. 1975

Der amerikanische Flugzeugträger „Independence" hat 36 000 Liter Flugbenzin ins Meer gepumpt, weil dies „billiger und einfacher" ist als das Ausladen des Benzins in einem Hafen. Dies teilte die amerikanische Marine in Norfolk (Virginia) mit. Das Kerosin hatte einen Wert von 10 000 Mark; in einem Hafen hätte das Abpumpen 50 000 Mark gekostet. Als der Treibstoff ins Meer gepumpt wurde, befand sich das Kriegsschiff etwa 230 Kilometer vor der Küste von South Carolina auf dem Atlantik. Die Marine nimmt an, daß der Treib-

stoff nach dem Ablassen verdunstet und keine Umweltschäden anrichtet.
„Die Welt" v. 3. 4. 1975

Die Chemie warnt vor Anwendung des Rheinabkommens, das die Niederlande mit den Franzosen angeregt haben. Kommt das Chemieabkommen, so sind 400 000 Arbeitsplätze am Rhein gefährdet, sagt die Chemie. Bonn: Das Abkommen ist in Übereinstimmung mit der Schweiz in den Schubladen verschwunden.
„Die Welt" v. 11. 4. 1975

Die US-amerikanische Stahlindustrie wird in den nächsten Jahren 4,2 Mrd. Dollar für die Luftreinhaltung investieren müssen, falls die Umweltschutzvorschriften nicht geändert werden. Die Stahlindustrie fordert von der Regierung eine Lockerung der Gesetze.
„Die Welt" v. 25. 4. 1975

Nach einer Untersuchung des Instituts für angewandte Verbraucherforschung, die im Auftrag der Bonner Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) durchgeführt wurde, ist mehr als die Hälfte der Anzeigenwerbung in der BRD irreführend. Rd. 46 % aller Anzeigen würden übertriebene Versprechen enthalten, 6 % zweideutige Aussagen machen, in weiteren 6 % würden wesentliche Informationen unterschlagen sowie in 7 % der untersuchten Fälle seien Informationen täuschend dargestellt worden.
Dadurch würden die Käufer dazu veranlaßt, Produkte zu kaufen, die in ihrem Wert nicht der Anpreisung entsprächen und die bei tatsächlicher Kenntnis der Qualität nicht gekauft worden wären.
Nach der Untersuchung waren von den Anzeigen irreführend bei:

Erotika	98 %
Medizin	95 %
Reinigungsmittel/Kosmetik	94 %
Tabak	84 %
Radio/Photo	76 %
Verschiedenes (Pflanzen, Blumen, Samen, Gemeinschaftswerbung etc).	72 %
Haushaltsgeräte	71 %
Bekleidung	67 %
Freizeit/Erholung	56 %
Maschinen/Werkzeuge	55 %
Dienstleistungen	52 %
Nahrung/Getränke	52 %
Haus/Wohnung	49 %
Uhren/Schmuck	46 %
Möbel	31 %

Nach: „Süddeutsche Zeitung"
v. 12. 2. 1975

Sie nennen sich „Zeit-Arbeits-Firmen" und leben davon, daß sie Menschen verleihen. Arbeitnehmer, in vielen Fällen Frauen, die keinen festen Arbeitsplatz haben, werden von den Firmen unter Vertrag genommen und dann — gegen einen entsprechenden Gewinn, das versteht sich am Rande — an andere Unternehmen verliehen, die stundenweise oder für begrenzte Zeit bestimmte Arbeitskräfte benötigen.
Zwar hat die Bundesrepublik durch ein „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz" (AUD) versucht, die übelsten Auswüchse dieses Menschenverleihs zu verhindern und das zu Recht bestehende Monopol der Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter zu sichern, aber es gibt zu viele Ausnahmebestimmungen und Löcher im Gesetz, so daß der Menschenverleih blüht. ...
Die „Verliehenen" müssen zahlreiche Nachteile auf sich nehmen. In dem Unternehmen, an das sie ausgeliehen werden, genießen sie nicht die Rechte, die das Betriebsverfassungsgesetz verleiht. Die zusätzlichen Sozialleistungen, die sich die Stammbelegschaften erkämpft haben, werden ihnen ebensowenig gewährt, wie sie einen Kündigungsschutz genießen. „Geheuert — gefeuert", das ist das Motto, nach dem das Leihgewerbe verfährt...
Nach: „Textilbekleidung", Düsseldorf 3/1975 (März), S. 8

Mit 15,5 Mrd. Franc will Paris die Investitionen fördern. Zwei Drittel sollen auch durch öffentliche Anleihen und ein Drittel aus dem Staatshaushalt aufgebracht werden. Die Investitionen der Unternehmen sollen dadurch um real 4 bis 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen. 1974 wuchsen sie um rund 3 Prozent auf knapp 200 Mrd. Franc. ...
„Die Welt" v. 25. 4. 1975

Das bayerische Kabinett hat eine Staatsbürgschaft von 15 Mill. DM für die Tonbandgerätefirma Uher-Werke GmbH & Co KG, München, abgesegnet. Diese Bürgschaft ist Teil des Sanierungskonzeptes, das im November 1974 nach gelegentlich verwirrenden Verhandlungen unter der Leitung des bayerischen Wirtschaftsministers Anton Jaumann von allen Beteiligten beschlossen worden war.
Damals hatten die Uher-Hausbanken (Bayerische Vereinsbank, Deutsche Bank, Bankhaus Aufhäuser, Sloman Bank und First National City Banc of Chicago) nicht nur die bisherigen Kreditlinien wieder eröffnet, sondern auch ein Darlehen von 15 Mill. DM und weiteren 5 Mill. DM für den Bedarfsfall bereitgestellt. Voraussetzung für die Erhaltung des Unternehmens und der nach einer Reduzierung um 400 noch verbleibenden 110 Arbeitsplätze war das Engagement des Industriellen Rüdiger Hoessrich.
„Die Welt" v. 27./28. 3. 1975

Dokumente zum Zeitgeschehen

Zehn-Punkte-Programm der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam für die neu befreiten Gebiete (veröffentlicht von der Nachrichtenagentur VNA am 11. April 1975)

(Wortlaut)

Die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) der Republik Südvietnam hat ein Zehn-Punkte-Programm für die neu befreiten Gebiete des Landes verkündet. In den am 11. April von der DRV-Nachrichtenagentur VNA verbreiteten politischen Grundsätzen wird die Entschlossenheit unterstrichen, die errungenen Erfolge zu erhalten und auszubauen, das Leben der Bevölkerung zu normalisieren und das Pariser Abkommen aktiv zu erfüllen. In den zehn Grundsätzen für die neu befreiten Gebiete, die als unabhängige und freie Territorien unter der Verwaltung der Regierung der RSV bezeichnet werden, ist vorgesehen:

1. Völlige Abschaffung des Thieu-Regimes und des Verwaltungsapparats, der Streitkräfte und aller Organisationen, aller Verordnungen und aller Formen der Unterdrükkung und des Zwanges der Marionettenverwaltung — rascher Aufbau der revolutionären Volksverwaltung auf allen Ebenen in den neu befreiten Gebieten.

Alle Dienststellen der ehemaligen Marionettenverwaltung werden von der revolutionären Verwaltung übernommen. Funktionäre der Marionettenverwaltung dürfen unter der revolutionären Verwaltung weiterarbeiten und müssen sich strikt an deren Richtlinien und politische Grundsätze halten.

Alle reaktionären Parteien und anderen politischen Organisationen, die mit den US-Imperialisten und mit der Marionettenverwaltung kollaboriert haben, werden aufgelöst.

2. Gewährung demokratischer Freiheiten für das Volk sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter. Garantie der Glaubensfreiheit sowie der Einheit und Gleichheit der Religionen. Die Freiheit des Volkes zur Religionsausübung wird respektiert — Pagoden und Kirchen, heilige Stätten und Tempel werden geschützt.

3. Durchführung einer Politik umfassender nationaler Einheit, nationaler Versöhnung und Eintracht und Widerstand gegen den aggressiven Imperialismus. Strenges Verbot aller Handlungen, die zu Zwietracht, Haß oder Mißtrauen im Volke oder unter den verschiedenen ethnischen Gruppen führen können.

Alle, ob reich oder arm, ungeachtet ihrer Nationalität, Religion oder politischen Einstellung, müssen sich in gegenseitiger Achtung und Unterstützung zum Aufbau der befreiten Zone und des neuen glücklichen Lebens vereinen.

Angehörige nationaler Minderheiten sind in jeder Hinsicht ihren Landsleuten der ethnischen Mehrheitsgruppe gleichgestellt. Sie erhalten hingebungsvollen Beistand bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur sowie bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

4. Allen in der befreiten Zone lebenden Menschen steht es frei, ihrer Tätigkeit nachzugehen — sie sind verpflichtet, Recht und Gesetz zu achten und die Revolution zu unterstützen.

Die revolutionäre Volksverwaltung wird sich entschlossen und rechtzeitig mit allen Sabotageplänen oder -handlungen oder Gegenangriffen des Feindes befassen. Schwer bestraft werden Elemente, die sich gegen die revolutionäre Verwaltung, gegen Recht und Gesetz, gegen Leben, Eigentum und Ehre der Bürger oder gegen öffentliches Eigentum unter der Obhut der revolutionären Verwaltung vergehen.

5. Von der Marionettenverwaltung zurückgelassenes Eigentum wird von der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams verwaltet.

6. Alle Industrie- und Handwerksbetriebe, alle Handels-, Verkehrs- und Fernmeldeeinrichtungen und alle anderen öffentlichen Einrichtungen müssen im Interesse der Volkswirtschaft und zum Nutzen des Volkes weitergeführt werden.

Große Aufmerksamkeit wird der Wiederaufnahme der Produktion und der Normalisierung des Lebens der Bevölkerung gewidmet. Arbeitslosen und anderen Werktätigen werden Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt.

Geschäftsleuten wird ihr Eigentum garantiert, und es wird ihnen erlaubt, ihre Geschäfte im Interesse der Nation und des Volkes weiterzuführen. Besondere Fürsorge wird den Waisen, Invaliden und alten Menschen zuteil.

7. Die Bauern werden bei der Wiederaufnahme und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion unterstützt. Außerdem wird Unterstützung für Fischerei, Salzgewinnung und Forstwirtschaft gewährt. Die Besitzer von Industriepflanzen- und Obstplantagen werden ermuntert, ihre Tätigkeit fortzusetzen.

8. Alle kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen, alle Schulen und Krankenhäuser werden im Dienste des Volkes wieder geöffnet.

9. Strikte Verwirklichung der am 25. März von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam angenommenen Grundsätze hinsichtlich der Offiziere und Soldaten der Marionettenverwaltung.

Soldaten, Offiziere, Polizisten, Kriegsbeschädigte, Veteranen und Staatsbedienstete, die die feindlichen Reihen verlassen und in die befreite Zone kommen oder in den befreiten Gebieten bleiben und sich bei der revolutionären Verwaltung melden, erhalten Hilfe bei der Aufnahme von Arbeit oder können entsprechend ihren Fähigkeiten von der neuen Verwaltung beschäftigt werden. Verdienstvolle Personen werden belohnt, solche, die gegen die Revolution arbeiten, schwer bestraft. Straftäter, die echte Reue zeigen, werden begnadigt.

10. Leben und Eigentum von Ausländern sind geschützt. Alle im Lande lebenden Ausländer müssen die Unabhängigkeit und Souveränität Vietnams respektieren und sämtliche Richtlinien und Maßnahmen der Revolutionären Regierung strikt einhalten.

Ausländische Einwohner, die sich am Kampf des Volkes um Unabhängigkeit, Freiheit und nationalen Aufbau beteiligen, sind willkommen.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung ruft abschließend alle Landsleute auf, diese Grundsätze bei ihren energischen Anstrengungen zum Schutze und Aufbau der befreiten Zone gewissenhaft zu respektieren und voll und ganz einzuhalten. Sie appelliert an Kader, Kämpfer und Mitarbeiter der revolutionären Verwaltung, sich beispielgebend an diese Grundsätze zu halten, sie der Bevölkerung zu erläutern und dieser zu zeigen, wie sie am besten realisiert werden können.

Abschlußerklärung des Zweiten Forums der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Brüssel und Lüttich vom 26. bis 29. April 1975

(Wortlaut)

Vom 26. bis 29. April 1975 fand in Brüssel das Zweite Forum der Europäischen Öffentlichkeit zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent statt. Über 500 Persönlichkeiten aus 30 europäischen Ländern und von 48 internationalen Organisationen nahmen an dieser Zusammenkunft teil. Aus der Bundesrepublik beteiligten sich 36 Personen als Beobachter, Gäste und Repräsentanten von Organisationen, darunter: Dr. Herbert Holzamer, Büro für internationale Beziehungen, CDU — Carlo Parisel, Internationale Union sozialistischer Jugend (IUSY), Mitglied des Bundesvorstands der Jungsozialisten in der SPD — Martha Buschmann, Mitglied des Präsidiums der DKP — Prof. Friedhelm Denninghaus, Rheinisch-Westfälische Auslandsgesellschaft — Prof. Dr. Walter Fabian, Initiativkreis Europäische Sicherheitskonferenz — Dr. Heinz Kloppenburg, Vorsitzender des Versöhnungsbunds e. V. — Karl-Heinz Koppe, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung — Heinz Luentz, Sozialistische Bildungsgemeinschaft (SBG) — Rudolf Maerker, Sozialistische Bildungsgemeinschaft (SBG) — Gunnar Matthiessen, Initiativkreis Europäische Sicherheitskonferenz — Prof. Dr. Helmut Ridder, Universität Gießen — Eugen Selbmann, SPD — Eckart Spoo, Vorsitzender der Deutschen Journalisten Union — Hermann Wirtz, Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Betriebsratsvorsitzender.

Das Forum wurde eröffnet mit Ansprachen u. a. von Sean McBride, Friedens-Nobelpreisträger 1974; Bogdan Lewandowski, Stellvertretender Generalsekretär der UNO, der Generalsekretär Kurt Waldheim vertrat; Pierre Lebar, Leiter der Abteilung Europa und Nordamerika der UNESCO, der Generaldirektor Mahtar M'bow vertrat; und Alexej Schitikow, Präsident des Unionsrates des Obersten Sowjets der UdSSR.

Zusammensetzung, Diskussionen und Ergebnisse des Zweiten Brüsseler Forums belegen die Fortschritte, das gewachsene Interesse und die mögliche Übereinstimmung sehr unterschiedlicher sozialer und politischer Kreise Europas in den Grundfragen der europäischen Sicherheit.

Als offizielles Dokument verabschiedete das Forum die nachstehende Abschlußerklärung. D. Red.

Am Vorabend des 30. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkriegs trafen sich in Brüssel und Lüttich die Vertreter aus 30 europäischen Ländern sowie von 47 internationalen Organisationen zum Zweiten Forum der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie begrüßten die Anstrengungen aller Kräfte, die sich für die Festigung des Friedens auf unserem Kontinent einsetzen.

Im Laufe der letzten Jahre ist Europa in eine neue Periode eingetreten. Wichtige Probleme, die lange Zeit hindurch ständig die Gefahr in sich bargen, einen neuen Konflikt heraufzubeschwören, fanden auf dem Verhandlungswege eine für alle annehmbare Lösung.

Das Erste Forum der Vertreter der Öffentlichkeit vom Juni 1972 hat vorbehaltlos den Gedanken der Einberufung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterstützt. Der Appell des Forums fand in den verschiedensten Ländern und Kreisen ein breites Echo, es wurden Aktionen eingeleitet zur Unterstützung der zum erstenmal durch die Regierungen unternommenen gemeinsamen Initiativen und zu ihrer Propagierung in der Öffentlichkeit.

Seit dieser Zeit beteiligen sich an der Staatenkonferenz die Vertreter von 33 Ländern Europas sowie aus den USA und Kanada. Sie legte das Prinzip der absoluten Gleichberechtigung aller Teilnehmer fest. Sie stellte sich die Aufgabe, auf der Grundlage einer Reihe von durch alle akzeptierten Prinzipien einen Leitfaden für die Grundhaltung aller europäischen Staaten auszuarbeiten, die ihren gegenseitigen Beziehungen zugrundegelegt

werden und die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Systeme durchsetzen soll. Es war ihr besonderes Anliegen, die Mittel und Wege herauszuarbeiten, die geeignet sind, die Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu vertiefen. Empfehlungen werden ausgearbeitet, die der Entwicklung einer vielfältigen Zusammenarbeit, der Erweiterung des Kultur- und Informationsaustausches, einer besseren Verbreitung von Ideen sowie der Ausdehnung der Kontakte zwischen den Menschen und Völkern den Weg bahnen können.

Heute bestätigen die Fortschritte der Arbeiten der Konferenz in ihren Phasen von Helsinki und Genf die Möglichkeiten, die für eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen in Europa bestehen. Es wurde eine Alternative zur Politik der Spaktung, der Konfrontation in antagonistischen Blöcken, wie sie sich seit 25 Jahren herausgebildet hat, aufgezeigt. Neue Möglichkeiten sind im Entstehen, die es gestatten, an die Stelle der Konfrontation die Zusammenarbeit zu setzen.

In Helsinki muß das bestätigt werden, was bereits in Genf erarbeitet wurde. Der Abschluß der Staatenkonferenz, die Gewährleistung der Weiterführung dieser gemeinsamen Initiativen sowie die Verwirklichung der eingegangenen Verpflichtungen stellen eine überaus wichtige Etappe des in Europa eingeleiteten Entspannungsprozesses dar. Dennoch ist das erst der Anfang einer neuen Periode.

Seit 30 Jahren gibt es keinen Krieg, der unseren ganzen Kontinent erschüttert. Auf seinem so oft verwüsteten Boden, auf den ihn umgebenden Meeren werden jedoch weiterhin schrecklichste Waffen angehäuft, die jeden Augenblick eingesetzt werden können. Die Aufspaltung in politisch-militärische Gruppierungen besteht fort. Bestrebungen sind weiterhin im Gange, die Entspannung aufzuhalten oder zu verhindern. Die friedliche Zukunft Europas zu garantieren, bleibt angesichts dieser Realitäten eine große und komplizierte Aufgabe. So schwierig diese Aufgabe auch ist, sie ist nach unserer Überzeugung lösbar.

Große Anstrengungen sind weiterhin notwendig, um ein Klima des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, um die Überreste einer langen Periode des Kalten Krieges zu über-Große Anstrengungen sind weiterhin notwendig, um ein Klima des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, um die Überreste einer langen Periode des Kalten Krieges zu überwinden, um die Entspannung unumkehrbar zu machen. Die Öffentlichkeit kann und muß ein entscheidender Faktor für die Sicherung des Friedens sein, die die große Hoffnung der Menschen bleibt.

Da wir uns der Unteilbarkeit des Friedens stärker denn je bewußt sind, ziehen wir konkrete Schlußfolgerungen über die Rolle Europas bei der Beseitigung des Ungleichgewichts und der Spannungen in anderen Teilen der Welt. Die Beseitigung dieser Spannungen und dieses Ungleichgewichts wird ihrerseits die Stärkung des Friedens in Europa begünstigen.

Wir, die aus Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gekommen sind, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen angehören, die verschiedene Ideologien verfechten und im Namen internationaler Organisationen und nationaler Gruppierungen auf diesem Forum auftreten, haben den gemeinsamen Willen, den Kampf für die Sicherheit der Völker, für eine für alle vorteilhafte Zusammenarbeit weiterzuführen, um auf unserem Kontinent auf eine Welt hinzuarbeiten, in der den Kindern der Krieg fremd sein wird.

Im Ergebnis des Meinungsaustausches, der auf diesem Forum durchgeführt wurde und den wir in ständigem Bemühen um die Einbeziehung weiterer Kräfte weiterführen wollen, und unter Berücksichtigung der in einer sachlichen Atmosphäre von unseren Arbeitsgruppen festgestellten Übereinstimmung, erklären wir, daß die friedliche Zukunft Europas die Verwirklichung der folgenden Ziele erfordert:

— Die europäische Staatenkonferenz muß ihre Arbeit in Genf unverzüglich mit Erfolg abschließen, damit schnell und auf höchster Ebene die Abschlußphase der Konferenz in Helsinki durchgeführt wird und Mechanismen zu ihrer Weiterführung geschaffen werden.

— Es gilt, die politische Entspannung zu vertiefen, die Einhaltung der zehn Grundprinzipien der internationalen Beziehungen, die von der Staatenkonferenz ausgearbeitet wurden, zu gewährleisten, gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln und ein Klima des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, mit dem schrittweise die Teilung Europas in einander entgegengesetzte politisch-militärische Gruppierungen überwunden werden kann.

— Es gilt, möglichst bald die politische Entspannung durch eine militärische zu ergänzen; den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Rüstungen und Streitkräften in Mitteleuropa zu einem Erfolg zu verhelfen; die vollständige Anwendung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu garantieren; baldmöglichst positive Ergebnisse bei den verschiedenen Verhandlungen über Abrüstungsprobleme zu erzielen. Diese einzelnen Maßnahmen müssen zu einer Kürzung der Militärausgaben führen, das Wettrüsten aufhalten und Bedingungen zur Auflösung der antagonistischen Militärblöcke schaffen, um schließlich eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu erreichen.

— Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft, Technik und Kultur muß erweitert und intensiviert werden.

Jedem Volk ist das Recht zuzuerkennen, frei und in der von ihm gewählten Form den Weg der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts zu beschreiten und sich auf diesem Wege zu entwickeln; es gilt, ein günstiges politisches Klima für den Kampf gegen den Faschismus und für die weitere Durchsetzung der Menschenrechte zu schaffen.

— Auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, der Achtung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität sind die Beziehungen der Länder Europas mit den anderen Ländern der Welt zu entwickeln; die Schaffung neuer Normen des wirtschaftlichen Lebens in der Welt ist zu unterstützen; es gilt, zur Beseitigung der Herde

Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht

Herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Georg Fülberth, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof. Dr. Hans Karl Rupp.
Redaktion: Dr. Horst Ermel.

In der Auslieferung:

1. Horst Ermel, Der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland
2. Georg Fülberth, Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zum Ersten Weltkrieg
3. Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik
5. Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der BRD

In Vorbereitung:

4. Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Außenpolitik
6. Anne und Gerhard Weiß, Geschichte der deutschen Spaltung von 1945 bis 1955
7. Hans Karl Rupp, Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945

Je Heft 48 Seiten Umfang, Preis DM 3,—

Pahl-Rugenstein Verlag

internationaler Spannungen, vor allem im Mittelmeerraum, und zur Verhütung neuer militärischer Krisen beizutragen; Entspannung und Frieden müssen auf allen Kontinenten und in allen Teilen der Welt ihren Einzug halten.

Ausmaß und Bedeutung dieser Zielstellungen zeigen, was alles noch geleistet werden muß. Das sind die Aufgaben unserer Zeit. Sie gehen alle Menschen in Europa an.

Die in den letzten Jahren vom internationalen Komitee für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleitete Aktion, die bereits auf beachtliche Erfolge zurückblicken kann, muß eine neue Dimension erlangen, damit sie in der Öffentlichkeit jene Unterstützung erfährt, die die hohe Zielstellung erfordert.

Wir wenden uns an alle Regierungen, alle Parlamente, alle politischen Parteien, sowie an alle nicht-staatlichen Organisationen und rufen sie auf, unserem Appell Folge zu leisten und auf nationaler und internationaler Ebene für die Festigung der Entspannung und eine friedliche Zukunft Europas zu wirken.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 36 22 41.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

FRIED, Erich, geb. 1921 in Wien, Schriftsteller, lebt in London; Lyrik- und Prosaveröffentlichungen, u. a.: Und Vietnam und (Gedichte, Westberlin 1966). *** *POLJANOW, Dr. Nikolai*, geb. 1921, Erster stellvertretender Chefredakteur der „Iswestija", Vizepräsident der Gesellschaft UdSSR-BRD; Buchpublikationen: Genfer Tagebuch, Im Osten Deutschlands, Fassade und Hintergrund. *** *KURZ, Ingrid*, geb. 1941 in Kaltenkirchen, Dozentin an der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Hamburg, Mitglied des Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverboten!" *** *ROSSMANN, Erich*, geb. 1928 in Hannover, Journalist, Sprecher der Bildungspolitischen Kommission der DFU, Mitglied des Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverboten!", lebt in Mettmann. *** *KRÜER-BUCHHOLZ, Wiebke*, geb. 1949, Betriebswirt (grad.), Studium in Bremen, Doktorand an der Universität Bremen. *** *SÖRGEL, Angelina*, geb. 1948, Studium der Volkswirtschaft an der FU Berlin und der Wirtschaftswissenschaft in Bremen, Doktorand an der Universität Bremen. *** *ZÖLLMER, Manfred*, geb. 1950 in Bülkau, Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Bochum; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *FÜLBERTH, Dr. Georg*, geb. 1939 in Darmstadt, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg, Vorstandsmitglied des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HARRER, Dr. Jürgen*, geb. 1942 in Stuttgart, Dozent für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg. *** *VON DER GRÜN*, Max, geb. 1926 in Bayreuth, Schriftsteller, lebt in Dortmund. *** *KAISER, Dr. Peter M.*, geb. 1944 in Dresden, Studium der Chemie in Marburg, Promotion im Fach Biochemie, Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Chemie der Universität Münster; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DEPPE, Dr. Frank*, geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Argument-Verlags bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Walter Jens
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Friedrich Neunhöffer
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Uli Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Rolf Rendtorff
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl †
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Ulrich Sonnemann
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullman
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

FRIED, Erich, geb. 1921 in Wien, Schriftsteller, lebt in London; Lyrik- und Prosaveröffentlichungen, u. a.: Und Vietnam und (Gedichte, Westberlin 1966). *** *POLJANOW, Dr. Nikolai*, geb. 1921, Erster stellvertretender Chefredakteur der „Iswestija", Vizepräsident der Gesellschaft UdSSR-BRD; Buchpublikationen: Genfer Tagebuch, Im Osten Deutschlands, Fassade und Hintergrund. *** *KURZ, Ingrid*, geb. 1941 in Kaltenkirchen, Dozentin an der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Hamburg, Mitglied des Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverboten!" *** *ROSSMANN, Erich*, geb. 1928 in Hannover, Journalist, Sprecher der Bildungspolitischen Kommission der DFU, Mitglied des Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverboten!", lebt in Mettmann. *** *KRÜER-BUCHHOLZ, Wiebke*, geb. 1949, Betriebswirt (grad.), Studium in Bremen, Doktorand an der Universität Bremen. *** *SÖRGEL, Angelina*, geb. 1948, Studium der Volkswirtschaft an der FU Berlin und der Wirtschaftswissenschaft in Bremen, Doktorand an der Universität Bremen. *** *ZÖLLMER, Manfred*, geb. 1950 in Bülkau, Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Bochum; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *FÜLBERTH, Dr. Georg*, geb. 1939 in Darmstadt, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg, Vorstandsmitglied des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HARRER, Dr. Jürgen*, geb. 1942 in Stuttgart, Dozent für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg. *** *VON DER GRÜN*, Max, geb. 1926 in Bayreuth, Schriftsteller, lebt in Dortmund. *** *KAISER, Dr. Peter M.*, geb. 1944 in Dresden, Studium der Chemie in Marburg, Promotion im Fach Biochemie, Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Chemie der Universität Münster; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DEPPE, Dr. Frank*, geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Argument-Verlags bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.